



Das Vorhaben (OJL1683) wird im Rahmen des Programms „Bildung integriert“ vom Bundesministerium für Bildung und Forschung und dem Europäischen Sozialfonds gefördert.

Ziel der Europäischen Union ist es, dass alle Menschen eine berufliche Perspektive erhalten. Der Europäische Sozialfonds (ESF) verbessert die Beschäftigungschancen, unterstützt die Menschen durch Ausbildung und Qualifizierung und trägt zum Abbau von Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt bei. Mehr zum ESF unter: www.esf.de.



Nach 2008, 2011 und 2014 wurde im Sommer 2017 zum vierten Mal das Wissenschaftsfestival GENIALE in Bielefeld ausgetragen. Rund 60.000 Personen besuchten die acht Festivaltage, die unter dem Motto Macht Euch schlau! ganz im Zeichen der Wissenschaft für Kinder, Jugendliche und Familien standen. Das Wissenschaftsfestival umfasste 185 Projekte und 500 Einzeltermine, die allesamt kostenlos angeboten wurden. Rund 400 Aktive waren beteiligt und luden große und kleine Nachwuchsforschende zu spannenden Workshops, Experimenten und Science-Shows ein. Neben der Universität, der Fachhochschule Bielefeld und vier weiteren Bielefelder Hochschulen beteiligten sich Wissensvermittler aus zahlreichen Kultur-, Bildungs- und Freizeiteinrichtungen, Wirtschaftsunternehmen, Vereinen und Verbänden.

Die in diesem Bericht verwendeten Bilder sind z. T. im Rahmen der Geniale entstanden.

Bildung in Bielefeld

Kommunaler Lernreport 2018

Vorwort	6
Einleitung	7
Zusammenfassungen	9

A Kommunale Rahmenbedingungen des Bildungswesens 13

A1 Demographische Entwicklung	14
A1-1 Bevölkerungsstruktur und -entwicklung	14
A1-2 Geburtenentwicklung und Wanderungsbewegungen	14
A1-3 Zusammensetzung der Bevölkerung nach Migrationshintergrund	18
A1-4 Zur Struktur der neu zugewanderten Menschen mit Migrationserfahrung in Bielefeld	21
A2 Wirtschaftliche Entwicklung und Strukturwandel, Finanzsituation und Ausgabenstruktur der öffentlichen Haushalte	26
A2-1 Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner und erwerbstätiger Person	26
A2-2 Unterbeschäftigungsquote	28
A2-3 Erwerbstätige nach Berufsgruppen	29
A2-4 Kommunale Bildungsaufwendungen nach Bildungsbereichen	31
A3 Soziale, materielle und kulturelle Lage der Bevölkerung	33
A3-1 Hilfequote nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II)	33
A3-2 Sozialgeldempfängerquote der unter 15-Jährigen	34
A3-3 Bildungsstand der Bevölkerung	36
A3-4 Quartierstypen bildungsrelevanter sozialer Belastungen	39

B Lerndimension „Lernen Wissen zu erwerben“ 43

B1 Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung	44
B1-1 Bildungsbeteiligung von unter 6-Jährigen	44
B1-2 Der Übergang von der Kindertageseinrichtung zur Grundschule	52
B1-3 Sprachstandsfeststellung und Sprachbildung	56
B2 Allgemeinbildende Schulen: Versorgung, Einmündung und Unterstützung, Übergänge und Abschlüsse	57
B2-1 Schulen und Schülerzahlen, Besuchsquote von Grundschulen und Wanderungsbewegungen	57
B2-1.1 Bildungswanderungen im Primarbereich	60
B2-2 Gemeinsames Lernen von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf nach Art des Förderschwerpunkts	62
B2-3 Ganztagsbetreuung im Primar und Sekundarbereich	65
B2-4 Schülerinnen und Schüler mit Zuwanderungsgeschichte/Migrations- hintergrund und nicht deutscher Verkehrssprache	75
B2-5 Integration schulischer Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger	78

B2-6	Schulformempfehlung der Grundschulen für den Übergang in die Sekundarstufe I	81
B2-7	Bildungsübergänge auf weiterführende Schulen	85
B2-8	Klassenwiederholung und Schulformwechsel	89
B2-9	Schulabgänger allgemeinbildender und beruflicher Schulen mit und ohne Abschluss	93
B3	Nachschulische Lernaktivitäten	95
B3-1	Nachträglicher Erwerb von Schulabschlüssen	95
B4	Hochschulbesuch	96
B4-1	Hochschulen und Studierende	96
B4-2	Studienanfängerinnen und -anfänger im 1. Hochschulsesemester an Bielefelder Hochschulen nach Region des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung	98
B4-3	Postgraduierte Abschlüsse an Bielefelder Hochschulen	100

C Lerndimension „Lernen zu handeln“ 101

C1	Versorgung mit beruflicher Ausbildung	102
C1-1	Berufsbildung an Berufskollegs	102
C1-2	Angebots-Nachfrage-Relation in der dualen Berufsausbildung, neu abgeschlossene Ausbildungsverträge und Abbrüche	104
C1-3	Übergänge in die Teilbereiche des Berufsbildungssystems	108
C2	Management der Übergänge zwischen Schule und Beruf	110
C2-1	Kommunale Koordinierung: Übergangmanagement Schule und Beruf	110
C2-2	Verlaufsbetrachtung des Verbleibs von Schulabgängern	112

D Lerndimension „Lernen zusammen zu leben“ 117

D1	Integration neuzugewanderter Menschen (Teilnahme und Abschlüsse von Integrationskursen)	118
D2	Politische Partizipation – Beteiligung an Bundestagswahlen	120

E Lerndimension „Lernen das Leben zu gestalten“ 123

E1	Nutzung kultureller Institutionen und Veranstaltungen	124
E1-1	Partizipation an kommunalen Kultureinrichtungen	124
E1-1.1	Kulturelle Bildung: Theater und Schule	125
E1-2	Teilnehmer an der öffentlichen Musik- und Kunstschule	126
E1-3	Kulturwandertage	128
E1-4	Kursbelegungen in allgemeiner Weiterbildung der Volkshochschule	130
E1-5	Alphabetisierung und Grundbildung für Deutschsprachige	130
E2	Nutzung medialer Angebote kultureller Bildung	132
E2-1	Aktive und passive Nutzung der Stadtbibliothek	132
E2-2	Entlehene Medien der Stadtbibliothek	135

E3	Prävention und Gesundheitsförderung – Selbsterfahrung in Sport, Spiel und Bewegung	135
E3-1	Versorgung mit Spiel- und Naturflächen je Kind unter 10 Jahren	136
E3-2	Anteil der in Sportvereinen organisierten Personen	139

F **Schlussfolgerungen und Ausblick** **142**

Kommunale Rahmenbedingungen des Bildungswesens	143
Sozialen Disparitäten im Bildungskontext mit adäquaten Angeboten begegnen	143
Niedrigschwellige Angebote vorhalten zum Nachholen von Bildungs- und Ausbildungsabschlüssen	143
Konzepte kommunaler Institutionen stärker verzahnen	143
Armut mit und in den Bildungsinstitutionen entgegen wirken	143
Lerndimension „Lernen Wissen zu erwerben“	144
Frühe Förderung für Kinder aus benachteiligten Familien ausbauen	144
Schuleingangsuntersuchung ausweiten	144
Einheitliche Erhebungsverfahren zur Sprachstandfeststellung verwenden	144
Ursachen innerstädtischer Bildungswanderung abbauen	144
Ganztagsangebot im Primar- und Sekundarbereich weiter ausbauen	145
Schulische Integration neu Zugewanderter nachhaltig gestalten	145
Strukturelle Veränderungen der Schullandschaft gezielt einleiten	145
Lerndimension „Lernen zu handeln“	145
Duale Ausbildung – Angebot und Nachfrage besser abstimmen	145
Lerndimension „Lernen zusammen zu leben“	145
Für mehr politische Partizipation werben	145
Lerndimension „Lernen das Leben zu gestalten“	146
Angebote kultureller Bildung ausbauen	146
Alphabetisierung und Grundbildung für Deutsche ausbauen	146
Weitere kommunale Gesundheitsangebote und Kompetenzen entwickeln	146

Literaturverzeichnis **147**

Impressum	154
------------------	------------

Bildung ist und bleibt eines der gesellschaftlichen Schlüsselthemen in unserer Stadt – für die Menschen in den einzelnen Bildungseinrichtungen sowie für die erfolgreiche Entwicklung von Bielefeld insgesamt. Daher gilt es, Rahmenbedingungen zu entwickeln, die gesellschaftliche Teilhabe, Chancengerechtigkeit, Bildungserfolge sowie Voraussetzungen für lebenslanges Lernen ermöglichen. Dabei steigen die Anforderungen an das Bildungswesen in einer zunehmend komplexeren Welt kontinuierlich.

Der Lernreport der Stadt Bielefeld informiert nach 2012 und 2014 zum dritten Mal über die Entwicklung ausgewählter Teilbereiche des kommunalen Bildungswesens. Er gibt den kommunalen Akteuren damit eine wichtige bildungspolitische Steuerungsgrundlage an die Hand. In systematischer Form wird eine ausgedehnte Palette von Kennzahlen und Indikatoren im Zeitverlauf aufbereitet, so dass auch die Perspektive auf Bildung im Lebenslauf aufgenommen wird.

Der Report steht für Transparenz im kommunalen Bildungswesen. Er legt im Kontext des lebenslangen Lernens den aktuellen Stand offen, zeigt Entwicklungen und lädt zum Diskurs über neue Möglichkeiten und Wege. Der Lernreport dokumentiert die erfolgreiche Arbeit der vergangenen Jahre, doch er legt auch Schwachpunkte offen: Bildungskooperationen und -übergänge verlaufen noch nicht überall reibungslos; Kinderarmut hat sich auf einem hohen Niveau eingependelt; die Segregation sozioökonomisch schlechter gestellter Gruppen nimmt zu.

Zahlen und Daten allein schaffen jedoch weder Veränderung noch Entwicklung. Gute und vielversprechende Lösungen können aber entstehen, wenn kooperative und konstruktive Ansätze weiterhin mit allen Bildungsakteuren erarbeitet werden. Wir freuen uns darauf.



Pit Clausen
Oberbürgermeister



Dr. Udo Witthaus
Schul- und Kulturdezernent

Wir freuen uns, Ihnen nach 2012 und 2014 den dritten kommunalen Lernreport der Stadt Bielefeld präsentieren zu dürfen. Der erste Bericht, der von der Bertelsmann Stiftung und dem Soziologischen Forschungsinstitut der Universität Göttingen mit initiiert und begleitet wurde, war noch geprägt von einem breit angelegten kommunalen Diskurs über Aufwand und Ertrag sowie Herausforderungen beim Bilden und Zusammentragen von Kennzahlen und zeitreihenfähigen Daten. Die Weiterentwicklung der kommunalen Bildungsberichterstattung, die sich weiterhin am UNESCO-Modell des lebenslangen Lernens orientiert, ist inzwischen fest im kommunalen Kontext etabliert. Neben anderen regelmäßig erscheinenden städtischen Publikationen wie dem Gesundheits-, Sozial- und Integrationsbericht stellt die kommunale Bildungsberichterstattung für Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit transparent aufbereitete Längsschnittdaten, Analysen und Handlungsempfehlungen zur Verfügung. Der Lernreport leistet so einen Beitrag für eine evidenzorientiertere Diskussion der verschiedenen Teilsysteme der Bildungslandschaft.

Mit der Teilnahme der Stadt an dem Programm „Bildung integriert“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung wird seit 2016 zudem der systematische Aufbau des kommunalen Bildungsmonitorings und eines datenbasierten Bildungsmanagements entwickelt, verwaltungsweit diskutiert und sukzessive etabliert. Hierdurch entstehen weitere Voraussetzungen für eine schnellere, bedarfsorientierte und bereichsübergreifende Bereitstellung aktueller steuerungsrelevanter Daten.

Das 2017 verabschiedete „Leitbild Bildung“ der Bildungsregion Bielefeld setzt für alle Bildungsakteure einen gemeinsamen Rahmen für Werte, Ziele, Leitlinien und Handlungsfelder. Mit Blick auf den Bildungsverlauf der in Bielefeld lebenden Menschen ermöglicht das Leitbild, diesen Verlauf an entscheidenden Stellen lokal abgestimmt, strategisch, zielgerichtet und wirkungsorientiert zu unterstützen. Im Mittelpunkt stehen die Leitziele Bildungsgerechtigkeit, ganzheitliches Verständnis von Bildung sowie gemeinsames Handeln, um eine faire gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen und zu fördern.

Bildung¹ beginnt mit der Geburt – im Elternhaus. Der soziokulturelle und ökonomische Kontext, in dem Kinder in den ersten Jahren aufwachsen, wirkt lange fort und hat für die individuelle Bildungsbiographie eine oftmals zentrale Bedeutung. Im Sozialraum werden erste basale Bildungsentscheidungen getroffen wie z. B. für Frühförderung, Musikunterricht oder einen Sportverein, auch die Wahl von Kita und Grundschule erfolgt hier. Im Sozialraum treffen Kinder auf Freunde, machen erste Lernerfahrungen zunächst im informellen dann im non-formalen Kontext. Auf Basis dieser frühen Erfahrungen erleben sie auch den formalen Lernbereich. Angesichts der bedeutenden ersten Lebensjahre im Sozialraum fokussiert der Lernreport zu vielen Aspekten auf die kleinräumige Ebene der Grundschuleinzugsbereiche. Hier wachsen die Kinder in der Regel bis zum 10. Lebensjahr auf und sind intensiv verwurzelt. Die Sozialraumperspektive ermöglicht es zudem, die Entwicklung und Auswirkungen der räumlichen und auch der institutionellen Segregation verstärkt in den Blick zu nehmen und die damit in der Regel einhergehenden sozialen Disparitäten aufzuzeigen.

Die vier Lerndimensionen des UNESCO-Modells zum lebenslangen Lernen „Lernen Wissen zu erwerben“, „Lernen zu handeln“, „Lernen zusammen zu leben“ und „Lernen, das Leben zu gestalten“ stellen das Grundgerüst des Lernreports dar. An ihm orientieren wir uns,

1 Die Stadt Bielefeld orientiert sich an einem erweiterten Bildungsbegriff, der lebenslanges und lebensweltorientiertes Lernen einschließt. Bildung ist demnach ein Prozess, der „geistige Aufgeschlossenheit zum Ziel haben muss, Einstellungen und Kenntnisse von der Art, wie man sie braucht, um sich immer neues Wissen anzueignen und mit immer neuen Situationen zurechtzukommen.“ Collège de France 1987:253 Für die Bildungsregion wurde dieser Bildungsbegriff vom kommunalen Lenkungsreis am 28.02.2010 beschlossen.

auch wenn im Verlauf der letzten Jahre deutlich geworden ist, dass nicht für alle Lerndimensionen Indikatoren in kontinuierlicher Form zur Verfügung stehen. Gleichwohl verdeutlicht das UNESCO-Modell sehr anschaulich, dass sich der Blick auf Bildung weiten muss. Bildung lässt sich nicht auf einzelne Lebensbereiche wie zum Beispiel die formale Bildung in der Schule reduzieren, sondern sie betrifft alle Lebensbereiche und das ein Leben lang.

Im **Teil A des Lernreports** werden ausgewählte **kommunale Rahmenbedingungen** wie die demographische Entwicklung, Wanderungen, Migration, aber auch die soziale, materielle und kulturelle Lage der Bevölkerung sowie räumliche Segregation exemplarisch anhand einiger Indikatoren vorgestellt und diskutiert. Sie sind den bildungspolitischen Bemühungen der Stadt vorgelagert und nicht oder nur zu einem sehr geringen Teil kommunal steuerbar. **Teil B** behandelt die Indikatoren der Lerndimension „**Lernen Wissen zu erwerben**“. Im Mittelpunkt stehen das non-formale Lernen in Institutionen der frühen Bildung, der Bereich des formalen Lernens in den sich anschließenden Grund- und weiterführenden Schulen sowie Betreuung, Bildungserfolge, Förderbedarfe und Übergänge zwischen den Bildungsinstitutionen. Die Lerndimension „**Lernen zu handeln**“ präsentiert im **Teil C** ausgewählte Indikatoren zur Versorgung mit beruflicher Ausbildung, Übergänge im Anschluss an die Sekundarstufe I sowie Verlaufsbetrachtungen von Schülerinnen und Schülern im Übergangssystem. In der Lerndimension „**Lernen zusammen zu leben**“ stehen im **Teil D** Formen non-formaler, außerschulischer Bildung im Vordergrund, die sowohl das soziale Miteinander als auch politische Partizipation beleuchten. Mit Blick auf kontinuierliche und zeitreihenfähige Daten werden insbesondere an dieser Stelle gegenwärtige Grenzen in der Berichterstattung deutlich. Im **Teil E** stehen in der Lerndimension „**Lernen das Leben zu gestalten**“ Lerngelegenheiten und Orte aus informellen Kontexten und non-formalen Lernbereichen im Fokus, die individuelle Kompetenzentwicklung unterstützen.

Die vorliegende Bildungsberichterstattung ist Teil des kommunalen Bildungsmonitorings², das auf der Grundlage empirisch gestützter Beobachtungen und Analysen handlungs- und entscheidungsunterstützende Informationen zur Verfügung stellt.³ Vorrangig wurde auf Daten von IT.NRW, Daten der Statistikstelle der Stadt Bielefeld⁴, Daten der Bundesagentur für Arbeit und Daten aus verschiedenen Ämtern der Stadt zurückgegriffen. Der Bericht ist primär indikatorengestützt⁵, d. h. er rekurriert auf zeitreihenfähige empirisch belastbare Daten. Wichtige Bildungsbereiche, wie z. B. das informelle Lernen, das sich empirisch nicht systematische und oft nur stellvertretend über sogenannte Proxys erfassen lässt, werden nicht in dem Umfang präsentiert, der ihnen hinsichtlich des Einflusses auf persönliche Entwicklungen zukommen müsste.

2 Ein Bildungsmonitoring ist ein kontinuierlicher, überwiegend datengestützter Beobachtungs- und Analyseprozess des Bildungssystems insgesamt sowie einzelner seiner Bereiche bzw. Teile zum Zweck der Information von Bildungspolitik und Öffentlichkeit über Rahmenbedingungen, Verlaufsmerkmale, Ergebnisse und Erträge von Bildungsprozessen. Es macht das Bildungsgeschehen in der Gesellschaft transparent und ist damit Grundlage für weitere Zieldiskussionen und politische Entscheidungen. Vgl. Baethge-Kinsky (2012)

3 Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2016:1

4 Presseamt/Statistikstelle

5 Ein Indikator steht im Kontext dieses Lernreports für einen Themenkomplex, der Auskunft gibt über wichtige bildungspolitische Handlungsfelder gibt. Weil auf keine einheitliche stichtagsbezogene Datenlage zurückgegriffen werden konnte, wird nicht durchgängig bei allen Indikatoren auf die gleichen Berichtszeiträume Bezug genommen. Die Indikatoren selbst bilden keine Ursachen- und Wirkungszusammenhänge ab.

Lernen Wissen zu erwerben

Weiter ausgebauten Angebote frühkindlicher Bildung

2017/18 hält Bielefeld für 33 Prozent der unter Dreijährigen ein institutionalisiertes frühkindliches Bildungsangebot vor. Für weitere 10 Prozent der Kinder unter drei Jahren stehen Plätze bei Tagesmüttern zur Verfügung. Von der Gruppe der 3- bis unter 6-Jährigen besuchen 99,4 Prozent eine Einrichtung der frühkindlichen Bildung. Damit liegt Bielefeld über dem Landesdurchschnitt. Für zwei Drittel der Kita-Kinder beträgt die Entfernung zur Einrichtung der frühkindlichen Bildung weniger als einen Kilometer. Die residentielle Segregation unterstützt in Wohnquartieren, die sozioökonomisch schwächer aufgestellt sind, eine institutionelle Segregation, deren Auswirkungen noch nicht klar quantifizierbar sind.

Keine einheitlichen aggregierten Daten zum Sprachstand

Sprache bleibt die zentrale Voraussetzung für Chancengleichheit, gesellschaftliche Teilhabe und erfolgreiche Bildungsbiographien. Nachdem NRW eine einheitliche Sprachstandfeststellung (und Sprachförderung) geändert hat zugunsten von drei unterschiedlichen Verfahren, die alle in den frühkindlichen Bildungseinrichtungen zur Anwendung kommen, liegen auf kommunaler Ebene zum Sprachstand von Kindern keine aggregierten Daten mehr vor. Auch wenn das alte Erhebungsverfahren „Delfin 4“ kritisch einzuschätzen ist, so sind valide Daten zur Sprachstandentwicklung von zentraler Bedeutung zumal vor dem Hintergrund, dass 2013 in Bielefeld noch bei 49 Prozent der 4-Jährigen ein Förderbedarf diagnostiziert wurde.

Schuleingangsuntersuchungen signalisieren Auffälligkeiten

Schuleingangsuntersuchungen liefern konkrete Hinweise zur Ausprägung von Auffälligkeiten im Bereich schulrelevanter Teilleistungen und damit auf individuelle Startbedingungen. Kinder beginnen ihre Bildungskarrieren je nach Sozialraum mit divergierenden Startbedingungen hinsichtlich des familiären Rahmens sowie bei Vorläuferfähigkeiten. In einzelnen Sozialräumen weist jedes 4. bzw. 5. Kind diesbezüglich Auffälligkeiten auf.

Rückläufige Schülerzahlen und wachsende innerstädtische Bildungswanderung

Die Schülerpopulation von Bielefeld hat in den letzten Jahren kontinuierlich auf zuletzt 56.599 Schülerinnen und Schüler abgenommen. Seit 2010 entspricht dies einem Rückgang um 4,3 Prozent. Während die Schülerpopulation an den Grundschulen konstant ist, verringerte sie sich an den Berufskollegs seit 2010 um 5,9 Prozent auf zuletzt 17.000. Über 25 Prozent der Grundschüler besuchen nicht die wohnortnächste Grundschule; von dieser innerstädtischen Bildungswanderung sind die Grundschulen in sehr unterschiedlichem Ausmaß betroffen. 51,7 Prozent der Schülerinnen und Schüler der Berufskollegs pendeln aus angrenzenden Kommunen nach Bielefeld ein.

Zuwachs beim gemeinsamen Lernen

Der Anteil der Kinder, für die ein sonderpädagogischer Förderbedarf diagnostiziert wurde, hat sich in den letzten Jahren auf zuletzt 6,8 Prozent des Jahrgangs 2016/17 erhöht. Jungen sind signifikant häufiger betroffen als Mädchen. Die Quote der Schülerinnen und Schüler, die im regulären Schulsystem unterrichtet werden, liegt bei durchschnittlich 26,7 Prozent. Damit wird jedes 4. Kind mit einem Förderbedarf integrativ beschult. In einigen Förderschwerpunkten liegt der Anteil der Kinder, die im regulären Schulsystem beschult werden, schon bei 60 Prozent. Insgesamt besteht noch deutliches Entwicklungspotential, auch mit Blick auf den Landesdurchschnitt. 57 Prozent der Kinder mit Lernbehinderung und 48 Prozent mit dem Förderschwerpunkt Emotionale und soziale Entwicklung werden an den Gesamt- und Hauptschulen unterrichtet, was der institutionellen Segregation Vorschub leistet.

Systematischer Ausbau des Ganztags

Im Primarbereich stehen für 58 Prozent der Bielefelder Grundschüler/innen Plätze im offenen Ganztag (OGS) zur Verfügung. Damit liegt das Bielefelder Angebot deutlich über dem Landeschnitt. Die OGS-Quoten weisen allerdings je nach Stadtbezirk und Grundschule eine ausgeprägte Spreizung auf. Das im OGS-Bereich eingesetzt Personal besitzt deutlich häufiger als noch 2014 eine pädagogische Ausbildung. Für 21,6 Prozent der Grundschüler besteht die Möglichkeit, ein rhythmisiertes also in den Schulalltag integriertes OGS-Angebot zu nutzen. Die Kooperation zwischen Schul- und OGS-Leitung ist eine basale Bedingung für eine reibungslose Zusammenarbeit auf der operativen Ebene. Die Erhebungsergebnisse deuten darauf hin, dass die Qualität dieser Kooperationsbeziehungen von Schule zu Schule große Schwankungen aufweist und oft stark personal und subjektiv geprägt ist. Qualität ist oft nicht über einheitliche Standards und schriftliche Vereinbarungen definiert bzw. systemisch verankert.

Integration neuzugewanderter Schülerinnen und Schüler

In den Jahren 2016 und 2017 sind jeweils über 2000 neuzugewanderte Schülerinnen und Schüler in das lokale Schulsystem integriert worden. Mehr als die Hälfte von ihnen besucht eine Grundschule bzw. ein Berufskolleg.

Korrelation von Sozialer Herkunft und Übergängen in die Sekundarstufe I

Bereits 2014 war ein Zusammenhang zwischen den im Index bildungsrelevanter sozialer Belastung zusammengefassten Kennzahlen und den gymnasialen Übergangsempfehlungen der Grundschulen aufgezeigt worden. Je nach Ausprägung sozioökonomischer Rahmenbedingungen sinkt oder steigt die Quote gymnasialer Empfehlungen. Auch im Schuljahr 2016/17 ist dieser Zusammenhang weiterhin ausgeprägt vorhanden.

Rückläufige Hauptschulempfehlungen

Grundschulen sprechen immer seltener Hauptschulempfehlungen aus. 2016 erhielten 11,4 Prozent der Schülerinnen und Schüler eine Empfehlung für diese Schulform. An den Realschulen lag die Quote von Schülerinnen und Schülern mit dieser Empfehlung 2016 bei 6,9 Prozent, an den Gesamtschulen bei 31 Prozent.

Klassenwiederholungen und Abschlungen

Klassenwiederholungen haben in den letzten Jahren insgesamt abgenommen, aber in 2016 erneut zugelegt. Weiterhin bleibt die Klasse 9 mit 6,14 Prozent Wiederholern ein Nadelöhr für viele Jugendliche. Mit 7,3 Prozent und 7,6 Prozent sind die Quoten an den Haupt- und Realschulen besonders ausgeprägt. Abschlungen vom Gymnasium haben sich negativ entwickelt. Es gelingt offenbar noch nicht ausreichend, Antworten auf die steigende Heterogenität der Schülerschaft zu entwickeln und eine stärkere Binnendifferenzierung anzubieten.

Zunahme höherqualifizierender Schulabschlüsse

Noch ist der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die in Bielefeld eine Schule ohne einen Abschluss verlassen, zu hoch. Der Anteil von Schülern, die an einer Realschule mit dem Abschluss auch einen Q-Vermerk erhalten, hat sich verringert. Der Anteil an Abiturienten ist hingegen an den Gymnasien und den Gesamtschulen gestiegen.

Rückläufige Quote beim nachträglichen Erwerb von Abschlüssen

Das Interesse am nachträglichen Erwerb von Schulabschlüssen ist 2016 rückläufig. Die konjunkturelle Situation mit der hohen Nachfrage nach Arbeitskräften beeinflusst diese Entwicklung.

Steigende Zahl von Studierenden und Studienanfängern

Die Bielefelder Hochschulen bilden weiterhin ein wichtiges Zentrum der Region, das bezogen auf die Studierenden sowohl regional als auch national und international ausgerichtet ist. Die Zahl der Studierenden und Studienanfänger/innen stieg in den vergangenen Jahren stetig an.

Lernen zu handeln

Hohe überregionale Bedeutung der Bielefelder Berufskollegs

An den 12 Bielefelder Berufskollegs wurden im Schuljahr 2016/17 rund 17.000 Schülerinnen und Schüler ausgebildet. Dies ist ein Rückgang gegenüber den zurückliegenden Jahren. Mit 10.000 Schülerinnen und Schülern im Bereich der Berufsschule stellen die Berufskollegs einen wichtigen Standortfaktor für die Wirtschaft Bielefelds und für die Region dar. 2016 und 2017 haben die Berufskollegs zudem für mehr als ein Drittel der neuzugewanderten Jugendlichen spezifische Angebote vorgehalten.

Ausbildungsplatzangebot und Passungsprobleme weiter im Fokus

Im Agenturbezirk Bielefeld besteht weiterhin kein ausgeglichenes Ausbildungsplatzangebot. Die Anzahl neu abgeschlossener Ausbildungsverträge ist seit Jahren rückläufig. Vorzeitige Vertragsauflösungen deuten auf anhaltende Passungsprobleme zwischen Betrieb und Jugendlichen hin.

Anschlüsse nach der Sekundarstufe I

2016 beendeten 3.876 Bielefelder Schülerinnen und Schüler eine lokale Schule. Für 53 Prozent war z. B. ein Studium oder ein freiwilliges Jahr ein Anschluss der Wahl. 46 Prozent (2012 waren es noch 57 Prozent) entschieden sich für ein Angebot auf einem der Berufskollegs.

Start der Jugendberufsagentur und Lage des Übergangsmagements

Mit dem Start der Jugendberufsagentur besteht seit Januar 2018 in Bielefeld für Jugendliche die Möglichkeit, Leistungen von vier im Ausbildungskontext tätigen Institutionen in einem Gebäude zu erhalten. Mit dem Modell „Alles aus einer Hand“ entstehen für alle Beteiligten weitreichende Synergien. Der Anteil der im Abgangsjahr 2016 vom Übergangsmangement erfassten und zum Teil betreuten Jugendlichen lag mit 1923 Jugendlichen annähernd bei 51 Prozent der Abgänger. 19 Prozent der Jugendlichen fanden kein adäquates Angebot und wechselten zunächst in das Übergangssystem. Mehr als 60 Prozent dieser Gruppe hat einen Migrationshintergrund. In den Vorjahren gelang es nur einem Teil der Jugendlichen, nach einem Jahr Verweildauer ein tragfähiges Angebot zu finden.

Lernen zusammen zu leben

Positiver Trend in der Wahlbeteiligung

Die Wahlbeteiligung weist einen positiven Trend auf. Sowohl bei den Landtags- als auch bei den Bundestagswahlen beteiligten sich mehr Menschen und nutzten damit diese Möglichkeiten der politischen Partizipation. Bei den Kommunalwahlen 2014 lag die Quote erheblich niedriger. Deutlich wird aber eine breite räumliche Streuung (47,3–90,0 Prozent) in der Wahlbeteiligung: In Gebieten mit geringen bildungsrelevanten Belastungen fällt diese höher aus als in Sozialräumen mit großen sozialen Belastungen.

Lernen das Leben zu gestalten

Wachsendes Interesse an kultureller Bildung

In Zeiten der Digitalisierung lässt sich ein wachsendes Interesse an analogen Kulturangeboten beobachten. Die städtischen Bühnen und die Angebote der Museen als kulturelle Lernorte werden stärker nachgefragt, wie an den Besucherzahlen deutlich wird. Kooperationen mit Institutionen non-formaler und formaler Bildung sind fest etabliert, wenn auch noch ausbaufähig.

Intensive Kooperation zwischen Theater und Schule

Schulpartnerschaften sind integraler Bestandteil des kulturell bildenden Vermittlungsangebots des Theater Bielefeld. Bis zu 30 Schulen, 80 Lehrerinnen und Lehrer sowie 110 Schülerinnen und Schüler nehmen an diesem Angebot pro Spielzeit aktiv teil. Sie erreichten in der Spielzeit 2016/17 rund 8500 Mitschüler/innen.

Steigende Nachfrage nach Angeboten der Musik- und Kunstschule

Mehr als 9 Prozent der Bevölkerung unter 18 Jahren nehmen 2016 Angebote der Musik- und Kunstschule wahr. In diesem Feld der kulturellen Bildung ist die Datenlage noch ausbaufähig. Obwohl Kooperationen mit Kindertageseinrichtungen und Schulen integraler Bestandteil der Angebotspalette der Musik- und Kunstschule sind, partizipieren noch nicht in ausreichendem Maß auch Kinder aus ökonomisch benachteiligten Familien an den Angeboten.

Wachsendes Interesse an allgemeiner Weiterbildung

Die Nachfrage an Angeboten der Volkshochschule (VHS) zur allgemeinen Weiterbildung hat in den vergangenen Jahren zugenommen. Besonders im Kontext des lebenslangen Lernens gewinnen diese Angebote für breite Bevölkerungsschichten an Bedeutung. Die VHS erreicht mit ihren Angeboten Erwachsene jeden Alters. Insbesondere der Anteil der Frauen in den Altersgruppen über 50 Jahre entwickelte sich sehr positiv.

Handlungsbedarf bei Alphabetisierungskursen für Deutsche

Ein erheblicher Anteil von deutschsprachigen Erwachsenen ist mit den Folgen des funktionalen Analphabetismus konfrontiert. Obwohl nach Schätzungen mehr als die Hälfte von ihnen einer Erwerbsarbeit nachgeht, ist der überwiegende Teil in gering qualifizierten Beschäftigungsverhältnissen tätig. Mit Blick auf die Abnahme von Tätigkeiten im Niedriglohnbereich, drohende Erwerbslosigkeit und damit verbundenen Folgekosten besteht weiterhin ein ausgeprägter Handlungsbedarf.

Hoher Stellenwert der Stadtbibliothek und ihrer Nebenstellen

Bibliotheken durchlaufen im Kontext der zunehmenden Digitalisierung einen Transformationsprozess, der noch Jahre anhalten wird. Sie bleiben auf der lokalen Ebene dennoch die zentralen Lern-, Bildungs-, und Begegnungsorte, die neutral, die verlässlich und kostengünstig Alternativen zur rein digitalen Recherche ermöglichen. Über Kooperationen mit Bildungsinstitutionen eröffnen sie Kindern und Jugendlichen Räumen und Welten, mit haptischen Erfahrungsmöglichkeiten und einer breiten Angebotspalette.

Unterschiedlich ausgeprägte Versorgung mit Spielplatzflächen

Kinder und Jugendliche benötigen erreichbare und ansprechend gestaltete Spielflächen. Dies ist umso wichtiger, je geringer das Wohngebiet mit geeigneten Alternativflächen (z. B. Grünanlagen) ausgestattet ist und je geringer die zeitlichen und materiellen Ressourcen der Eltern sind. Der Versorgungsgrad mit Spielflächen in den 47 Bielefelder Grundschuleinzugsbereichen ist sehr unterschiedlich ausgeprägt. Einige Grundschuleinzugsbereiche weisen neben einer geringen Spielplatzfläche pro Kind auch hohe bildungsrelevante soziale Belastungen auf.

Mitgliederrückgang in Sportvereinen besonders bei Kindern und Jugendlichen

2016 waren noch 24,4 Prozent der Bielefelder Mitglieder in einem Sportverein, was einem Rückgang gegenüber 2008 um 1,9 Prozent entspricht. Während sich die Zahlen in den Altersgruppen 0 bis 7 Jahre und über 61 Jahre positiv entwickeln, verlieren die anderen Altersgruppen insbesondere die 7- bis 15-Jährigen.

Kommunale Rahmenbedingungen des Bildungswesens



Für bildungspolitische Planungs- und Steuerungsprozesse sind detaillierte Kenntnisse der kommunalen Rahmenbedingungen von zentraler Bedeutung. Dieses Wissen über demographische, ökonomische und gesellschaftliche Entwicklungen ist eine Voraussetzung für zielgerichtete Interventionen in den Handlungsfeldern der formalen und non-formalen Bildung. Insbesondere kleinräumige Daten vertiefen das Wissen über Problemlagen in den innerstädtischen Sozialräumen und liefern damit konkrete Hinweise auf Handlungsbedarfe. Mit dem Bielefelder Index zu bildungsrelevanten sozialen Belastungen wird auf der Ebene der wohnortnahen Schuleinzugsgebiete u. a. die Armutsbedrohung von Familien erfasst und verdeutlicht, wo Teilhabechancen verbessert werden müssen.



A 1 Demographische Entwicklung

Die in den letzten Jahren gestiegene Zahl der Geburten,⁶ der Anstieg der Lebenserwartung, Wanderungsbewegungen sowie die Zusammensetzung der Bevölkerung sind zentrale Parameter der demographischen Entwicklung mit Auswirkungen in den bildungspolitischen Segmenten.

A 1-1 Bevölkerungsstruktur und -entwicklung

Am 31.12.2016 waren in Bielefeld annähernd 340.000 Einwohnerinnen und Einwohner mit Hauptwohnsitz gemeldet⁷, das sind 7.025 Personen oder 2,1 Prozent mehr als zum 31.12.2014. Im Jahr 2017 ist die Einwohnerzahl erneut um 867 Einwohnerinnen und Einwohner angestiegen. Frühere Vorausberechnungen der Bevölkerungsentwicklung vor der nicht absehbaren Flüchtlingszuwanderung waren von einem eher rückläufigen Trend ausgegangen. Aktuelle Vorausberechnungen⁸ projizieren bis zum Jahr 2038 einen weiterhin positiven Trend in der Bevölkerungsentwicklung, der sich nach dem Jahr 2039 umkehrt in einen leichten Bevölkerungsrückgang.

51,4 Prozent der Bevölkerung sind zum Stichtag weiblich. Das Durchschnittsalter der Bielefelder Bevölkerung liegt zu diesem Zeitpunkt bei 42,8 Jahren (2014: 43 Jahre). 16,8 Prozent der Bielefelder sind unter 18 Jahren, 25,5 Prozent über 60 Jahre. Im Stadtbezirk Mitte liegt das Durchschnittsalter bei 40,9 Jahren, im Stadtbezirk Dornberg bei 45,1 Jahren.

36,7 Prozent (122.575) der Bielefelder Einwohnerinnen und Einwohner besitzen einen Migrationshintergrund – am 31.12.2015 lag der Anteil bei 35,9 Prozent. Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund verteilt sich sehr unterschiedlich auf die 10 Stadtbezirke: Während in Dornberg nur jede fünfte Person Bezüge ins Ausland hat (19,8 Prozent), sind es in Sennestadt mit 45,6 Prozent (rund 9.850) nahezu die Hälfte der dort lebenden Menschen.

Von zentraler Bedeutung für die Bildungsplanung sind die jüngeren Alterskohorten. Kleinräumige Vorausberechnungen liefern wichtige Hinweise, welche quantitativen Bedarfe z.B. in den Institutionen der frühkindlichen Bildung in den Quartieren für die entsprechenden Altersgruppen bereitgestellt werden müssen, wenn sich die Entwicklung in den Gebieten wie in den Jahren zuvor weiterentwickelt. Vorausberechnungen und Planungen können allerdings kleinräumig nur absehbare bevölkerungswirksame Trends berücksichtigen und aufgrund anderer Einflussfaktoren steigt rein rechnerisch die Unsicherheit, je kleiner die Einwohnerzahl im betrachteten Gebiet ist. Während im Jahr 2014 noch von einem Rückgang der Alterskohorten der Kinder unter 6 Jahren ausgegangen wurde, lässt sich 2016 eine Trendumkehr beobachten.

Nach der derzeitigen städtischen Vorausberechnung werden im Jahr 2045 über 341.800 Einwohnerinnen und Einwohner in Bielefeld leben. Der Anteil der weiblichen Bevölkerung wird dann voraussichtlich bei 50,4 Prozent liegen und sich leicht verringert haben. Im Jahr 2045 werden voraussichtlich 3.036 Geburten, ein prognostizierter Rückgang zu 2015 um rund 5 Prozent, 3.698 Sterbefällen gegenüber stehen.⁹

Die Bevölkerungszahl Bielefelds wird in den kommenden Jahren trotz abnehmender Wanderungsgewinne aus dem Ausland voraussichtlich weiter ansteigen, solange die Binnenwanderung (aus dem Inland) größer ist, als das Geburtendefizit (weniger Geburten als Sterbefälle). Diese Entwicklung trifft die verschiedenen Altersgruppen in unterschiedlicher Weise. (vgl. Abb. 2):

6 Gründe nach Auswertungen der städtischen Statistikstelle:

- Es gibt mehr Frauen im Alter der potenziellen Mütter zwischen 25 und 39 Jahren.
 - Begünstigung durch höhere Wanderungsgewinne in diesen Jahren und ohnehin stärker besetzte Jahrgänge, da die Kinder der Babyboomer in die Familiengründungsphase kommen.
 - Die andere Zusammensetzung der Zugewanderten aus dem Ausland führt zu einer höheren Kinderzahl.
- Ob der Trend auch aufgrund der günstigen Rahmenbedingungen anhält, ist aktuell noch nicht abzuschätzen.

7 Einwohnermelderegister der Stadt Bielefeld, Presseamt/Statistikstelle 2017.

8 Bevölkerungsvorausberechnung der Stadt Bielefeld im Demographiebericht 2016. Weitere Daten und Informationen zur mittleren Variante (Hauptvariante) unter: <http://www.bielefeld.de/data/demographiebericht2016/>.

9 Stadt Bielefeld, Demographiebericht 2016 nach der mittleren Variante.

Ende 2016 waren mehr als 336.000 Personen in Bielefeld gemeldet

Einwohnerzahl erneut angestiegen

36,7 Prozent der Bielefelder Bevölkerung besitzen einen Migrationshintergrund

Ohne Zuwanderung würde die Bevölkerung sinken

Die Alterskohorte der Kinder im Alter unter 6 Jahren wird sich nach derzeitigen Berechnungen bis 2030 um 1,7 Prozent von 18.336 auf 18.019 Kinder verringern. Im Grundschulalter (6 bis 10 Jahre) fällt der Rückgang mit 0,3 Prozent deutlich geringer aus. Die Gruppe der 10- bis unter 18-Jährigen verliert voraussichtlich rund 1 Prozent. Die Alterskohorte der 18- bis unter 25-Jährigen, also die Gruppe, die eine duale Ausbildung oder ein Studium aufnimmt, weist nach aktuellen Prognosen bis 2030 mit 3,4 Prozent den größten Verlust auf.

Jene Altersgruppen, die mit dem Erwerbsleben begonnen haben bzw. mitten im Erwerbsleben stehen (25 bis unter 45 Jahren), legen mit 1,3 Prozent leicht zu. Dem entgegen weist die sich anschließende Alterskohorte der bis unter 65-Jährigen einen deutlichen Rückgang aus. Sie verliert bis 2030 rund sechs Prozent bzw. rund 4.800 Personen.

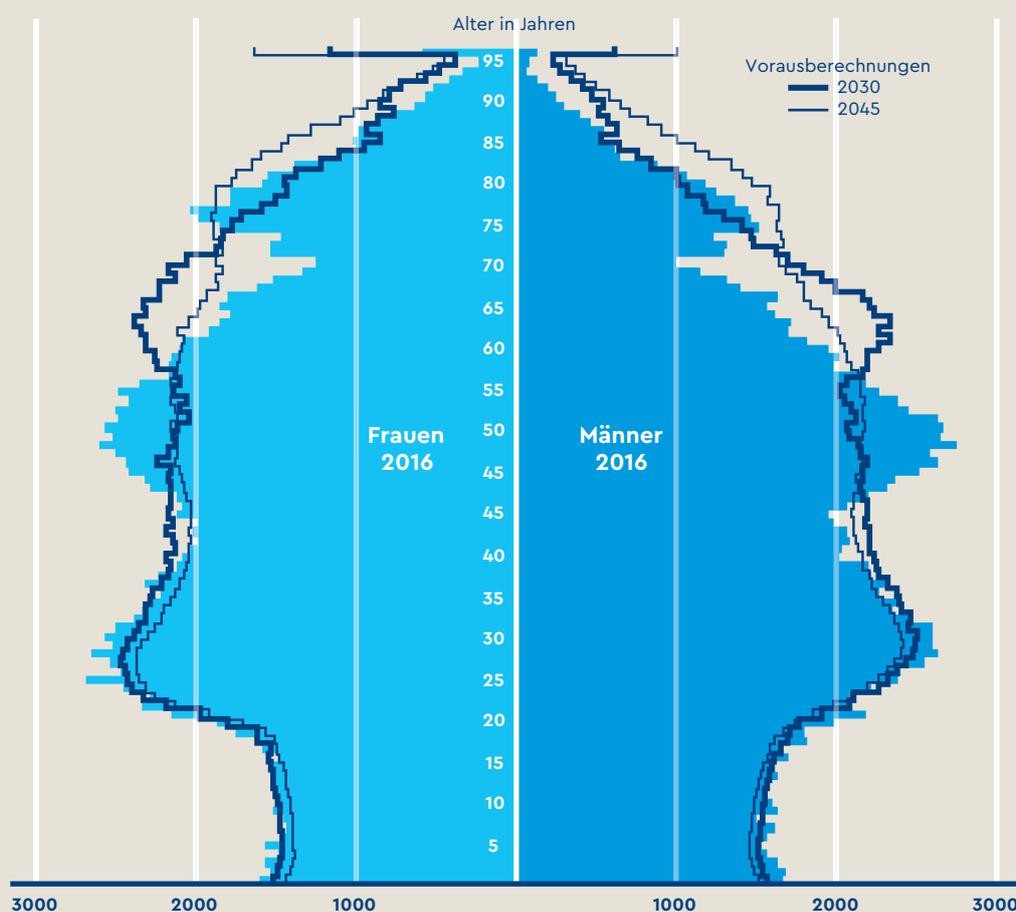
Mit dem Eintritt der geburtenstarken Jahrgänge in das Rentenalter verändert sich der Anteil der 65- bis unter 80-Jährigen an der Bevölkerung und wird für 2030 auf 17,6 Prozent und damit auf rund 53.700 Personen prognostiziert.

Bis zum Jahr 2030 kaum Rückgang in den Alterskohorten bis unter 18 Jahren

Starke Zunahme in der Alterskohorte 65 bis unter 80 Jahren

Bielefelder Bevölkerungspyramide 2016 und Vorausberechnung (mittlere Variante) für 2030 und 2045

Abb. 1



Quelle: Stadt Bielefeld, Einwohnermelderegister (Berechnungen Presseamt/Statistikstelle), Stichtag 31.12.2016; Demographiebericht 2016; Darstellung und Bearbeitung: Bildungsbüro

Der voraussichtliche Trend der Bevölkerungsentwicklung, insbesondere in den Alterskohorten unter 18 Jahren, und die veränderte Zusammensetzung der Bevölkerung aufgrund der Zuwanderung aus dem Ausland, spiegelt sich in den kommenden Jahren sowohl im Infrastrukturbereich (Kita und Schulplätze) als auch bei der Fachkräftenachfrage wider. Gerade die in den letzten Jahren verstärkt geführte Diskussion über die Qualität von Bildung im institutionalisierten, frühkindlichen Bildungsbereich könnte die Nachfrage im Personalbereich weiter ansteigen lassen. Bedingt durch den ungebrochenen Trend zur Hochschulausbildung wird sich der Rückgang im Bereich der Alterskohorte der 18- bis unter 25-Jährigen zunächst vermutlich kaum an den Hochschulen bemerkbar machen. Anders im dualen Ausbildungssystem: Hier könnten die Effekte deutlich stärker wirken und dem Fachkräftemangel weiter

Weiterhin steigende Nachfrage bei Kindertagesstätten und Schulen

Vorschub leisten. Die demographische Entwicklung nimmt weiter an Dynamik zu, wie an der Gruppe der über 65-Jährigen abzulesen ist. Im Spannungsfeld aus sich verändernden Infrastrukturanforderungen, Diskussionen um die Qualität von Pflege und individuellen Wünschen nach einer möglichst langen autonomen Lebensgestaltung, gewinnen fiskalische Aspekte und Fragen nach den Möglichkeiten der Sozialversicherungssysteme weiter an Bedeutung.

Die Entwicklungen internationaler Krisen die weitere Neuzuwanderung wahrscheinlich machen, sowie der sich bereits vollziehende Familiennachzug zu hier lebenden Menschen mit Fluchtgeschichte sind in den berechneten Szenarien weitestgehend unberücksichtigt geblieben, denn sie sind nicht vorhersehbar. Die Nachfragesituation in den unterschiedlichen Bildungsbereichen könnte sich daher auch abweichend entwickeln.

A 1-2 Geburtenentwicklung und Wanderungsbewegungen

Die demographische Entwicklung der Bevölkerung wird durch die Geburten, die Sterbefälle sowie die Wanderungsbewegungen bestimmt. Insbesondere Geburtenraten und Wanderungssalden (Zu- und Abwanderung) sind maßgebliche Parameter für den Ausbau von Angeboten in den unterschiedlichen Bildungsbereichen.¹⁰ Positive Wanderungssalden können zudem Hinweise auf die Attraktivität einer Kommune liefern. Anhand der Zu- und Fortzüge in den jüngeren Alterskohorten lassen sich näherungsweise Prozesse der Bildungswanderung nachzeichnen.

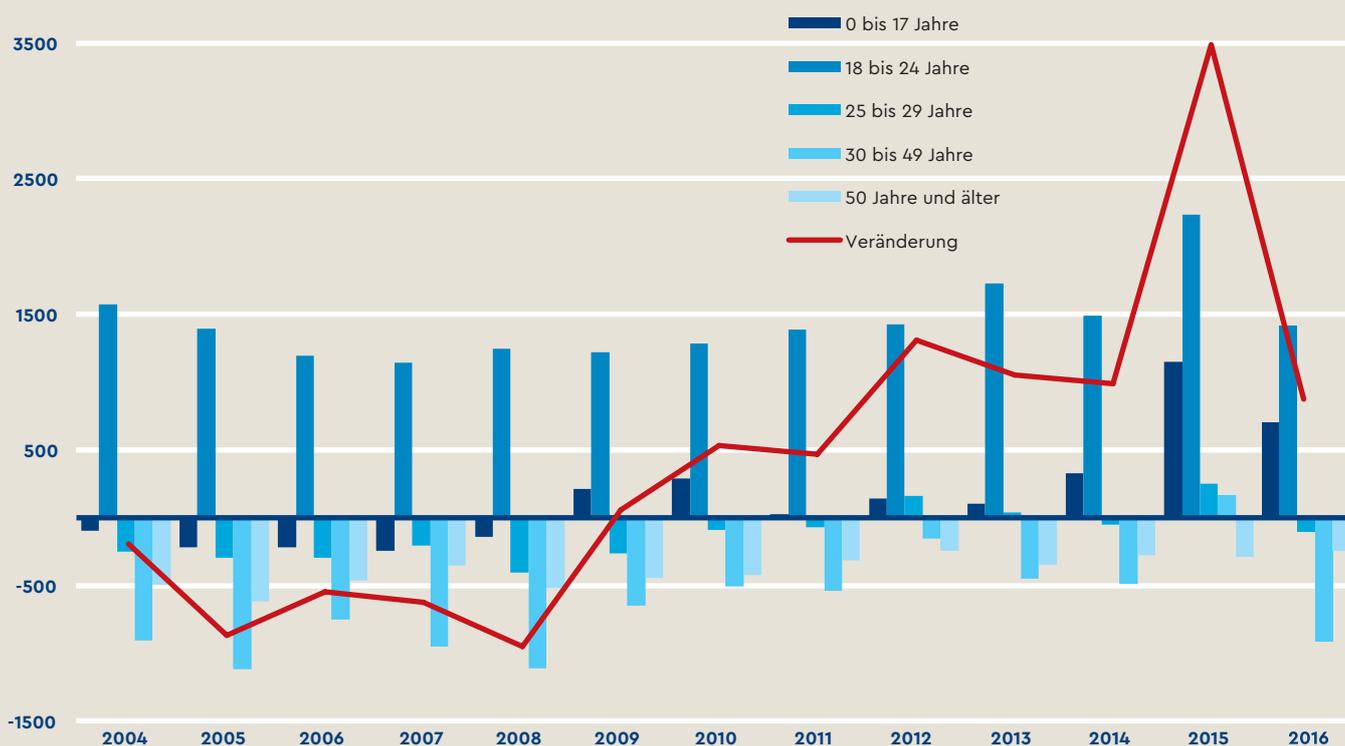
Die projizierte Entwicklung der Sterbefälle weist aufgrund der Zunahme der Personen in den höchsten Altersstufen trotz der angenommenen steigenden Lebenserwartung für Bielefeld bis zum Jahr 2023 einen Anstieg um rund 5,1 Prozent auf rund 4.000 Personen pro Jahr aus. Bis zum Jahr 2045 verringern sich die jährlichen Sterbefälle dann auf 3.698 Personen. Demgegenüber weist die Anzahl der Lebendgeborenen bis zum Jahr 2024 nur einen minimalen Anstieg aufgrund der angenommenen konstanten Geburtenraten auf und nimmt aufgrund der veränderten Altersstruktur um rund 5 Prozent auf 3.036 Kinder im Jahr 2045 ab. Bis zum Jahr 2045 übersteigen die Sterbefälle nach aktuellen Berechnungen die Geburtenzahlen jedes Jahr somit deutlich. Isoliert für das Jahr 2045 der Vorausberechnung betrachtet, wären aufgrund der Geburten und Sterbefälle Wanderungsgewinne von mindestens 660 Personen zu realisieren, um die heutige Bevölkerungszahl konstant zu halten.

Die Bevölkerungsentwicklung liefert wichtige Hinweise für die Infrastrukturplanung im Bildungsbereich, sie ist aber weitestgehend nicht beeinflussbar. Aktuell kompensieren die positiven Wanderungssalden das Geburtendefizit. Seit 2010 übersteigen die Zuzüge die Fortzüge kontinuierlich.

¹⁰ Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2016:18.

Wanderungssalden nach ausgewählten Altersgruppen 2004 bis 2016

Abb. 2



Quelle: Einwohnermelderegister der Stadt Bielefeld (Berechnungen Presseamt/Statistikstelle); Stichtag: 31.12. eines jeden Jahres

Für die kommenden Jahre fallen die erwarteten Wanderungsgewinne insbesondere aus dem Ausland, die in den Jahren 2015 und 2016 stark durch Zuwanderung aus humanitären Gründen beeinflusst waren, deutlich geringer aus. Für 2017 wird ein Saldo von 1.406 Personen angenommen. In 2030 schmilzt der aktuell projizierte Saldo auf rund 800 Personen ab.¹¹

Der aktuelle Trend der Geburtenentwicklung und der Wanderungsbewegung führt in den kommenden Jahren zunächst zu einer relativ konstanten Nachfrage im Bereich der frühkindlichen Bildungsinstitutionen. Die hohe Zuwanderung in der Alterskohorte der 18- bis unter 25-Jährigen korrespondiert mit der Aufnahme eines Studiums oder einer Ausbildung. Hält der Trend zur Hochschulbildung an, dann ist von weiter steigenden Zahlen in dieser Alterskohorte auszugehen. Darüber hinaus ziehen junge Familien nach Bielefeld, deren Kinder direkt in das Bildungssystem eintreten. Ein erheblicher Teil davon sind Kinder und Jugendliche mit Zuwanderungsgeschichte aus dem europäischen und außereuropäischen Ausland. In 2016 waren dies mehr als 800 und in 2017 über 600 schulpflichtige Kinder und Jugendliche. Ein erheblicher Anteil davon kam 2017 in die Primarstufe.

**Weiterhin positives
Wanderungssaldo bis
2030 erwartet**

Besondere Herausforderungen für die Primarstufe

¹¹ Die Ergebnisse des Berichtsjahres 2016 sind aufgrund methodischer Änderungen und technischer Weiterentwicklungen nur bedingt mit den Vorjahreswerten vergleichbar. Einschränkungen bei der Genauigkeit der Ergebnisse können aus der erhöhten Zuwanderung und den dadurch bedingten Problemen bei der melderechtlichen Erfassung Schutzsuchender resultieren.

A 1-3 Zusammensetzung der Bevölkerung nach Migrationshintergrund

Eine erfolgreiche Integration von Menschen mit Migrationshintergrund¹² kann aus bildungspolitischer Perspektive nur gelingen, wenn gleichberechtigte Chancen auf (Bildungs-)Teilhabe und individuellen Bildungserfolg gewährleistet sind.¹³ Ein Zusammenhang zwischen Bildungserfolg und der sozialen Herkunft ist weiterhin ausgeprägt vorhanden und betrifft häufiger als andere die Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund.¹⁴ Daher gewinnt das Wissen um die Zusammensetzung der Bevölkerung, ebenso wie vorhandene Segregation im Stadtgebiet an Bedeutung.

Quote der Einbürgerungen ist rückläufig

Von den am 31.12.2016 in Bielefeld gemeldeten 336.352 Einwohnerinnen und Einwohnern hatten 36,7 Prozent (2013: 34 Prozent) bzw. 121.339 Personen einen Migrationshintergrund.¹⁵ Diese Gruppe bestand zum Stichtag aus drei Teilgruppen: 40,9 Prozent (49.626 Personen) und damit etwa 6 Prozentpunkte mehr als 2013 waren Ausländer, 31 Prozent (36.118 Personen) zählten zu der Gruppe der Aussiedler¹⁶ und 28,7 Prozent (35.595 Personen) waren eingebürgerte Personen. Der Anteil an Einbürgerungen hat sich seit 2013 um rund 7 Prozentpunkte verringert. Innerhalb der Gruppe der Ausländer sind vor allem Personen türkischer Herkunft vertreten (23 Prozent), gefolgt von Menschen aus dem Irak (9,8 Prozent), Griechenland (7,5 Prozent) und Polen (7,2 Prozent).

60 Prozent der Kinder und Jugendlichen bis 15 Jahre besitzen einen Migrationshintergrund

Einen Überblick über die Bielefelder Bevölkerung nach Alter und differenziert nach den unterschiedlichen Gruppen mit und ohne Migrationshintergrund liefert die Abb. 3. In der Gruppe der Kinder und Jugendlichen bis 15 Jahre besitzen inzwischen rund 60 Prozent einen Migrationshintergrund. Mit zunehmendem Alter schmilzt der Anteil insgesamt ab.

In den Altersgruppen bis 10 Jahre hat mehr als jedes 2. Kind Wurzeln im Ausland

In den Einrichtungen der frühkindlichen Bildung und in den Grundschulen besitzt bereits mehr als jedes zweite Bielefelder Kind einen Migrationshintergrund. Das trifft, wenn gleich in etwas geringerem Umfang, bereits jetzt auch auf die weiterführenden Schulen zu. Diese Alterskohorten werden in den kommenden Jahren verstärkt in den sich anschließenden (Aus-)Bildungsinstitutionen ankommen. Das Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes NRW reagiert auf diese Entwicklungen mit Maßnahmen und Initiativen wie „Interkulturelle Schulentwicklung“, „Integration durch Bildung“ und vielschichtige partizipative Angebote im Bereich der kulturellen Bildung.¹⁷

In fünf wohnortnahen Grundschuleinzugsbereichen lag die Migrationsquote bei Kindern bis 10 Jahren bei 75 Prozent

Betrachtet man nur die jüngeren Alterskohorten bis 10 Jahre wird sehr anschaulich, dass auf der Ebene der wohnortnahen Schuleinzugsbereiche eine ausgeprägte räumliche Segregation des Merkmals „Migration“ vorhanden ist. Abb.4 verdeutlicht, dass der Migrationsanteil bei Kindern bis 10 Jahre zum 31.12.2016 in fünf Bielefelder Schuleinzugsbereichen bei über 75 Prozent lag. Im Gegensatz dazu liegt der geringste Wert bei unter 30 Prozent.

12 Als Einwohner mit Migrationshintergrund zählen Ausländerinnen und Ausländer, Eingebürgerte, im Ausland geborene Deutsche sowie Aussiedlerinnen und Aussiedler (persönlicher Migrationshintergrund). Kinder bis 18 Jahren im Haushalt der Eltern, von denen mindestens ein Elternteil einen Migrationshintergrund hat, zählen ebenfalls zu den Einwohnern mit Migrationshintergrund (familiärer Migrationshintergrund).

13 Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2016: 161.

14 Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2016: 168f.

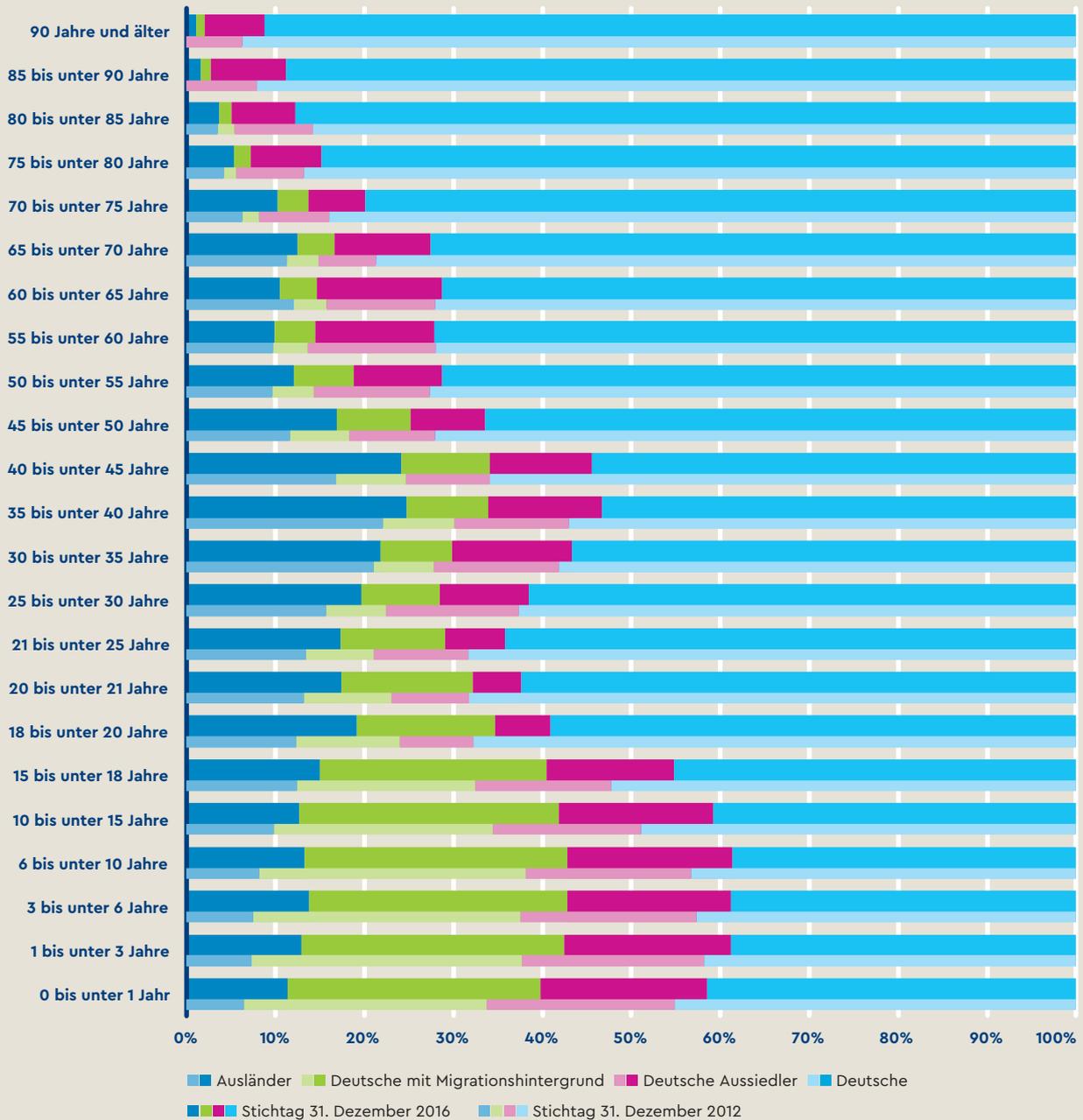
15 Im Jahr 2010 waren in Bielefeld 325.623 Personen gemeldet. 2010 lag der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund bei rund 32,8 Prozent oder 106.668 Personen. Quelle: Einwohnermelderegister der Stadt Bielefeld und Berechnung zum Migrationshintergrund vom Presseamt/Statistikstelle.

16 Die Kategorie Aussiedler umfasst sowohl Aussiedler als auch Spätaussiedler. Dies sind nach dieser Definition vor dem 23. Mai 1949 in den ehemaligen Grenzen des Deutschen Reiches Geborene mit ausschließlich deutscher Staatsangehörigkeit, wenn sie nach dem 01. Januar 1964 nach Deutschland zugezogen sind. Personen mit Inlandsumzügen nach Bielefeld nach dem Jahr 1964 werden seit 31.12.2016 nicht mehr mit Aussiedler definiert, wenn nicht nachvollziehbar ist, wann sie nach Deutschland gekommen sind. Die neue Einschränkung der Definition reduziert die Zahl der Aussiedler zum Vorjahr um 2.266 Personen. Personen mit Migrationshintergrund sind hier Ausländer, Deutsche nach Einbürgerung, Aussiedler oder ledige Kinder unter 18, die im Haushalt mit mindestens einem Elternteil mit Migrationshintergrund leben.

17 [https://www.schulministerium.nrw.de/docs/Schulsystem/Integration/.](https://www.schulministerium.nrw.de/docs/Schulsystem/Integration/)

Anteil der Bevölkerung nach Altersgruppen und Migrationshintergrund 2012 und 2016

Abb. 3



Quelle: Einwohnermelderegister der Stadt Bielefeld (Berechnungen Presseamt/Statistikstelle) Stichtag: 31.12. eines jeden Jahres

Wie Studien¹⁸ zeigen, kann die ungleiche Verteilung der Bevölkerungsgruppen auch einer verstärkten Segregation in den Bildungseinrichtungen Vorschub leisten. In welchem Umfang sich Bildungswanderungen und Segregationsentwicklungen in Bildungsinstitutionen widerspiegeln, und/oder weitere sozioökonomische Merkmale zum Tragen kommen und ob sich daraus Folgen, wie z. B. Auswirkungen auf den Spracherwerb ableiten lassen, wird in den folgenden Kapiteln näher zu beleuchten sein. Unstrittig ist, dass Bildungseinrichtungen und andere kommunale Akteure mit Blick auf Bildungsteilhabe und Bildungserfolge von Migranten in der Zukunft noch stärker auf diese Entwicklungen werden reagieren müssen und folglich auch mehr Ressourcen benötigen. Dies gilt vor allem für Einrichtungen die in Quartieren mit hohen bildungsrelevanten Belastungen und ausgeprägter Segregation liegen.

Sozialräumliche Segregation spiegelt sich häufig auch in institutioneller Segregation wider

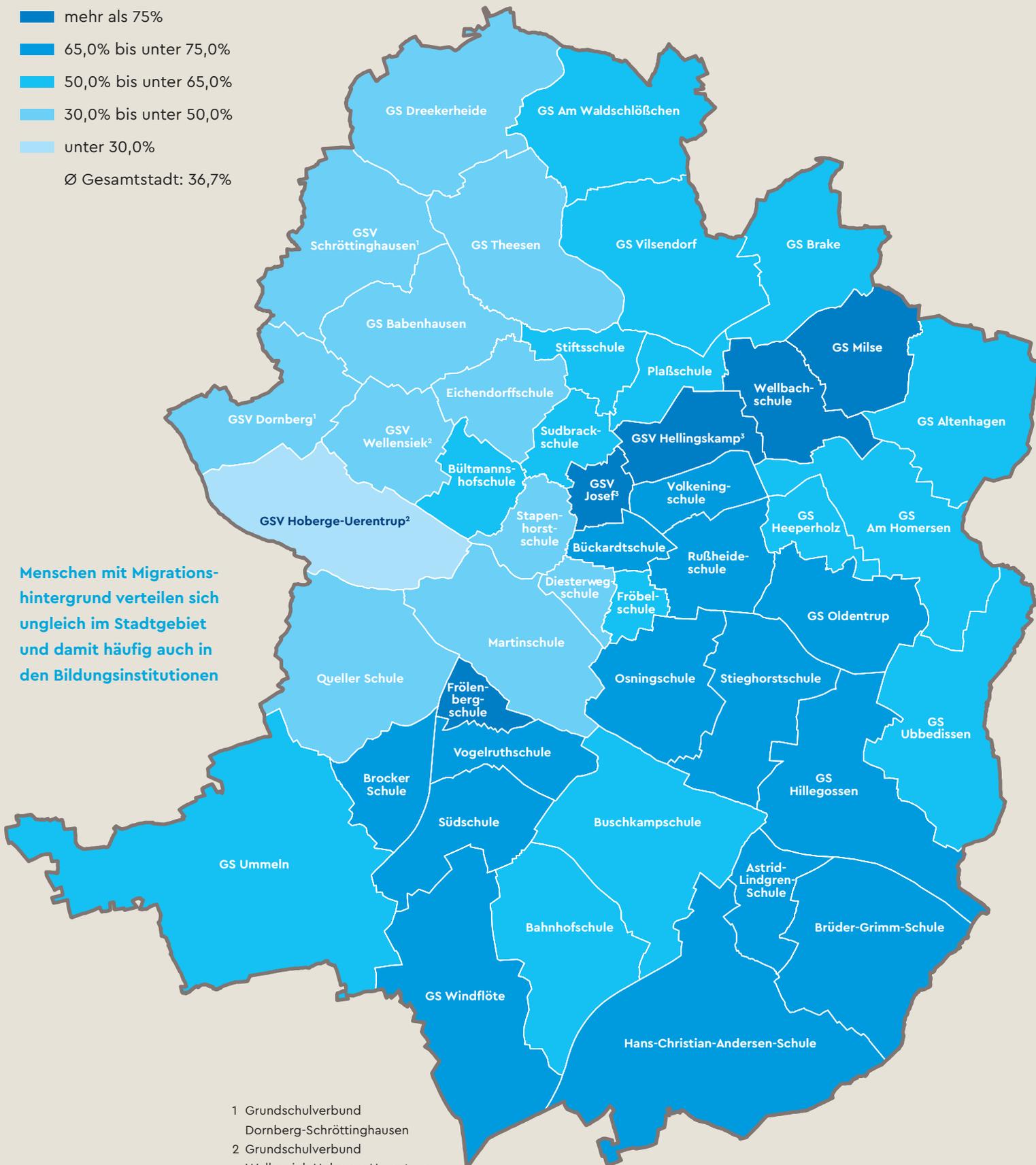
18 Vgl. Gross 2015; Gross, Trappmann & Jehles 2018.

Abb. 4

Kinder unter 10 Jahren mit Migrationshintergrund

je Wohnortnahem Grundschuleinzugsbereich 2016

- mehr als 75%
- 65,0% bis unter 75,0%
- 50,0% bis unter 65,0%
- 30,0% bis unter 50,0%
- unter 30,0%
- Ø Gesamtstadt: 36,7%



- 1 Grundschulverbund Dornberg-Schröttinghausen
- 2 Grundschulverbund Wellensiek-Hoberge-Uerentrup
- 3 Hellingskampschule, Grundschulverbund nördliche Innenstadt

Quelle: Einwohnermelderegister der Stadt Bielefeld (Berechnungen Presseamt/Statistikstelle), Stichtag 31.12.16;
Kartographie und Bearbeitung: Bildungsbüro der Stadt Bielefeld

A 1-4 Zur Struktur der neu zugewanderten Menschen mit Migrationserfahrung in Bielefeld

Zur Unterstützung von Kommunen bei der Bildungsintegration von neu zugewanderten Menschen hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung ein bundesweites Förderprogramm ins Leben gerufen¹⁹. Bei der Umsetzung vor Ort ergab sich zunächst die Frage nach einer definitorischen Basis für die Zielgruppe. Als „neu zugewanderte Personen“ sollen alle nicht deutschen zugewanderten Personen verstanden werden, die (noch) nicht über hinreichende Zugänge zu den Teilsystemen der Gesellschaft (z. B. Bildung, Arbeit, Kultur, Wohnungsmarkt) verfügen. Diese Definition schließt sowohl geflüchtete als auch aus anderen Gründen zugewanderte Menschen ein. Als zeitliche Dimension der hier zu Grunde gelegten Definition wird ein Zeitraum von fünf Jahren nach Einreise als neue Zuwanderung vorgeschlagen. Diese Zeitspanne dient als Orientierungsfolie zur Bestimmung einer „statistischen Gruppe“. Damit geht keineswegs die Vorstellung einher, Personen seien unbedingt erst nach 5 Jahren etabliert, d. h. in den Regelstrukturen adäquat teilhabend, oder umgekehrt auch nicht, dass Personen nach fünfjährigem Aufenthalt in Bielefeld nunmehr etabliert sein müssten. Um dies zu erkennen genügt es, sich mit den aus den statistischen Analysen zur Integration in Bielefeld²⁰ ablesbaren Ungleichgewichten zu beschäftigen²¹.

Die Zahl der Personen mit nichtdeutscher Nationalität, die nach dem 31.12.2011 aus dem Ausland nach Deutschland gezogen sind und zum Stichtag 31.12.2016 im Stadtgebiet Bielefeld wohnhaft sind, beläuft sich auf 12.375²², von diesen sind 6.747 (54,5 Prozent) männlich und 5.628 (45,5 Prozent) weiblich.

Differenziert nach Nationalität bilden Personen mit polnischer Staatsangehörigkeit (12,1 Prozent) die größte Gruppe. Als nächstes folgen die Gruppen von Personen mit irakischer (10,4 Prozent), griechischer (8,8 Prozent), syrischer (7,6 Prozent), bulgarischer (6,3 Prozent) und türkischer (5,4 Prozent) Nationalität (Abb. 5). Knapp die Hälfte der neu zugewanderten Menschen (49,4 Prozent) hat eine andere Nationalität als die oben genannten, so zeigt sich auch bei der Zuwanderung neu zugewanderter Menschen die große Vielfalt der Bielefelder Stadtgesellschaft.

Zwischen 2012 und 2016 zogen 12.375 aus dem Ausland nach Bielefeld

19 Unter dem Titel „Kommunale Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte“ verfolgt das Förderprogramm die Zielsetzung, eine schnellstmögliche Teilhabe von neu zugewanderten Menschen am Regelsystem der Bildungsregion zu ermöglichen. Zum 1.3.2018 konnten in diesem Zusammenhang, zunächst bis zum 28.2.2019, zwei Bildungskordinatorinnen und ein Bildungskordinator eingestellt werden. In Bielefeld wird das Programm in enger Kooperation des Bildungsbüros im Amt für Schule und des Kommunalen Integrationszentrums umgesetzt. Zu den Hauptaufgaben gehört es, an der Optimierung des Austausches und der Vernetzung relevanter Bildungsakteure und der Reflexion bestehender Bildungsangebote und -bedarfe mitzuarbeiten sowie nicht zuletzt eine Auseinandersetzung mit der Datenlage zu neu zugewanderten Menschen in Bielefeld zu unterstützen. Letzgenannter Arbeitsbereich beinhaltet die Beteiligung an einer konzeptionellen Weiterentwicklung der vorhandenen Datenbasis und eines zu etablierenden Bildungsmonitorings.

20 Vgl. Integrationsmonitoring der Stadt Bielefeld 2018 (Veröffentlichungsdatum voraussichtlich Herbst 2018).

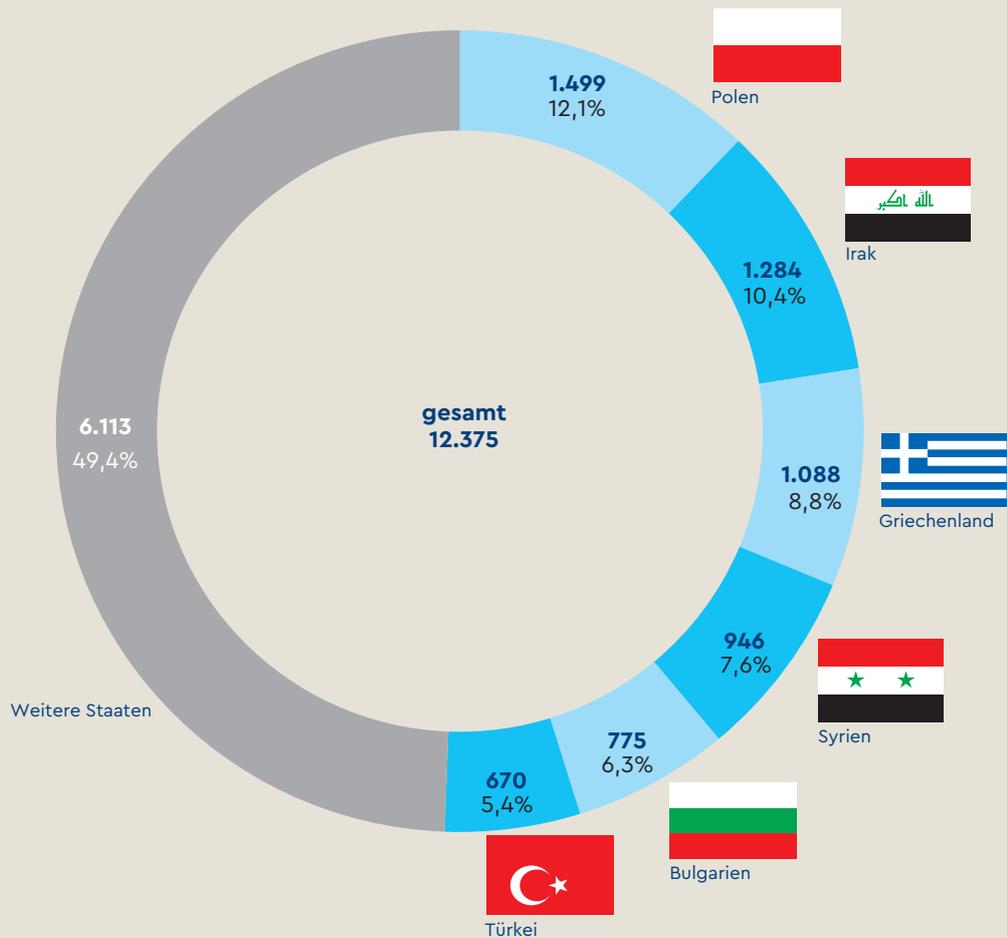
21 Eine temporäre Begrenzung einzubeziehen erscheint neben Aspekten der Handhabbarkeit jedoch sinnvoll, weil in der ersten Phase im Aufnahmeland entscheidende Weichen gestellt werden und mit einer besonderen Motivationslage auf Seiten der zugezogenen Personen zu rechnen ist (zur Bildungsaspiration von Geflüchteten siehe etwa Behrens/Westphal 2009).

22 Zu beachten ist, dass das Zuzugsdatum aus dem Ausland nur bei direktem Zuzug nach Bielefeld erfasst wird. Außerdem ist darauf hinzuweisen, dass in Bielefeld geborene Kinder der abgebildeten Personengruppe in der Regel nicht in den Zahlen enthalten sind. Es ist davon auszugehen, dass die Gesamtzahl der Personen im Kontext Neuzuwanderung höher ist.

Abb. 5

Zuwanderung aus dem Ausland nach Bielefeld 2012–2016

Seit dem 31. 12. 2011 aus dem Ausland nach Bielefeld gezogene Personen und zum Stichtag 31. 12. 2016 in Bielefeld wohnhafte ausländische Personen nach Nationalität



Quelle: Einwohnermelderegister der Stadt Bielefeld (Berechnungen Presseamt/Statistikstelle)

Die neu zugewanderten Personen machen zum Stichtag 31. 12. 2016 3,7 Prozent der Bielefelder Bevölkerung aus

Je nach Nationalität gibt es unterschiedliche Präferenzen bei der Wohnortwahl

Die neu zugewanderten Personen machen zum Stichtag 31. 12. 2016 stadtweit 3,7 Prozent der Bevölkerung aus. In den Stadtbezirken Mitte (5,0 Prozent) und Brackwede (4,3 Prozent) liegt der Anteil Neuzugewandelter über dem Durchschnitt, was auch durch die Lage von Aufnahmeeinrichtungen zu erklären ist. Die Stadtbezirke Dornberg (1,9 Prozent), Senne (2,2 Prozent) und Jöllenbeck (2,3 Prozent) weisen einen unterdurchschnittlichen Anteil auf, während die übrigen Stadtbezirke sehr nahe am städtischen Durchschnittswert liegen (siehe Abb. 6).

Je nach Nationalitäten lassen sich Unterschiede bei der Wohnortwahl beobachten. Diese können u. a. bedingt sein durch einen präferierten Zuzug zu Stadtteilen, in denen die Personen mit sozialen Ressourcen rechnen, etwa durch bereits dort wohnhafte Menschen mit derselben Nationalität. Außerdem kann die Wohnortwahl abhängig sein von zugewiesenem Wohnraum bzw. finanziellen Grenzen der Alternativwahl. Von den 1.499 neu zugewanderten Personen mit polnischer Nationalität beispielsweise wohnt ein großer Teil in den Stadtbezirken Sennestadt und Senne (insgesamt 316 Personen; ca. 21 Prozent). Weitere bevorzugte Stadtbezirke sind Brackwede (271 Personen; ca. 18 Prozent), Mitte und Heepen (jeweils 242 Personen; ca. 16 Prozent) sowie mit jeweils 142 bzw. 140 Personen (ca. 9 Prozent) Stieghorst und Schildesche. Neu zugewanderte irakische Staatsangehörige hingegen wohnen relativ häufig im Stadtbezirk Mitte (469 Personen; ca. 37 Prozent) gefolgt von den Stadtbezirken Heepen (191; ca. 15 Prozent) und Stieghorst (158; ca. 12 Prozent).

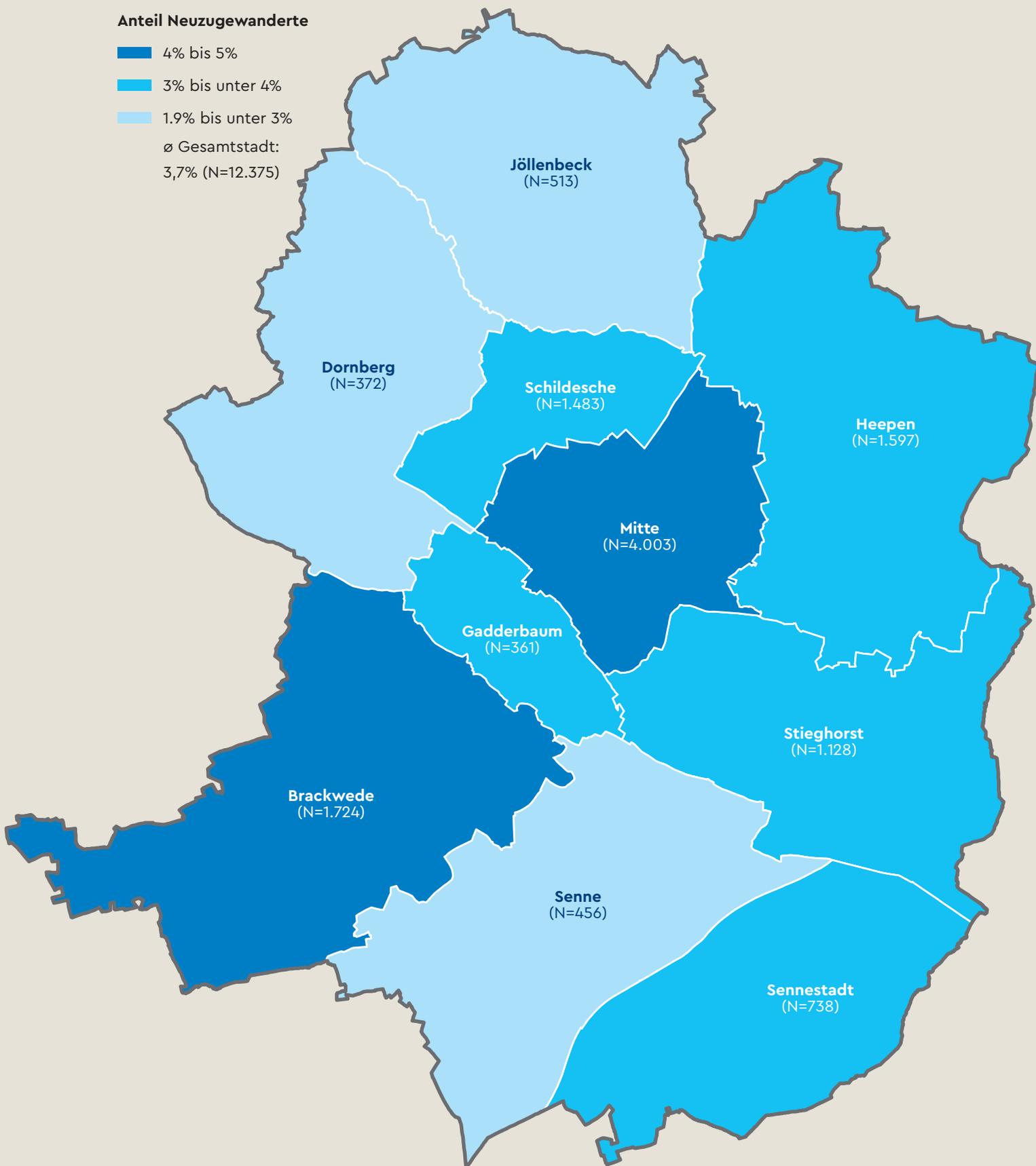
Neuzugewanderte aus dem Ausland nach Bielefeld

im Zeitraum 2011–2016 insgesamt (Stichtag jeweils 31.12.)

Abb. 6

Anteil Neuzugewanderte

- 4% bis 5%
- 3% bis unter 4%
- 1.9% bis unter 3%
- ∅ Gesamtstadt:
3,7% (N=12.375)



Quelle: Einwohnermelderegister der Stadt Bielefeld (Berechnungen Presseamt/Statistikstelle), Stichtag: 31.12.2016;
Kartographie und Bearbeitung: Bildungsbüro der Stadt Bielefeld

1.404 neu zugewanderte Kinder sind im Alter bis 10 Jahren. Sie benötigen Angebote im Bereich der frühkindlichen Bildung und der Grundschulen

Mehr als die Hälfte aller neu zugewanderten Personen sind im erwerbsfähigen Alter

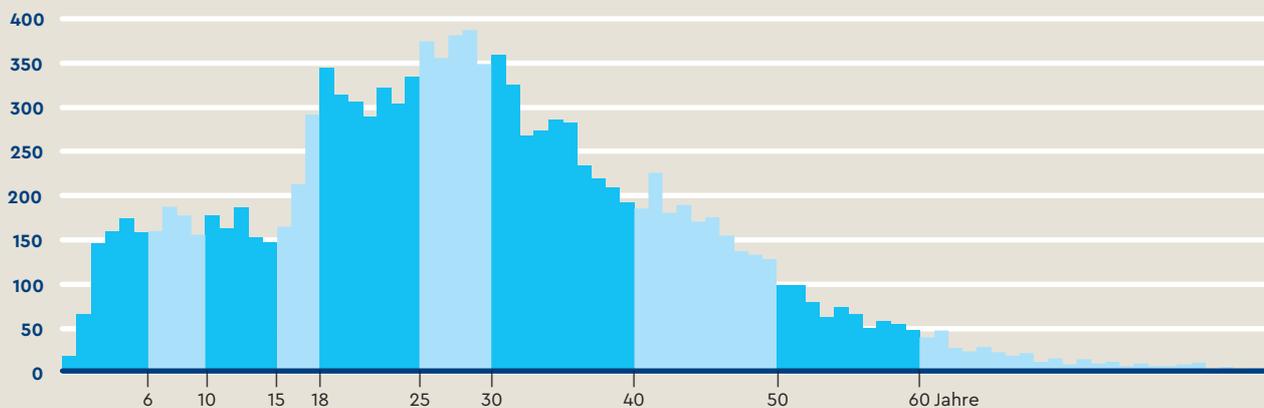
Eine weitere Differenzierungsdimension betrifft das Alter der neu zugewanderten Menschen in Bielefeld. Abb. 7 lässt erkennen, dass 723 Personen unter 6 Jahre alt sind (5,8 Prozent). In dieser Gruppe ist zu erwarten, dass die Personenzahl im Kontext Neuzuwanderung höher ist, da die in Bielefeld geborenen Kinder nicht als neuzugewanderte Personen erfasst sind. Weitere 681 Kinder (5,5 Prozent) sind zwischen 6 und 10 Jahre alt und befinden sich somit im Grundschulalter. Dem Bereich der Sekundarstufe I können 828 Personen (6,7 Prozent) im Alter zwischen 10 und 15 Jahre zugeordnet werden. Weitere 670 (5,4 Prozent) sind zwischen 15 und 18 Jahre alt und im Zusammenhang mit der Schulbildung im Bereich Sekundarstufe II zu sehen. Insgesamt beläuft sich die Zahl minderjähriger Personen auf 2.902 (23,5 Prozent). Nicht mehr schulpflichtig und somit im Kontext von Aus- und Weiterbildung zu sehen sind 2.213 neu zugewanderte Personen im Alter zwischen 18 und 25 Jahre (17,9 Prozent).

1.847 neu zugewanderte Personen sind in einem Alter zwischen 25 und 30 Jahre (14,9 Prozent), 1.680 zwischen 40 und 50 Jahre (13,6 Prozent) sowie 860 (6,94 Prozent) zwischen 50 und 65 Jahre. Somit ist über die Hälfte aller zugewanderten Personen im erwerbsfähigen Alter von 25 bis unter 65 (56,8 Prozent). 65 Jahre und älter sind lediglich 226 Personen (1,8 Prozent).

Abb. 7

Neuzugewanderte aus dem Ausland nach Bielefeld im Zeitraum 2011–2016

insgesamt (Stichtag jeweils 31.12.)



Quelle: Einwohnermelderegister der Stadt Bielefeld (Berechnungen Presseamt/Statistikstelle), Stichtag: 31.12. eines jeden Jahres

Insgesamt sind die meisten neu zugewanderten Menschen damit in einem Alter, das in Hinblick auf formale Bildungs- und Berufssettings eher im Kontext von frühkindlicher bzw. schulischer Bildung oder im Kontext von Berufsausübung bzw. Aus- und Weiterbildung verortet werden kann.

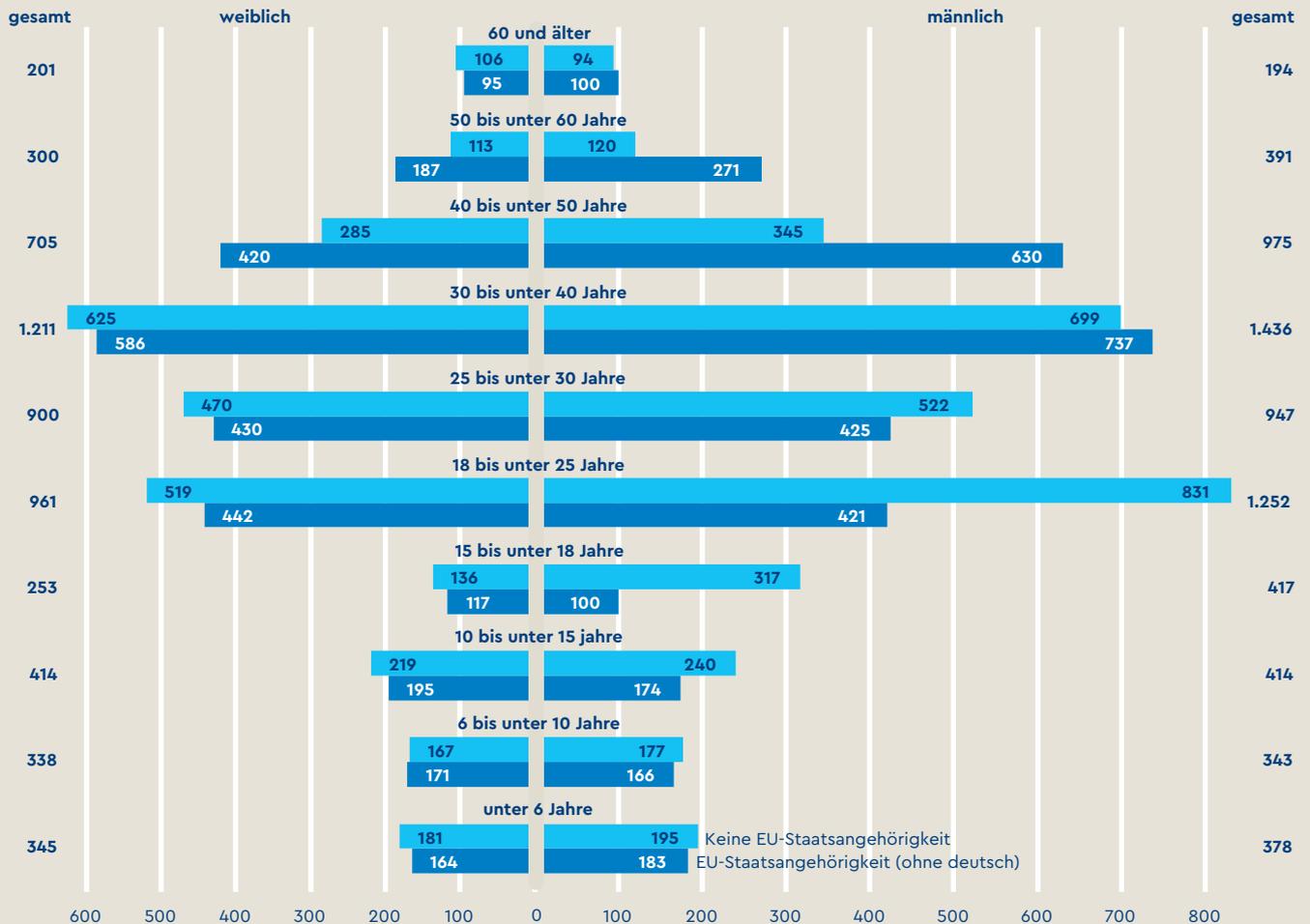
Weil Maßnahmen und Angebote entsprechend der spezifischen schul- und arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen zu konzipieren und vorzuhalten sind, bietet sich ergänzend an, die Gruppe der neu zugewanderten Menschen zu differenzieren nach Personen, die aus EU-Ländern und damit im Rahmen der Freizügigkeitsregelungen nach Deutschland kommen (6.014 Personen bzw. 47,3 Prozent) und Personen, die aus Nicht-EU-Ländern zuwandern (6.361 Personen bzw. 52,7 Prozent). Nennenswerte Größenunterschiede zwischen den Altersgruppen zeigen sich dabei für Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 15 und 18 Jahren (EU-Zuzug 217 Personen bzw. 3,6 Prozent, Nicht-EU-Zuzug 453 Personen bzw. 7,1%) sowie zwischen 18 bis 25 Jahren (EU-Zuzug 863 Personen bzw. 14,3 Prozent, Nicht-EU-Zuzug 1.350 Personen bzw. 21,3 Prozent). Auch in der nächsthöheren Altersgruppe sind Personen aus Nicht-EU-Ländern stärker vertreten, in der Altersgruppe 30 bis 40 Jahre und in den übrigen Altersgruppen kehrt sich das Anteilsverhältnis zwischen den beiden Zuwanderungsgruppen dann um. Die grundsätzliche Charakterisierung findet aber Bestätigung: Schulische und insbesondere berufliche Aus- und Weiterbildung sind die primären Lernkontexte, an denen neu zugewanderten Menschen Teilhabe ermöglicht werden muss.

47,3 Prozent der neu zugewanderten Personen kommen aus EU-Ländern nach Deutschland

Neuzugewanderte aus dem Ausland nach Bielefeld im Zeitraum 2011–2016

insgesamt (Stichtag 31.12.2016)

Abb. 8



Quelle: Einwohnermelderegister der Stadt Bielefeld (Berechnungen Presseamt/Statistikstelle);

Die Daten bieten damit wichtige Hinweise darauf, welche kommunalen Bildungs- bzw. Beratungsangebote für neu zugewanderte Menschen sich vermehrt welchen soziodemographischen Eigenschaften entsprechend ausrichten sollten. Somit können diese Angebote u.U. weiter spezialisiert, erweitert oder mit zielgerichteten Inhalten ausgestattet werden. Dies ermöglicht eine zielgruppenorientierte Planung des personellen/materiellen Ressourceneinsatzes. Bildungs- sowie Aus- und Weiterbildungsprozesse ließen sich somit erfüllender steuern, um insbesondere die Potenziale der eher jungen Gruppe der Neuzugewanderten einzubeziehen und zu fördern.

A 2 Wirtschaftliche Entwicklung, Strukturwandel, Finanzsituation und Ausgabenstruktur der öffentlichen Haushalte

Die wirtschaftliche Entwicklung und die Finanzsituation der öffentlichen Haushalte vermitteln einen Eindruck des finanziellen Potentials, das die öffentliche Hand, die Privatwirtschaft und die Bevölkerung in das Bildungswesen und seine einzelnen Teilbereiche investieren kann. Die beschäftigungsstrukturelle Entwicklung liefert Hinweise für die Anforderungen an die Qualifizierungsfunktionen des Bildungswesens.

A 2-1 Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner und erwerbstätiger Person

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner²³ dient der Messung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit von Ländern oder Regionen. Bezogen auf die jeweilige Bevölkerungszahl einer Region ermöglicht es einen Vergleich der wirtschaftlichen Entwicklung bzw. der Wirtschaftskraft verschiedener Regionen. Berufspendler fließen in die Berechnung mit ein.

Die gute konjunkturelle Entwicklung der letzten Jahre in Deutschland spiegelt sich auch in der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Kommunen in Ostwestfalen wider. Die sieben Kommunen im Regierungsbezirk Detmold weisen seit dem Jahr 2010 kontinuierliche Zuwächse beim BIP auf, das in 2014 bei 38.812€ je Einwohner lag, ein Plus von rund 16 Prozent. Obwohl Bielefeld und die Kreise in Ostwestfalen im Beobachtungszeitraum zweistellige Wachstumsraten aufweisen, sind sie bezogen auf ihre Leistungsfähigkeit unterschiedlich gut aufgestellt. Der Kreis Gütersloh belegt mit über 44.000€ je Einwohner den Spitzenplatz in Ostwestfalen. Der Kreis Höxter bildet mit 25.000€ den Schluss. Bielefeld liegt mit rund 37.000€ hinter dem Kreis Minden auf dem dritten Platz.

Bielefeld mit 37.000€ BIP je Einwohner auf Platz 3 in Ostwestfalen

Abb. 9 Bruttoinlandsprodukt in € je Einwohner



Quelle: IT.NRW/Stadt Bielefeld 2015

23 Definition des BIP je Einwohner: Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller innerhalb eines Wirtschaftsgebietes während einer bestimmten Periode produzierten Waren und Dienstleistungen, ohne die im Produktionsprozess verbrauchten Vorleistungen wie z. B. Material und Energie. Vgl. Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2014a).

Leicht relativiert wird die BIP-Entwicklung Bielefelds allerdings vor dem Hintergrund des Einpendlersaldos.²⁴ Im Jahr 2015 standen 77.854 Einpendlern²⁵ 44.065 Auspendler gegenüber, also ein Einpendlerüberhang von 33.789 Personen.²⁶ In Regionen mit hohem Einpendlerüberhang wird das BIP je Einwohner somit vermutlich überschätzt und in Regionen mit einem negativen Pendlersaldo unterschätzt.

Das BIP je erwerbstätiger Person²⁷, die Arbeitsproduktivität also, dient als weitere Messzahl der ökonomischen Rahmenbedingungen in einer Region (bzw. einem Land). Sie gibt deren wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit bezogen auf den insgesamt geleisteten Arbeitseinsatz wieder und somit Auskunft über die Effektivität des Faktors Arbeit im Produktionsprozess.²⁸ Laut Statistischem Landesamt Baden-Württemberg (2014) erfasst diese Betrachtung mit Bezug auf das Arbeitsvolumen vor dem Hintergrund der in den letzten Jahren immer stärker an Bedeutung gewinnenden Teilzeit- und geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen das Produktivitätsmaß einer Region weitaus treffender, weil das auf die reine Kopffzahl bezogene BIP Regionen mit einem hohen Anteil an Teilzeitbeschäftigten unproduktiver wirken lässt als sie tatsächlich sind.

77.854 Personen pendeln regelmäßig nach Bielefeld zum Arbeiten ein

Bruttoinlandsprodukt in € je Erwerbstätigem

Abb. 10



Quelle: IT.NRW/Stadt Bielefeld 2015

24 <https://www.it.nrw.de/statistik/b/daten/eckdaten/r543Pendl.html>.

25 Im Jahr 2013 standen noch 73.451 Einpendlern 41.790 Auspendlern gegenüber, das Saldo betrug mithin 31.661 Personen. In 2015 lag das Saldo bei 33.789 Personen. 77.854 Personen pendelten täglich nach Bielefeld ein. Aufgrund einer Revision der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) sind die Ergebnisse der Pendlerrechnung ab dem Jahr 2013 mit den bisherigen nur bedingt vergleichbar. Bei den Ergebnissen für die Berufspendler zu den Kreisen, Regierungsbezirken und dem Land NRW handelt es sich lediglich um reine Summierungen der jeweiligen Gemeindeergebnisse. IT.NRW, Düsseldorf, 2018. Stand: 5.2.2018/7:42:46.

26 Angaben zum BIP: Statistisches Bundesamt/IT.NRW 2012.

27 Die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität wird als Quotient aus preisbereinigtem (frei von Preiseinflüssen) Bruttoinlandsprodukt und Anzahl der Erwerbstätigen (Selbstständige und Arbeitnehmer), bzw. insgesamt geleisteten Erwerbstätigenstunden (Arbeitsvolumen) berechnet. Vgl. Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2014a).

28 Zu berücksichtigen ist dabei jedoch, dass diese Produktivitätskennziffer neben dem Faktor Arbeit u. a. auch von der maschinellen Ausstattung oder infrastrukturellen Bedingungen bestimmt wird, die ihrerseits Einfluss auf das Produktionsergebnis bzw. die Höhe der Wirtschaftsleistung haben.

BIP je Erwerbstätigem steigt in NRW kontinuierlich auf über 69.000€ in 2014

Die Arbeitsproduktivität hat sich in den letzten Jahren sowohl auf Landesebene als auch in den Kommunen Ostwestfalens positiv entwickelt. In NRW legte das BIP je Erwerbstätigem seit 2012 um 4,6 Prozent auf 69.400€ in 2014 zu. Der Regierungsbezirk Detmold steigerte das BIP um 5,6 Prozent auf 65.700€ je Erwerbstätigen. Obwohl Bielefeld seine Wettbewerbsfähigkeit im Jahr 2014 um 4,8 Prozent auf 62.200€ verbesserte, liegt die Stadt deutlich hinter den Kreisen Gütersloh (75.650€) und Minden-Lübbecke (69.863€).

Zusammenfassend bleibt festzuhalten: Beim BIP je Einwohner (wirtschaftliche Leistungsfähigkeit) weist Bielefeld analog zu den anderen Kommunen eine positive Entwicklung auf; mit Platz drei in OWL ist Bielefeld hier gut aufgestellt. Die Wettbewerbsfähigkeit hat sich nicht in gleichem Maß entwickelt. Hier belegt Bielefeld im Jahr 2014 nur den 5. Platz im Regierungsbezirk Detmold und liegt um rund 10 Prozent unter dem Landesschnitt.

A2-2 Unterbeschäftigungsquote

Die Unterbeschäftigungsquote bezieht im Gegensatz zu der Arbeitslosenquote, die ausschließlich als arbeitslos bzw. als arbeitssuchend gemeldete Personen erfasst, auch alle bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern nach § 16 SGB III registrierten Arbeitslosen ein, die entweder an bestimmten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen²⁹ teilnehmen oder einen Sonderstatus³⁰ besitzen. Die Unterbeschäftigungsquote liefert damit Informationen über die Limitation der Aufnahmefähigkeit des kommunalen Arbeitsmarkts. Maßnahmen der beruflichen Erstqualifizierung, in die in einem erheblichen Umfang Jugendliche im Anschluss an die allgemeinbildende Schule aufgrund mangelnder Perspektiven zunächst einmünden, fließen in die Berechnungen der Unterbeschäftigungsquote nicht ein.

Die Konjunkturprognosen³¹ gehen nach der positiven Entwicklung in den letzten Jahren auch für 2017 von einem weiterhin positiven Trend der Wirtschaftsleistung (BIP) aus. Diese Entwicklung spiegelt sich auch auf dem Arbeitsmarkt wider: Im März 2017 erreichte die Arbeitslosenzahl auf der Bundesebene mit 2.662.000 Personen eine Quote von 6 Prozent. Auch die Unterbeschäftigung ist in 2017 saisonbereinigt rückläufig. Im März 2017 waren 3.688.000 Personen unterbeschäftigt. Im Vergleich zum Vorjahresmonat ist dies eine leichte Steigerung um 18.000 Personen, die sich durch die Ausweitung von Maßnahmen insbesondere für geflüchtete Menschen ergibt.³²

Die Unterbeschäftigungsquote verringerte sich auf der Bundesebene zwischen 2010 und 2016 um 3 Prozentpunkte auf 8,0 Prozent. Auf der Landesebene ist die Quote um 2,2 Prozentpunkte auf 9,9 Prozent gesunken. In Bielefeld verringerte sich die Quote im gleichen Zeitraum um 3 Prozentpunkte und erreichte einen Wert von 11,3 Prozent. Sie lag 2016 somit um 1,4 Prozentpunkte über dem Landeswert. In den anderen OWL-Kommunen fällt die Entwicklung geringer aus als in Bielefeld. Gleichwohl liegen die Quoten deutlich unter denen von Bielefeld. So weisen die Kreise Gütersloh Unterbeschäftigungsquoten von 6,1 Prozent, Herford 7,5 Prozent, Minde-Lübbecke 7,3 Prozent, Lippe 9,0 Prozent und Paderborn von 7,5 Prozent aus.

Als schwierig erweist sich die Situation für die Jahrgänge, die im Anschluss an die Schule einen möglichst reibungslosen Einstieg in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt suchen. Für die Altersgruppe der 15- bis unter 25-Jährigen ist insgesamt ein positiver Trend festzustellen. Die Unterbeschäftigungsquote verringerte sich im Zeitraum 2010 bis 2016 um 3,5 Prozentpunkte. Der Wert lag Ende 2016 aber weiterhin über dem Landesdurchschnitt.

2016 lag die Unterbeschäftigungsquote in Bielefeld bei 11,3 Prozent

Jeder 10. der 15 bis 25 Jährigen in Bielefeld ist von Unterbeschäftigung betroffen

29 Zum Beispiel Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung, Förderung der beruflichen Weiterbildung (FbW).

30 Ein Sonderstatus liegt bei Kurzarbeit, geförderter Selbstständigkeit, Vorruhestand oder Arbeitsunfähigkeit vor.

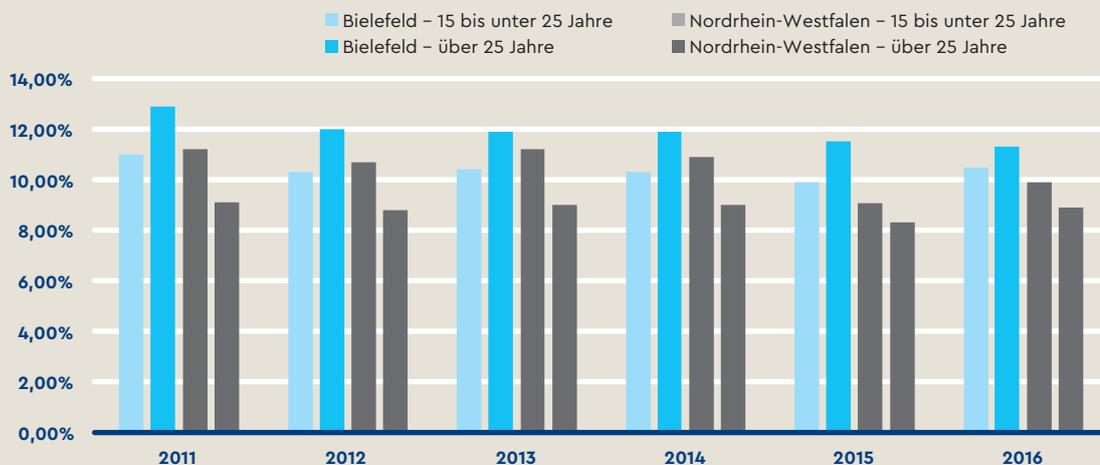
31 Vgl. <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/konjunkturprognose114.html>. U. a. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, ifo Institut, IfW Kiel, etc.

32 Bundesagentur für Arbeit/ Arbeitsmarkt März 2017 | <https://www.arbeitsagentur.de/presse/2017-09-der-arbeitsmarkt-im-marz-2017>.

2016 war jeder 10. dieser Altersgruppe (10,5 Prozent) in Bielefeld auf der Suche nach einem Ausbildungs- oder Arbeitsplatz. Im Vergleich dazu lag die Quote in Gütersloh bei 5,8 Prozent, Herford 8,1, Minden Lübbecke 8,6, Lippe 8,5 und in Paderborn bei 6,7 Prozent.

Unterbeschäftigungsquote 2011 bis 2016 Bielefeld³³

Abb. 11



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit und Statistisches Bundesamt 2016

Die positive konjunkturelle Entwicklung der letzten Jahre zeichnet sich auch auf dem Arbeitsmarkt in OWL ab. Die Unterbeschäftigungsquoten sind sowohl bei den über 25-Jährigen als auch bei den unter 25-Jährigen rückläufig. Allerdings gelingt es in den OWL-Kommunen unterschiedlich gut, die Unterbeschäftigung weiter zu verringern. Für Bielefeld ist die Situation im Kontext Unterbeschäftigung weiterhin problematisch. In 2016 war bei den Erwachsenen über 25 Jahren jeder achte und bei den unter 25-Jährigen jeder zehnte von Unterbeschäftigung betroffen.

A2-3 Erwerbstätige nach Berufsgruppen

Der wirtschaftliche Strukturwandel hat die Anforderungsprofile für Erwerbstätige und in der Folge die vom Bildungs- und Beschäftigungssystem zu erbringenden Qualifizierungsleistungen nachhaltig verändert. Der Strukturwandel der Erwerbstätigkeit wird über die Veränderungen von Berufen und Tätigkeiten (Erwerbstätige nach Berufsgruppen) dargestellt.

Der Strukturwandel und die technologische Entwicklung beeinflussen die Tätigkeitsfelder und damit auch die Anforderungsprofile von Erwerbstätigen in fast allen Berufsfeldern.³⁴ Anhand der Erhebungen des Mikrozensus zu den Erwerbstätigen nach Berufsgruppen, die seit 2013 von der Bundesagentur für Arbeit auf der Basis von 37 Berufshauptgruppen (Klassifikation der Berufe – KldB)³⁵ gebildet werden, kann für Bielefeld nachgezeichnet werden, wie sich die einzelnen Berufsbereiche regional entwickelten. Besonders interessant sind die innovativen Branchen. Die Anzahl der Erwerbstätigen (Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte – SvB) entwickelte sich in den letzten Jahren kontinuierlich positiv. Im Betrachtungszeitraum

Kontinuierliche Steigerung der Erwerbsfähigen in den letzten Jahren

33 Ergebnisse des Mikrozensus Erwerbstätige im Alter von 15 und mehr Jahren am Ort der Hauptwohnung nach dem Labour Force Konzept der ILO.

34 Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012, S. 22).

35 Verwendet werden fünf von der BA für statistische Zwecke gebildeten Berufssektoren, die auf der Zusammenfassungen der 37 Berufshauptgruppen (2-Steller) der KldB 2010 beruhen. Die Auswertung erfolgt für die Jahre 2013-2015, da der Mikrozensus ab 2013 auf die KldB 2010 umgestellt wurde. Die ehemals verwendeten Berufsgruppen, basieren auf der KldB 1992, die nicht mehr fortgeschrieben wird.

Produktionsberufe und personenbezogene Dienst- leistungen legten zwischen 2013 und 2015 zu

2013 bis 2015 stieg der Anteil der Erwerbstätigen an den Produktionsberufen [1]³⁶ um 0,6 Prozentpunkte auf 23,6 Prozent und an den personenbezogenen Dienstleistungsberufen [2] um 1,1 Prozentpunkte auf 32,3 Prozent an. Der Anteil kaufmännischer und unternehmensbezogener Dienstleistungsberufe [3] verringerte sich hingegen auf 28,3 Prozent (minus 1,6 Prozentpunkte). Ebenso verloren die sonstigen Dienstleistungsberufe [4], die auf 11,8 Prozent (minus 1 Prozentpunkt) zurückgingen. Daten zu den Sektoren IT- und naturwissenschaftliche Dienstleistungsberufe [5] liegen auf der Raumebene für Bielefeld nur eingeschränkt vor.

Abb. 12

Erwerbstätige¹ in Bielefeld nach Berufssektoren² 2013 bis 2015



1 Erwerbstätige im Alter von 15 und mehr Jahren am Ort der Hauptwohnung nach dem Labour Force Konzept der ILO
2 Die Zuordnung der Berufe zu den Berufssektoren erfolgt gemäß der Veröffentlichung »Berufssektoren und Berufsegmente auf Grundlage der KldB 2010«, Nürnberg, Ausgabe April 2015 Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2017

36 Die Zuordnung der Berufe zu den Berufssektoren erfolgt gemäß der Veröffentlichung »Berufssektoren und Berufsegmente auf Grundlage der KldB 2010«, Nürnberg, Ausgabe April 2015, Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

[1] Produktionsberufe: Land-, Tier- und Forstwirtschaftsberufe (11), Gartenbauberufe und Floristik (12), Rohstoffgewinnung und -aufbereitung, Glas- und Keramikherstellung und -verarbeitung (21), Kunststoffherstellung und -verarbeitung, Holzbe- und -verarbeitung (22), Papier- und Druckberufe, technische Mediengestaltung (23), Metallherzeugung und -bearbeitung, Metallbauberufe (24), Textil- und Lederberufe (28), Produktdesign und kunsthandwerkliche Berufe, bildende Kunst, Musikinstrumentenbau (93), Maschinen- und Fahrzeugtechnikberufe (25), Mechatronik-, Energie- und Elektroberufe (26), Technische Forschungs-, Entwicklungs-, Konstruktions- u. Produktionssteuerungsberufe (27), Bauplanungs-, Architektur- und Vermessungsberufe (31), Hoch- und Tiefbauberufe (32), (Innen-)Ausbauberufe (33), Gebäude- und versorgungstechnische Berufe (34).

[2] Personenbezogene Dienstleistungsberufe: Lebensmittelherstellung und -verarbeitung (29), Tourismus-, Hotel- und Gaststättenberufe (63), Medizinische Gesundheitsberufe (81), Nichtmedizinische Gesundheits-, Körperpflege- und Wellnessberufe, Medizintechnik (82), Erziehung, soziale und hauswirtschaftliche Berufe, Theologie (83), Lehrende und ausbildende Berufe (84), Sprach-, literatur-, geistes-, gesellschafts- und wirtschaftswissenschaftliche Berufe (91), Darstellende und unterhaltende Berufe (94).

[3] Kaufmännische & unternehmensbezogene Dienstleistungsberufe: Einkaufs-, Vertriebs- und Handelsberufe (61), Verkaufsberufe (62), Berufe in Unternehmensführung und -organisation (71), Berufe in Finanzdienstleistungen, Rechnungswesen und Steuerberatung (72), Berufe in Recht und Verwaltung (73), Werbung, Marketing, kaufmännische und redaktionelle Medienberufe (92).

[4] Sonstige Dienstleistungsberufe: Angehörige der regulären Streitkräfte (01), Schutz-, Sicherheits- und Überwachungsberufe (53), Verkehrs- und Logistikberufe (außer Fahrzeugführung) (51), Führer/innen von Fahrzeug- und Transportgeräten (52), Reinigungsberufe (54).

[5] IT- und naturwissenschaftliche Dienstleistungsberufe: Mathematik-, Biologie-, Chemie- und Physikberufe (41), Geologie-, Geografie- und Umweltschutzberufe (42), Informatik-, Informations- und Kommunikationstechnologieberufe (43).

Abb. 12 zeigt ergänzend die Entwicklungen in den fünf Berufssektoren für die Jahre 2013 bis 2015 differenziert nach Geschlecht³⁷. Im Gegensatz zum Produktionssegment, das weiterhin stark von Männern dominiert ist, stieg der Anteil der weiblichen Erwerbstätigen bei den personenbezogenen Dienstleistungen auf 48,2 Prozent an. In den kaufmännischen und unternehmensbezogenen Dienstleistungen sank der Anteil männlicher Erwerbstätiger, der Anteil der Frauen in diesem Sektor blieb hingegen konstant.

Die nur unvollständig vorliegenden Daten in den IT- und naturwissenschaftlichen Berufssektoren³⁸ machen eine Bewertung, ob Bielefeld in diesen Zukunftsbereichen gut aufgestellt ist und nachhaltig wächst, schwierig. Der Rückgang in den tendenziell eher niedrig qualifizierten Dienstleistungsbereichen bei gleichzeitiger Zunahme höher und hoch qualifizierter Beschäftigung, deutet darauf hin, dass Bielefeld Rahmenbedingungen geschaffen hat, damit sich der Strukturwandel zu einer Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft weiter vollziehen kann.

A2-4 Kommunale Bildungsaufwendungen nach Bildungsbereichen

Das Vorhalten eines leistungsfähigen Bildungssystems ist eine der zentralen Aufgaben der öffentlichen Hand, denn Bildung wirkt sich sowohl auf die Chancen des Einzelnen im Arbeits- und Privatbereich aus, als auch im Kontext einer internationalen Wettbewerbsfähigkeit, in der Humanressourcen zunehmend an Gewicht gewinnen. Vor diesem Hintergrund hat die Beobachtung fiskalischer Entwicklungen im Bildungsbereich eine hohe Bedeutung.³⁹

Auf der kommunalen Ebene lässt sich anhand der Bildungsaufwendungen, für die Bielefeld eine unmittelbare Verantwortung trägt, verdeutlichen, in welchem Umfang die Stadt finanzielle Ressourcen für verschiedene Bildungssektoren bereitstellt. Im Fokus stehen die Bildungsbereiche Elementar- und Schulbereich, Förderung von Schülerinnen und Schülern und Jugendarbeit, Musik- und Kunstschule sowie Volkshochschule. Im Sinne des in diesem Lernreport verwendeten weiten Lernbegriffs bleiben somit Aufwendungen für informelle Bildungsbereiche zunächst weitgehend unberücksichtigt.

Bezogen auf den öffentlichen Gesamthaushalt wurden im Jahr 2017 134,7 Md. € von Bund, Ländern und Gemeinden in die unterschiedlichen Bildungsbereiche inventiert. Der Anteil der Gemeinden und Zweckverbände beläuft sich auf 29,1 Md. und der des Bundes auf 11,1 Md. Euro. Den Hauptteil tragen mit 94,5 Md. die Länder.

Betrachtet man die Ausgaben für Bildung nach dem breiter aufgestellten Konzept „Bildung, Forschung und Wissenschaft“⁴⁰ wurden 2014 nach vorläufigen Berechnungen 265,5 Md. Euro (Vorjahr 257,4 Md. Euro) in den Bildungssektor in Deutschland investiert. Annähernd 80 Prozent der Bildungsausgaben fließen in den Bereich der formalen Bildung, also in Kindertagesstätten, Schulen, Berufsausbildung und Hochschulen.

2013 beliefen sich die Ausgaben für Bildung in Deutschland auf insgesamt 1.448 Euro je Einwohnerin und Einwohner. Der Anteil der Gemeinden betrug 311 Euro, der der Länder 1.037 Euro, 100 Euro kamen vom Bund. Der Anteil der Bildungsausgaben⁴¹ für die Kindertagesbetreuung betrug rund 20 Md. Euro, auf den Schulbereich entfielen 60 Md. Euro und auf die Hochschulbildung 26,7 Md. Euro. 2013 investierte Nordrhein-Westfalen (öffentliche Bildungsausgaben) nach vorläufigen Berechnungen in den unterschiedlichen Bildungsbereichen rund 1.500 Euro je Einwohnerin und Einwohner.⁴²

Die Gemeinden investierten 2013 durchschnittlich rd. 13,1 Prozent des Haushalts in Bildung

37 Für IT- und naturwissenschaftliche Berufe liegen keine Differenzierungen nach Geschlecht vor.

38 Die im Rahmen des Mikrozensus für Bielefeld erhobenen Daten lassen in diesen Berufszweig keine näheren Angaben zu.

39 Vgl. Bildungsfinanzbericht 2016:19ff.

40 Im Konzept Bildung, Forschung und Wissenschaft werden auch Investitionen von Unternehmen, privaten Haushalten, der Bundesagentur für Arbeit und Forschungsausgaben berücksichtigt.

41 Bund, Länder und Gemeinden nach dem Grundmittelkonzept.

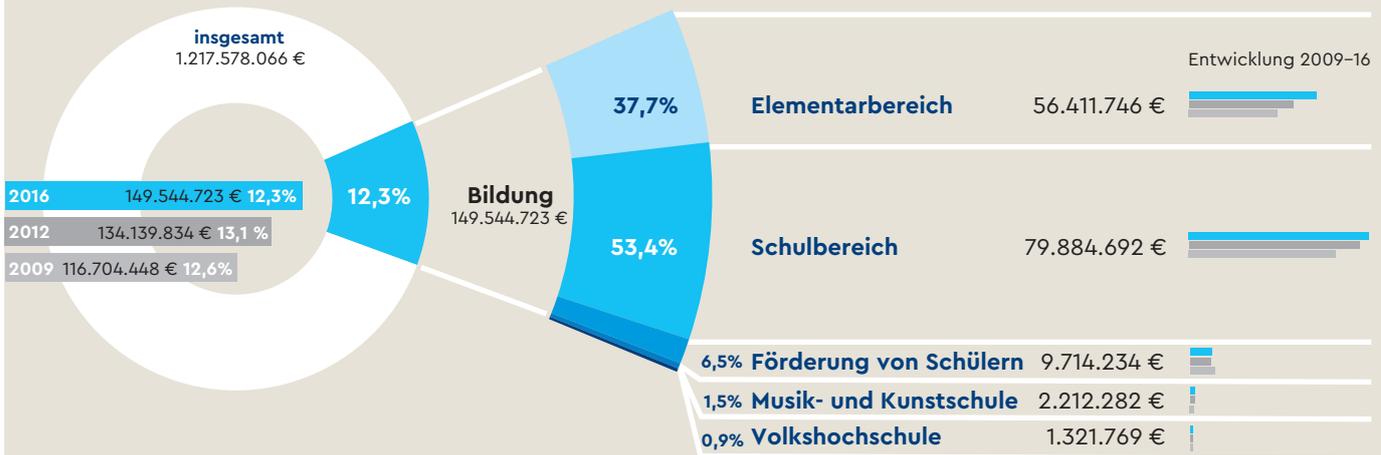
42 Vgl. Bildungsfinanzbericht 2016: 44ff.

Der Anteil der kommunalen Bildungsaufwendungen⁴³ ist für die definierten Bildungsbereiche über die letzten Jahre weiter gestiegen. Parallel erhöhten sich jedoch auch die Bildungserträge, die zum einen über Einnahmen wie Gebühren und Sponsoring und zum anderen über Bundes-, Landes- und EU-Mittel generiert wurden. Liegt der Fokus der Betrachtung, wie in der Berichterstattung 2009 und 2012 primär auf dem Ergebnis der reinen Verwaltungstätigkeit, bei der die Einnahmeseite unberücksichtigt bleibt, sind die aufgewendeten Mittel in Relation zum gestiegenen Gesamthaushalt prozentual rückläufig. Im Jahr 2016 belaufen sich die Bildungsaufwendungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit auf 12,28 Prozent nach 13,1 Prozent in 2012.

2016 belaufen sich die Bildungsaufwendungen der Stadt auf 12,28 Prozent des Haushalts

Abb. 13

Bildungsaufwendungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit 2016



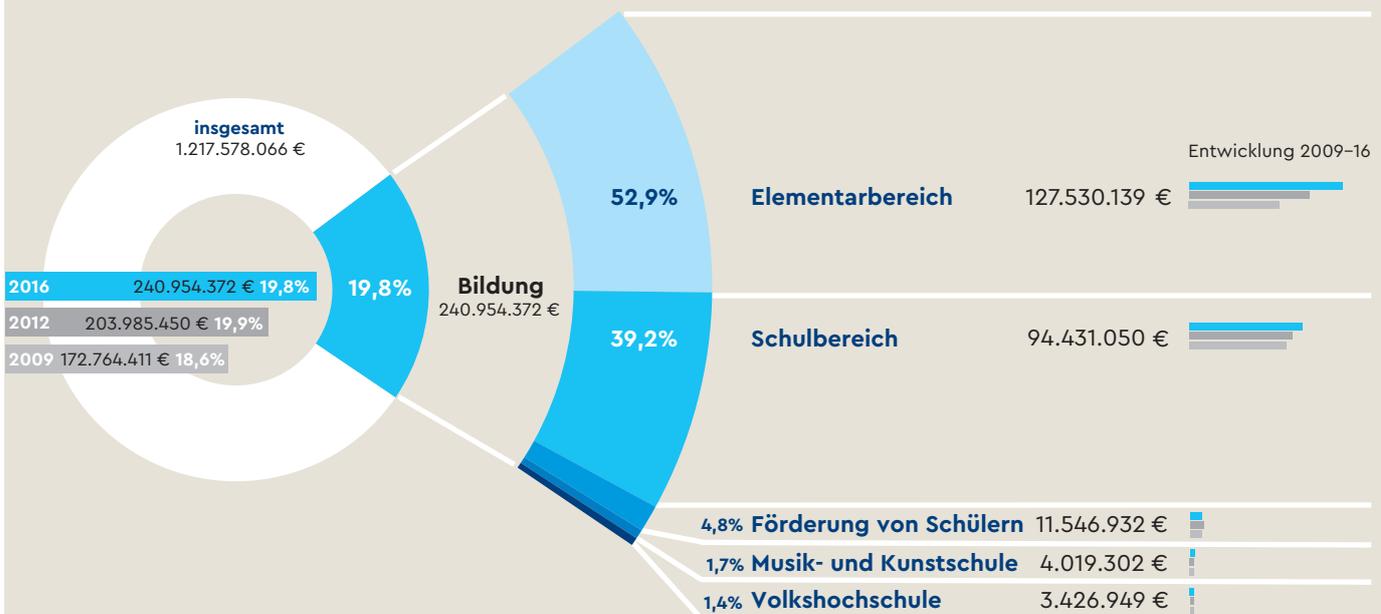
Quelle: Stadt Bielefeld, Amt für Finanzen, Amt für Schule

Ordentliche Bildungsaufwendungen der Stadt belaufen sich auf 240 Mio. €

Stellt man hingegen auf die ordentlichen kommunalen Aufwendungen ab, die auch die Einnahmeseite bei der Berechnung berücksichtigt, sind die Bildungsaufwendungen zwischen 2009 und 2016 von 18,63 Prozent auf 19,79 Prozent im stark gewachsenen städtischen Haushalt überproportional von 172 Millionen € auf rund 241 Millionen € gestiegen, wie die nachfolgenden Graphik (Abb. 14) verdeutlicht.

Abb. 14

Ordentliche Aufwendungen 2016



Quelle: Stadt Bielefeld, Amt für Finanzen, Amt für Schule

⁴³ Gemessen an den ordentlichen Aufwendungen.

A3 Soziale, materielle und kulturelle Lage der Bevölkerung

Die Teilhabemöglichkeiten an Bildung und Kultur stehen in einem engen Zusammenhang mit den sozialen, materiellen und kulturellen Lebensverhältnissen der Menschen. Arbeitslosigkeit, monetäre Armut und ein niedriger Bildungsstand wirken sich auf Partizipationsmöglichkeiten im Bildungs- und Kulturbereich aus und beeinflussen die Bildungschancen und Bildungserfolge der in den betroffenen Familien lebenden Kinder. Der Indikator bildet über drei Teilindikatoren (A3-1 bis A3-3) die soziale, materielle und kulturelle Lage der Bevölkerung ab. Ergänzend wird über einen Index Quartierstypen bildungsrelevanter sozialer Belastungen (A3-4) eine räumliche Bündelung der Lebenslagen ausgewiesen. Hieraus ergeben sich Ansatzpunkte für eine sozialräumlich differenzierte kommunale Bildungspolitik.

A 3-1 Hilfequote nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II)

Die SGB II-Hilfequote⁴⁴ verdeutlicht das relative Ausmaß bereits länger bestehender problematischer sozialer Lagen der Bevölkerung. In der Quote berücksichtigt sind sowohl Personen ohne Beschäftigung als auch solche, deren Erwerbseinkommen durch SGB II-Leistungen aufgestockt wird. Sie verweist auf Belastungen im Alltag, die sich im Haushaltszusammenhang auch als Mangel an Unterstützungsmöglichkeiten der Bildungsanstrengungen von Kindern erweisen können.

Rund zehn Jahre nach der Finanzkrise steht Deutschland mit Blick auf Beschäftigungszahlen, Arbeitslosigkeit und Einkommen solide da. Gleichzeitig hat sich der Anteil derjenigen, die aufgrund eines niedrigen Einkommens als armutsgefährdet gelten, nicht verringert, sondern ist zuletzt leicht angestiegen.⁴⁵ Ende 2015 waren bundesweit rund 6 Millionen Menschen auf Transferleistungen nach dem SGB II angewiesen.⁴⁶ Diese Problematik verschärft sich vor dem Hintergrund der zunehmenden Konzentration armutsgefährdeter Menschen in den Großstädten⁴⁷ und der damit einhergehenden sozialräumlichen Segregation dieser Bevölkerungsgruppen.

Ende 2015 sind bundesweit weiterhin rund 6 Millionen Menschen auf Transferleistungen nach dem SGB II angewiesen

Armutsgefährdung konzentriert sich in Großstädten und in bestimmten Quartieren

SGB II-Hilfequote in Prozent/Bielefeld

Tab. 1

	gesamt	Männer	Frauen	15-24 Jahre	25-49 Jahre	50-64 Jahre	Ausländer	Alleinerziehende
2010	12,7	12,8	12,7	13,6	13,9	9,8	30,2	k.A.
2012	11,8	11,5	12,0	12,5	12,5	9,8	34,5	k.A.
2014	11,4	11,1	11,8	11,6	12,8	8,9	29,0	53,2
2016	11,8	11,5	12,1	12,9	13,1	8,8	29,4	55,3

Quelle 2010/2012: Statistik der Bundesagentur für Arbeit 2013

Quelle 2014/2016: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Daten nach der Revision 2016; Bearbeitung durch die Statistikstelle der Stadt Bielefeld
Für die Quoten zusätzlich: Einwohnermelderegister der Stadt Bielefeld und Berechnungen der Statistikstelle der Stadt Bielefeld

Für Bielefeld lässt sich eine analoge Entwicklung zu derjenigen in anderen deutschen Großstädten konstatieren. Der Anteil der Bevölkerung, der auf Transferleistungen nach dem SGB II angewiesen ist, weist insgesamt einen leicht rückläufigen Trend auf, hat sich aber auf einem relativ hohen Niveau eingependelt. Betrachtet man die Quote der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen isoliert, lässt sich aufgrund der robusten Arbeitsmarktnachfrage für diese Gruppe eine positive Entwicklung beobachten. Insgesamt bleibt der Anteil der erwerbsfähigen Sozialleistungsempfänger zwischen 2012 und 2016 mit 11,8 Prozent nahezu unverändert.⁴⁸ Beeinflusst wird diese Entwicklung ebenso durch die Zuwanderung schutzsuchender Menschen wie durch Familienzusammenführungen. (Abb. Tab. 1)

Ende 2016 war jeder 8. Erwerbsfähige in Bielefeld auf SGB II Leistungen angewiesen

44 SGB-II Hilfequoten zu Personen in Bedarfsgemeinschaften (hier: Regelleistungsberechtigte).

45 Vgl. Fünfte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (2016:6): Hrsg: BMAS 4/2017.

46 Ebenda 11f.

47 http://www.sozialpolitik-aktuell.de/tl_files/sozialpolitik-aktuell/_Politikfelder/Einkommen-Armut/Datensammlung/PDF-Dateien/abb1174.pdf.

48 Am 31. 12. 2016 waren in Bielefeld 37.332 Menschen (RLB) auf Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen.

Mehr als die Hälfte der Alleinerziehenden sind auf SGB II Leistungen angewiesen

Besonders hervorzuheben ist, dass zum Ende 2016

... die Quote in der Gruppe der 15- bis unter 25-Jährigen, die auf Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen ist, nach 2014 auf 12,9 Prozent angestiegen ist.

... mehr als die Hälfte aller Alleinerziehenden in Bielefeld finanzielle Unterstützung zum Lebensunterhalt benötigen. Auch hier sind Zuwächse zu verzeichnen.

... weiterhin fast jeder dritte der Bürgerinnen und Bürger mit ausländischem Pass auf Hilfen zum Lebensunterhalt angewiesen ist.

Weiterhin ist die soziale Lage und damit einhergehend die Möglichkeit einer umfassenden gesellschaftlichen Teilhabe also für einen erheblichen Teil der Bielefelder Bevölkerung eingeschränkt. Armut hat besonders negative Folgen, wenn Menschen über einen längeren Zeitraum damit konfrontiert sind. Vor diesem Hintergrund werden Kinder, die in Familien mit einem problematischen sozioökonomischen Hintergrund leben, im Folgenden besonders in den Blick genommen.

A 3-2 Sozialgeldempfängerquote der unter 15-Jährigen

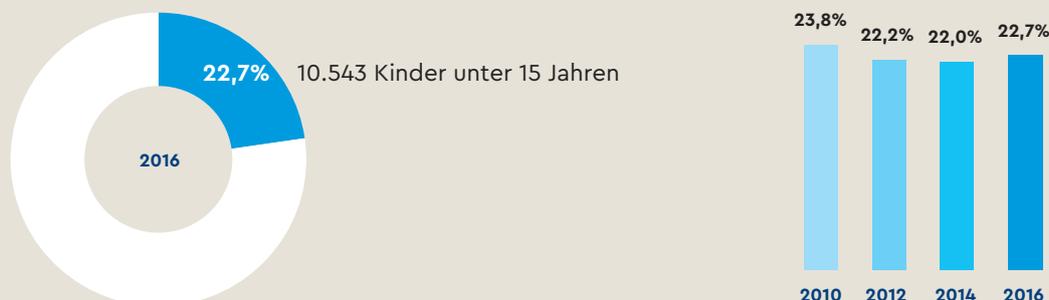
Die Sozialgeldempfängerquote der unter 15-Jährigen wird als eine wesentliche Kennzahl für das Ausmaß von Kinderarmut angesehen. Für betroffene Kinder kann diese Situation, insbesondere wenn sie länger vorherrscht, problematische Folgen auch für ihre weitere Entwicklung haben, da sie zu einer Beeinträchtigung der Bildungschancen führen kann. Die Konsequenzen können schwächere Lernergebnisse sein, die wiederum die Chancen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt verringern und in der Folge das Risiko von Arbeitslosigkeit erhöhen. Bildungschancen von Kindern können sowohl durch eine soziale Risikolage (Erwerbslosigkeit der Eltern), eine finanzielle Risikolage (geringes Familieneinkommen) oder das Risiko der Bildungsferne (Eltern verfügen über eine geringe Ausbildung)⁴⁹ beeinträchtigt sein.⁵⁰ Kinder aus diesen Familien benötigen bereits früh einsetzende und im Verlauf der Bildungsbiographie andauernde flankierende Hilfen.

2016 war in Bielefeld annähernd jedes 4. Kind unter 15 Jahren von einer finanziellen Risikolage betroffen

Der Anteil der unter 15-jährigen Kinder, die von Armut bedroht und damit in ihren Entwicklungs- und Bildungschancen potenziell eingeschränkt sind, blieb in Deutschland in den letzten Jahren auf einem hohen Niveau relativ konstant. Etwa 19 Prozent dieser Altersgruppe sind 2016 betroffen.^{51 52} Auch in Bielefeld stagniert die Quote auf einem hohen Niveau. Zwischen den Jahren 2008 und 2016 lag sie in einem engen Korridor zwischen 22,0 und 23,8 Prozent. 2016 waren 22,7 Prozent der unter 15-Jährigen in der Stadt von einer finanziellen Risikolage betroffen, nachdem von 2010 bis 2014 ein leichter Rückgang von 23,8 Prozent auf 22,0 Prozent zu verzeichnen war. (vgl. Abb. 15).

Abb. 15

Sozialgeldempfängerquote der unter 15-Jährigen 2016



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Einwohnermelderegister der Stadt Bielefeld (Berechnungen Presseamt/Statistikstelle), Stichtag 31. 12. 2016

49 Bildungsferne liegt vor, wenn die Eltern keine abgeschlossene Berufsausbildung haben oder über keinen höheren Schulabschluss verfügen. 2008 betraf diese Risikolage rund 13 Prozent aller Kinder unter 18 Jahren in Deutschland.

50 Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2010, S. 27).

51 Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2016:28.

52 Sozioökonomisches Panel 2015 und Mikrozensus 2015. In: Lebenslagen in Deutschland: 5 Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung Kurzfassung 2017:25.

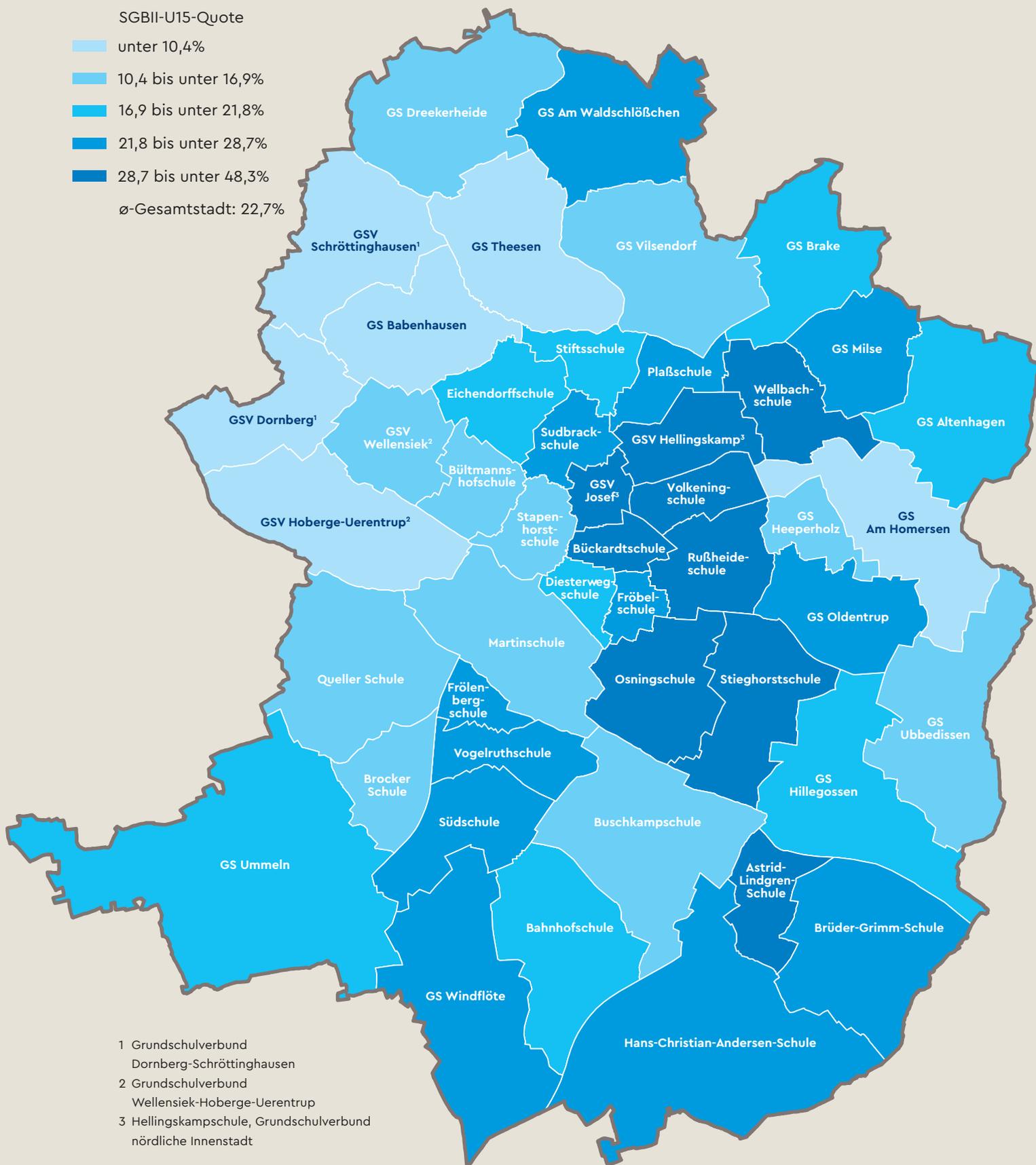
Anteil der SGB-II-Regelleistungsbezieher unter 15 Jahren

an der Bevölkerung unter 15 Jahren je wohnortnahe Grundschuleinzugsbereich 2016

Abb. 16

SGBII-U15-Quote

- unter 10,4%
 - 10,4 bis unter 16,9%
 - 16,9 bis unter 21,8%
 - 21,8 bis unter 28,7%
 - 28,7 bis unter 48,3%
- Ø-Gesamtstadt: 22,7%



- 1 Grundschulverbund Dornberg-Schröttinghausen
- 2 Grundschulverbund Wellensiek-Hoberge-Uerentrup
- 3 Hellingskampschule, Grundschulverbund nördliche Innenstadt

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Daten für das Jahr 2012 vor der Revision 2016; Einwohnermelderegister der Stadt Bielefeld (Schätzungen/Berechnungen Presseamt/Statistikstelle), Stichtag 31.12.16; Kartographie und Bearbeitung: Bildungsbüro der Stadt Bielefeld

Ungleiche Verteilung finanzieller Risikolagen im Stadtgebiet

Die Situation spitzt sich für die betroffenen Familien und Kinder vor dem Hintergrund anhaltender residentieller Segregation weiter zu. Bezogen auf die wohnortnahen Grundschulzugangsbereiche wird die ungleiche Verteilung von (finanziellen) Risikolagen über das Stadtgebiet anschaulich dargestellt (vgl. Abb. 16).⁵³ Die Spanne der SGB II-Quoten variiert zwischen unter 3,5 und 48,3 Prozent und hat sich damit seit 2014 noch einmal leicht erweitert (2014: 5,2 bis 45,5 Prozent). In einzelnen Einzugsbereichen ist annähernd jedes zweite Kind von einer finanziellen Risikolage betroffen.

Die Einflussmöglichkeiten der Kommune auf die soziale Lage und die sozialräumliche Segregation von Familien sind nur in langfristiger Perspektive gegeben. Akute Interventionen, die auf eine stärkere Entkopplung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg setzen, sind aber möglich und sollten bereits in der frühen Lebensphase von Kindern ansetzen. Neben der Berücksichtigung des familiären Kontextes kann der Zugang zu Institutionen der frühkindlichen Bildung bereits im Alter unter 3 Jahren für den Lernerfolg eine entscheidende Bedeutung besitzen. Der weitere Ausbau von U3-Angeboten mit einer entsprechenden Ausstattung und Fördermöglichkeiten in Sozialräumen mit hohem Armutsrisiko kann hier frühzeitig positive Impulse eröffnen und sich auf den Bildungserfolg auswirken. Mit Blick auf die Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen wäre der Aufbau von systemisch angelegten Netzwerken zwischen den Bildungsinstitutionen insbesondere für den Übergang sinnvoll.

Entkopplung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg durch Zugänge zu früher Bildung verbessern

A3-3 Bildungsstand der Bevölkerung

Anhand der erreichten schulischen Kompetenzen und der erworbenen beruflichen Abschlüsse lässt sich der Bildungsstand der Bevölkerung nachzeichnen und damit annäherungsweise verdeutlichen, über welche Humanressourcen die Bevölkerung verfügt.⁵⁴ Das Qualifikationsniveau kann als Maß für das Entwicklungspotential der Kommune an Humanressourcen, bzw. umgekehrt für das Ausmaß von Ausgrenzungsrisiken am Arbeitsmarkt verwendet werden.

Bildung beeinflusst den beruflichen Werdegang und damit auch den späteren sozioökonomischen Status einer Person. Das erreichte Bildungsniveau korreliert in Deutschland weiterhin stark mit Erwerbslosigkeit, d. h., je höher der erreichte Bildungsabschluss, desto unwahrscheinlicher wird Erwerbslosigkeit.⁵⁵ Darüber hinaus beeinflusst Bildung die Bildungsaspiration von Eltern für ihre Kinder.⁵⁶ Auch korreliert der Bildungserfolg von Kindern häufig mit dem erreichten Bildungsniveau der Eltern.⁵⁷ Gemessen an den Schulabschlüssen zeigt sich darüber hinaus, dass auch der Migrationshintergrund weiterhin einen Einfluss auf den Bildungsstand hat.⁵⁸

Der Bildungsstand der Bevölkerung hat sich in den letzten Jahren insgesamt positiv entwickelt: Der Trend zu höheren Bildungsabschlüssen hält weiter an und der Anteil derjenigen, die die Schule ohne Abschluss verlassen, ist rückläufig.⁵⁹ 2015 waren bundesweit dennoch rund drei Prozent der Schülerinnen und Schüler ohne Abschluss, von denen wiederum 65 Prozent einen Migrationshintergrund besaßen. Im Segment der beruflichen Bildung lässt

Bildungsstand und Migration stehen weiterhin in einem engen Verhältnis zueinander

Trend zu höheren Bildungsabschlüssen hält an

53 SGB II-Daten werden nicht direkt für die Grundschulbezirke, sondern nur für die Statistischen Bezirke Bielefelds bereitgestellt. Um Aussagen auf Ebene der Grundschulbezirke treffen zu können, wurden die vorliegenden SGB II-Daten entsprechend der Bevölkerungsverteilung der Grundschulbezirke innerhalb eines Statistischen Bezirks gewichtet. Auch wenn weitere Differenzierungen (z. B. Männlich/Weiblich, Altersgruppen) berücksichtigt wurden, handelt es sich hierbei lediglich um ein Schätzverfahren.

54 Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2014, S. 37ff.).

55 Vgl. Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch 2013/ Bundeszentrale für politische Bildung: <http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61656/bildungsstand>.

56 Vgl. Bos, Stubbe und Buddeberg 2010 (...) In: Fischer und Merten Hrsg.: Bildungsbericht Ruhr.

57 Trotz der Bildungsexpansion der vergangenen Jahrzehnte hängt der Bildungserfolg von Kindern in Deutschland immer noch relativ stark vom Bildungsniveau der Eltern ab. Vgl. Huinink/Schröder 2014: Sozialstruktur Deutschlands, S. 208ff.

58 Lagen für das Jahr 2009 noch umfangreiche Daten über erworbene schulische und berufliche Kompetenzen für die Kommunalebene vor, liefert das neue Erhebungsverfahren (Mikrozensus 2011/2012) nur noch eingeschränkt aussagefähige Informationen für Bielefeld. Zurückzuführen ist dies auf die geringe Größe der erhobenen Stichprobe. Eine detaillierte Darstellung der erreichten allgemeinbildenden und beruflichen Abschlüsse nach Alter und Geschlecht ist aktuell für Bielefeld somit nicht möglich.

59 Vgl. <https://www.bmbf.de/de/bildung-in-deutschland-2016-3010.html>.

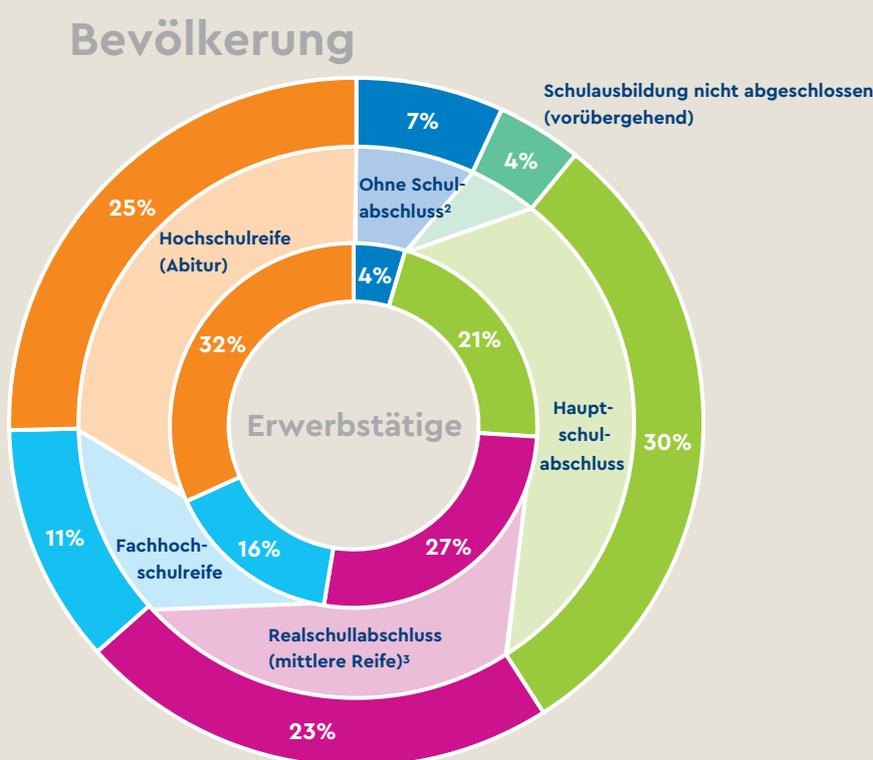
sich ein ähnliches Bild nachzeichnen: Von den Personen ohne Migrationshintergrund besitzt jede fünfte (20 Prozent) keinen beruflichen Abschluss, während dies in der Gruppe mit Migrationshintergrund auf annähernd jede zweite Person zutrifft (46 Prozent). 32,9 Prozent der Menschen mit Migrationshintergrund verfügen über einen Berufsabschluss im Dualen System. In der Gruppe ohne Migrationshintergrund sind es hingegen 52 Prozent.⁶⁰

Mit Blick auf den höchsten erworbenen Schulabschluss stellt sich das Bild für die Bielefelder Bevölkerung⁶¹ laut Daten des Mikrozensus wie folgt dar: 7,1 Prozent der Bevölkerung verfügte 2014 über keinen Schulabschluss, 2012 waren es noch 7,5 Prozent. Rund 10,7 Prozent der bis 29-Jährigen besaß im Berichtsjahr einen Hauptschulabschluss, bei den über 50-Jährigen sind es noch 44,4 Prozent. Etwas mehr als jeder fünfte erwarb 2014 einen Realschulabschluss, in der Alterskohorte der 30- bis 49-Jährigen war es noch jeder vierte. 36 Prozent der bis 29-Jährigen schließlich erwarben eine Hochschulreife (Abitur). Bei den Männern sind es 30,7 Prozent, bei den Frauen 40,8 Prozent.

Der Anteil derjenigen, der die Schule ohne Abschluss verlässt, ist rückläufig

Bevölkerung¹ und Erwerbstätige in der Stadt Bielefeld im Jahr 2014 nach Schulabschluss

Abb. 17



1 ab 15 Jahren am Ort der Hauptwohnung

2 einschl. o. Angabe und Schulabschluss vorübergehend nicht abgeschlossen in den Altersgruppen 30–49 und 50+

3 oder gleichwert. Abschluss

Quelle: IT.NRW, Ergebnisse des Mikrozensus 2014; die Hochrechnung basiert auf den fortgeschriebenen Ergebnissen des Zensus 2011.

Von den Erwerbstätigen verfügte 2014 jeder fünfte über einen Hauptschulabschluss, 48 Prozent besaßen eine Fachhochschulreife oder eine Hochschulreife. 42,9 Prozent der erwerbstätigen Männer in der Alterskohorte der 30- bis 49-jährigen und 55,4 Prozent der Frauen in diese Gruppe waren hochschulzugangsberechtigt.

4 Prozent der Erwerbstätigen besitzen keinen Schulabschluss

60 Vgl. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/197269/umfrage/allgemeiner-bildungsstand-der-bevoelkerung-in-deutschland-nach-dem-alter/>.

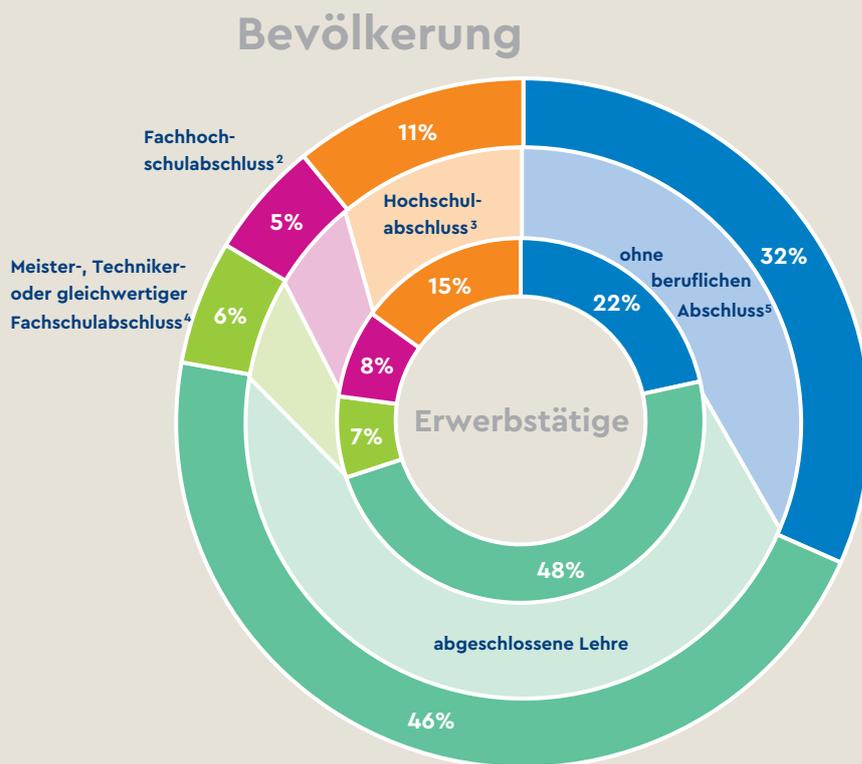
61 Für die Alterskohorte der 15- bis 29-Jährigen können keine abschließenden Aussagen gemacht werden, da sich ein nicht unerheblicher Anteil dieser Alterskohorte noch in der schulischen Ausbildung befindet. Gleichwohl signalisieren die vorliegenden Daten keine Entwarnung.

Bezogen auf die Schulabschlüsse sind Frauen die Bildungsgewinner

Der Bundestrend zu höheren Bildungsabschlüssen lässt sich auch für Bielefeld nachzeichnen. Hauptschulabschlüsse sind weiter rückläufig und die Quote der Hochschulzugangsberechtigungen steigt. Bezogen auf die erworbenen Schulabschlüsse sind Frauen die Bildungsgewinnerinnen. Deutlich wird: Von den Erwerbstätigen haben nur 4 Prozent keine abgeschlossene schulische Qualifikation. Bezogen auf die Bielefelder Bevölkerung verfügt bei den 30- bis 49-Jährigen rund jeder vierte über keinen beruflichen Bildungsabschluss. Insgesamt haben 46 Prozent eine Ausbildung im dualen System absolviert und 16,3 Prozent ein Fachhochschul- oder Hochschulstudium abgeschlossen. Jeder fünfte erwerbstätige Bielefelder besaß keine berufliche Ausbildung.

Abb. 18

Bevölkerung¹ und Erwerbstätige in der Stadt Bielefeld im Jahr 2014 nach beruflichem Abschluss



1 ab 15 Jahren am Ort der Hauptwohnung

2 einschl. Ingenieurabschluss und Abschluss einer Verwaltungsfachhochschule

3 einschl. Promotion

4 sowie Abschluss einer 2- oder 3-jährigen Schule des Gesundheitswesens, Abschluss einer Fachakademie oder Berufsakademie

5 einschl. Anlernausbildung, berufliches Praktikum und Berufsvorbereitungsjahr

Quelle: IT.NRW, Ergebnisse des Mikrozensus 2014; die Hochrechnung basiert auf den fortgeschriebenen Ergebnissen des Zensus 2011.

78 Prozent der Erwerbstätigen verfügt über eine berufliche Qualifikation

Annähernd die Hälfte der Erwerbstätigen in Bielefeld hat eine duale Ausbildung abgeschlossen. Insgesamt verfügen rund 78 Prozent der Erwerbstätigen über eine Qualifizierung für den Arbeitsmarkt. Vor dem Hintergrund der prognostizierten Abnahme von Arbeitsplätzen für gering Qualifizierte und weiter ansteigenden Qualifikationsanforderungen in fast allen Berufsfeldern ist es problematisch, dass weiterhin ein erheblicher Anteil über keine Ausbildung für den Arbeitsmarkt verfügt und somit mit einem erhöhten Risiko im Hinblick auf eine gesicherte Erwerbsperspektive konfrontiert ist.⁶²

62 Siehe dazu auch: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/197269/umfrage/allgemeiner-bildungsstand-der-bevoelkerung-in-deutschland-nach-dem-alter/>.

A3-4 Quartierstypen bildungsrelevanter sozialer Belastungen

Kinder und Jugendliche, die in armutsbedrohten Familien leben, sind häufiger von sozialen, psychischen und kognitiven Problemen betroffen, als Kinder und Jugendliche aus sozioökonomisch besser situierten Familien. Armut bzw. Armutsbedrohung spiegelt sich in den Bildungsbiographien der Kinder u. a. in den Schulleistungen, aber auch in Gesundheitsdaten wider. Eine Verstärkung kann dieser Effekt erfahren, wenn Kinder und Jugendliche über einen längeren Zeitraum in Armut leben⁶³ und wenn es zu einer Segregation von Armut in Wohnquartieren kommt.^{64 65}

Aus bildungspolitischer Perspektive ist es darum sowohl für die Planung von Bildungs- und Integrationsangeboten als auch hinsichtlich einer erfolgreichen Partizipation an Bildung in der frühen Kindheit von Interesse, den Sozialraum, in dem Kindern aufwachsen, verstärkt in den Blick zu nehmen. Wohnortnahe Grundschuleinzugsbereiche lassen einen direkten Bezug zwischen Wohnquartier und den frühen Bildungsinstitutionen zu. Auf der Basis dieser Sozialräume wurde deshalb ein Index bildungsrelevanter sozialer Belastungen⁶⁶ gebildet, der die Armutsbedrohung von Familienhaushalten erfasst. Unterstellt wird, dass monetäre Armut indirekt und direkt auf die Entwicklung von Kindern wirkt und somit ein zentraler Einflussfaktor für den Bildungserfolg ist.

Wie bereits 2012 und 2014 legt der Lernreport auch 2018 den Fokus auf die sozialen und ökonomischen Rahmenbedingungen in den wohnortnahen Grundschuleinzugsbereichen. Im Mittelpunkt steht der sozialräumliche Kontext, in dem Kinder in den ersten prägenden Lebensjahren im familiären Umfeld aufwachsen und die entsprechenden altersrelevanten Bildungsinstitutionen wie Kindertagesstätten und Grundschulen besuchen. Der Index bildet somit nicht die Sozialstruktur innerhalb von Bildungseinrichtungen ab, auch wenn mehr oder weniger stark ausgeprägte Kongruenzen vorhanden sein können, sondern die soziale Lage im Quartier.

Die ausgewählten Kennzahlen bildungsrelevanter Belastungen basieren auf den Zusammenhängen, die im Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung und in den Veröffentlichungen der OECD als statistisch relevant bewertet wurden. Sie fließen dabei zu gleichen Teilen in den Index ein:

- Anteil der Haushalte in Mehrfamilienhäusern
- Anteil der Haushalte mit drei und mehr Kindern an allen Haushalten mit Kindern
- Anteil der Haushalte mit Kindern und mindestens einem Elternteil mit Migrationshintergrund an allen Haushalten mit Kindern⁶⁷
- Anteil der Alleinerziehenden-Haushalte an allen Haushalten mit Kindern
- Hilfequote nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II)⁶⁸

63 Vgl. ISS & Bertelsmann Stiftung: Kinderarmut in Deutschland 2015.

64 Vgl. Groos & Jehles 2015:5.

65 Zum Armutsbegriff aus statistischer Sicht siehe auch die Publikation der Stadt Bielefeld, Presseamt/Statistikstelle, http://www.bielefeld.de/ftp/dokumente/Unser-Thema_8_Armut.pdf.

„Das Konzept der relativen Armut setzt nicht im Vorfeld einen konkreten Geldbetrag als Mindestvoraussetzung für einen angemessenen Lebensstandard fest, sondern definiert eine Schwelle im Vergleich zum durchschnittlichen Lebensniveau der Gesellschaft.“ J. Guzy 2017:4.

66 Die Indexkonstruktion orientiert sich an den Veröffentlichungen der OECD zum Thema Bildungsarmut, dem Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (2013) sowie dem Bericht zur Erziehung und Bildung der Stadt Offenbach (2011). Der Index wurde von der Stadt Bielefeld im Anschluss an den Lernreport 2012 in Kooperation mit der Universität Bielefeld weiterentwickelt.

67 In dem im Jahr 2014 angewendeten Verfahren wurde die Definition „Anteil der Haushalte mit Kindern und mindestens einem nicht deutschen Elternteil an allen Haushalten mit Kindern“ verwendet.

68 Im aktuellen Verfahren wird die relative Belastung der einzelnen Schuleinzugsbereiche im Vergleich zum Mittelwert für Bielefeld gesetzt (Z-Skalierung). Beim mathematischen Verfahren der Z-Skalierung werden die absoluten Werte nunmehr so umgerechnet, dass auch unterschiedliche Wertebereiche vergleichbar werden. Nach der Transformation entspricht der Mittelwert der ursprünglichen Daten immer Null bei den transformierten Daten. Der Mittelwert wird somit auch bei unterschiedlichen Skalen immer zum Ausgangspunkt. Darum herum verteilen sich die Werte der Erhebung: Negative Werte lagen im Original unter dem Durchschnitt, positive Werte darüber. Ebenfalls wird durch die Z-Transformation der X-Wert der einzelnen Daten auf dem Koordinatenkreuz angepasst. Dazu wird die Standardabweichung vom Mittelwert berechnet. Fortsetzung auf der nächsten Seite

Veränderungen bei den bildungsrelevanten Belastungen in einzelnen Schuleinzugsbereichen

Gemessen an diesen Indikatoren haben sich die sozialen Belastungen in den im Fokus stehenden Sozialräumen nur marginal verändert. Hohe bzw. eher hohe bildungsrelevante soziale Belastungen lagen in 2014 für drei bzw. zehn Bielefelder Einzugsbereiche vor. In 2016/17 haben sich die Rahmenbedingungen in vier Einzugsgebieten positiv entwickelt, so dass die Quartiere um die Südschule (23) und die Sudbrackschule (14) auf der Basis der Daten aus 2016 jetzt eine mittlere soziale Belastung und die Stapenhorstschule sowie die Bültmannshofschule eine geringe soziale Belastung aufweisen (vgl. Abb.20) In den vergangenen Jahren sind in den Bereichen Migrationshintergrund und SGB II notwendige methodische Anpassungen durchgeführt worden. Aus diesem Grund wurden die Indexwerte für Vergleichszwecke auch für die Jahre 2012 und 2014 nach aktuellen Definitionen neu berechnet.

Das Aufwachsen in Quartieren mit ausgeprägten bildungsrelevanten Belastungen kann sich in vielfältiger Weise in der Entwicklung von Kindern widerspiegeln. Empirisch nachweisbar können u.a. Auffälligkeiten in der Körperkoordination, der Visuomotorik und der visuellen Wahrnehmung bei Kindern sein.⁶⁹ Wenn die Bildungssprache weder die in der Familie gesprochene, noch die Umgangssprache der Kinder in der Peergroup ist, können zudem Einschränkungen beim Spracherwerb die Folge sein. Neben den Effekten der residentiellen Segregation⁷⁰, kann auch die institutionelle Segregation, insbesondere für sozial benachteiligte Kinder, ein zusätzliches Entwicklungshemmnis darstellen.⁷¹

Im Stadtgebiet bestehen unterschiedliche soziale Startbedingungen für Kinder

Während Abb.19 auf die geographische Lage der jeweiligen Schuleinzugsbereiche fokussiert und damit auch Hinweise auf das Ausmaß der Segregation in einzelnen innerstädtischen Sozialräumen liefert, stellt Abb. 20 die Belastungen der Grundschuleinzugsbereiche in Form einer Rangfolge dar und visualisiert damit die ausgeprägte Spreizung bildungsrelevanter sozialer Belastungen im Stadtgebiet.⁷² Darüber hinaus wird deutlich, wie unterschiedlich die sozialen Startbedingungen von Kindern im Stadtgebiet sind.

71 Fortsetzung

Der Bereich von -1 bis +1 liegt dabei jeweils im Bereich einer Standardabweichung um den Mittelwert und – vereinfacht gesagt – im Bereich der zu erwartenden Schwankung. Verlassen die Werte diesen Bereich nach oben oder unten, sollte ein besonderes Augenmerk darauf geworfen werden, da sie über das zu erwartende Maß der Schwankung hinausgehen. Da durch diese Transformation die Werte relativ zum Mittelwert betrachtet werden, lassen sich damit Werte vergleichen, deren absolute Zahlen so nicht vergleichbar wären, und es werden gleichzeitig ungleiche Gewichtungen von Daten ausgeglichen. Die Daten aus der Indexberechnung wurden anschließend in 5 Kategorien mit gleicher Spannweite klassifiziert.

69 Siehe dazu auch: Auswertungen der Schuleingangsuntersuchungen aus den Jahren 2014 bis 2016.

70 Soziale Segregation beschreibt die ungleiche Verteilung bestimmter Bevölkerungsgruppen bzw. deren Konzentration in z.B. Wohnquartieren. Groos bezeichnet in Anlehnung an Häußermann und Siebel (2014) diese Ausprägung auch als residentielle Segregation. Daraus leitet er in Bezug auf Kristen (2002) ab, dass eine Konzentration bestimmter Gruppen in einem Wohnquartier mit einer hohen Wahrscheinlichkeit dazu führt, dass sich diese Konzentration auch in den Bildungseinrichtungen des Quartiers spiegelt, es somit in der Folge auch zu einer institutionellen Segregation kommen kann. Groos 2018:3 ff. Dieses Phänomen gilt gleichermaßen auch für sozioökonomisch gut aufgestellte Quartiere. Obwohl ein kausaler Zusammenhang angenommen werden kann, können andere Effekte, wie z. B. die Wahlentscheidung der Eltern für oder gegen eine Einrichtung solche Effekte abschwächen.

71 Groos und Jehles 2015

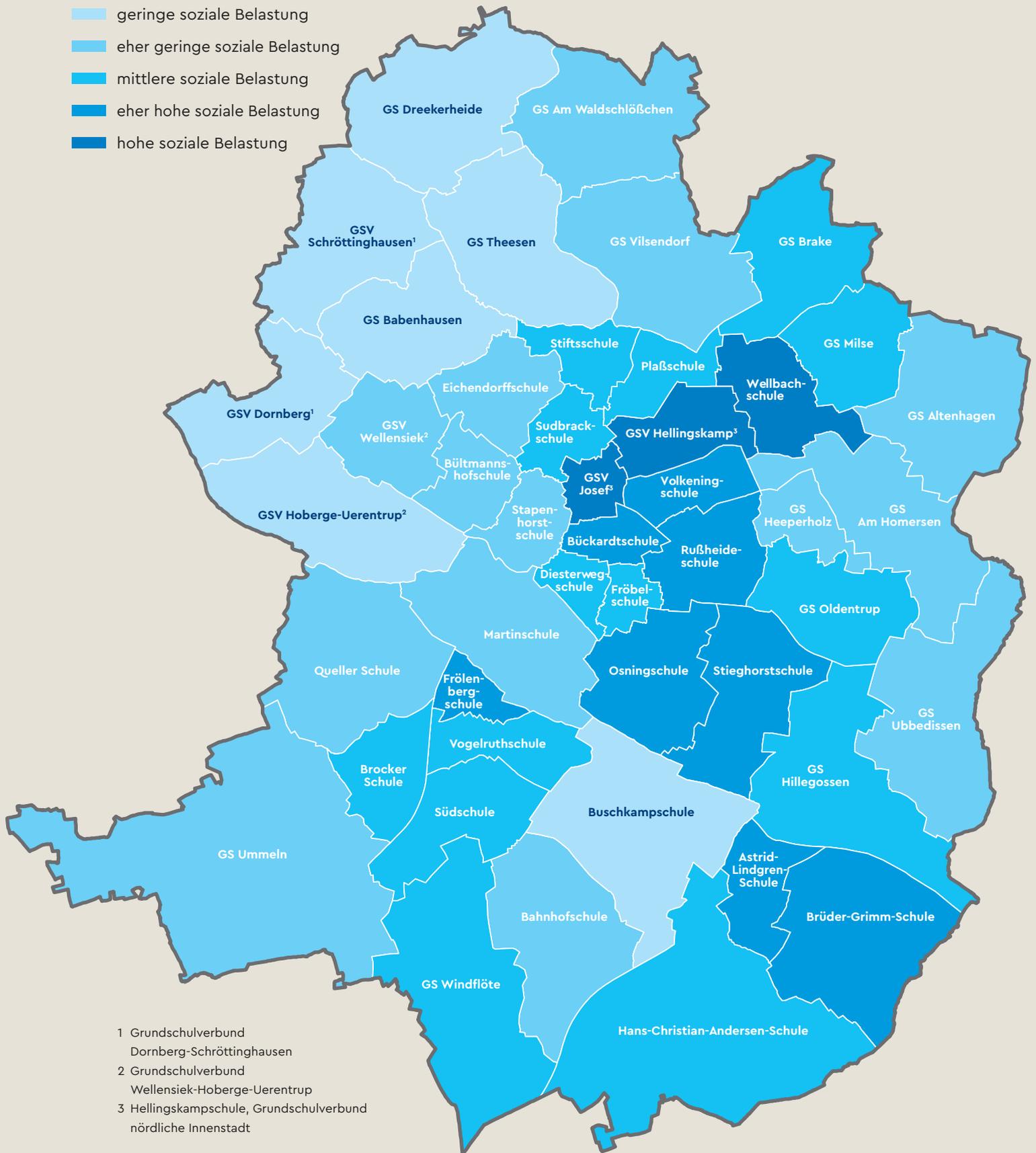
72 Die Klosterschule hat keinen wohnortnahen Schuleinzugsbereich, da sie als konfessionelle Grundschule Schülerinnen und Schüler aus dem gesamten Stadtgebiet aufnimmt. Seit dem Schuljahr 2011/2012 gilt dies auch für die Grundschule Hoberge-Uerentrup. Gleichwohl sind für diese Ausgabe des Lernreports (2016) gebietsbezogene Daten ausgewertet worden.

Bildungsrelevante soziale Belastungen 2016

Auswertung nach dem Wohnortprinzip

Abb. 19

- geringe soziale Belastung
- eher geringe soziale Belastung
- mittlere soziale Belastung
- eher hohe soziale Belastung
- hohe soziale Belastung



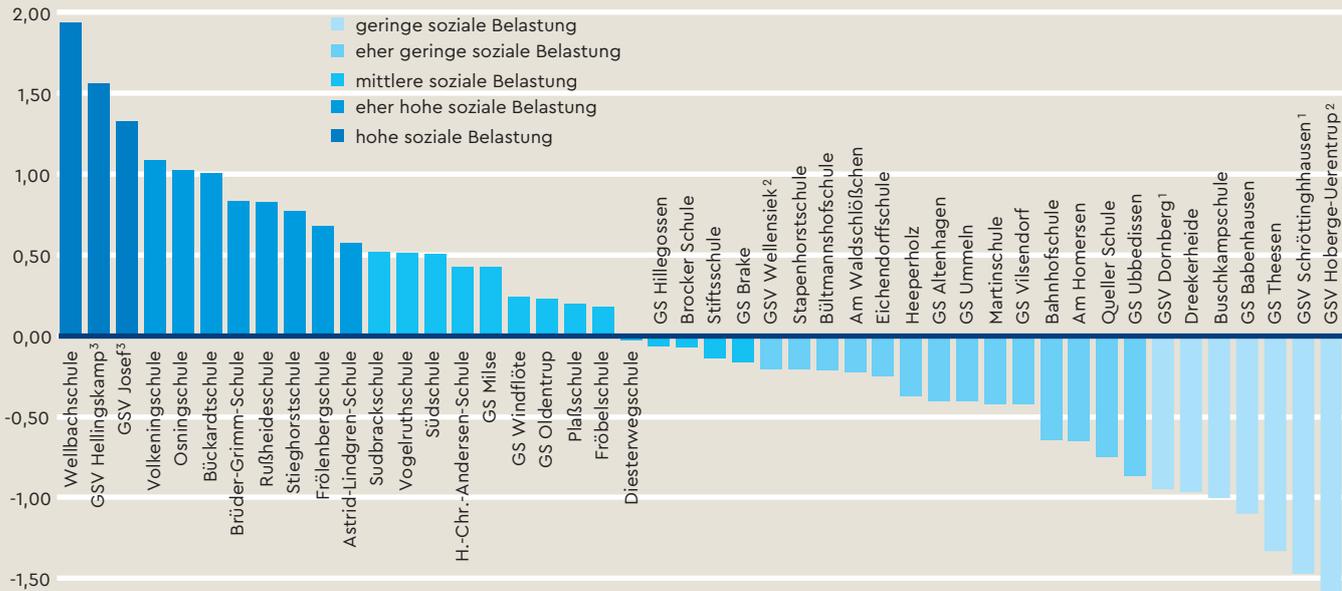
- 1 Grundschulverbund Dornberg-Schröttinghausen
- 2 Grundschulverbund Wellensiek-Hoberge-Uerentrup
- 3 Hellingskampschule, Grundschulverbund nördliche Innenstadt

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; Einwohnermelderegister der Stadt Bielefeld (Berechnungen Presseamt/Statistikstelle), Stichtag: 31.12.16; Kartographie und Bearbeitung: Bildungsbüro der Stadt Bielefeld

Abb. 20

Bildungsrelevante soziale Belastungen 2016

Auswertung nach dem Wohnortprinzip



1 Grundschulverbund Dornberg-Schröttinghausen

2 Grundschulverbund Wellensiek-Hoberge-Uerentrup

3 Hellingskampsschule, Grundschulverbund nördliche Innenstadt

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; Einwohnermelderegister der Stadt Bielefeld

(Berechnungen Presseamt/Statistikstelle); Stichtag 31.12.2016

Die bildungsrelevanten Belastungen haben sich in den zurückliegenden Jahren in einigen wohnortnahen Schuleinzugsbereichen positiv entwickelt. Gleichwohl weist der große Teil der Sozialräume, die bereits im Lernreport 2012 durch hohe bzw. eher hohe soziale Belastungen charakterisiert waren, keine signifikanten Veränderungen auf. Die in Bielefeld weiterhin bestehende starke sozialräumliche Segregation, die sich gerade in den frühkindlichen Bildungsinstitutionen auch in einer institutionellen Segregation widerspiegeln kann, ist mit Blick auf optimale Startbedingungen und erfolgreich verlaufende Bildungsbiographien als problematisch einzustufen, denn Bildungschancen und Partizipationsmöglichkeiten bleiben damit in der Regel ungleich verteilt.⁷³

Lerndimension „Lernen Wissen zu erwerben“

B

Die Lerndimension „Lernen Wissen zu erwerben“ fokussiert das Lernen im Rahmen des formalen Bildungssystems. Diese Lerndimension nimmt anhand von vier Indikatoren mit fünfzehn Teilindikatoren einige der in unmittelbarer und in mittelbarer kommunaler Verantwortung liegenden bildungspolitischen Handlungsfelder näher in den Blick. Neben der frühkindlichen Bildung (B1) sind dies die allgemeinbildenden Schulen (B2), nachschulische Lernaktivitäten (B3) sowie die Bedeutung der Kommune als Hochschulstandort (B4).



B1 Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung (FBBE)

Für die individuelle Bildungsbiografie und damit auch für die Bildungschancen von Kindern ist die frühkindliche Bildung von erheblicher Bedeutung. Neben der Familie, die eine zentrale Rolle für die Entwicklung der Bildungsbiographie insbesondere in der frühen Kindheit besitzt, gewinnt die institutionelle Förderung von Kindern bereits in den ersten Lebensjahren in Kindertageseinrichtungen und -pflege immer stärker an Bedeutung. Die Betrachtung frühkindlicher Bildung, Betreuung und Erziehung in Kindertageseinrichtungen (FBBE) und -pflege verdeutlicht, in welchem Alter Kinder in eine Institution mit einem gesetzlich verankerten Bildungsanspruch eintreten und so an Bildungs-, Förderungs- und Betreuungsangeboten partizipieren.

B1-1 Bildungsbeteiligung von unter 6-Jährigen

Der Indikator nimmt die Entwicklung und den aktuellen Ausbaustand der Infrastruktur im Bereich der Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege in den Blick und damit die strukturellen Voraussetzungen für eine wohnortnahe Versorgung von Kindern mit Bildungs- und Betreuungsangeboten. Eine Differenzierung nach Eintrittsalter sowie eine räumliche Verortung von U3-Angeboten liefert weitere Hinweise über die Bereitstellung frühkindlicher Bildungsangebote, die u. a. mit dem Ziel einer Verringerung sozialer Ungleichheit verknüpft ist.^{74 75}

Bundesweit nutzen 2016 annähernd 33 Prozent der unter 3-Jährigen ein Betreuungsangebot in einer Kindertageseinrichtung oder Kindertagespflege

Kindertageseinrichtungen haben sich in den zurückliegenden Jahren, mit Blick auf ihren Auftrag, immer deutlicher zu Bildungsinstitutionen entwickelt. Damit tragen sie einerseits der stark wachsenden Bedeutung frühkindlicher Bildung Rechnung. Andererseits sollen sie dazu beitragen, soziale Disparitäten abzubauen und den gestiegenen Betreuungsanforderungen gerecht werden. Vor diesem Hintergrund wurde das Angebot an Betreuungsplätzen in Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege bundesweit stark ausgebaut.⁷⁶ Einen zusätzlichen quantitativen Schub erhielt die Bildungsbeteiligung in der Kindertagesbetreuung mit dem Rechtsanspruch (01.08.2013) auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr.

Bund

Anfang 2016⁷⁷ nahmen bundesweit 32,7 Prozent der Kinder unter 3 Jahren ein Angebot in der Kindertagesbetreuung in Anspruch. 27,9 Prozent besuchten eine Kindertageseinrichtung und 4,8 Prozent die Kindertagespflege. Die Betreuungsquote bei Kindern im Alter von 3 Jahren liegt insgesamt bei 89,1 Prozent. Bei den 4- und 5-Jährigen liegt die Quote bei 95,7 und 97,0 Prozent. Frühkindliche institutionalisierte Bildungsbeteiligung gehört somit für fast alle Kinder ab dem 3. Lebensjahr inzwischen zur Normalbiographie.⁷⁸

Land

Der Anteil der unter 3-Jährigen, die in NRW ein Betreuungsangebot in Anspruch nehmen, lag im Frühjahr 2016 mit 25,7 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt. 18,2 Prozent der Kinder unter 3 Jahren nutzten eine Kindertageseinrichtung. Nur jedes 4. Kind dieser Altersgruppe partizipiert somit in NRW an Angeboten frühkindlicher Bildung. Im Alter von 3 bis 6 Jahren liegt die Quote bei 92,7 Prozent. Zwischen den Kreisen und kreisfreien Städten weist die Teilhabequote jedoch eine größere Spannweite auf. Die Quote der Inanspruchnahme von Angeboten Frühkindlicher Bildung, Betreuung und Erziehung (FBBE)-bei Kindern im Alter von unter 3 Jahren mit Migrationshintergrund liegt bei 17 Prozent. In der Gruppe der 3- bis 6-Jährigen liegt sie bei 85 Prozent. Familien mit Migrationshintergrund entscheiden sich seltener und später, die Angebote frühkindlicher Bildung in Anspruch zu nehmen.

⁷⁴ Vgl. OECD (2004).

⁷⁵ Kratzmann und Schneider (2009, S. 211ff.).

⁷⁶ Vgl. Länderreport Frühkindliche Bildungssysteme 2017.

⁷⁷ Erhebung zum 1. 3. 2016 Bock-Famulla und Löhle 2017.

⁷⁸ Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2016:59.

Der Besuch einer Kindertageseinrichtung ist für 99,4 Prozent aller Kinder über 3 Jahren ein fester Bestandteil ihrer Bildungsbiographie

Kommunal⁷⁹

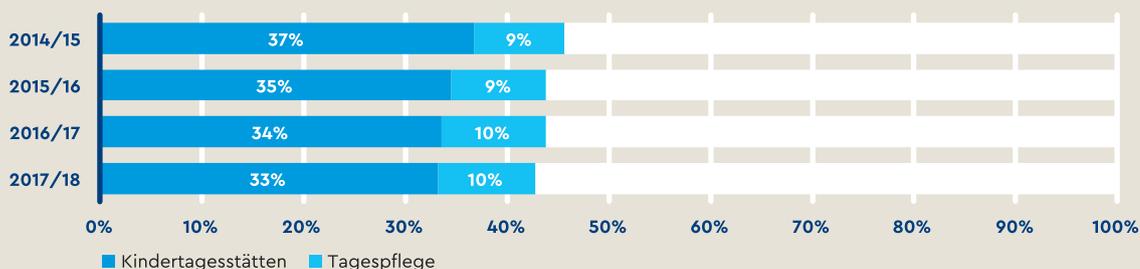
Im Kindergartenjahr 2017/18 partizipieren in der Gruppe der über 3-Jährigen 9.413 (Vorjahr: 8.975)⁸⁰ Kinder oder 99,4 Prozent⁸¹ der Altersgruppe der 3- bis unter 6-Jährigen an Angeboten in Kindertageseinrichtungen. Damit besucht fast jedes Kind über drei Jahren eine Einrichtung der frühkindlichen Bildung in Bielefeld.⁸² Die Versorgungsquote bei den unter 3-Jährigen liegt bei 42,8 Prozent und ist damit im Vergleich zum Vorjahr (43,3) leicht rückläufig. 33,2 Prozent (33,6) oder 2.934 Kinder (2.833) der unter 3-Jährigen besuchten eine Kindertageseinrichtung. 9,6 Prozent (9,7) oder 850 Kinder (820) nutzten ein Angebot in der Kindertagespflege.

Mit 43 Prozent Versorgungsquote im U3 Bereich, liegt Bielefeld deutlich über dem Landes- und Bundesschnitt

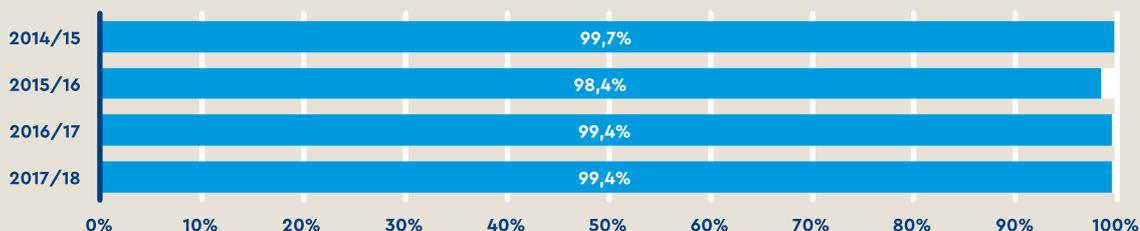
Entwicklung der Versorgungsquote der Betreuungsplätze für unter Dreijährige

in Kindertagesstätten und in der Tagespflege

Abb. 21

**Versorgungsquote der Betreuungsplätze für über Dreijährige**

in Kindertagesstätten



Quelle: Stadt Bielefeld, Amt für Jugend und Familie 2017; Stichtag: 15. 10. eines jeden Jahres

Trotz der aktuell guten Versorgungsquote in Bielefeld ist von einem weiter steigenden Bedarf an Betreuungsplätzen auszugehen. Steigende Geburtenraten, Zuwanderung aus dem Ausland, die Attraktivität der Stadt gegenüber dem ländlichen Raum und steigende Betreuungsanforderungen im Kontext von Erwerbsarbeit sind zentrale Parameter, die eine Nachfrage nach frühkindlicher Bildung beeinflussen.⁸³ Für das Kindergartenjahr 2018/19 gibt es eine Angebotserweiterung von sechs zusätzlichen Einrichtungen und für das Jahr 2019/20 sind weitere 5 Einrichtungen (auf dann insgesamt 211) und die Schaffung zusätzlicher Gruppen in bestehenden Kindertageseinrichtungen zur Deckung der Nachfrage geplant.

Die aktuell bestehenden 205 Kindertageseinrichtungen, von denen 74 Einrichtungen derzeit inklusive Betreuungsplätze für 137 Kinder (1,16 Prozent) anbieten, sind nicht gleichmäßig im Stadtgebiet verortet. Es gibt eine räumliche Konzentration im innerstädtischen Bereich. 42 Einrichtungen werden vom Jugendamt der Stadt betrieben, 163 von freien bzw. konfessionellen Trägern.⁸⁴ 47 Einrichtungen sind als Familienzentren zertifiziert. Sie sind Mittelpunkt in einem Netzwerk, das neben der individuellen Förderung von Kindern auch

In 2017 boten 205 Kindertageseinrichtungen Betreuungsplätze für Kinder an

79 Die Berechnung der Versorgungsquoten auf Bundes- und Landesebene weicht aufgrund der unterschiedlichen Datenlagen von kommunalen Erhebungen ab. Vergleiche sind deshalb nur annäherungsweise sinnvoll.

80 Vorjahr in Klammern.

81 (98,1 Prozent in 2012/13).

82 Quoten für einzelne Altersjahrgänge der Kinder über 3 Jahren liegen auf der kommunalen Ebene aktuell nicht vor.

83 Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2016:58.

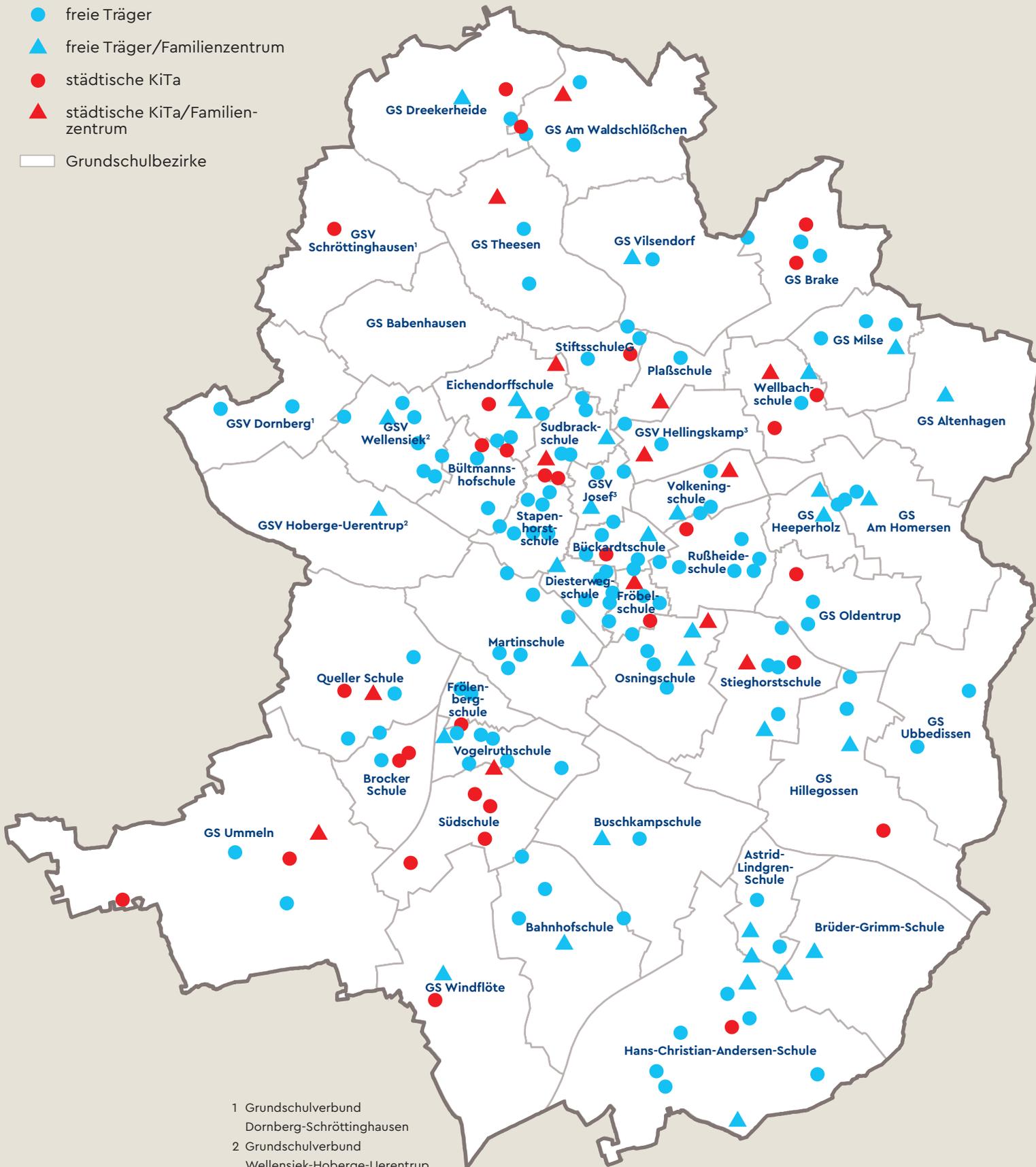
84 Subsidiaritätsprinzip.

Abb. 22

Kindertagesstätten in freier und städtischer Trägerschaft in Bielefeld 2016/17

differenziert nach Familienzentren auf Ebene der Grundschulbereiche

- freie Träger
- ▲ freie Träger/Familienzentrum
- städtische KiTa
- ▲ städtische KiTa/Familienzentrum
- Grundschulbezirke



- 1 Grundschulverbund Dornberg-Schröttinghausen
- 2 Grundschulverbund Wellensiek-Hoberge-Uerentrup
- 3 Hellingskampschule, Grundschulverbund nördliche Innenstadt

Quelle: Stadt Bielefeld, Amt für Jugend und Familie; Kartographie und Bearbeitung: Bildungsbüro der Stadt Bielefeld

Familien mit dem Ziel berät und unterstützt, Bildung, Erziehung und Betreuung mit Angeboten der Beratung und Hilfe zu kombinieren.⁸⁵ 42 Kindertagesstätten besitzen aufgrund ihres sozialen Umfelds das Label „plusKITA“. Sie erhalten jährlich eine zusätzliche materielle Förderung, um die Bildungschancen von Kindern gezielt zu fördern.⁸⁶

Die Teilnahme an institutionalisierter frühkindlicher Bildung hat sich in den letzten Jahren insgesamt positiv entwickelt (auch wenn sich die Quote durch Zuwanderung leicht verringert hat) und es ist von einem sich fortsetzenden Trend auszugehen.⁸⁷ Damit gewinnen weitere Themenfelder an Bedeutung: Neben der Qualität in den Einrichtungen, die stark von der Personalausstattung und der Qualifikation der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen beeinflusst wird, sind weitere Fragen, wie z. B. welche gesellschaftlichen Gruppen zu welchem Zeitpunkt institutionalisierte Angebote frühkindlicher Bildung in Bielefeld in Anspruch nehmen, wie sich die zum Teil stark ausgeprägte räumliche Segregation in den Einrichtungen widerspiegelt und mit welchen erworbenen Fertig- und Fähigkeiten Kinder den Wechsel in die Grundschule vollziehen.

Betreuungsumfang

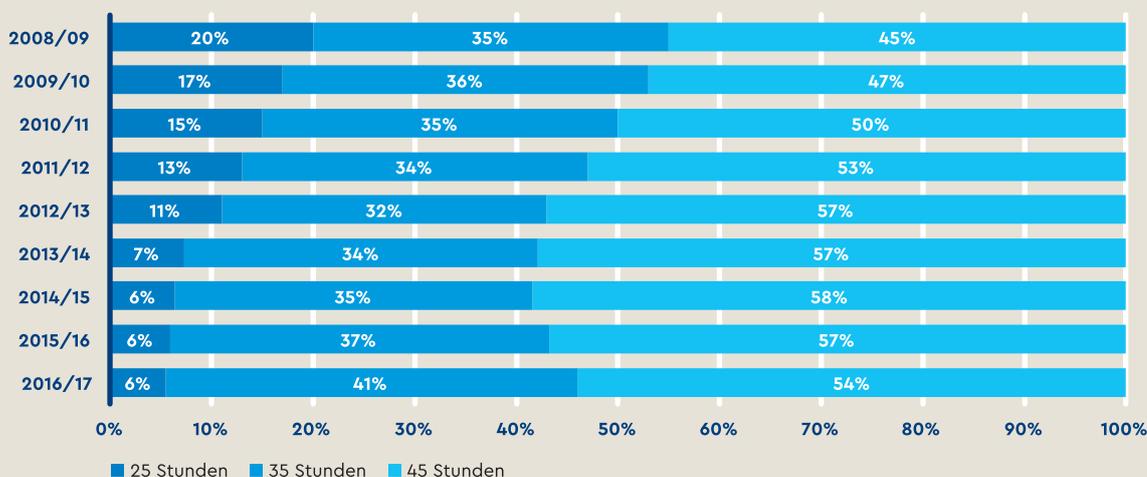
In NRW entschieden sich 2016 mehr als 53 Prozent der Eltern von Kindern unter 3 Jahren für ein Betreuungsangebot mit einem zeitlichen Umfang von 45 Stunden. Nur 11,6 Prozent nutzen ein 25-Stundenangebot und 34,6 Prozent ein Angebot bis zu 35 Stunden. Bei Kindern der Altersgruppe 3 bis 6 Jahren werden mit 44,0 und 49,9 Prozent primär Angebote bis 35 und bis 45 Stunden vereinbart.⁸⁸ Für den überwiegenden Teil der Kinder unter 6 Jahren gehört somit nicht nur der Besuch einer Einrichtung der frühkindlichen Bildung zur Normalbiografie. Ca. die Hälfte der Kinder verbringen täglich bis zu sieben Stunden in den Einrichtungen.

54 Prozent der in Kindertageseinrichtungen betreuten Kinder nutzen ein Ganztagesangebot

Entwicklung der vereinbarten Stundenkontingente in Kindertageseinrichtungen

zwischen 2008/09 und 2016/17

Abb. 23



Quelle: Stadt Bielefeld Amt für Jugend und Familie – Jugendamt 2017

Die lokal vereinbarten Stundenkontingente veränderten sich seit 2013/14 insgesamt nur marginal. Weiter rückläufig sind wöchentliche Betreuungszeiten von 25 Stunden auf aktuell 5,5 Prozent (5,9%) in 2016/17. Die Nachfrage nach Ganztagesplätzen mit einem 45 Stundenkontingent verringert sich zum Vorjahr um 2,6 Prozentpunkte auf 54,0 Prozent zugunsten eines Betreuungsangebots mit 35 Stunden, das von fast 40,5 Prozent der Eltern für ihre Kinder in Anspruch genommen wird (s. Abb. 23).

Migrations- und Bildungshintergrund der Eltern haben einen Einfluss auf die Inanspruchnahme einer Kindertageseinrichtung

85 <https://de.wikipedia.org/wiki/Familienzentrum>.

86 Zu den Fördervoraussetzungen siehe auch <https://www.mkffi.nrw/pluskita>.

87 Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2016:58.

88 Vgl. Bock-Famulla u. a. 2017:280ff.

Regionale Unterschiede bei der Inanspruchnahme von Plätzen für unter 3 Jährige

Für das Segment der Kinder unter 3 Jahren stehen auf der lokalen Ebene aktuell nur wenige valide zeitreihenfähige Kennzahlen zur Verfügung, die Ursachen und Zusammenhänge der Wahl einer Kindertageseinrichtung und den Umfang der Segregation im Kitabereich näher beleuchten. Dies ist mit Blick auf Chancengerechtigkeit nicht unproblematisch. Verschiedene Studien legen einen Zusammenhang von Migrations- und Bildungshintergrund der Eltern auf der einen Seite mit dem Beginn und der Dauer der Inanspruchnahme frühkindlicher Bildungsinstitutionen auf der anderen Seite nahe.^{89 90} Eine aktuelle Untersuchung für die Städte Mülheim a. d. R. und Hamm zeigt, dass Kinder aus sozial benachteiligten Familien erst später mit einem Kitabesuch starten und dass nur jedes 3. Kind mit Migrationshintergrund einen Platz in der U3-Betreuung nutzt. Erst ab dem vierten Lebensjahr holen Kinder mit Migrationshintergrund auf und nutzen die Einrichtungen in vergleichbarem Umfang wie Kinder ohne Migrationshintergrund.⁹¹

Die spätere Inanspruchnahme institutionalisierter frühkindlicher Bildung ist gerade mit Blick auf eine gezielte Sprachförderung problematisch. Dies gilt auch für weitere basale kindliche Fähig- und Fertigkeiten, die als Vorläuferfähigkeiten für die sich anschließende Bildungsinstitution eine zentrale Bedeutung besitzen, wie die Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen nahe legen (s. hierzu Kapitel B1-2).

Mobilität: Entfernung zwischen Wohnort und besuchter Kindertagesstätte (Kita)

Studien zeigen, dass die ethnische Herkunft und auch der Bildungshintergrund der Eltern das Wahlverhalten für eine Kindertageseinrichtung beeinflussen. Darüber hinaus ist bekannt, dass das Leistungsangebot und der zeitliche Betreuungsrahmen Einfluss auf das elterliche Wahlverhalten besitzen. Nicht selten wird daher insbesondere benachteiligten Eltern unterstellt, dass sie der institutionellen Betreuung und deren Qualität eine geringe Bedeutung beimessen und einer solchen auch eher skeptisch gegenüberstehen.⁹²

Die Entfernung zur Einrichtung ist ein zentraler Faktor, der das Wahlverhalten für eine Kindertageseinrichtung beeinflusst.⁹³ Eltern mit Migrationshintergrund entscheiden sich eher für die nächstgelegene Einrichtung.⁹⁴ Ferner wählen Eltern mit niedrigem bis mittlerem Bildungsstatus häufiger die wohnortnächste Kindertageseinrichtung aus als Eltern mit einem höheren Bildungsstatus. Eltern, die eine wohnortferne Kindertageseinrichtung wählen, nehmen häufiger für ihre Kinder die Angebote einer Ganztageseinrichtung in Anspruch.⁹⁵

Wie in der Karte (Abb. 22) schon deutlich geworden ist, sind die Kindertageseinrichtungen ungleichmäßig über das Stadtgebiet verteilt. In peripheren bzw. gering verdichteten Gebieten fällt das Angebot an Betreuungseinrichtungen im Gegensatz zu den eher einwohnerreichen, meist innerstädtischen Gebieten geringer aus. Diese z.T. deutlichen Unterschiede in der Konzentration von Einrichtungen führen in einigen Grundschuleinzugsbereichen zwangsläufig zu längeren Entfernungen zur Kindertageseinrichtung und gleichzeitig zu einer erhöhten Mobilität. Die Ursache von Mobilität im Bereich Kindertageseinrichtung ist aber nicht allein auf die Entfernung vom Wohnort zur besuchten Einrichtung zurückzuführen. Vielmehr muss berücksichtigt werden, ob eine in der unmittelbaren Nachbarschaft vorhandene Kindertageseinrichtung oder eine Einrichtung in der weiteren Umgebung besucht wird. Auf diese Weise können Hinweise auf unterschiedliche Motivlagen des Wahlverhaltens für eine Kindertageseinrichtung abgeleitet werden.

Vor diesem Hintergrund wurden mit Hilfe geographischer Informationssysteme (GIS) in einem mehrstufigen Berechnungsverfahren zunächst die Entfernungen ermittelt, die die Kinder zwischen Wohnort und Kindertagesstätte zurücklegen. In einem zweiten Schritt wurde

89 Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2016:60.

90 Vgl. Groos u. a. 2017:5.

91 Vgl. ebd.

92 Vgl. Müller 2011, S.173f.

93 Vgl. Groos et al. 2018; Hüskens et al. 2008).

94 Vgl. Berg-Lupper 2006.

95 Vgl. Müller 2011, S.173.

Die Entfernung zur Kindertageseinrichtung ist ein Faktor, der das Wahlverhalten beeinflusst

dann der sog. Distanzrang berechnet, also ob ein Kind beispielsweise die nächstgelegene (Rang 1), die zweitnächste (Rang 2), die drittnächste (Rang 3) usw. Kindertageseinrichtung besucht. Diese Distanzränge wurden in 4 Kategorien zusammengefasst, und zwar in wohnortnächste, wohnortnah, eher wohnortnah, wohnortfern. Zusätzlich wurde für diese Kategorien die mittlere Distanz ermittelt. Nachfolgend werden die Distanzränge mit dem Begriff der „Räumlichen Nähe“ beschrieben.

Für die Kinder, die in Bielefeld eine Kindertageseinrichtung besuchen⁹⁶, ist der Weg von ihrer Wohnadresse bis zur Kindertagesstätte im Durchschnitt 1,25 km lang. Betrachtet man nur die Gruppe der U3-Kinder, dann liegt dieser mit 1,38 km unwesentlich höher.⁹⁷

Wie in Tab. 2 dargestellt, besuchen fast ein Drittel aller Bielefelder Kinder die wohnortnächste Einrichtung, die im Durchschnitt in etwa 324 m Luftlinie Entfernung liegt. Weitere 34 Prozent besuchen wohnortnah eine Kindertageseinrichtung und haben mit durchschnittlich 729 m einen etwas weiteren Weg. Setzt man diese Werte in einen Kontext mit dem Wahlverhalten der Eltern, dann lässt sich vermuten, dass für etwa zwei Drittel aller Kinder die Wahl der Kindertageseinrichtung getreu dem Motto „kurze Beine, kurze Wege“ erfolgt. Für das restliche Drittel der Kinder, die eher einen weiten (16,9 Prozent bei 1.467 m durchschnittlich) bis sehr weiten Weg zur KITA haben (19,7 Prozent bei 3.401 m durchschnittlich) ist anzunehmen, dass nicht die Distanz, sondern andere Motive das Elternwahlverhalten maßgeblich beeinflussen.⁹⁸ Das können z. B. das Angebot und die Ausstattung der Kindertageseinrichtung, der Umstand, dass aktuell alle Betreuungsplätze der nächstgelegenen Kindertageseinrichtung belegt sind oder auch die Nähe der Einrichtung zum Arbeitsplatz der Eltern sein.

63,4 Prozent der Kinder nutzen eine Kindertageseinrichtung, in der Nähe (bis 700 Meter) des Wohnorts

Durchschnittliche Entfernung zur KITA

Tab. 2

Räumliche Nähe Besuch der/einer	Distanzrang	Anteil Kinder	Anzahl Kinder	Durchschnittliche Entfernung zur KITA ¹⁰²
wohnortnächsten KITA	1	29,4%	3.345	324 m
wohnortnahen KITA	2 bis 5	34,0%	3.864	729 m
eher wohnortfernen KITA	6 bis 10	16,9%	1.921	1.467 m
wohnortferne KITA	11 bis 198	19,7%	2.250	3.401 m
gesamt		100%	11.380	1.263 m

Quelle: Stadt Bielefeld, Amt für Jugend und Familie (Stand: 1/2017); Berechnungen Bildungsbüro

Granulare Hinweise auf das elterliche Wahlverhalten zeigt nachfolgend die kleinräumige Karte zur Mobilität (Abb. 24).¹⁰⁰ Vergleicht man die Entfernungen, die die Kinder vom Wohnort bis zur besuchten Kindertageseinrichtung zurücklegen, streuen die durchschnittlichen Distanzen in den Grundschuleinzugsbereichen zwischen 806 m (Bückardtschule) und 2034 m

96 Für den Bielefelder Lernreport sind in diesem Berechnungsverfahren nur die Kita-Kinder mit Wohnsitz in der Stadt Bielefeld berücksichtigt worden (insgesamt 11.484, davon waren 11.380 Fälle auswertbar).

97 Für die Gruppe der U3-KITA-Kinder konnte weder bei der durchschnittlichen Entfernung noch bei der räumlichen Nähe (Distanzrang) ein signifikanter Unterschied zu den restlichen KITA-Kindern festgestellt werden. Deshalb wurde auf eine gesonderte Darstellung dieser Gruppe verzichtet.

98 In einer Befragung in der Stadt Ulm wählen 40% aller befragten Eltern nicht die wohnortnächste Kita für ihr Kind (vgl. Müller 2011). In einer Untersuchung für die Stadt Mülheim konnten Groos et al 2017 herausfinden, dass nur 16,7 Prozent aller Kinder die nächstgelegene und 34,7% eine wohnortnahe KITA besuchen. Die restlichen 48,6% der Kinder legen eher einen weiten Weg zur KITA zurück.

99 Die hier beschriebenen KITA-Distanzen sind auf Basis der Luftlinien zwischen Wohnadresse und KITA-Standort berechnet und aggregiert worden. Auch wenn die tatsächlichen Routen immer länger als die Luftlinienentfernung sind, ist der Unterschied in städtischen Räumen mit einer gut ausgebauten Verkehrsinfrastruktur eher marginal.

100 Welche Motive letztendlich die elterliche KITA-Wahl beeinflussen, kann nur mit multivariaten Analysen und zusätzlichen Elternbefragungen näher bestimmt werden.

Abb. 24

KITA-Mobilität 2016: Der Weg von zuhause bis zur besuchten Kindertageseinrichtung

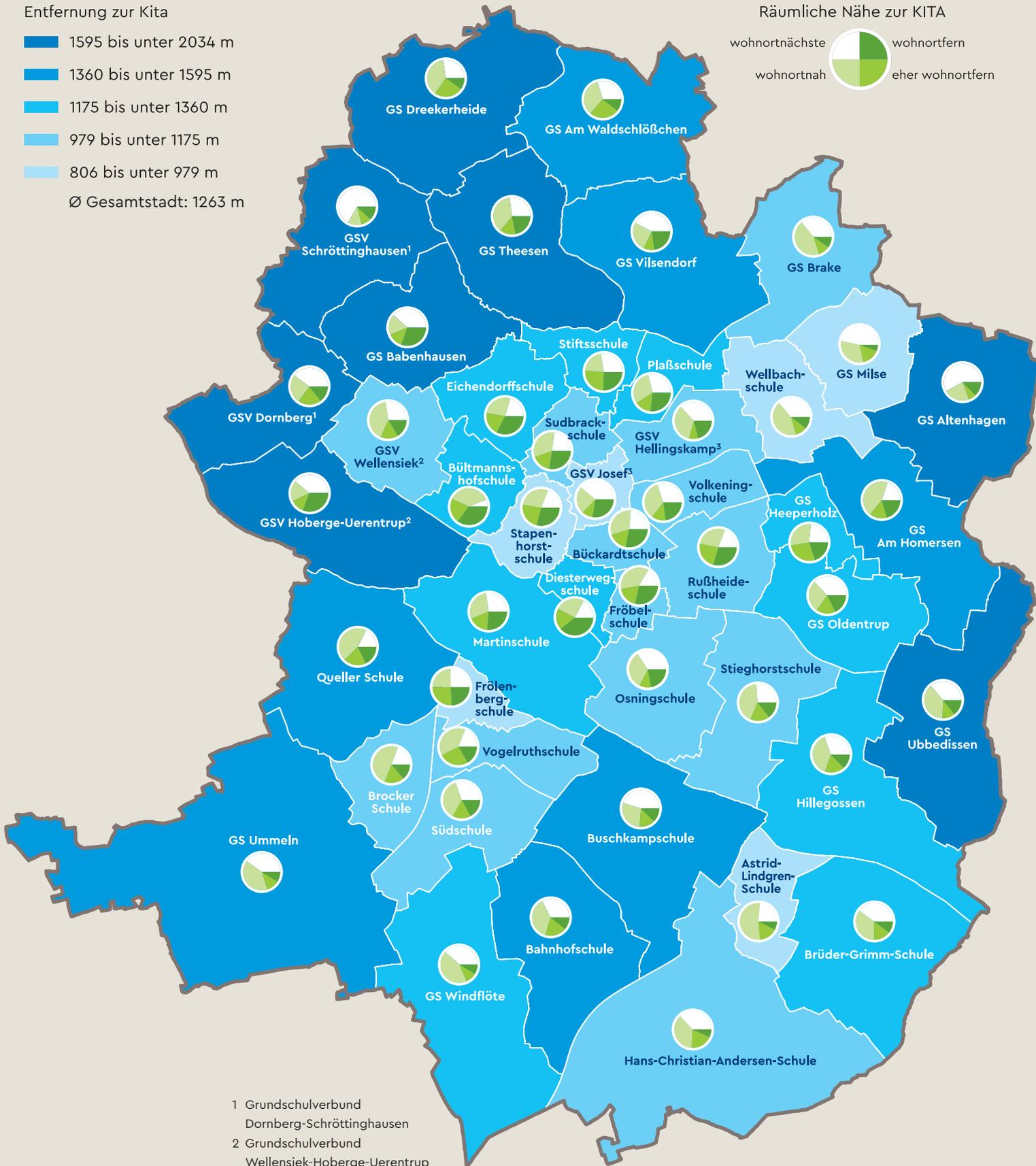
nach durchschnittlicher Entfernung (Luftlinie in Meter) und räumlicher Nähe (Entfernungsrang)
(nur Kinder mit Wohnort Bielefeld)

Entfernung zur Kita

- 1595 bis unter 2034 m
- 1360 bis unter 1595 m
- 1175 bis unter 1360 m
- 979 bis unter 1175 m
- 806 bis unter 979 m
- Ø Gesamtstadt: 1263 m

Räumliche Nähe zur KITA

- wohnnortnächste
- wohnnortfern
- wohnnah
- eher wohnnortfern



- 1 Grundschulverbund Dornberg-Schröttinghausen
- 2 Grundschulverbund Wellensiek-Hoberge-Uerentrup
- 3 Hellingskampschule, Grundschulverbund nördliche Innenstadt

Quelle: Stadt Bielefeld, Amt für Jugend und Familie; Stichtag 31.12.2016; Berechnungen und Kartographie: Bildungsbüro

(Grundschule Hoberge-Uerentrup).¹⁰¹ Insgesamt zeichnet sich aufgrund der unterschiedlichen Konzentration an Einrichtungen in der Tendenz ein Zentrum-Peripherie-Gefälle ab, d. h. Kinder aus eher ländlich geprägten Grundschuleinzugsbereichen (wie z. B. Schröttinghausen, Dornberg und Hoberge-Uerentrup) haben im Durchschnitt einen längeren Weg als Kinder aus den verdichteten Bereichen (wie z. B. Bückardt-, Wellbach- und Stapenhorstschule).

Um ein differenzierteres Bild der Mobilität zu erhalten, muss neben der Entfernung noch die sog. „Räumliche Nähe“ vom Wohnort bis zur besuchten Einrichtung berücksichtigt werden, also wird z. B. die nächstgelegene Kindertageseinrichtung besucht oder eine Einrichtung, für die ein größerer Anfahrtsweg in Kauf genommen wird. Die Auswertungen zur „Räumlichen Nähe“ (dargestellt in den Kreisdiagrammen Abb. 24) zeigen, dass die Einzugsgebiete der Einrichtungen unterschiedlich groß sind.¹⁰² Einige Kindertagesstätten erhalten den Großteil ihrer Kinder aus dem direkten Umfeld. Zu nennen sind hier u. a. die Einzugsbereiche der Grundschulen Altenhagen, Brake, Milse, Schröttinghausen, Ummeln, Windflöte und Wellbachschule, wo zwischen 78 Prozent und 81 Prozent aller Kinder die wohnortnächste oder eine wohnortnahe Einrichtung besuchen. Dagegen besuchen in den Einzugsbereichen der Bültmannshof-, Diesterweg-, Eichendorff-, Rußheide-, Stapenhorst- und Stiftsschule durchschnittlich mehr als die Hälfte aller Kinder eine eher wohnortferne bis wohnortferne Einrichtung.

Gering ausgeprägte Mobilität im Bereich der Kindertagesstätten im Kontext mit hohen bis sehr hohen bildungsrelevanten sozialen Belastungen, wie man sie vor allem in den Grundschuleinzugsbereichen der Wellbachschule und der Hellingkampschule, aber auch im Bereich der Astrid-Lindgren-Schule und der Brüder-Grimm-Schule konzentriert beobachten kann, führt zu einer institutionellen Segregation. Das bedeutet gleichzeitig, dass eine rein sozialräumliche Betrachtung der Mobilität nicht ausreicht, um das Ausmaß der sozialen und ethnischen Segregation beschreiben zu können. Eine passgenaue Steuerung ist mit der Fokussierung auf die einzelnen Einrichtungen möglich (vgl. Groos et al, 2018, S.30).

Geringe Kitamobilität und sehr hohe bildungsrelevante Belastungen begünstigen institutionelle Segregation

Zusammenfassung

Kindertageseinrichtungen werden immer mehr zu Bildungsinstitutionen, die einen klaren Bildungsauftrag besitzen. Die Bildungsbeteiligung steigt, auch wenn die Versorgungsquote sich leicht verringert hat. Bei den über 3-Jährigen liegt die Quote lokal bereits bei 99,4 Prozent, bei Kindern unter 3 Jahren bei 42,8 Prozent inklusive der Kindertagespflege. 54 Prozent der Kinder, die eine Kindertageseinrichtung besuchen, werden dort ganztags mit 45 Stunden betreut. 40,5 Prozent nutzen ein 35-Stundenkontingent. Daraus folgt, dass Kinder große Teile ihrer frühen Kindheit in Bildungsinstitutionen verbringen und damit bereits früh Zugang zu Förderung haben.

Nach wie vor besteht aber eine Kopplung zwischen sozialer Herkunft, Partizipation an Angeboten frühkindlicher Bildung und dem Bildungserfolg.¹⁰³ Studien zeigen, dass die innerstädtische Ungleichverteilung sozial benachteiligter und privilegierter Kinder signifikant ist. Dies dürfte vor dem Hintergrund beobachtbarer räumlicher und sozialer Segregation auch für Bielefeld gelten. Spezifische Aussagen zu den Ausprägungen und Wirkungen lassen sich ohne weitere, vertiefende Datenanalysen zum jetzigen Zeitpunkt nicht treffen. Kinder aus Elternhäusern mit geringerem Bildungsstand und sozioökonomischen Status nehmen frühkindliche Bildungsangebote später und seltener in Anspruch. Auch der Migrationshintergrund bleibt ein Faktor, der die Inanspruchnahme beeinflusst.

101 Es wurden für jeden Grundschulbezirk die Mittelwerte aller Distanzen bestimmt. Die Streuung auf Individualebene fällt deutlich größer aus (von unter 50m bis fast 18km).

102 Eine exakte Bestimmung der Einzugsgebiete ist für jede Kita mit Hilfe der Wohnadressdaten der Kinder realisierbar. In einer umfassenden Untersuchung für die Stadt Mülheim konnte über diesen Ansatz gezeigt werden, dass sich nicht für jede Kita das Einzugsgebiet mit dem Sozialraum deckt (vgl. Groos et al, 2018, S.30).

103 Vgl. Maaz 2016:5.

Valide zeitreihenfähige Daten zur Qualität frühkindlicher Bildung liegen auf kommunaler Ebene noch nicht ausreichend vor

Mit dem fortschreitenden quantitativen Ausbau auch von U3-Plätzen rücken zunehmend auch Aspekte wie die Angebotsqualität in den Einrichtungen, die Qualifikation des Personals im Kontext steigender Anforderungen, der Personalschlüssel aber auch die Segregation im Kitabereich stärker in den Fokus – sie alle sind wichtige Parameter für die Bewertung frühkindlicher Bildungs- und Förderangebote. Dazu liegen auf lokaler Ebene in aggregierter und zeitreihenfähiger Form noch nicht in ausreichendem Maße Daten vor. Steigende Geburtenzahlen und der Zuzug von Menschen aus dem Ausland sprechen für den weiteren U3-Ausbau.

B1-2 Der Übergang von der Kindertageseinrichtung zur Grundschule

Mit dem Wechsel von der Kindertageseinrichtung in die Grundschule rücken die bislang erworbenen Kenntnisse, Fähig- und Fertigkeiten eines Kindes stärker in den Fokus. Die Schuleingangsuntersuchung,¹⁰⁴ eine verpflichtende Untersuchung aller in einem Jahrgang einzuschulenden Kinder, die im Gesundheits-, Veterinär- & Lebensmittelüberwachungsamt¹⁰⁵ der Stadt Bielefeld durch den schulärztlichen Dienst durchgeführt wird, erhebt unter anderem Daten zum Entwicklungsstand jedes Kindes. Darüber hinaus werden soziodemografische Daten des familiären Kontextes erfasst, wie z.B. die Bildungsschicht der Eltern und Erziehungsberechtigten des Einschulkindes.

Die gewonnenen Informationen lassen sich den wohnortnahen Schuleinzugsbereichen, also dem sozialräumlichen Umfeld der Grundschulen, zuordnen. Anhand von 16 Indikatoren lassen sich Hinweise zum Bildungshintergrund, zur frühkindlichen Bildung und zu den Bildungsressourcen von Kindern vor der Einschulung ableiten.¹⁰⁶

Die Schuleingangsuntersuchung liefert Prognosedaten für die weitere schulische Entwicklung

Auf der Grundlage des Bielefelder Modells¹⁰⁷ erhebt die Schuleingangsuntersuchung (im Folgenden SEU)¹⁰⁸ den Entwicklungsstand des Kindes vor dem Übergang in die Grundschule. Besonderes Augenmerk liegt dabei neben der Teilnahme und der Erhebung an Früherkennungsuntersuchungen und Impfungen auf dem individuellen Entwicklungsstand in den Bereichen Sehen, Hören, Verhalten, Koordination und Sprache. Das angewandte Erhebungsverfahren (SOPESS¹⁰⁹) erfasst darüber hinaus basale Vorläuferfähigkeiten bei Kindern und ermöglicht erste Prognosen zum weiteren Kompetenzerwerb in den Bereichen Lesen, Schreiben und Rechnen.¹¹⁰ Der zeitlichen Dauer des Kindergartenbesuchs kommt im Kontext des Kompetenzerwerbs eine besondere Bedeutung zu, da Besuchsdauer und Sprachförderbedarf häufig in einem Zusammenhang stehen.¹¹¹ „Die Früherkennung von Entwicklungsrisiken stellt eine wichtige Voraussetzung dafür dar, negativen Schulerfahrungen durch Lern- und Verhaltensstörungen sowie der Entwicklung daraus resultierender Störungen vorzubeugen.“¹¹² Die SEU erhebt zudem soziodemographische Merkmale der Eltern, wenn diese der Erfassung zustimmen. Damit werden Rückschlüsse auf das familiäre Ressourcenpotential der Kinder möglich. Für die Auswertung wurden die Einschulungsjahrgänge 2014 bis 2016 (N=8.852 Einschul Kinder) zusammengefasst.¹¹³

104 §12 Abs. 2 (ÖGDG NRW) regelt die für alle einzuschulenden Kinder verpflichtende Schuleingangsuntersuchung. Sie ist eine jährlich wiederkehrende Vollerhebung, die vom Gesundheitsamt/ schulärztlichen Dienst durchgeführt wird. In vielen Kommunen wird die Untersuchung für die kommunale Gesundheitsberichterstattung herangezogen.

105 Im Nachfolgenden Gesundheitsamt.

106 Das hier angewandte Verfahren zur Analyse der Schuleingangsuntersuchung wurde im Kontext von: „Kein Kind zurücklassen“ – Schulsegregation messen, am ZEFIR (Ruhr-Universität Bochum) entwickelt.

107 Das Bielefelder Modell zur Schuluntersuchung: Die Vorgaben des Bielefelder Modells ermöglichen eine landesweit einheitliche, standardisierte Durchführung der schulärztlichen Untersuchungen. https://www.lzg.nrw.de/ges_bericht/monit_kinderges/bielefelder-modell/index.html.

108 In den meisten Bundesländern eine Pflichtaufgabe des Gesundheitsamtes.

109 SOPESS wurde im Auftrag des Landesinstituts für den Öffentlichen Gesundheitsdienst (LIGA.NRW) als Screening zur Erhebung des Entwicklungsstandes im Rahmen der gesundheitsärztlichen Schuleingangsuntersuchung in Nordrhein Westfalen entwickelt. Das Verfahren wird inzwischen auch in anderen Bundesländern im Rahmen der SEU eingesetzt. Vgl. <https://www.zkpr.uni-bremen.de/forschung/testentwicklung/schulbereich/sopess/>, Zugriff: ... Datum

110 vgl. ICD-10 F81-: Umschriebene Entwicklungsstörungen schulischer Fertigkeiten.

111 Vgl. Bildungsbericht Ruhr 2012: 79f.

112 Vgl. <https://www.zkpr.uni-bremen.de/forschung/testentwicklung/schulbereich/sopess/>.

113 Die Zusammenfassung von drei Einschulungsjahrgängen wurde vorgenommen, um mindestens 30 untersuchte Kinder pro ehemaligem Grundschulbezirk zu haben.

Die Auswertung der 16 erhobenen Indikatoren, aus denen Indizes gebildet wurden – Indizes „Sozialer Hintergrund“, „frühkindliche Bildung“ und „Bildungsressourcen“ – erfolgt auf der Ebene der wohnortnahen Grundschuleinzugsgebiete, d. h. nach dem Wohnort und nicht nach dem Schulort. Rückschlüsse auf einzelne Bildungsinstitutionen sind vor dem Hintergrund der hohen Wanderungsbewegungen (s. Kap. B2-1.1) zwischen den Einzugsgebieten nur bedingt möglich.

Der Index **„Sozialer Hintergrund“** setzt sich aus sieben Indikatoren zusammen.¹¹⁴ Neben den Bildungsabschlüssen der Eltern werden u. a. die in den ersten vier Jahren in der Familie gesprochene Sprache (Deutsch oder andere), Berufstätigkeit oder Erwerbslosigkeit der Eltern und auch die Familienform erfasst. Über ein mathematisches Verfahren¹¹⁵, das alle Einzelvariablen unter einer Kennzahl subsumiert (Indexwert), lassen sich Aussagen zum sozialen Hintergrund eines Grundschuleinzugsbereichs ermitteln. Negative Werte deuten auf ungünstige und positive Werte auf günstige Rahmenbedingungen hin. Die Spanne zwischen den Schuleinzugsbereichen mit ungünstigen bzw. günstigen sozialen Bedingungen ist mit -2,16 und +1,4 groß.

Innerhalb des Index **„Sozialer Hintergrund“** bestehen auch bei den einzelnen Merkmalsausprägungen, wie z. B. bei dem Indikator Erstsprache, deutliche Unterschiede zwischen den Grundschuleinzugsbereichen. Für annähernd 23 Prozent¹¹⁶ aller untersuchten Kinder war Deutsch in den ersten vier Jahren nicht die in der Familie vorwiegend gesprochene Sprache. Einzelne Schuleinzugsbereiche kommen aber auch auf Werte von bis zu 43,6 Prozent.

Für ca. ein Viertel der Kinder ist deutsch in den ersten 4 Jahren nicht die Familiensprache

Der Index **„Frühkindliche Bildung“** umfasst fünf Kennzahlen, u. a. die Vollständigkeit der Früherkennungsuntersuchungen U 1–9 sowie die Kitadauer unter zwei Jahren.¹¹⁷ Analog der Spreizung beim Index **„Sozialer Hintergrund“** weist auch der Index **„Frühkindliche Bildung“** eine ausgeprägte Streuung über das Stadtgebiet auf. Sie variiert zwischen -3,5 und +1,9.

Auffallend innerhalb des Index **„Frühkindliche Bildung“** ist die Variable ‚Kitadauer unter 2 Jahren‘. Die Spannweite liegt zwischen 0 und 28,1 Prozent. D. h., in Bielefeld gibt es einen Grundschuleinzugsbereich, in dem alle dort lebenden Kinder mehr als 2 Jahre eine Kita besucht haben, und einen weiteren Bereich, in dem 28 Prozent der Kinder, also fast jedes dritte Kind weniger als 2 Jahre eine Einrichtung der frühkindlichen Bildung besucht haben, bevor sie in eine Grundschule wechselten.

In den Index **„Bildungsressourcen“** fließen vier Indikatoren ein. Abgebildet werden die Fähig- und Fertigkeiten, die basale Voraussetzungen der Unterrichtsteilnahme darstellen: Körperkoordination, Visuomotorik, visuelles Wahrnehmen/Schlussfolgern und Pseudowörternachsprechen. Diese Variablen aus dem Sozialpädiatrischen Entwicklungsscreening (SOPESS) weisen eine enge Korrelation zueinander auf und lassen Rückschlüsse auf schulelevante Teilleistungsbereiche der kindlichen Entwicklung zu.¹¹⁸

Die Körperkoordination liefert Hinweise auf Zusammenhänge zwischen motorischer Leistungsfähigkeit, psychosozialer Entwicklung und visuell-räumlicher Leistung. Die Visuomotorik ist eine Vorläuferfähigkeit für den Schrifterwerb. Bestehen hier Einschränkungen, kann das in der Folge zu schnellerer Ermüdung und Demotivation führen. Die visuelle Wahrnehmung und die Fähigkeit des Schlussfolgerns wiederum sind Fertigkeiten, die für das Erlernen der Kulturtechniken Lesen, Schreiben und Rechnen zentral sind, aber auch für logisches

Der Index Bildungsressourcen liefert Prognosedaten zu schulelevanten kindlichen Entwicklungen

114 (Niedrige) Bildungsschicht der Eltern; Mutter nicht berufstätig; Berufstätigkeit des Vaters; alleinerziehend; Mutter arbeitslos; Mutter Auszubildende; andere Erstsprache als Deutsch.

115 Das Verfahren der Faktorenanalyse ermöglicht die systematische Korrelation verschiedener Variablen in der Darstellung einer Maßzahl.

116 Bezogen auf einen Einschulungsjahrgang entspricht das etwa 680 Kindern.

117 Außerdem werden in dem Index berücksichtigt: 3 und mehr Geschwister; U1-7 unvollständig; U8 und U9 nicht vorhanden; Kitadauer unter 2 Jahren.

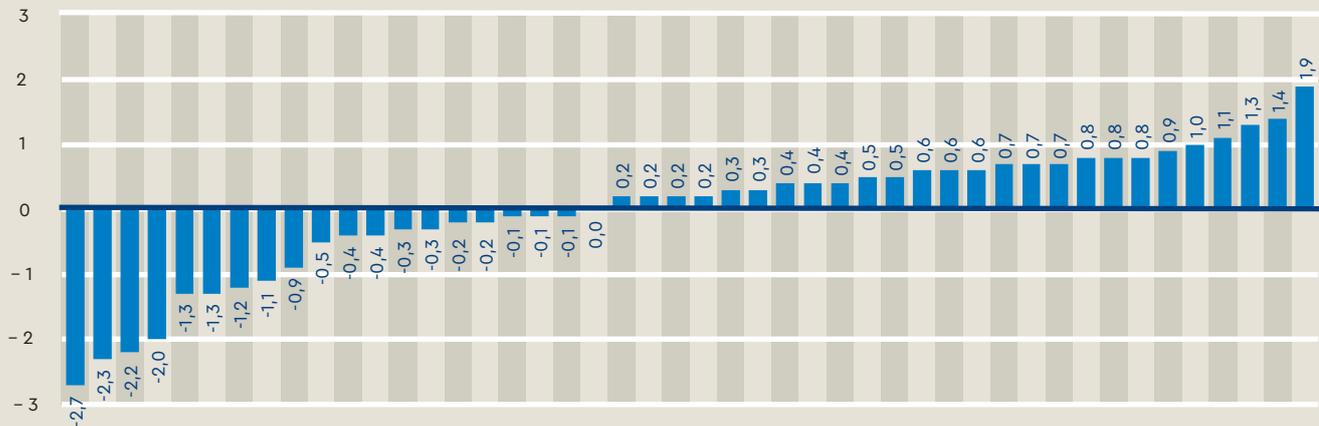
118 SOPESS liefert kein Gesamtscreening des Entwicklungsstandes der Einschulungskinder.

Denkvermögen und Problemlösefähigkeiten. Das Pseudowörternachsprechen lässt Rückschlüsse auf Fähigkeiten für den Schriftspracherwerb zu, wobei v.a. der phonologischen Bewusstheit eine hohe Relevanz zukommt. Weitere Merkmale sind das Erfassen grammatikalischer Strukturen und die auditive Merkmalsspanne. Analog zu den beiden oben dargestellten Index-Ergebnissen liegt auch für den Index „Bildungsressourcen“ eine breite Streuung zwischen den Sozialräumen von -2,7 bis +1,9 vor.

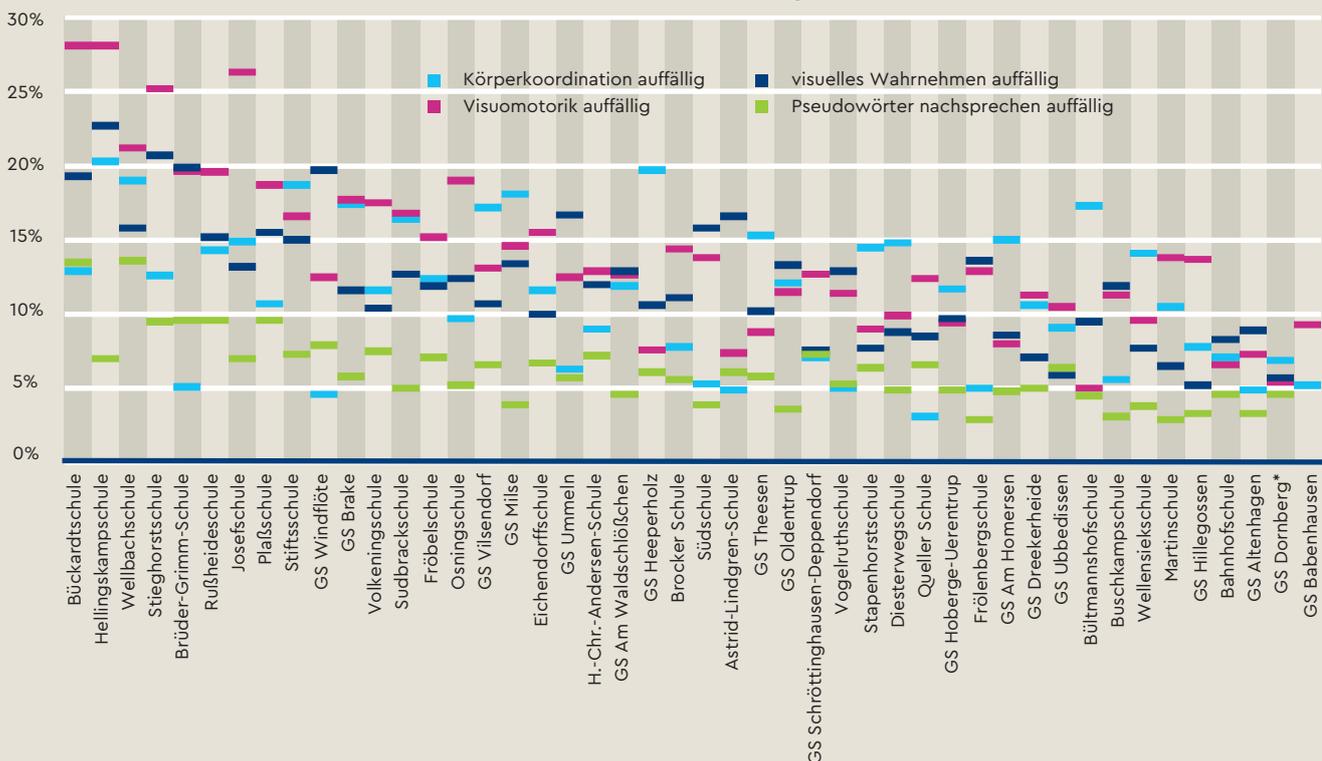
Abb. 25

Index und Indikatoren frühkindliche Bildungsressourcen

Auswertung nach dem Wohnortprinzip



Anteil der untersuchten Kinder mit Auffälligkeiten in Prozent



Quelle: Stadt Bielefeld, Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt 2017

Erhebliche Unterschiede bei den Bildungsressourcen je nach Wohnortnahe Grundschuleinzugsbereich

Mit 23,1 Prozent weist z. B. die auffällige Visuomotorik eine hohe Spannweite zwischen den Sozialräumen auf. In zwei Grundschuleinzugsbereichen liegt der Wert für dieses Merkmal bei 28,1 Prozent und damit mehr als doppelt so hoch wie im Durchschnitt der Grundschuleinzugsbereiche. Weniger stark ausgeprägte, jedoch immer noch hohe Werte erreichen die Merkmale ‚auffälliges Pseudowörter nachsprechen‘ und ‚auffällige visuelle Wahrnehmungen‘.

Die SOPESS-Daten erfassen vor der Einschulung die Ausprägung von Auffälligkeiten im Bereich schulrelevanter Teilleistungsbereiche und ermöglichen damit sowohl ein Bild der individuellen Startbedingungen, als auch erste Prognosen zum Verlauf der individuellen Aneignung von Kulturtechniken und zentralen Lebenskompetenzen. Deutlich wird, dass die Kinder ihre Bildungskarrieren je nach Sozialraum mit divergierenden Startbedingungen nicht nur hinsichtlich der familiären Rahmenbedingungen, sondern auch bei den Vorläuferfähigkeiten beginnen. In einzelnen Sozialräumen weist jedes vierte bis fünfte Kind zum Zeitpunkt der Erhebung Auffälligkeiten auf. Während der Einfluss auf soziale und materielle Rahmenbedingungen aus kommunaler Sicht gering ist, könnte eine frühe, gezielte und abgestimmte Förderung zwischen den beteiligten (Bildungs-) Institutionen entlang der Bildungskette die Startbedingungen der Kinder positiv beeinflussen.

Der Index „Bildungsrelevante Soziale Belastungen“ (s. Kap. A3–4) liefert anhand von fünf Indikatoren ein detailliertes Bild der Sozialräume und somit der Rahmenbedingungen, in denen Kinder in den ersten Lebensjahren aufwachsen. Die dahinter stehende Annahme, die durch eine Vielzahl nationaler und internationaler Studien gestützt wird, ist, dass die sozioökonomischen Rahmenbedingungen in einem Zusammenhang mit dem späteren Bildungserfolg stehen. Frühe Bildung könnte in der Konsequenz eine zentrale Stellschraube für Armutsvermeidung sein.

Die Auswertung der SEU-Daten ermöglicht es einerseits, dass das durch den Index „Bildungsrelevante soziale Belastungen,“ entstandene Bild der sozialen Rahmenbedingungen in den Schuleinzugsbereichen konturschärfer wird. Gleichzeitig wird über die beiden anderen Indizes u. a. sehr deutlich erkennbar, in welchen städtischen Quartieren Kinder erst spät frühkindliche Bildungsangebote nutzen und wie sich dieses Nutzungsverhalten, in Kombination mit sozialökonomischen Variablen, in den Startbedingungen beim Einstieg in die Schule widerspiegelt. Die Einbeziehung der Bildungsschicht der Eltern, der verwendeten Erstsprache und weiterer Indikatoren liefert ergänzende Hinweise, um passgenaue Bildungs- und Förderangebote für die im Sozialraum lebenden Familien mit Einschulkindern zu entwickeln.

In einzelnen wohnort-nahen Grundschuleinzugsbereichen weisen mehr als 20 Prozent der Kinder Auffälligkeiten auf

Das Wissen zu Förderbedarfen wird durch die Auswertung der SOPESS Daten deutlich verbessert

B1-3 Sprachstandfeststellung und Sprachbildung

Der frühe Spracherwerb und der sichere Umgang mit der deutschen Sprache sind die Basis für erfolgreiche Bildungsbiographien und ein Schlüssel für Integration. Eine frühe Sprachförderung erhöht die Chancengleichheit und begünstigt individuelle Erfolge im Bildungssystem.¹¹⁹ Mit dem Testverfahren Delfin 4¹²⁰ wurde die Überprüfung der Sprachkompetenz aller Kinder zwei Jahre vor Einschulung landesweit über einen längeren Zeitraum erfasst. Die Ergebnisse der Testverfahren lieferten u. a. empirische Erkenntnisse über die Sprachentwicklung von Kindern und den individuellen Förderbedarf. Im Schuljahr 2014/15 wurde die verbindliche und standardisierte Prüfung des Sprachstands, wie sie vorher praktiziert wurde, eingestellt und die Aufgabe an die Kindertagesstätten übertragen.

Den Kindertagesstätten stehen unterschiedliche Entwicklungs- und prozessbegleitende Beobachtungsverfahren zur Sprachentwicklung zur Verfügung.¹²¹ Für die unter 3-Jährigen „liseb 1 und 2: Literacy- und Sprachentwicklung beobachten (Kleinkinder)“ oder „BaSIK“¹²² sowie der Beobachtungsleitfaden „DJI – Die Sprache der Jüngeren entdecken und begleiten“ des Deutschen Jugendinstituts. Für Kinder von 3 bis 6 Jahren die Verfahren „Sismik: Sprachverhalten und Interesse an Sprache bei Migrantenkindern in Kindertageseinrichtungen“, „Seldak: Sprachentwicklung und Literacy bei deutschsprachig aufwachsenden Kindern“ oder „BaSIK: Begleitende alltagsintegrierte Sprachentwicklungsbeobachtung“. Die Ergebnisse stellen eine Grundlage für die individuelle Förderung eines Kindes dar und können beim Übergang in die Primarstufe über die Eltern an die aufnehmende Schule weitergeleitet werden.

Aktuell gibt es sechs unterschiedliche Sprachbeobachtungsverfahren in Kindertageseinrichtungen

Die Ergebnisse der Sprachbeobachtungsverfahren liegen nicht mehr in aggregierter Form auf kommunaler Ebene vor

In Bielefeld kommen je nach Träger und Einrichtung unterschiedliche Erhebungsverfahren zum Einsatz. Damit gehen zwei nicht unproblematische Aspekte einher: Die gewonnenen Daten über den Sprachstand der Kinder sind aufgrund der diversen Verfahren nicht mehr vergleichbar. Sie stehen zudem nicht mehr zeitreihenfähig und in aggregierter Form auf kommunaler Ebene zur Verfügung. Eine einheitliche valide Datenbasis zum Sprachstand von Kindern vor der Einschulung liegt somit für Bielefeld aktuell nicht mehr vor. Mit Blick auf die Jahre 2008 bis 2013, in denen ein kontinuierlicher Anstieg von Sprachförderbedarfen im Rahmen von Delfin zu beobachten war, der im Schuljahr 2013/14 bei 35,5 Prozent lag, stellt diese Entwicklung einen Einschnitt in Bezug auf Transparenz dar. Der Bundesbildungsbericht 2016 zeigt aber, dass der Anteil der Kinder mit Sprachförderbedarf trotz vieler Angebote konstant geblieben ist. Rund ein Viertel der 5-Jährigen weist bundesweit demnach einen Sprachförderbedarf in Deutsch auf. Dies trifft insbesondere auf Kinder aus Familien mit geringem Schulabschluss sowie mit nicht deutscher Familiensprache zu.¹²³

119 Konsortium Vorstudie Bildungsbericht Ruhr (2009, S. 37ff.).

120 Delfin: Diagnostik, Elternarbeit, Förderung der Sprachkompetenz In Nordrhein-Westfalen. Das Verfahren wird nach 2014 nicht fortgeführt.

121 <https://www.kita.nrw.de/fachkraefte-fachberatung/sprachliche-bildung>.

122 BaSIK – Begleitende alltagsintegrierte Sprachentwicklungsbeobachtung in Kindertageseinrichtungen.

123 Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2016:66.

B2 Allgemeinbildende Schulen: Versorgung, Einmündung und Unterstützung, Übergänge und Abschlüsse

Der Indikator bildet über verschiedene Teilindikatoren den aktuellen kommunalen Stand des allgemeinbildenden Schulwesens ab. Dessen wichtigstes Strukturmerkmal ist die starke Ausdifferenzierung von Bildungsgängen und Schulformen. Einstiegs- und Übergangentscheidungen wirken sich langfristig auf Bildungschancen und Zugänge zum Berufsleben aus. Dies gilt in Deutschland insbesondere für Kinder und Jugendliche, die unter sozialökonomisch ungünstigen Bedingungen aufwachsen. Eine Aufgabe der Kommune ist es daher, in Kooperation mit weiteren schulischen und außerschulischen Akteuren die Durchlässigkeit des Bildungswesens im Allgemeinen sowie im Schulwesen im Besonderen durch geeignete Unterstützungs- und Versorgungsmaßnahmen zu erhöhen.

B2-1 Schulen und Schülerzahlen, Besuchsquote von Grundschulen und Wanderungsbewegungen

Das in der Kommune vorgehaltene Angebot schulischer Einrichtungen, differenziert nach Trägerschaft, sowie die Entwicklung der Schülerzahlen je Schulform stehen im Mittelpunkt des Indikators. Ergänzend werden die Besuchsquote, die wohnortnahe Versorgung mit Grundschulen und die in diesem Kontext bestehende Bildungswanderung beleuchtet.

Mit 111 Schulen in öffentlicher und privater Trägerschaft wird in Bielefeld ein alle Schulformen umfassendes Angebot vorgehalten, das auch von Schülerinnen und Schülern aus angrenzenden Kommunen genutzt wird. Im Vergleich zum Jahr 2014 haben sowohl auf der Angebotsseite als auch bei den Schülerzahlen Veränderungen stattgefunden.

Insbesondere das Auslaufen der Schulform Hauptschule wird in den kommenden Jahren zu deutlichen strukturellen Veränderungen der anderen Schulformen führen. Im Schuljahr 2016/17 unterhält die Stadt Bielefeld noch vier Hauptschulen (gegenüber neun in 2013). Ab dem Schuljahr 2017/18 werden an Hauptschulen zudem keine neuen Eingangsklassen mehr gebildet, das Schulformangebot läuft damit aus. Die Wahlmöglichkeiten für Schülerinnen und Schüler mit der Schulformempfehlung Hauptschule verändern sich mit dem Wegfall dieses Schultyps. Um ein breites Bildungsangebot zu erhalten, werden zum Schuljahr 2018/19 zwei städtische Sekundarschulen errichtet. An einem der Sekundarschulstandorte wird im Gegenzug eine Realschule aufgelöst. Die Wahlmöglichkeit an integrierten Schulsystemen, die auf eine leistungsheterogene Schülerschaft stärker fokussiert sind, nimmt zu. Mit der Neugründung einer Realschule zum Schuljahr 2018/19 wird auch der anhaltend großen Nachfrage in dieser Schulform Rechnung getragen.

Ab dem Schuljahr 2018/19 drei Sekundarschulen in öffentlicher und privater Trägerschaft

Anzahl der Schulen in Bielefeld 2016/17 nach Schulformen

Abb. 26



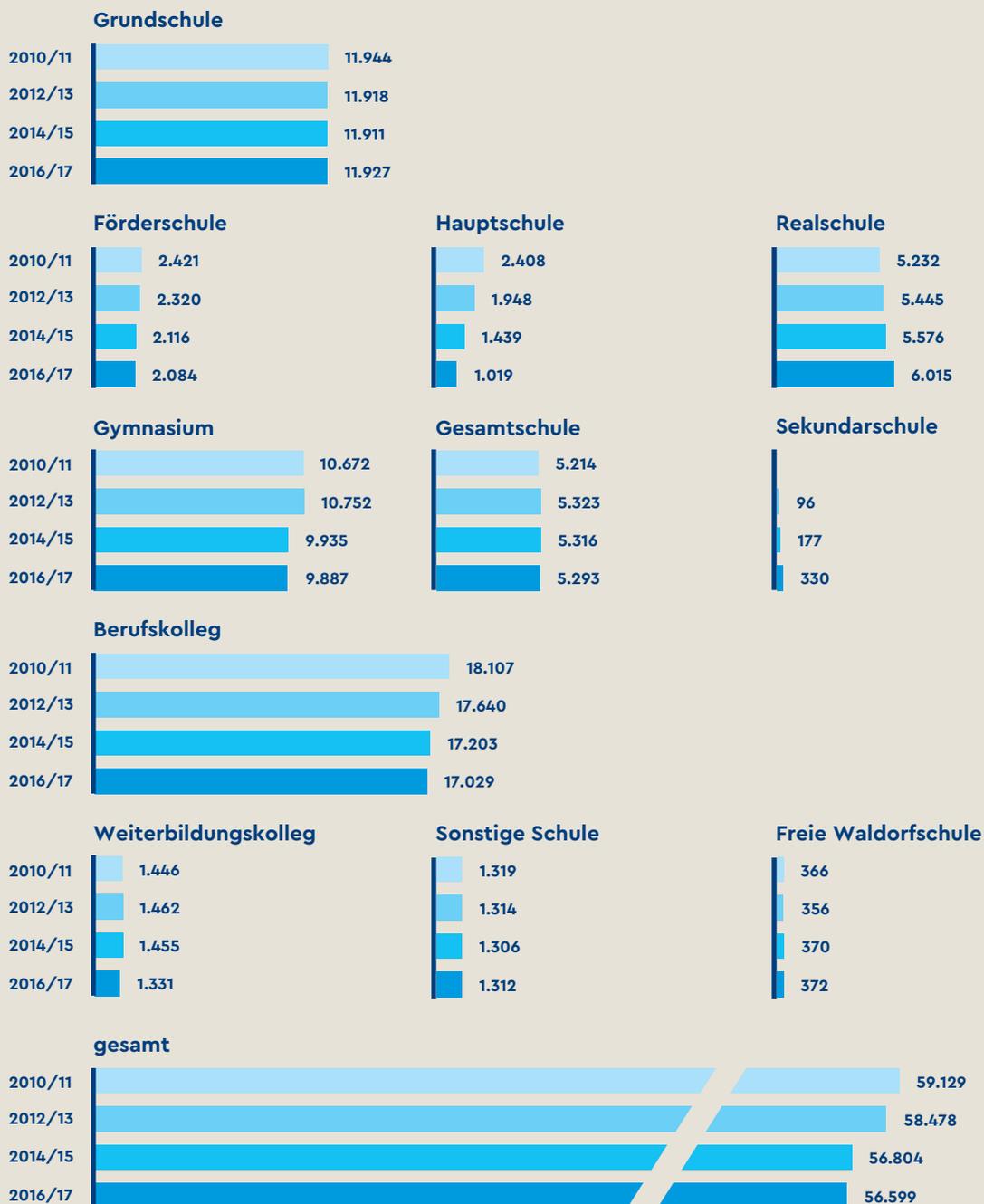
Quelle: Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2017

Rückläufige Entwicklung der Schülerschaft in Bielefeld

Die Entwicklung der Bielefelder Schülerpopulation weist in den zurückliegenden Jahren, u. a. beeinflusst durch die Geburtenentwicklung sowie die Ein- und Auspendler, einen rückläufigen Trend auf. Während im Schuljahr 2008/09 59.469 Schülerinnen und Schüler in der Stadt beschult wurden, waren es im Schuljahr 2016/17 noch 56.599. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler hat sich also um 4,8 Prozent bzw. 2.870 Personen verringert.

Abb. 27

Schülerzahlen Bielefelder Schulen nach Schulform



Quelle: Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2017

Konstante Schülerzahlen im Primarbereich

In der Primarstufe werden im Schuljahr 2016/17 mit 11.927 annähernd so viele Schülerinnen und Schüler unterrichtet wie im Schuljahr 2010/11. Bedingt durch Zuwanderung aus dem Ausland wird der demographische Faktor in der Primarstufe aktuell fast vollständig kompensiert. Weitreichendere Folgen hat die Entscheidung, die Hauptschulen zugunsten anderer Angebote sukzessive auslaufen zu lassen. Die Schulform Hauptschule verliert in den

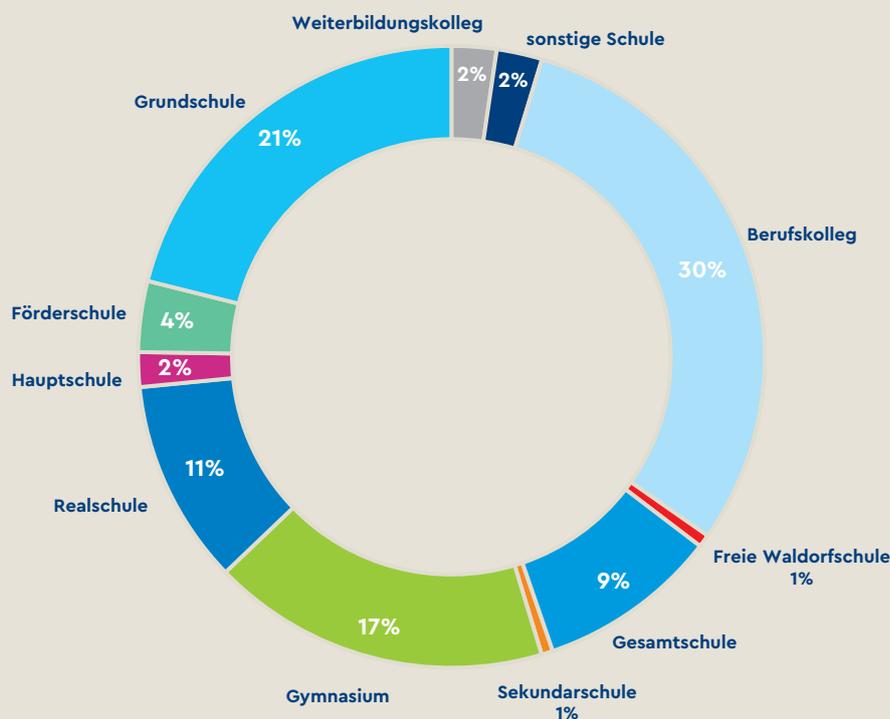
vergangenen drei Jahren fast 58 Prozent ihrer Schülerschaft. 2016/17 besuchten nur noch 1.019 Schülerinnen und Schüler diese Schulform – mit Folgen für alle anderen Schulformen, vor allem für die Realschulen. Ihre Schülerschaft stieg in den vergangenen Jahren um rund 15 Prozent auf 6.015 Schülerinnen und Schüler.

Der Trend zu höheren Bildungsabschlüssen wiederum spiegelt sich auch 2016/17 in den Daten der Gymnasien. Die Schulform Gymnasium verliert im Vergleich zum Schuljahr 2010/11 fast 7,4 Prozent ihrer Schülerschaft. Dieser Effekt ist durch die Umstellung von G9 auf G8 mit dem doppelten Abiturjahrgang 2013 zu erklären. An den Förderschulen hat sich die Schülerpopulation um rund 14 Prozent und damit von 2.421 auf 2.084 Schülerinnen und Schüler verringert. Vor dem Hintergrund der positiven konjunkturellen Rahmenbedingungen und einem damit verbundenen aufnahmefähigen Arbeitsmarkt werden auch die Angebote der Weiterbildungskollegs weniger frequentiert, um fast acht Prozent ist die Quote in den letzten hier Jahren gesunken.

Die Realschulen verzeichnen deutliche Schülerzuwächse – und sind gleichzeitig mit gravierenden Veränderungen konfrontiert

Anteile der Schüler Bielefelder Schulen im Schuljahr 2016/17 nach Schulform

Abb. 28



Quelle: Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2017

Ein erheblicher Anteil der in Bielefeld beschulten Schülerinnen und Schüler wandert aus den angrenzenden Kommunen nach Bielefeld ein. Im Schuljahr 2016/17 waren das 21,7 Prozent (2014: 17,9 Prozent) bzw. 12.271 Schülerinnen und Schüler. Der Anteil der Auspendlerinnen und Auspendler beläuft sich auf 1.629 Schülerinnen und Schüler und hat sich damit zur letzten Erhebung um rund 20 Prozent verringert.

An den Berufskollegs ist der Anteil auswärtiger Schülerinnen und Schüler besonders ausgeprägt. Waren es in den Vorjahren rund 40 Prozent, ist der Anteil der Einpendler auf 51,7 Prozent angestiegen. Eine analoge Entwicklung lässt sich auch im Förderschulbereich beobachten. Gut ein Drittel (33,5 Prozent) der in Bielefeld beschulten Förderschüler pendelt 2016/17 aus angrenzenden Kommunen ein. In 2014 waren es noch 21,4 Prozent.

Hoher Anteil von Bildungswanderungen aus angrenzenden Kommunen insbesondere im Bereich der Berufskollegs

B2-1.1 Bildungswanderungen im Primarbereich

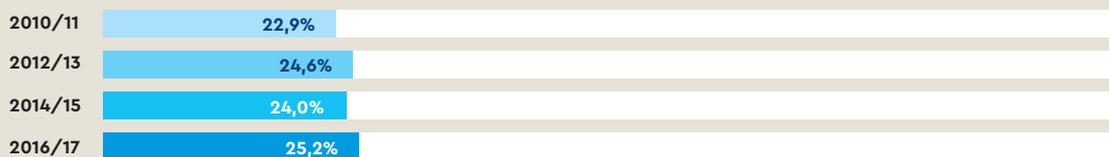
Im Jahr 2008 wurden die Schulbezirke¹²⁴ in NRW zugunsten von wohnortnahen Schuleinzugsbereichen aufgelöst. Intendiert war ursprünglich eine gleichmäßige quantitative Auslastung der Schulen ebenso wie ein ausgewogener sozialer Mix. Mit der Einführung der wohnortnahen Schuleinzugsbereiche erhielten Eltern die Wahlfreiheit für eine Grundschule, die jedoch auch von der Schule eingeschränkt werden kann, da zunächst primär Kinder aus dem eigenen Schuleinzugsbereich aufgenommen werden.¹²⁵

Seit der Aufhebung der verbindlichen Schulbezirke manifestiert sich ein Trend im Schulwahlverhalten der Eltern. Der Anteil der Kinder, die nicht an der wohnortnächsten Grundschule angemeldet wurden, stieg in den letzten Jahren kontinuierlich an (s. Abb. 29). Lag der Anteil im Schuljahr 2008/09 noch bei 21,5 Prozent, begannen im Schuljahr 2016/17 bereits über 25 Prozent der Bielefelder Schülerinnen und Schüler ihre Schulkarriere nicht an der wohnortnächsten Schule.¹²⁶ Das Schulwahlverhalten der Eltern verstärkt die soziale und schulische Segregation in der Stadt. Gerechte Bildungschancen für Standorte, die mit starken Segregationseffekten konfrontiert sind, sind nur über passgenaue Bildungskonzepte und angemessene Ressourcenverteilung erreichbar.

Bildungswanderungen im Primarbereich mit 25 Prozent besonders ausgeprägt

Abb. 29

Anmeldungsquote an nicht wohnortnächsten städtischen Grundschulen



Quelle: Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2017

Bildungswanderung hat an Dynamik zugenommen

Die aus den Anmeldedaten der Jahre 2014 bis 2016 generierten Wanderungsbewegungen im Primarbereich zeigen im Vergleich zum letzten Berichtszeitraum (2011 bis 2014), dass die Fluktuation in einzelnen Schuleinzugsbereichen an Dynamik zugenommen hat (Abb. 30). In 10 von 44 Grundschuleinzugsbereichen wählten jeweils mehr als 50 Prozent der Eltern eine andere als die wohnortnächste Grundschule für ihr Kind. Einzugsbereiche mit ausgeprägten bildungsrelevanten sozialen Belastungen verlieren zwischen 50 und 70 Prozent ihrer eigentlichen Schülerschaft. Diese Entwicklung wirkt negativ auf das soziale Gefüge an vielen Schulen und leistet der institutionellen Segregation weiter Vorschub. Erschwerend kommt hinzu, dass die Zuwanderung keine oder nur eine geringe Kompensation für die Abwanderungen liefert und damit einzelne Standorte immer stärker mit den Folgen dieser Entwicklung konfrontiert sind.

124 Ein Schulbezirk ist ein räumlich abgegrenztes Gebiet, aus dem die Schule ihre Schülerschaft verbindlich rekrutiert. Vgl. Breuing 2014: 13 Schulwahl und Schulwettbewerb im dualen System.

125 Ebd.: 15.

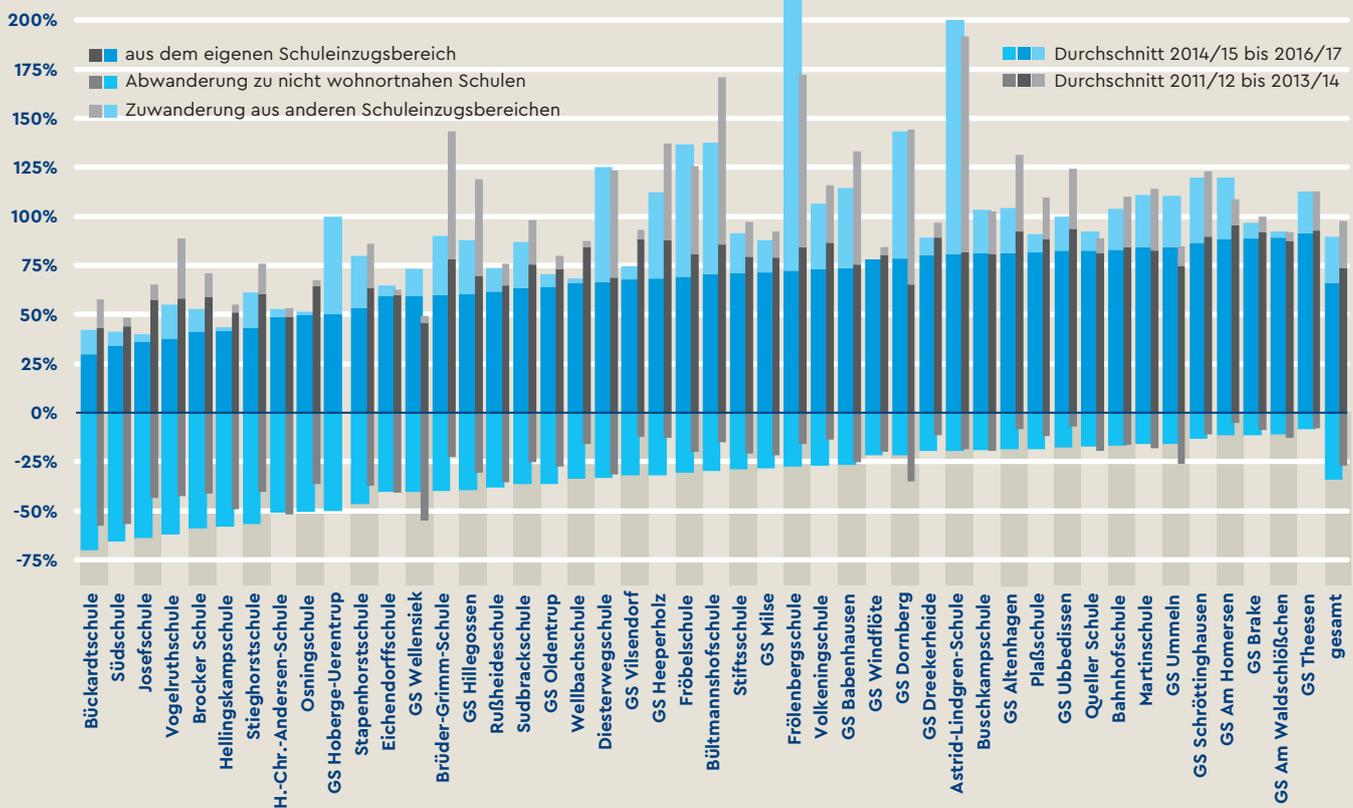
126 Konfessionelle und sonstige Schulen wurden nicht berücksichtigt, da sie keine wohnortnahen Grundschuleinzugsbereiche aufweisen.

Die Gründe für die Schulwahlentscheidung im Primarbereich können vielschichtig sein. Hierzu zählen beispielsweise der Ruf einer Schule, Hörensagen über die Qualität des Unterrichts, das Ganztagsangebot, das Schulkonzept oder auch Alleinstellungsmerkmale, z. B. eine bilinguale Ausrichtung. Darüber hinaus kann die Schulwahlentscheidung von individuellen Faktoren beeinflusst sein, etwa den Bildungsaspirationen der Eltern. Neben der Konfessionszugehörigkeit spielen darüber hinaus vermutlich der sozioökonomische Hintergrund der Herkunftsfamilie sowie Standort und Sozialstruktur einer Schule eine Rolle bei der Schulwahl.¹²⁷ In der Regel stehen aber nur wenige objektive Fakten zur Verfügung, so dass die Schulwahl in vielen Fällen auf vornehmlich subjektiven Einschätzungen der Eltern über eine Schule basieren mag. Ohne eine empirische Untersuchung kann über die Kriterien der Schulwahlentscheidung allerdings nur spekuliert werden. Unabhängig davon muss die Betrachtung und Analyse der Wanderungsbewegungen im Primarbereich letztlich auch vor dem Hintergrund von Zuschnitten der Grundschuleinzugsbereiche und Aufnahmekapazitäten der Schulen gesehen werden.

Starke Abwanderung aus wohnortnahen Grundschuleinzugsbereichen mit hohen bildungsrelevanten Belastungen

Anmeldezahlen zum Schuljahr – Zu- und Abwanderung

Abb. 30



Quelle: Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2017

Mit Blick auf einerseits gelingende Bildungsbiographien, Integration¹²⁸ und die Entwicklung der Schülerzahlen im Primarbereich sowie auf institutionelle und sozialräumliche Segregationsprozesse andererseits müssen in den kommenden Jahren für die in den von starker Abwanderung betroffenen Einzugsbereichen lebenden Familien attraktivere, passgenaue Bildungskonzepte mit flankierenden Unterstützungsleistungen entwickelt und implementiert werden. Die Rahmen- und Bildungsbedingungen für Familien und Kinder sollten so gestaltet sein, dass eine Abwanderung obsolet wird. Enge Kooperationen zwischen Stadt, OGS-Trägern und der Schulaufsicht sowie eine angemessene Ressourcenverteilung sind für diesen langfristig ausgerichteten Prozess zwingende Voraussetzung.

Stärkung der Standorte ist eine zwingende Voraussetzung um die Wanderungsdynamik zu stoppen

127 Vgl. Groos 2015: 6f.

128 Angestrebt werden in den kommenden Jahren inklusive (Bildungs-)Konzepte, die weit über rein integrative hinausgehen.

Das Auslaufen der Hauptschulen, die damit einhergehenden veränderten Anforderungen an bestehende Schulformen, die Gründung neuer Sekundarschulen, insgesamt ansteigende Raumbedarfe, bei einem gleichzeitig wachsenden Anteil der Einpendler (Sekundarstufe I/II) aus angrenzenden Kommunen und nur wenig verringerte Schülerzahlen an den Förderschulen trotz Ausbau des gemeinsamen (inklusive) Lernens sind weitere zentrale Parameter, die im Planungsfokus der Kommune stehen.

B2-2 Gemeinsames Lernen von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf nach Art des Förderschwerpunkts

2009 wurde die UN-Behindertenrechtskonvention in der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ziel ratifiziert, ein inklusives Bildungssystem aufzubauen. Kinder und Jugendliche, die in ihren Bildungs-, Entwicklungs- und Lernmöglichkeiten beeinträchtigt sind, so dass ihre Teilhabe und Partizipation an (schulischer) Bildung und damit auch am gesellschaftlichen Leben erschwert ist, lernen gemeinsam mit Kindern ohne Behinderungen im regulären Schulsystem. Der Indikator bildet den quantitativen Umfang des gemeinsamen Lernens von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf im allgemeinen Schulsystem ab.

Anteil der inklusiv an Regelschulen beschulten Kinder steigt bundesweit an

Nach Inkrafttreten der UN-Konvention zur inklusiven Bildung bleibt die Umsetzung in Deutschland insgesamt hinter den Erwartungen zurück.¹²⁹ Zwar steigt der Anteil der Kinder mit Förderbedarf, die an einer Regelschule unterrichtet werden, 2013/14 auf eine Quote von 31,4 Prozent an, ohne dass aber die Schülerzahlen an den Förderschulen gleichermaßen fallen. Ursächlich dafür ist u. a. ein Anstieg diagnostizierter sonderpädagogischer Förderbedarfe.¹³⁰ Darüber hinaus verläuft die Inklusionsquote in den Bildungsinstitutionen mit zunehmendem Alter der Kinder – von der Kindertageseinrichtung bis zur Sekundarstufe II – degressiv.¹³¹

Das Land NRW hat weitreichende schulrechtliche Anpassungen zum Handlungsfeld inklusive Bildung vorgenommen. Der Rechtsanspruch auf inklusive Beschulung, nach dem Eltern selber entscheiden können, an welchem Förderort bzw. in welcher Schulform ihr Kind bei der Einschulung oder beim Wechsel in die Sekundarstufe zu beschulen ist, wird seit dem Schuljahr 2014/15 umgesetzt.¹³² Im Schuljahr 2015/16 wurden in NRW im Primarbereich 41,3 Prozent der Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf inklusiv beschult. In der Sekundarstufe I lag der Anteil bei 36 Prozent.¹³³

Erste Hinweise auf sonderpädagogische Förderbedarfe liefert die Schuleingangsuntersuchung

Im Rahmen der Schuleingangsuntersuchung werden durch das Gesundheitsamt ggf. Empfehlungen für die Einleitung diagnostischer Verfahren zur Feststellung sonderpädagogischer Förderbedarfe ausgesprochen. Diese Empfehlungen münden nicht automatisch in sogenannte AO-SF-Verfahren.¹³⁴ Um eine frühe Etikettierung von Kindern zu vermeiden, können Verfahren zur Feststellung von Förderbedarfen bis zum dritten Jahr der Schuleingangsphase

129 Vgl. – Mißling und Ückert 2014:11: Inklusive Bildung: Schulgesetze auf dem Prüfstand. http://www.institutfuermenschenrechte.de/uploads/tx_commerce/Studie_Inklusive_Bildung_Schulgesetze_auf_dem_Pruefstand.pdf.

130 Vgl. Bertelsmann Stiftung 2015: 6ff.

131 Der Inklusionsanteil nimmt mit zunehmender Bildungsstufe ab. 2013 wurden auf Bundesebene 67 Prozent der Kinder mit Förderbedarf inklusiv in Kindertagesstätten betreut. NRW weist eine Quote von 75,2 Prozent aus. MSW Bildungsportal 2017.

132 Das 9. Schulrechtsänderungsgesetz wurde am 16.10.2013 verabschiedet und hatte Auswirkungen auf die Förderung von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf: unter anderem auf den Rechtsanspruch auf inklusive Bildung, die Stärkung des Elternwillens, auf den Regelförderort, der zuerst die Allgemeine Schule ist sowie die Ausweitung des Gemeinsamen Lernens. Das 9. Schulrechtsänderungsgesetz trat im August in Kraft.

133 <https://www.schulministerium.nrw.de/docs/Schulsystem/Inklusion/Auf-dem-Weg-zur-inklusive-Schule/Entwicklungsschritte/Grafik/index.html>.

134 Für Kinder, bei denen sich zu Beginn der Schulpflicht oder während des Besuchs der allgemeinen Schule Anhaltspunkte dafür ergeben, dass sie im Unterricht nur mit sonderpädagogischer Unterstützung hinreichend gefördert werden können, ist ein Verfahren zur Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs (...) gemäß der Verordnung über sonderpädagogische Förderung AO-SF (Ausbildungs-Verordnung Sonderpädagogischer Förderung) § 52 Schulgesetz NRW durchzuführen. Veränderungen im AO-SF-Verfahren 2013/14 bezogen auf die Einschulung: Die Schule kann weiterhin einen Antrag stellen bei vermutetem Förderbedarf im Förderschwerpunkt/in den Förderschwerpunkten – Körperliche und motorische Entwicklung, Sehen, Hören und Geistige Entwicklung. – Emotional-soziale Entwicklung (ESE) im Zusammenhang mit Selbst- oder Fremdgefährdung. – Lernen, frühestens im dritten Jahr der Schuleingangsphase, spätestens in Klasse 6.

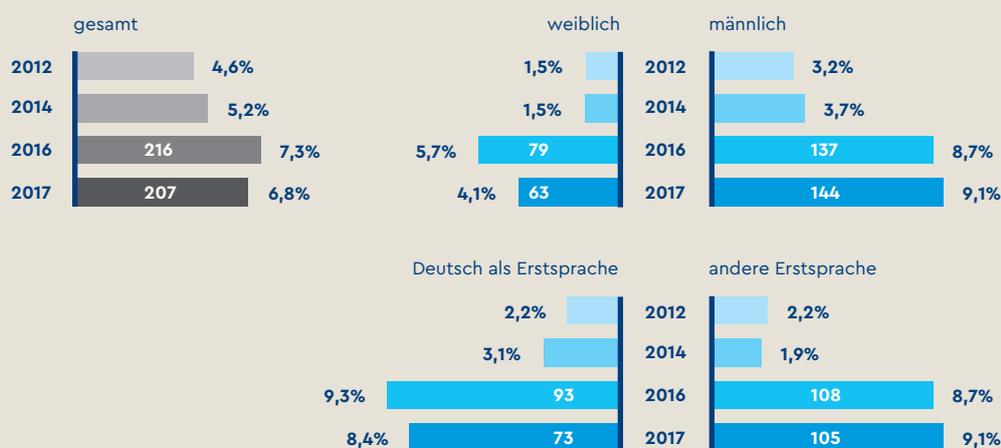
an den Grundschulen erfolgen. Für Kinder, bei denen bereits zu Beginn der Schulpflicht ein Förderbedarf prognostiziert wird, besteht für die Eltern oder die Schule die Möglichkeit, die Prüfung eines Förderbedarfs durch ein sonderpädagogisches Gutachten zu initiieren.

Die Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen des Gesundheitsamtes in Bielefeld weisen für die zurückliegenden Jahre einen signifikanten Anstieg der diagnostizierten sonderpädagogische Förderbedarfe auf (Abb.31). Zuletzt lag der Anteil bei 6,8 Prozent (2012: 4,6 Prozent) bzw. 207 Kindern im Schuljahr 2017/18. Nicht alle Empfehlungen des Gesundheitsamtes münden in ein AO-SF Verfahren. Darüber hinaus werden über Eltern und Schulen Verfahren initiiert, die nicht in die Daten des Gesundheitsamtes einfließen. Insgesamt zeichnet sich damit ein deutlicher Trend ab: Der Anteil der Kinder, die die Diagnose „Sonderpädagogischer Förderbedarf“ erhalten, steigt. Im Gegensatz zu Mädchen wird bei Jungen dabei doppelt so häufig ein Förderbedarf diagnostiziert.

Anzahl der Empfehlungen für sonderpädagogische Verfahren steigt zwischen 2011 und 2017 von 4,6 Prozent auf 6,8 Prozent

Sonderpädagogischer Förderbedarf einzuschulender Kinder¹

Abb. 31



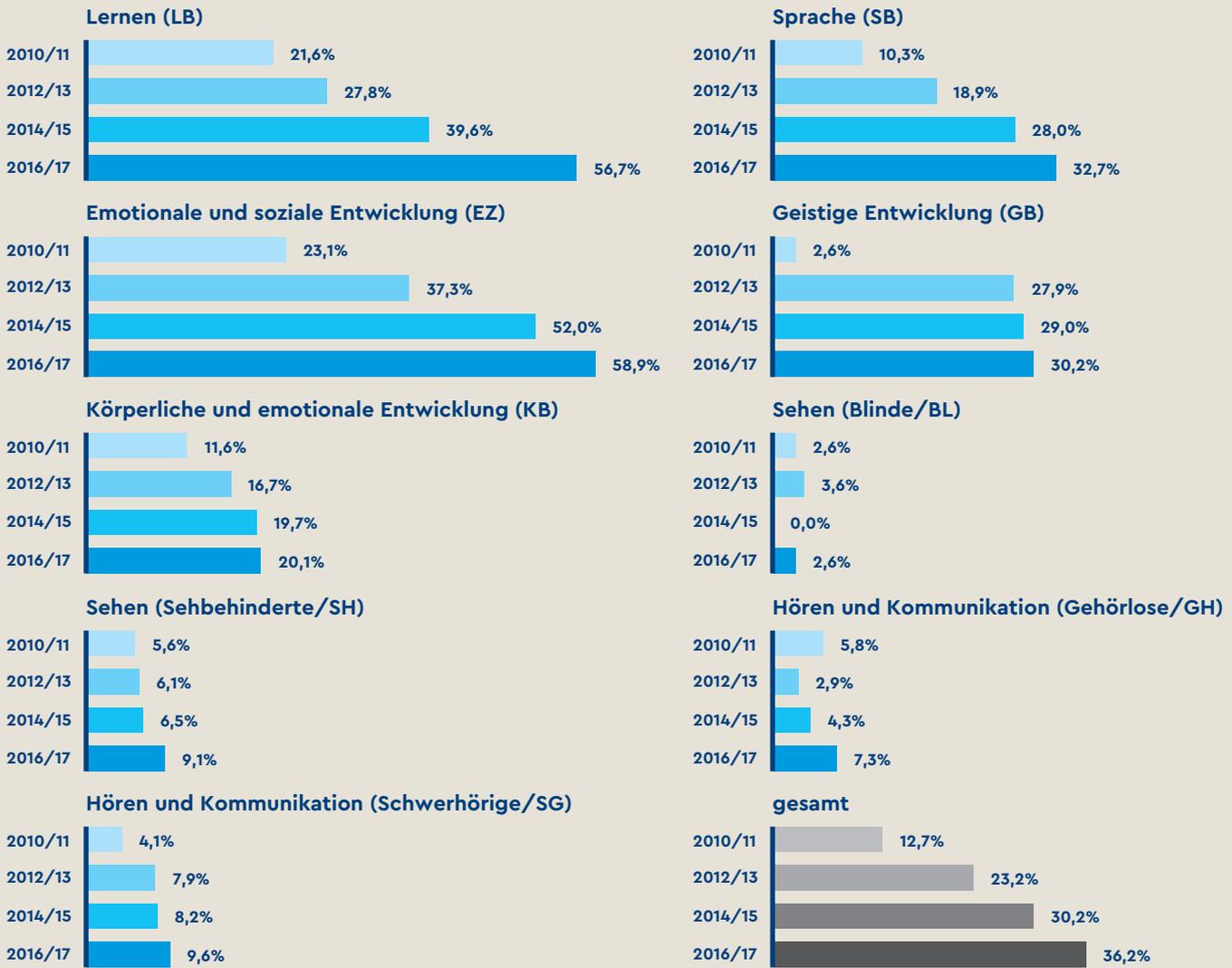
¹ Prozentwerte 2016 und 2017 jeweils an der untersuchten Gruppe. Einschuljahrgang 2017 vorläufig

Quelle: Gesundheits-, Veterinär- & Lebensmittelüberwachungsamt, Stadt Bielefeld

Der Anteil von Kindern, die in Bielefeld leben und inklusiv an Regelschulen unterrichtet werden, hat sich zwischen 2012 von 23,2 Prozent kontinuierlich auf 36,2 Prozent in 2016/17 erhöht. Vor allem für die Förderschwerpunkte Lernen, Sprache, emotionale/soziale Entwicklung und körperliche/motorische Entwicklung wurden mehr Platzkapazitäten in den Regelschulen aufgebaut. Kommunal standen im Schuljahr 2016/17 1.180 Plätze über alle neun Förderschwerpunkte an Regelschulen zur Verfügung. Weiterhin werden 1.943 Schülerinnen und Schüler an Förderschulen unterrichtet.

Abb. 32

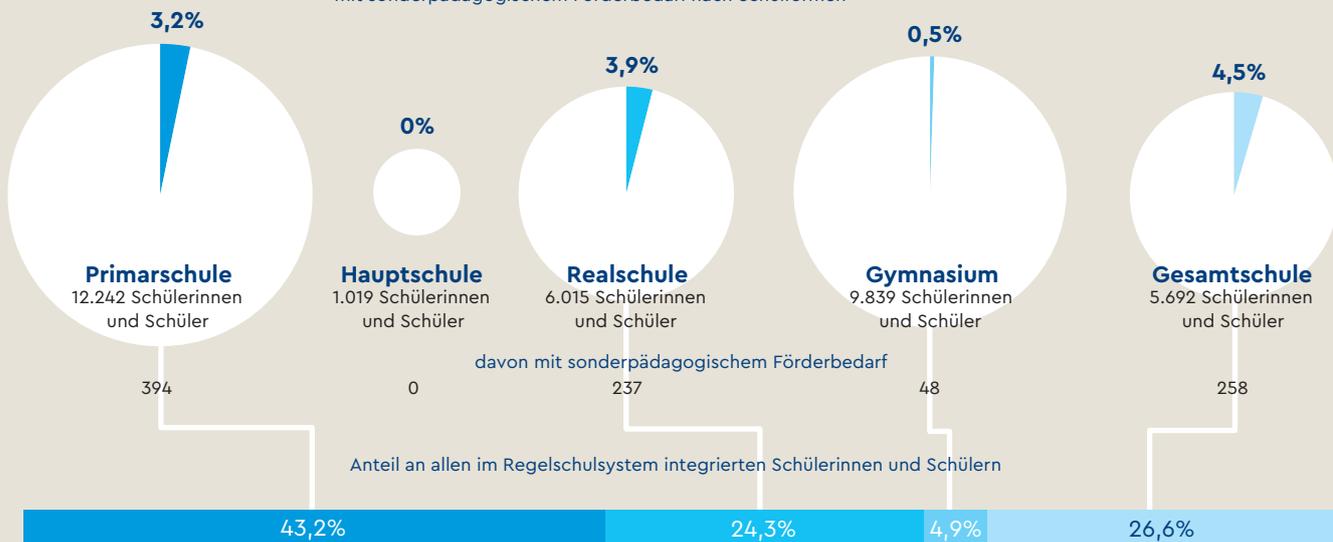
Anteil der im allgemeinen Schulsystem integrierten Schülerinnen und Schüler nach sonderpädagogischen Förderschwerpunkten



Quelle: Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2017

Abb. 33

Anteil der im allgemeinen Schulsystem integrierten Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf nach Schulformen



Quelle: Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2017

Im Schuljahr 2017/18 bieten 19 von 44 städtischen Grundschulen die Möglichkeit des „Gemeinsamen Lernens“ (GL) von Kindern mit – und ohne – sonderpädagogischem Förderbedarf im Primarbereich an. Das Angebot des „Gemeinsamen Lernens“ (GL) besteht in Bielefeld seit 1987/88 und kann als Vorstufe inklusiver Beschulung verstanden werden. Diese Grundschulen stellen damit für 394 der in Bielefeld inklusiv beschulten Schülerinnen und Schüler Plätze flächendeckend zur Verfügung.

Der Anteil der Kinder, für die ein sonderpädagogischer Förderbedarf diagnostiziert wird, hat in den letzten Jahren zugenommen. Gleichzeitig besuchen zunehmend mehr dieser Kinder eine Einrichtung des Regelschulsystems. In den beiden größten Förderschwerpunkten „Lernen“ sowie „Emotionale und soziale Entwicklung“ wurde im Schuljahr 2016/17 bereits mehr als jedes zweite Kind integrativ in einer Regelschule beschult. Für die anderen Förderschwerpunkte besteht noch Potenzial, den Anteil in den kommenden Jahren zu erhöhen. Der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die im Schuljahr 16/17 eine Förderschule besuchen, weist mit 1.943 Kindern weiterhin ein relativ hohes Niveau auf.

B2-3 Ganztagsbetreuung im Primar- und Sekundarbereich

Die Einführung der Ganztagsbetreuung im Jahr 2003 zielte primär darauf ab, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Parallel sollten Bildungsangebote, Lernformen und Lerninhalte im Schulkontext erweitert und eine verbesserte individuelle Förderung unterstützt werden, auch um speziell herkunftsbedingte Disparitäten abzubauen und so mehr gleichberechtigte Teilhabe für alle Kinder und Jugendlichen zu ermöglichen. Unter dem Begriff „Ganztag“ lässt sich dabei eine Vielzahl von Ausgestaltungsvarianten subsumieren.¹³⁵ Der Indikator beleuchtet die quantitative Entwicklung des Ausbaus der Ganztagsbetreuung differenziert nach Grund- und weiterführender Schulform, die Personalqualifikation im Ganztag des Primarbereichs sowie der Qualität der Kooperation zwischen Schul- und OGS-Leitungen.

Nach der Einführung der Ganztagsbetreuung in Deutschland (2003) bieten im Schuljahr 2015/16 bundesweit annähernd 65 Prozent aller Schulen ein Ganztagsangebot an, das von 40 Prozent aller Schülerinnen und Schüler genutzt wird. In NRW hält jede dritte Schule ein Ganztagsangebot vor, mit dem 42 Prozent der Schülerinnen und Schüler betreut werden. Im Primarbereich nehmen auf Landesebene 43 Prozent der Schülerinnen und Schüler ein Ganztagsangebot wahr, im Bereich der Sekundarstufe I sind es 48 Prozent.¹³⁶

Die Stadt Bielefeld hat im Primarbereich die Betreuungskapazitäten in den letzten Jahren kontinuierlich weiter ausgebaut, um der weiter steigenden Nachfrage gerecht zu werden sowie die Rahmenbedingungen für non-formale Lernangebote und individuelle Förderung zu verbessern. Im Schuljahr 2017/18 wird eine gesamtstädtische Angebotsquote von 58 Prozent in der Primarstufe erreicht.¹³⁷ Die Kapazitätserweiterung hat sich seit 2014 etwas verringert, was u. a. auf das zur Verfügung stehende Raumkontingent an den Grundschulen zurückzuführen ist. Aktuell ist an mehreren Bielefelder Schulen die Mitnutzung von Klassenräumen oder Mehrzweckräumen für die OGS-Angebote Normalität. Eine Aufstockung der OGS-Plätze ist häufig nur durch Neubau oder Anmietung zusätzlicher Räume möglich. Eine weitere Herausforderung ist die bedarfsgerechte Mittagsverpflegung. In vielen Grundschulen fehlen adäquate Räumlich-

Zwischen 2012 und 2016 hat sich der Anteil inklusiv beschulter Kinder von 23,3 auf 36,2 Prozent erhöht

44,3 Prozent der inklusiv beschulten Kinder werden an Grundschulen unterrichtet

42 Prozent der Schülerinnen und Schüler nutzten in NRW 2016 ein Ganztagsangebot

Im Schuljahr 2017/18 nutzen 58 Prozent der Grundschüler an städtischen Schulen in Bielefeld ein OGS Angebot

Das Angebot und die Nachfrage im OGS Bereich ist noch nicht ausgeglichen

¹³⁵ Hierzu zählen der vollgebundene Ganztag, in dem Schülerinnen und Schüler an mindestens drei Tagen in der Woche verbindlich auch nachmittägliche Angebote in der Schule wahrnehmen (insbesondere in der Sekundarstufe I), der teilweise gebundene Ganztag, bei dem die Angebote am Nachmittag nur für einzelne Klassen oder Jahrgänge verbindlich sind, und der offene Ganztag (kurz: OGS), in dem die Eltern (bevorzugt gemeinsam mit ihren Kindern) individuell über eine Teilnahme entscheiden (insbesondere in der Primarstufe). In den zurückliegenden Jahren stieg der Anteil der Schulen im Primarbereich, die in einigen Klassen ein sogenanntes rhythmisiertes Ganztagsangebot vorhalten. Im rhythmisierten Ganztag ist die Teilnahme bis in den Nachmittag verpflichtend, ohne dass diese Handhabung rechtlich bindend ist.

¹³⁶ Vgl. Bildungsbericht Ganztagschule NRW 2016:9.

¹³⁷ Das entspricht 6.589 Schülerinnen und Schülern.

keiten (Mensen), in denen die Kinder in angenehmer Atmosphäre bei ausreichender Platzkapazität ihr Mittagessen einnehmen können. Auch die eigentlich wünschenswerte Installation moderner, den Anforderungen an eine optimale Versorgung der Schülerinnen und Schüler einer Schule entsprechenden Schulküchen ist in aller Regel nicht ohne gravierende Um- bzw. Anbauten möglich.

Nachdem räumliche Erweiterungen in den vergangenen Jahren häufig an eine berechnete Nachfrage geknüpft waren, steht der angebotsorientierte Ausbau des OGS-Platz-Kontingents in Bielefeld auch in den nächsten Jahren im Mittelpunkt der kommunalen bildungspolitischen Bemühungen, um die Wege zur Betreuung im Rahmen der OGS weiter zu erleichtern. Bis zum Jahr 2020 soll die Versorgungsquote von heute 60 Prozent auf 75 Prozent ausgebaut sein.¹³⁸ Dies gilt verstärkt in Quartieren, die mit hohen bildungsrelevanten Belastungen konfrontiert sind, und gelingt zunehmend besser: Zu Beginn des Schuljahrs 2017/18 warteten 163 Kinder auf einen OGS-Platz, im Vorjahreszeitraum waren es noch 251.

Mit Blick auf die vorgehaltenen OGS-Plätze auf der Ebene der Stadtbezirke ist eine kontinuierliche Steigerung der Nachfrage zu beobachten, die aber je nach Bezirk unterschiedlich ausfällt. Während die Bezirke Dornberg und Schildesche nahe an eine Vollversorgung heranreichen, besuchen in den Bezirken Heepen und Senne nicht einmal die Hälfte der Grundschulkindern die OGS. (Abb. 34)

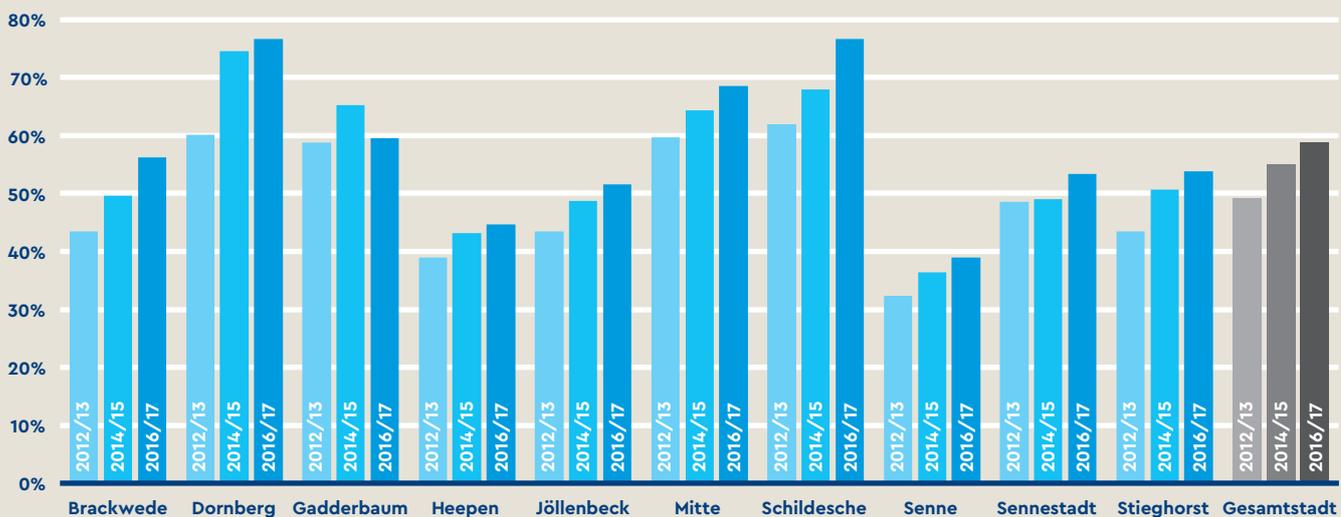
Bis zum Jahr 2020 ist eine Versorgungsquote von 75 Prozent angestrebt

Im Stadtbezirk Dornberg nutzen 76 Prozent einen OGS Platz. In Senne sind es 39 Prozent der Grundschulkindern

Abb. 34

Entwicklung der Offenen-Ganztagsschul-Quoten an städtischen Grundschulen

nach Stadtteilen



Quelle: IT.NRW/Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2017

Die Spreizung der OGS Partizipation variiert zwischen 32 und 90 Prozent

Deutlicher als auf der Raumebene der Stadtbezirke werden die Unterschiede in der Platzbelegung von OGS-Plätzen mit Blick auf die Grundschulen. Die geringste OGS-Platzbelegung an einer Grundschule liegt bei 32,7 Prozent. Die höchste bei 94,9 Prozent (vgl. Abb. 36). Die große Spreizung bei der Inanspruchnahme von OGS-Plätzen kann nicht alleine auf die Angebotssituation an den Schulen zurückgeführt werden. Studien zufolge korrespondiert die Entscheidung, einen Betreuungsplatz für ein Kind zu nutzen, primär mit der Erwerbssituation der Eltern. Bei drei Kindern in einer Familie ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass ein Elternteil nicht berufstätig ist und die Betreuung innerhalb der Familie übernommen wird. Kinder von Alleinerziehenden nehmen hingegen häufiger OGS-Angebote in Anspruch als solche aus Familien mit zwei Kindern. Ob ein Kind an der offenen Ganztagschule teilnimmt, wird daneben auch, wengleich nur marginal, vom sozioökonomischen Status und dem Migrationshintergrund beeinflusst. Wie hoch der Einfluss der Faktoren auf eine Entscheidung für oder gegen eine OGS-Teilnahme ist, wird vom jeweiligen Schulstandort beeinflusst.¹³⁹

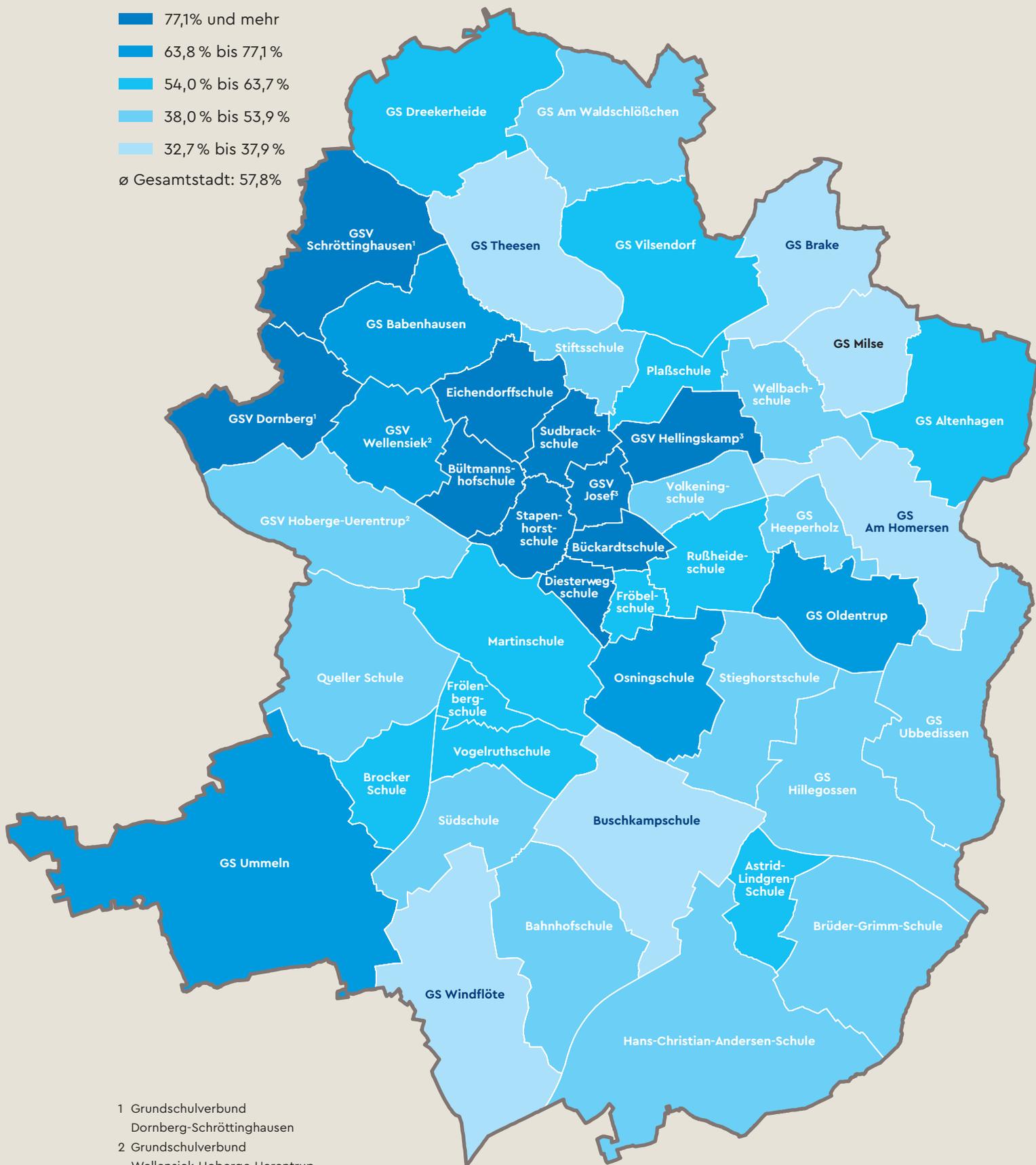
¹³⁸ Beschluss des Schul- und Sportausschuss der Stadt Bielefeld vom 01.09.2015.

¹³⁹ Vgl. Bildungsbericht Ganztagschule NRW 2016:11f.

OGS-Schülerquoten 2016 nach Grundschulstandorten

Abb. 35

- 77,1% und mehr
 - 63,8% bis 77,1%
 - 54,0% bis 63,7%
 - 38,0% bis 53,9%
 - 32,7% bis 37,9%
- Ø Gesamtstadt: 57,8%



- 1 Grundschulverbund Dornberg-Schröttinghausen
- 2 Grundschulverbund Wellensiek-Hoberge-Uerentrup
- 3 Hellingskampschule, Grundschulverbund nördliche Innenstadt

Quelle: Stadt Bielefeld, Amt für Schule; Stichtag: 15.10.2016; Berechnungen und Kartographie: Bildungsbüro der Stadt Bielefeld

Angebote im rhythmisierten Ganztag

An allen Bielefelder Grundschulen konnten Eltern im Schuljahr 2016/17 ein OGS-Betreuungsangebot nutzen. Im formellen Rahmen des offenen Ganztags werden zunehmend auch Angebote im rhythmisierten Ganztag,¹⁴⁰ der dem gebundenen Ganztag an den weiterführenden Schulen der Sekundarstufe I entspricht, eingeführt. Der rhythmisierte Ganztag bietet¹⁴¹ mit Blick auf individuelle Förderung andere Rahmenbedingungen in der Gestaltung des Schultags,¹⁴² da die Angebote in den Unterrichtsalltag eingebunden und verknüpft sind und nicht additiv im Anschluss an den schulischen Teil umgesetzt werden.

Neuere Untersuchungen können allerdings keine direkt signifikanten Zusammenhänge zwischen der Teilnahme am gebundenen bzw. rhythmisierten Ganztag und der fachlichen Kompetenzentwicklung bei Kindern feststellen. Die Teilnahme an dieser Form des Ganztags spiegelt sich eher in der Förderung und Entwicklung des Sozialverhaltens, der Motivation und der Vermittlung eines positiven Selbstbilds wider.¹⁴³ Im Rahmen der OGS nutzten im Schuljahr 2017/18 an 12 von 44 Grundschulen in 71 Klassen rund 21,6 Prozent – 1.418 Schülerinnen und Schüler – einen Platz im rhythmisierten Ganztag. Im Schuljahr 2013/14 waren es in 42 Klassen 958 Plätze. Das bedeutet eine Steigerung um 48 Prozent bezogen auf die genutzten Platzzahlen. Den rechtlichen Rahmen für den Ganztag bilden weiter die Erlasse zur Durchführung der OGS.

An den Grundschulen wurden im Schuljahr 2016/17 394 Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf im Kontext des „Gemeinsamen Lernens“ (s. Kap. B2–2) unterrichtet. Zeitgleich besaßen 1.007 Kinder (18,1 Prozent) aller Grundschüler und –schülerinnen, die einen OGS-Platz nutzen, einen Status als „Kind mit erhöhtem Förderbedarf“. Im Schuljahr 2013/14 lag diese Quote im OGS-Bereich noch bei 3,9 Prozent. Die für die Ganztagsbetreuung eingesetzten Mittel haben sich im Vergleich zum Schuljahr 2014/15 um 24,7 Prozent auf 12,5 Millionen Euro erhöht.¹⁴⁴ Darin enthalten sind Landeszuschüsse, kommunale Aufwendungen und Elternbeiträge. Im gleichen Zeitraum stiegen die eingesetzten Mittel für in der OGS betreute Kinder mit erhöhtem Förderbedarf um 45 Prozent auf 1.963.445 Euro im Schuljahr 2016/17.

Mit der fortschreitenden quantitativen Entwicklung des OGS-Bereichs gewinnt die Qualität des Angebots weiter an Bedeutung. Das Deutsche Jugendinstitut (DJI) attestiert der OGS 2016 noch ein konzeptionelles Vakuum.¹⁴⁵ Eine erste Annäherung an die Qualität im OGS-Bereich lässt sich über die Qualifikation des dort eingesetzten Personals erzielen. Weitere Hinweise liefert der Blick auf die Kooperationsbeziehungen zwischen Schule und OGS.^{146 147}

Personalqualifikation im OGS-Bereich

Für eine professionelle Arbeit mit Kindern sind pädagogische Qualifikationen wichtig. Die Auswertung einer von der Stadt Bielefeld realisierten systematischen Erfassung des im offenen Ganztag an den Bielefelder Grundschulen eingesetzten Personals¹⁴⁸ zeigt einen hohen Qualifizierungsgrad. 72 Prozent der Beschäftigten besitzen Vorkenntnisse oder eine Qualifikation im pädagogischen Bereich (s. Abb. 37). Neben der Qualifikation ist die Kontinuität in der Beschäftigung ein weiterer zentraler Aspekt, der Einfluss auf die Qualität des Angebots,

140 Konsortium der Studie zur Entwicklung von Ganztagsschulen (StEG) (2011).

141 Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2013.

142 Rauschenbach 2012, S. 81.

143 www.projekt-steg.de In: DIPF-informiert 2016:54.

144 Betrifft alle Kinder, für die ein Bedarf vorliegt, auch wenn dieser nicht diagnostiziert wurde. Die Bedarfsmeldung erfolgt über die OGS Träger.

145 DJI Impulse 2/2016:5.

146 In den kommenden Jahren sollen die Erhebungen auf das gesamte Personal im OGS-Bereich ausgeweitet werden.

147 Beide Fragestellungen orientieren sich an den Erhebungen der BiGa NRW 2016. Bildungsbericht Ganztagschule NRW. Der fünfte Bildungsbericht setzt die Bildungsberichterstattung mit einem Schwerpunkt Ganztagschule als Bildungsinstitution fort.

148 Im Rahmen einer Erhebung wurden die OGS Träger um eine Auskunft über die berufliche Qualifikation des eingesetzten Personals gebeten. Eigene Erhebung 2016.

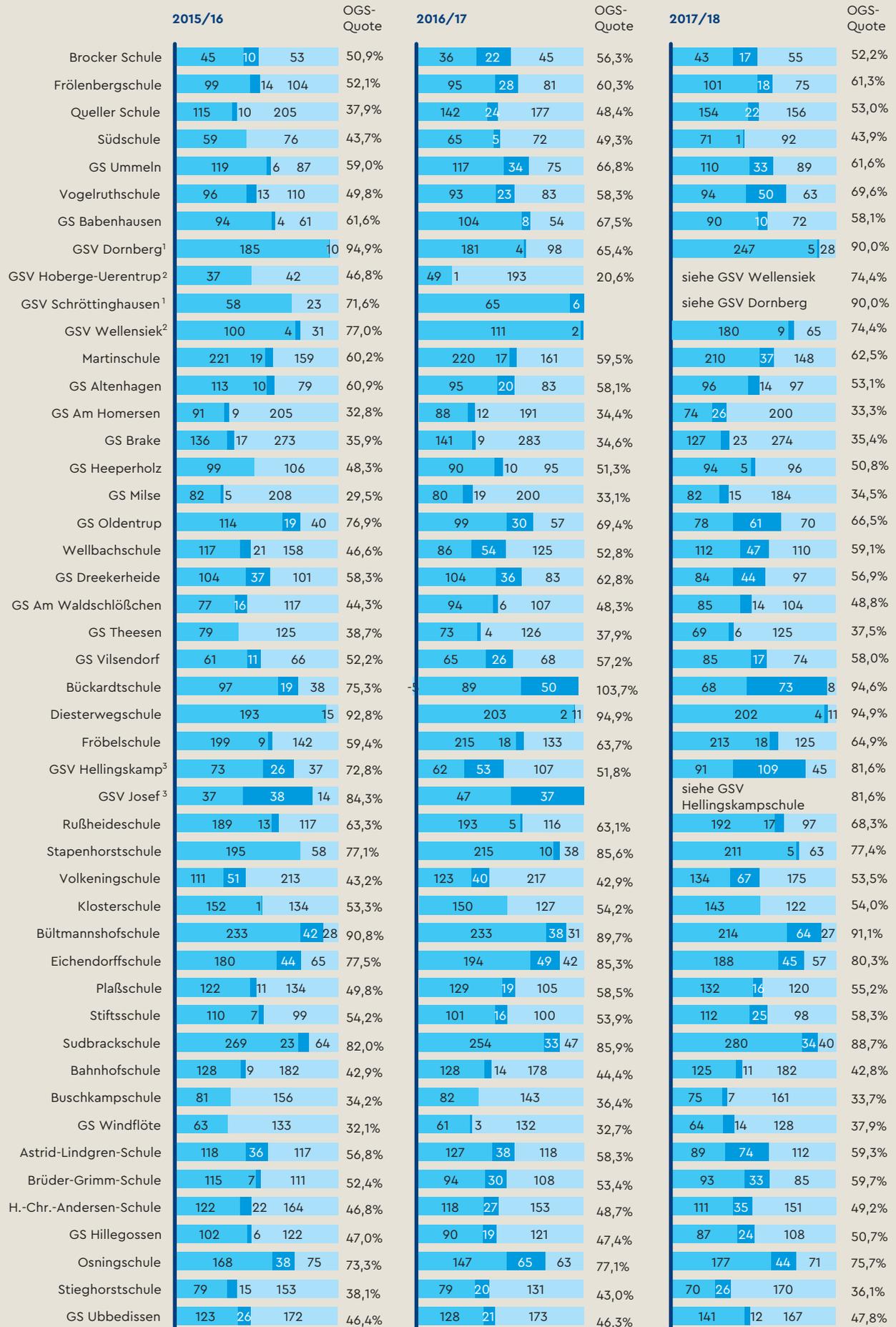
21,6 Prozent der Schülerinnen und Schüler nutzen einen Platz im rhythmisierten Ganztag

18 Prozent der OGS Kinder besaßen 2016/17 einen erhöhten Förderbedarf. Die im OGS-Bereich eingesetzten Mittel haben sich seit 2014 um 24,7 Prozent erhöht

72 Prozent der Beschäftigten besitzen Vorkenntnisse oder eine pädagogische Qualifikation

Entwicklung der OGS Teilnahmequote auf der Ebene der Grundschulen im Zeitverlauf

Abb. 36

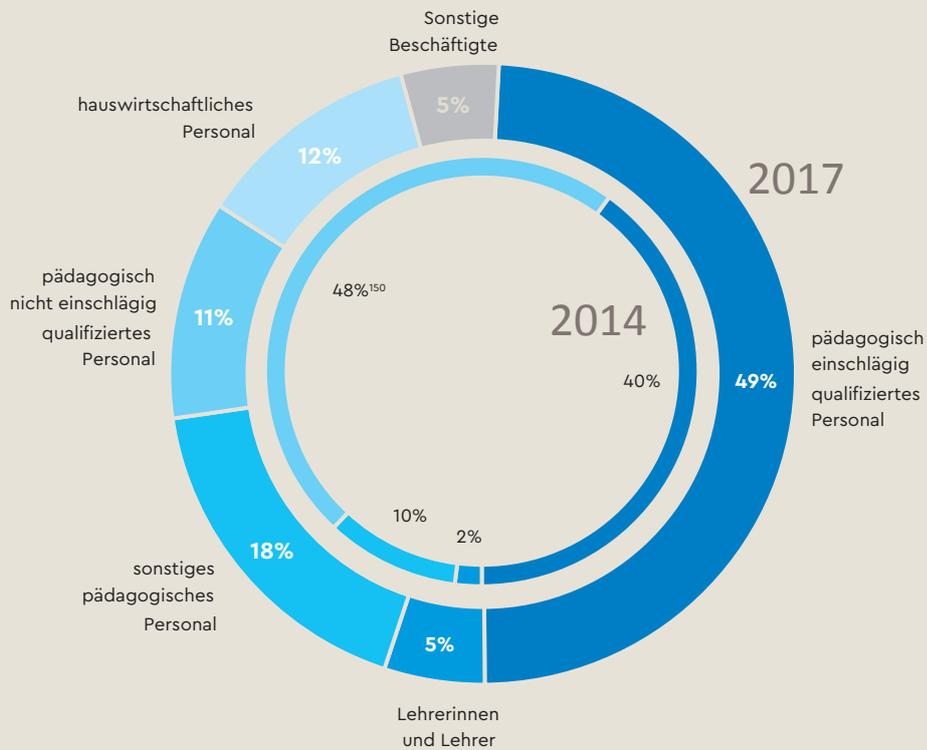


■ Schüler in der OGS ■ Schüler in der OGS mit erhöhtem Förderbedarf ■ Schüler ohne OGS

1 Grundschulverbund Dornberg-Schröttinghausen 2 Grundschulverbund Wellensiek-Hoberge-Uerentrup 3 Hellingskampschule, Grundschulverbund nördliche Innenstadt
 Quelle: Stadt Bielefeld, Amt für Schüler, Stichtag 15.10. eines jeden Schuljahres

der Kooperationen und der Bindung zu den Kindern hat. 40 Prozent des eingesetzten OGS-Personals ist unbefristet beschäftigt. 49 Prozent sind länger als ein Jahr in diesem Bildungssegment beschäftigt.

Abb. 37

Personalqualifikation in der OGS in Bielefeld¹⁴⁹

Quelle: Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2017

Abb. 38

Beschäftigungsdauer und -art in der OGS in Bielefeld 2017



Quelle: Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2017

¹⁴⁹ Pädagogisch einschlägig qualifiziertes Personal (ohne Lehrkräfte): z. B. Erzieher, Kinderpfleger, Sozialarbeiter
Pädagogisch nicht einschlägig qualifiziertes Personal: z. B. Ehrenamtliche, Bundesfreiwilligendienst
Sonstiges pädagogisches Personal: z. B. Schulbegleiter, Honorarkräfte.

¹⁵⁰ Hauswirtschaftliches und sonstiges Personal wurde 2014 zusammen mit dem pädagogisch nicht einschlägig qualifiziertem Personal erfasst.

Kooperation zwischen OGS und Grundschule

Pädagogisch hochwertige Angebote, gelingende individuelle Förderung und der Abbau sozialer Disparitäten korrespondiert u.a. mit der Qualität der Kooperationsbeziehungen zwischen den Akteuren Schule und OGS-Trägern. Vor diesem Hintergrund wurden die Bielefelder Schul- und OGS-Leitungen um eine Einschätzung gebeten, wie die Qualität der (Kooperations-) Beziehungen zwischen den beiden Systemen wahrgenommen wird.

94 Prozent der befragten Schul- und OGS-Leitungen beteiligten sich an der Erhebung. Die Teilnehmerinnen konnten angeben, welcher Gruppe sie zuzuordnen sind, oder anonym bleiben.¹⁵¹ Bei der Beurteilung der Kooperationsbeziehungen kommen Schul- und OGS-Leitungen im überwiegenden Teil der Fragen zu unterschiedlichen Einschätzungen. Bereits bei der Eingangsfrage, ob sich die Leitungskräfte regelmäßig austauschen, entsteht ein sehr heterogenes Antwortmuster, das sich bei der Frage, ob Elterngespräche gemeinsam geführt werden, ähnlich divers darstellt.

66 Prozent der Schulleitungen gehen davon aus, dass die Ganztagschule zusammen mit den OGS-Leitungen weiter entwickelt wird. Zu derselben Einschätzung kommen aber nur 46 Prozent der OGS Leitungen, mehr als 50 Prozent beantworten diese Frage eher verneinend. Vergleichbar uneinheitliche Antworten liegen bei den Fragen nach der regelmäßigen Zusammenarbeit und gemeinsamen Fortbildung vor.

Mehr Kongruenz liegt bei der Einschätzung zur gemeinsamen Teilnahme an Lehrerkonferenzen vor. Eine Mitbestimmung in der Schulkonferenz wird den OGS-Leitungen nur in ca. zehn Prozent der Schulen zugestanden.

Im Bereich des Lernstands und der Lernförderung von Kindern liegt eine höhere Übereinstimmung in der Einschätzung zwischen den Professionen vor als bei vielen anderen Fragen. Bezogen auf die direkte Kooperation auf der operativen Ebene der Fachkräfte oder die Kollegialität schließlich kommen die Leitungen zu insgesamt positiveren Einschätzungen.

Die Bandbreite in den Einschätzungen, wie ausgeprägt der Kooperationsgrad bei vielen Themen zwischen den beiden Akteuren ist, lässt darauf schließen, dass viele Regelungen stärker an Personen orientiert sind und weniger systemisch verankertes Produkt eines Diskussions- und Aushandlungsprozesses, der über Gremien legitimiert ist.

94 Prozent der Schul- und OGS-Leitungen beteiligten sich an einer Erhebung zur Kooperation im Primarbereich

Große Unterschiede bei den Einschätzungen zu den Beteiligungsstrukturen zwischen den Schulen

¹⁵¹ Bildungsbericht Ganztagschule (BiGa) NRW 2016:24ff | Die Erhebung ist im Wesentlichen an die Erhebung der (GiGa) angelehnt.

Abb. 39

Kooperationen zwischen OGS und Grundschule

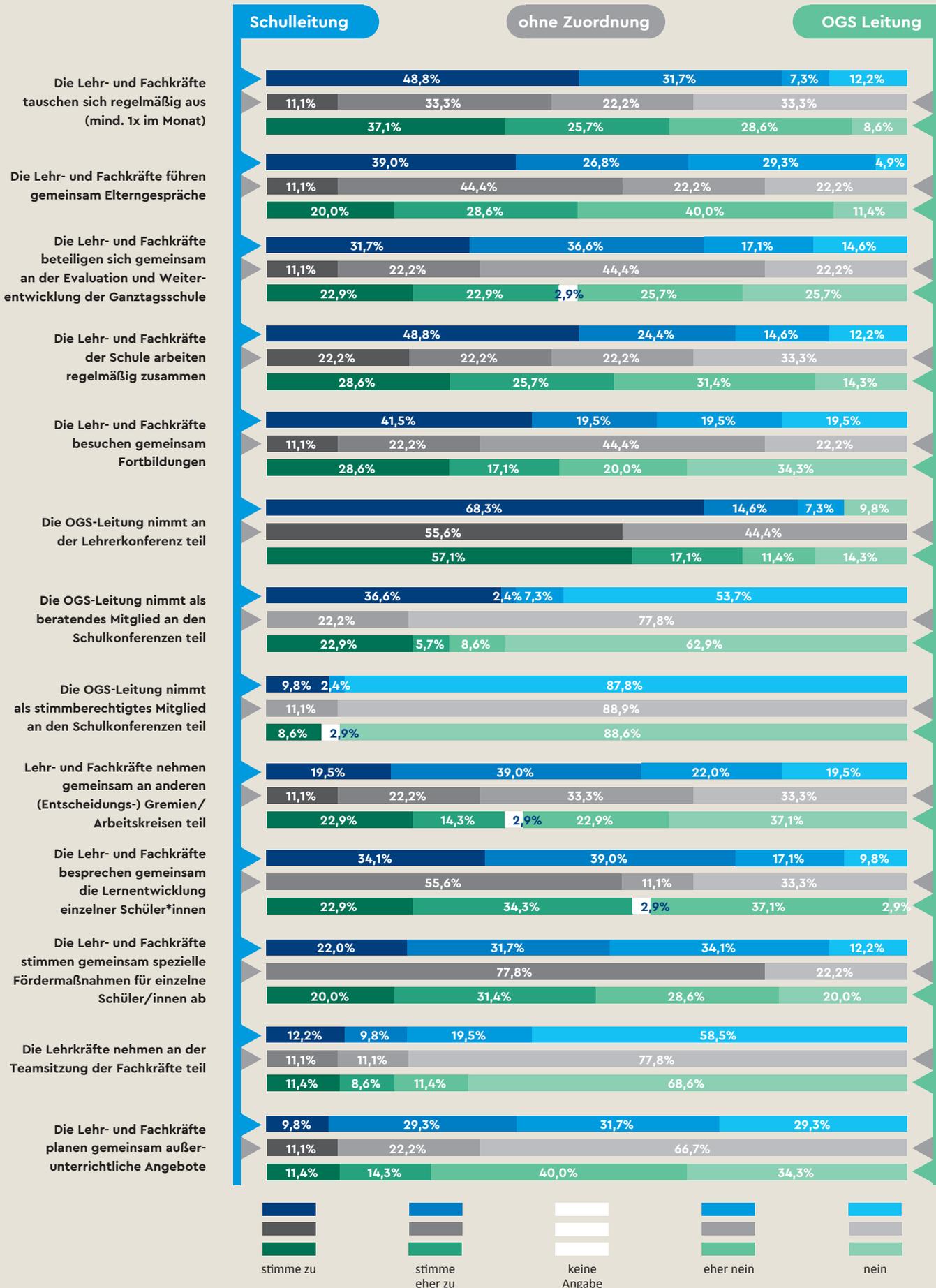
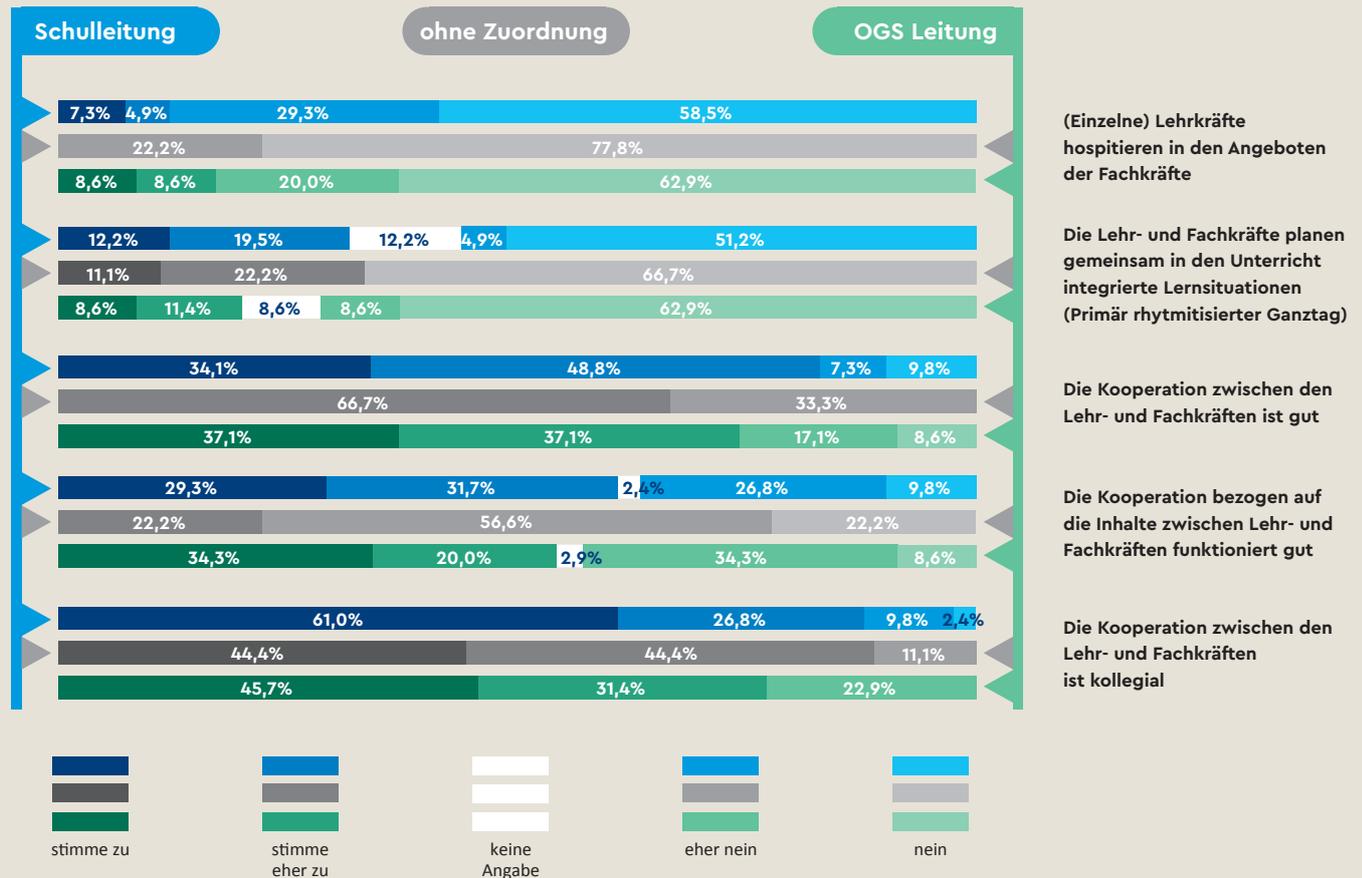


Abb. 39



Quelle: Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2017

Steht für viele Eltern häufig der Betreuungsaspekt der offenen Ganztagschule im Vordergrund, ist der Ganztag im Primar- und Sekundarbereich inzwischen Teil kommunaler Bildungspolitik. Hierbei besteht eine Herausforderung darin, dass die Verantwortlichkeiten sowohl auf Landes- als auch auf kommunaler Ebene in zwei Ministerien bzw. Dezernaten verortet sind. Vor diesem Hintergrund kommt der Zusammenarbeit zwischen Schule und OGS-Träger eine besonders wichtige Bedeutung zu.

Ganztag im Bereich der Sekundarstufe I

Anders als im Primarbereich, in dem die Teilnahme am Ganztag freiwillig ist, ist der Ganztag im Bereich der Sekundarstufe I verbindlich durch die Schulkonferenz geregelt. Ganztag bedeutet im Sek. I-Bereich in der Regel, dass die Schülerinnen und Schüler an mindestens drei Tagen in der Woche ein auch im Nachmittag liegendes Angebot nutzen. Die Entwicklung der Gesamtquote im Sek. I-Bereich zeigt eine seit 2010 kontinuierliche Steigerung auf 70 Prozent im Schuljahr 2016/17.

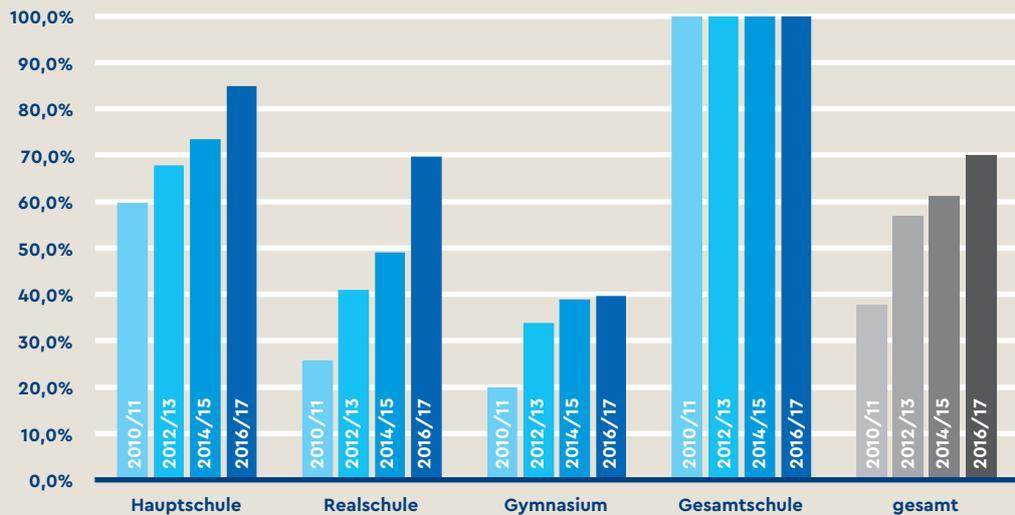
Wie in Abb. 40 dargestellt, wird diese Entwicklung nicht gleichermaßen von allen Schulformen getragen. Während die Realschulen einen deutlichen Zuwachs verzeichnen, haben die Gymnasien ihre Angebote nach dem Schuljahr 2012/13 nicht weiter ausgebaut.

Aushandlungsprozesse haben einen größeren Einfluss auf die Kooperationen zwischen Schule und OGS als angenommen

Anstieg der Ganztagsquote auf 70 Prozent

Abb. 40

Ganztagsquoten an städtischen Schulen der Sekundarstufe I nach Schulformen



Quelle: IT.NRW/Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2017

Fazit

Ganztagsschulen im Primarbereich (OGS) wurden 2003 eingeführt. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stand ebenso im Fokus wie die generelle Verbesserung von Bildungschancen von Kindern. Verschiedene Studien belegen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine positive Entwicklung. Für eine nachhaltige Verbesserung der Chancengleichheit liegen hingegen noch keine eindeutigen empirischen Belege vor.¹⁵²

Annähernd 58 Prozent der Bielefelder Grundschülerinnen und -schüler nutzen die Angebote des Ganztags. 18,1 Prozent von ihnen sind Kinder mit erhöhtem Förderbedarf. 21,6 Prozent der in der OGS betreuten Kinder nutzen ein rhythmisiertes Angebot.

72 Prozent der in der OGS Beschäftigten in Bielefeld besitzen eine pädagogische Qualifikation (2013: 52 Prozent). In der Bewertung der Ausgestaltung der Kooperationen von Schul- und OGS-Leitungen sind deutliche Unterschiede zwischen den Schulen erkennbar, aber auch innerhalb der Schulen wird die Zusammenarbeit teils sehr unterschiedlich wahrgenommen. Insgesamt deuten die Antworten eher auf personenabhängige Regelungen hin und weniger auf systemisch verankerte, von Gremien legitimierte Vereinbarungen. Realschulen haben, im Gegensatz zu den Gymnasien, ihr Ganztagsangebot sukzessive weiter ausgebaut und halten inzwischen für 70 Prozent der Schülerinnen und Schüler ein Angebot vor.

152 Börner et al. 2013, S. 4.

B2-4 Schülerinnen und Schüler mit Zuwanderungsgeschichte/ Migrationshintergrund¹⁵³ und nicht deutscher Verkehrssprache

Der Bildungserfolg korreliert in Deutschland nach wie vor stark mit den sozioökonomischen Bedingungen, unter denen Kinder aufwachsen. Migrationshintergrund und individuelle Sprachkompetenzen wiederum sind starke Faktoren, die den Bildungserfolg junger Menschen beeinflussen können. Defizite in der Bildungssprache spiegeln sich häufig im schulischen Kompetenzerwerb wider. Dies trifft insbesondere dann zu, wenn Deutsch nicht die Sprache ist, die in der Familie vorrangig gesprochen wird. Der Indikator zeigt die Anteile der Kinder mit Zuwanderungsgeschichte auf, differenziert nach Schulform und der in der Familie gesprochenen Verkehrssprache. Darüber hinaus wird die Entwicklung der Merkmale je Stadtbezirk näher beleuchtet.

Der sichere Umgang mit der Bildungssprache Deutsch besitzt für den individuellen Kompetenzerwerb und späteren Bildungserfolg eine Schlüsselrolle. Für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund, aber auch zunehmend mehr für Kinder aus Elternhäusern ohne Migrationshintergrund, die zu den sogenannten Risikogruppen gezählt werden, stellen Defizite in der Sprachkompetenz häufig eine (zusätzliche) Hürde für den Bildungserfolg dar.¹⁵⁴ Die Ergebnisse der PISA-Untersuchungen¹⁵⁵ weisen zudem darauf hin, dass das Kompetenzniveau in verschiedenen Fächern geringer ist, wenn Unterrichts- und Familiensprache nicht identisch sind. Auch stehen Grundschulempfehlungen für Übergänge zu den weiterführenden Schulen sowie Klassenwiederholungen häufig in einem Zusammenhang mit dem erworbenen Kompetenzniveau in Deutsch.¹⁵⁶

Im Schuljahr 2016/17 hatten in der Altersgruppe 6 bis 10 Jahre über 60 Prozent der Bevölkerung von Bielefeld einen Migrationshintergrund (s. Kap. A1-3). Mehr als jedes zweite im Primarbereich beschulte Kind (59 Prozent) weist eine Zuwanderungsgeschichte bzw. einen Migrationshintergrund auf. Für 4.700 bzw. 38,5 Prozent von ihnen ist Deutsch nicht die Erst- bzw. die in der Familie gesprochene Verkehrssprache.

Vor dem Hintergrund residentieller Segregation, also der ungleichen Verteilung von Gruppen im Stadtgebiet,¹⁵⁷ spitzt sich die Situation in einigen wohnortnahen Grundschuleinzugsbereichen und an einzelnen Grundschulen zu. Der Anteil der Kinder mit Zuwanderungsgeschichte je Grundschule weist eine starke Spreizung auf, die zwischen 6,9 und 94,0 Prozent (s. Kapitel A1-3) liegt. Während Migration an einigen Grundschulen in nur sehr geringem Ausmaß vorkommt, hat an anderen Grundschulen nur noch jedes zehnte Kind keinen Migrationshintergrund. Bezogen auf die Verkehrssprache ist das Bild vergleichbar. Die Spreizung zwischen den Grundschulen liegt zwischen 6,9 und 81,0 Prozent. An rund einem Drittel der Bielefelder Grundschulen ist für mehr als 50 Prozent der Schülerschaft Deutsch nicht die in der Familie gesprochene Verkehrssprache.

Sprachkompetenz ist die Basis für schulischen Erfolg

Mehr als die Hälfte der Grundschul Kinder besitzen einen Migrationshintergrund

An 30 Prozent der Grundschulen ist für mehr als 50 Prozent der Kinder Deutsch nicht die in der Familie gesprochene Verkehrssprache

153 Die für diesen Indikator verwendeten Daten basieren auf dem Begriff „Zuwanderungsgeschichte“. Bis 2008 wurden in NRW die Begriffe Migrationshintergrund und Zuwanderungsgeschichte analog verwandt. Nach 2008 verständigten sich Bund und Länder auf eine einheitliche Definition, wie sie vom statistischen Bundesamt für die Auswertung des Mikrozensus verwendet wird. Zu den Einwohnern mit Migrationshintergrund/mit Zuwanderungsgeschichte zählen Ausländerinnen und Ausländer, Eingebürgerte, im Ausland geborene Deutsche sowie Aussiedlerinnen und Aussiedler (persönlicher Migrationshintergrund). Kinder bis 18 Jahren im Haushalt der Eltern, von denen mindestens ein Elternteil einen Migrationshintergrund hat, zählen ebenfalls zu den Einwohnern mit Migrationshintergrund (familiärer Migrationshintergrund). Vgl. Definition der Unterarbeitsgruppe Migrationshintergrund in der Arbeitsgemeinschaft Bevölkerungsstatistik des Verbandes Deutscher Städtestatistiker e. V.

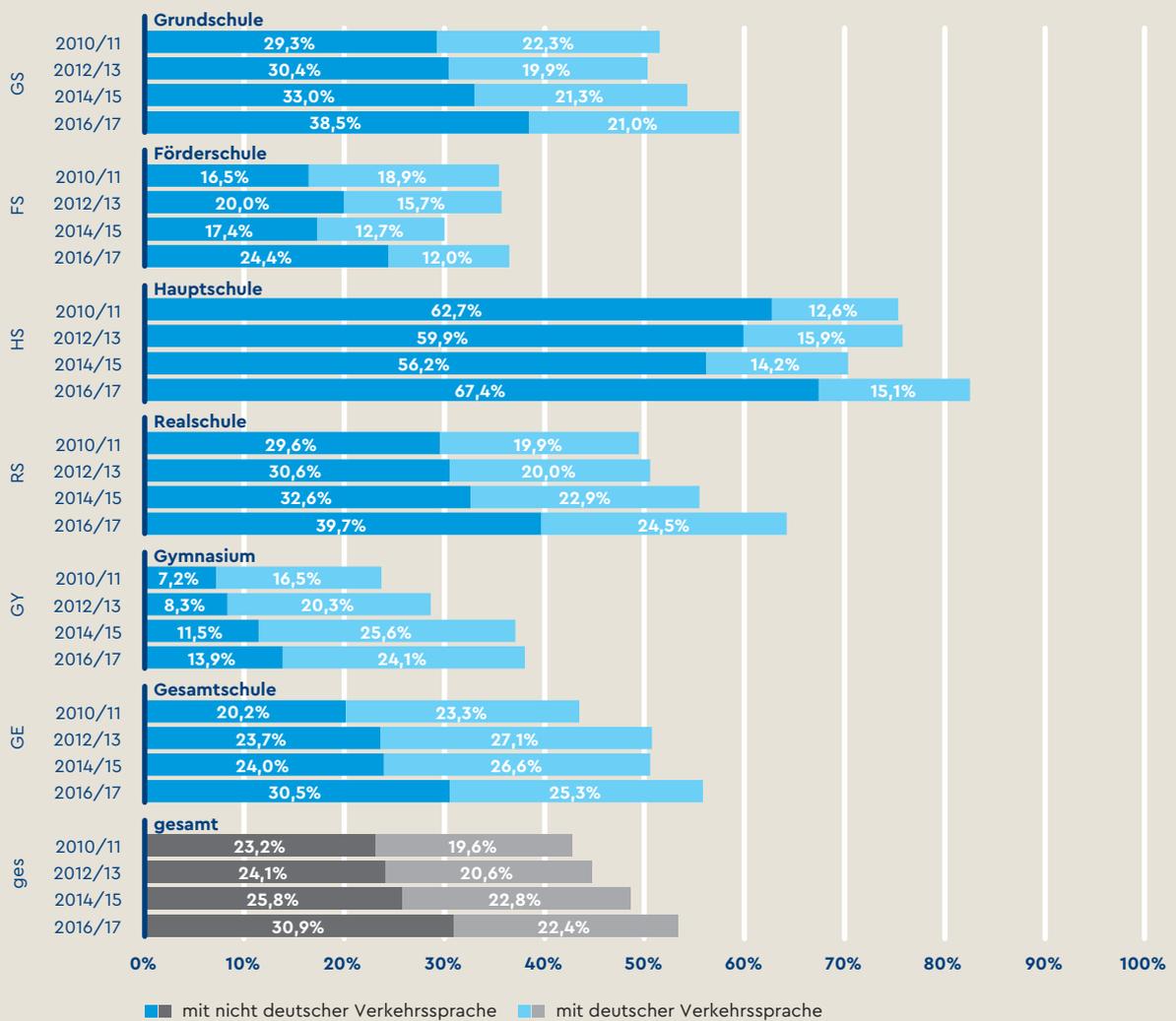
154 Diese Erkenntnis ist so wenig neu wie die von der sozialen Spreizung, das heißt von der Abhängigkeit schulischer Leistungen vom sozialen Hintergrund. Das zeigt beispielhaft ein ebenso einfacher wie erstaunlicher Befund. In der von Lehmann und anderen in Hamburg durchgeführten LAU-Studie wurde herausgearbeitet, dass der deutlichste Korrelationsfaktor zwischen Schulleistungen und sozialem Kontext die Zahl der Bücher ist, die ein Kind zu Hause vorfindet (Lehmann et al. 1998). http://www.beltz.de/fachmedien/paedagogik/zeitschriften/paedagogik/themenschwerpunkte/sprachkompetenz_foerdern.html.

155 Vgl. Kornmann (2004).

156 Geißler und Weber-Menges 2008, S. 14ff.

157 Gross u. a. 2017:13.

Abb. 41

Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund und nicht deutscher Verkehrssprache nach Schulformen (2010/11 bis 2016/17)


Quelle: IT.NRW/Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2017

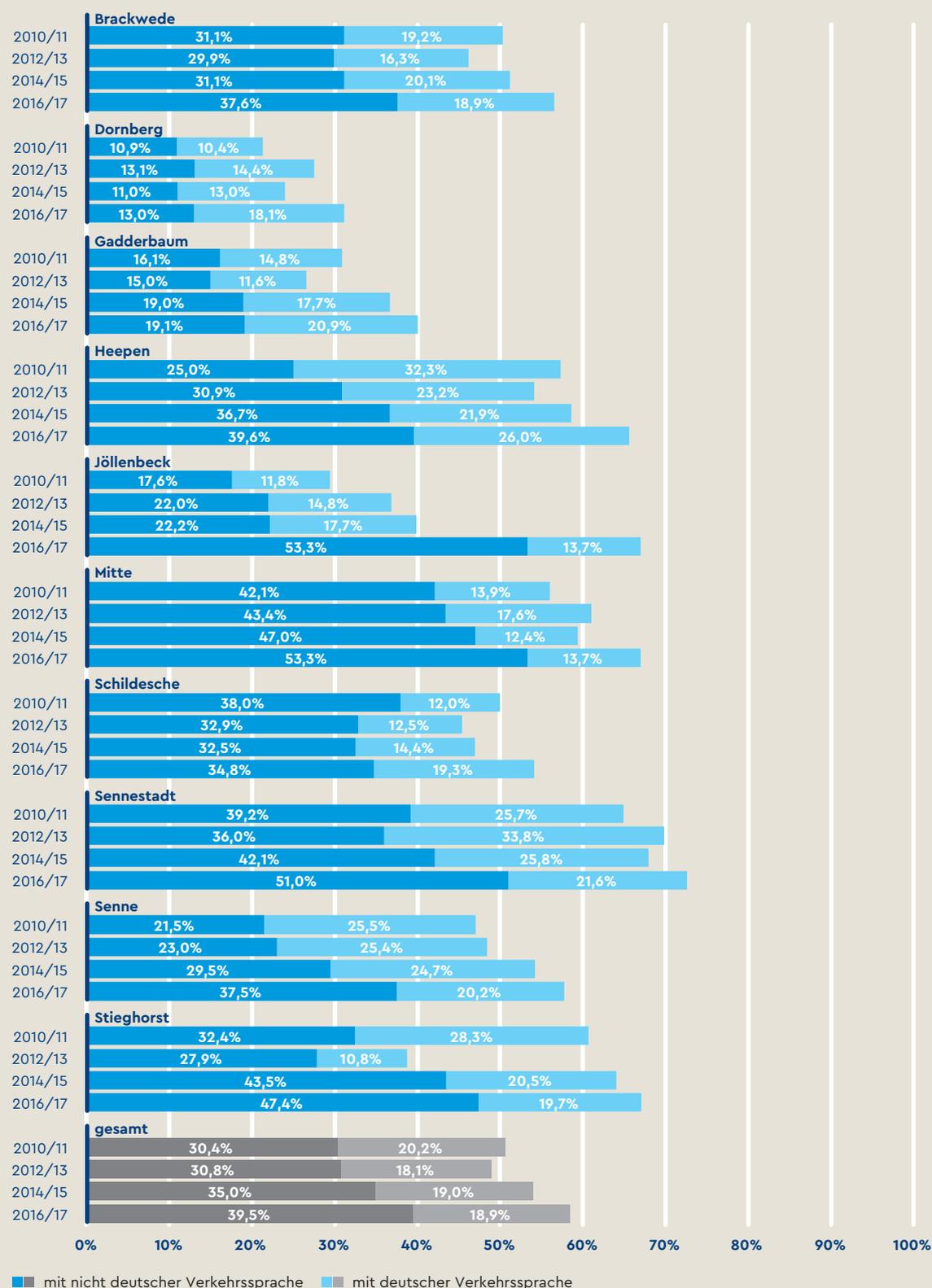
An den Real- und Gesamtschulen ist der Anteil von Kindern für die Deutsch nicht die Verkehrssprache ist, kontinuierlich angestiegen

Bei dem Wechsel in eine weiterführende Schule kann es zu einer Zuspitzung der Situation kommen, wenn sich das schulische Angebot ausdifferenziert und stärker auf Leistungshomogenität ausgerichtet ist. Der am Ende der 4. Klasse erreichte Leistungsstand unterstützt dann in Kombination mit Migrationshintergrund und Sprachkompetenz die institutionelle Segregation. Analog der Entwicklung im Grundschulbereich findet auch zwischen den Schulformen eine zum Teil ausgeprägte Segregation statt. Im Schuljahr 2016/17 hatten an den Bielefelder Hauptschulen 82,5 Prozent oder 841 Schülerinnen und Schüler eine Zuwanderungsgeschichte. Für 67 Prozent der Schülerschaft ist Deutsch nicht die Verkehrssprache. An den Realschulen ist der Anteil der Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte im Betrachtungszeitraum weiter auf 64 Prozent angestiegen. Deutsch ist für rund 40 Prozent von ihnen nicht die in der Familie gesprochene Sprache. An den Gymnasien hat sich der Anteil der Kinder, deren Verkehrssprache nicht Deutsch ist, seit 2010 fast verdoppelt und lag in 2016 bei 13,9 Prozent. An den Gesamtschulen ist die Quote der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund und nicht deutscher Verkehrssprache in den letzten Jahren ebenfalls, auf zuletzt 30,5 Prozent gestiegen.

Die Merkmale Zuwanderungsgeschichte und Verkehrssprache besitzen auf der Raumebene der Stadtbezirke nur eine geringe Steuerungsrelevanz, da die Sozialräume relativ groß sind. Gleichwohl zeigt der Indikator in der Verlaufsbeobachtung, dass sich die räumliche Segregation und damit einhergehend auch in Teilen institutionelle Segregation (Grundschulen) sehr unterschiedlich entwickelt.

Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund und nicht deutscher Verkehrssprache in den städtischen Grundschulen (2010/11 bis 2016/17 nach Stadtbezirken)

Abb. 42



Quelle: IT.NRW/Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2017

Die pädagogischen Anforderungen in den Grundschulen und damit analog auch in vielen Einrichtungen der frühkindlichen Bildung verändern sich mit der in den letzten Jahren zunehmenden Anzahl von Kindern, deren Verkehrssprache nicht Deutsch ist.

Sprach- und Lesekompetenzen sind ebenso wie das phonologische Verständnis wichtige¹⁵⁸ Grundlagen für den Erwerb der Schriftsprache und damit zentrale Parameter für eine erfolgreiche Schullaufbahn. Sie entscheiden über den individuellen Bildungserfolg mit. Für Kinder, deren Verkehrssprache in der Familie nicht Deutsch ist, ergeben sich damit unter Umständen schlechtere Startbedingungen in den Bildungsinstitutionen. Residentielle Segregation kann die Benachteiligung verstärken, wenn Kinder in einer Sprachumgebung aufwachsen, in der Deutsch die Zweitsprache darstellt.

In den Institutionen frühkindlicher Bildung (s. Kap. B1-1) und im Primarbereich kann es erschwerend zu einer ausgeprägten institutionellen Segregation kommen. Dies stellt die Bildungseinrichtungen vor hohe Herausforderungen, da additiv zur Stoffvermittlung Förderunterricht in Deutsch notwendig ist.

Im Anschluss an die Grundschule setzt sich die institutionelle Segregation fort, da sich die Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund und Sprachdefiziten nicht über alle Schulformen gleichmäßig verteilen. Der Blick auf die Bielefelder Stadtteile zeigt, dass sich die Situation in einigen Sozialräumen verschärft hat. Der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit nicht deutscher Verkehrssprache ist seit 2010 von 30 auf über 39 Prozent weiter angestiegen. Einzelne Stadtbezirke weisen Quoten von über 50 Prozent auf. Die Bildungsinstitutionen stellt das vor hohe Herausforderungen.

B2-5 Schulische Integration neu zugewanderter Schülerinnen und Schüler¹⁵⁹

Als Neuzugewanderte werden alle zugewanderten Personen verstanden, die (noch) nicht über hinreichende Zugänge zu den Teilsystemen der Gesellschaft, v.a. Bildung, Arbeit, Kultur oder Wohnungsmarkt, verfügen. Der Indikator fokussiert in diesem Kontext allerdings nur auf die Teilgruppe neu zugewanderter Kinder und Jugendlicher mit Migrationshintergrund im schulpflichtigen Alter, die nicht über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen, um dem Unterricht folgen zu können.¹⁶⁰ Im Mittelpunkt steht die Verteilung der neu zugewanderten Kinder und Jugendlichen auf die aufnehmenden Schulformen sowie das Herkunftsland.

Die Ursachen für Migration sind vielschichtig. Kriegerische Konflikte waren, – ebenso wie politische und ökonomische Entwicklungen – zentrale Gründe, das Herkunftsland zu verlassen und nach Deutschland zu migrieren. Parallel zur humanitären Zuwanderung kommen Kinder und Jugendliche im Rahmen der Familienzusammenführung oder als Kontingentflüchtlinge und zu einem erheblichen Anteil im Zuge der EU-Binnenmigration. Insgesamt zeichnet sich die Gruppe der Zuwanderer durch sehr heterogene Bildungsvoraussetzungen und schulische Erfahrungen aus. In der Regel verfügen die Kinder und Jugendlichen über keine oder nur geringe Deutschkenntnisse. Auf diese Bandbreite an Vorerfahrungen und Kenntnissen muss das hiesige Schul- und Ausbildungssystem mit individuell zugeschnittenen Angeboten reagieren, um einen schnellen Zugang in das Regelsystem zu ermöglichen.

Neu zugewanderte Kinder und Jugendliche sind in NRW schulpflichtig.¹⁶¹ Um die gesellschaftliche Teilhabe und Partizipation für jede Person innerhalb dieser Gruppe zu gewährleisten, erhalten alle Kinder und Jugendlichen eine individualisierte Beratung, mit dem Ziel, eine den Fähigkeiten entsprechende Bildungsinstitution mit optimalen Lern- und Förderbedingungen zu finden.¹⁶² Dabei wird die Integration in Regelklassen, kombiniert mit

Neuzugewanderte Kinder und Jugendliche erhalten eine individuelle Beratung um eine passende Bildungsinstitution zu finden

¹⁵⁸ Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012, S. 50).

¹⁵⁹ Im Lernreport 2014 wurde die hier beschriebene Gruppe der Kinder und Jugendlichen noch Seiteneinsteiger genannt.

¹⁶⁰ In Einzelfällen können das auch Kinder und Jugendliche sein, die bereits hier leben, aber die deutsche Sprache noch nicht beherrschen.

¹⁶¹ SchulG NRW.

¹⁶² Die Beratung der schulpflichtigen Neuzugewanderten erfolgt im Auftrag des Schulamtes der Stadt Bielefeld und wird vom Kommunalen Integrationszentrum durchgeführt. Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II werden von der Beratungsstelle der REGE mbH begleitet, die in Bielefeld die kommunale Koordinierung des Übergangs Schule-Beruf umsetzt.

Sprachfördergruppen, priorisiert.¹⁶³ Wenn eine Aufnahme der Schülerinnen und Schüler in eine Regelklasse nicht möglich ist, kann – möglichst zeitlich befristet – auch eine Beschulung in einer Internationalen Klassen (lt. Erlass „Klasse zur vorübergehenden Beschulung“) ohne Teilnahme am Regelunterricht stattfinden. Über die Verweildauer und den Anteil der deutschsprachlichen Erstförderung entscheidet – orientiert am individuellen Lernfortschritt – die Klassenkonferenz. Sie soll in der Regel einen Zeitraum von zwei Jahren nicht überschreiten.¹⁶⁴

In den zurückliegenden Jahren war die Struktur der Zuwanderung nach Bielefeld durch eine ausgeprägte Dynamik gekennzeichnet. Während in 2010 noch ca. 80 Prozent der Kinder und Jugendlichen aufgrund von kriegerischen Konflikten im Herkunftsland aus Vorderasien, primär dem Irak, nach Bielefeld zuwanderten, stieg in den darauffolgenden Jahren die innereuropäische Binnenwanderung an, so dass in 2014 von den 483 Kindern und Jugendlichen 42 Prozent aus Staaten der Europäischen Union kamen und weitere 18 Prozent aus anderen europäischen Staaten. Aus den vorderasiatischen und speziell arabischen Staaten kamen in 2014 nur 36 Prozent nach Bielefeld.

Strukturell war das Jahr 2015 durch zwei Veränderungen gekennzeichnet: Die Anzahl neu zugewanderter Kinder und Jugendlicher, die im Kontext einer schulischen Integration durch das kommunale Integrationszentrum beraten wurden, erhöhte sich auf 1.037 Schülerinnen und Schüler. Der Anteil der Zuwanderung aus Asien stieg auf annähernd 50 Prozent an.

Mit dem Jahr 2016 wurde eine durch das Ministerium für Schule und Bildung in der Geschäftsstelle des Bielefelder Schulamts organisierte, zentrale statistische Erfassung aller neu zugewanderten Schülerinnen und Schüler eingeführt. Erfasste Merkmale sind u. a. Einreise, schulische Versorgung und Zuteilung zu Schulen und Schulformen. Ein Vergleich mit den Daten der Vorjahre ist daher nur noch eingeschränkt möglich.

Die Zuwanderung schulpflichtiger Kinder und Jugendlicher belief sich 2016 auf 1.148, eine deutliche Steigerung zum Vorjahr. 62 Prozent dieser Gruppe besitzen eine Staatsangehörigkeit zu Ländern speziell der arabischen Welt, primär Irak und Syrien. In 2017 hat sich der Zuzug auf 694 neu zugewanderte Schülerinnen und Schüler abgeschwächt.

Im Primärbereich wird vorrangig in Regelklassen der wohnortnächsten Schule beschult.¹⁶⁵ In Ausnahmen kommt es zu einer Beschulung in internationalen Klassen. Im Sekundarbereich I erfolgt eine analoge Zuweisungspraxis. Vor dem Hintergrund der starken Neuzuwanderung wurde das Angebot internationaler Klassen von 16 im Schuljahr 2013/14 auf insgesamt 114 in öffentlichen Schulen und Schulen von Ersatzschulträgern aufgestockt. In den Internationalen Klassen wird schulformunabhängig und mit dem Schwerpunkt der sprachlichen Förderung in der Zielsprache Deutsch auf den erfolgreichen Besuch einer Regelklasse vorbereitet. In der Regel benötigen die Kinder und Jugendlichen noch additive individuelle Sprachförderung in der Bildungssprache, damit der Anschluss an das Niveau der Regelklasse gehalten werden kann.

2016 kamen 1.148 schulpflichtige Kinder und Jugendliche aus 55 Nationen nach Bielefeld

2016 wurden 114 Internationale Klassen eingerichtet, um Neuzugewanderte zu beschulen.

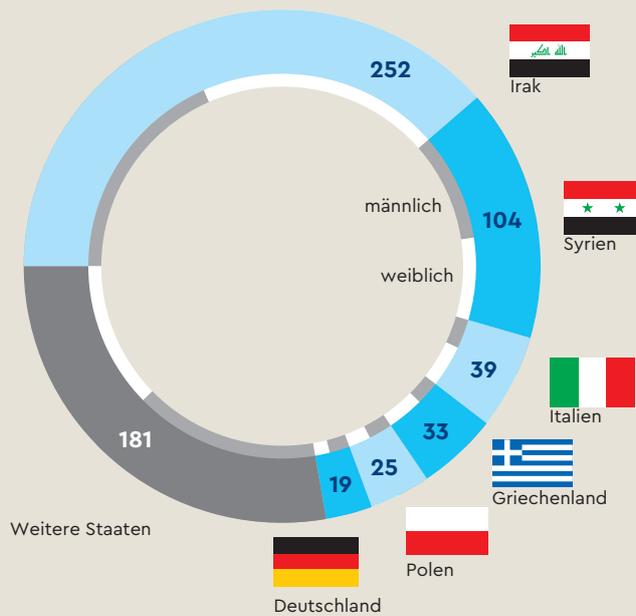
163 Nach § 34 SchulG NRW (1) sind alle Kinder und Jugendlichen schulpflichtig, die in NRW ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben. Schulpflicht besteht auch für Kinder von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern sowie für alleinstehende Kinder und Jugendliche, die einen Asylantrag gestellt haben, solange ihr Aufenthalt gestattet ist. Jeder junge Mensch hat nach § 1 SchulG NRW (1), ohne Rücksicht auf seine wirtschaftliche Lage und Herkunft und sein Geschlecht, ein Recht auf schulische Bildung, Erziehung und individuelle Förderung. Nach § 2 SchulG NRW (1) fördert die Schule die Integration von Schülerinnen und Schülern, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, durch Angebote zum Erwerb der deutschen Sprache. Dabei achtet und fördert sie die ethnische, kulturelle und sprachliche Identität (Muttersprache) dieser Schülerinnen und Schüler. Sie sollen gemeinsam mit allen anderen Schülerinnen und Schülern unterrichtet und zu den gleichen Abschlüssen geführt werden.

164 Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes NRW: Erlass (Juni 2016)1. Unterricht für neu zugewanderte Schülerinnen und Schüler 2. Herkunftssprachlicher Unterricht.

165 Laut dem Runderlass des Ministeriums für Schule und Weiterbildung sind für eine entsprechende Schulzuweisung und für den Unterricht von Schülerinnen und Schülern mit Zuwanderungsgeschichte zahlreiche Grundsätze zu berücksichtigen. Vgl. BASS 2013/14 13–63 Nr. 3.

Abb. 43

Neuzugewanderte Schülerinnen und Schüler in 2017 nach Nationalitäten



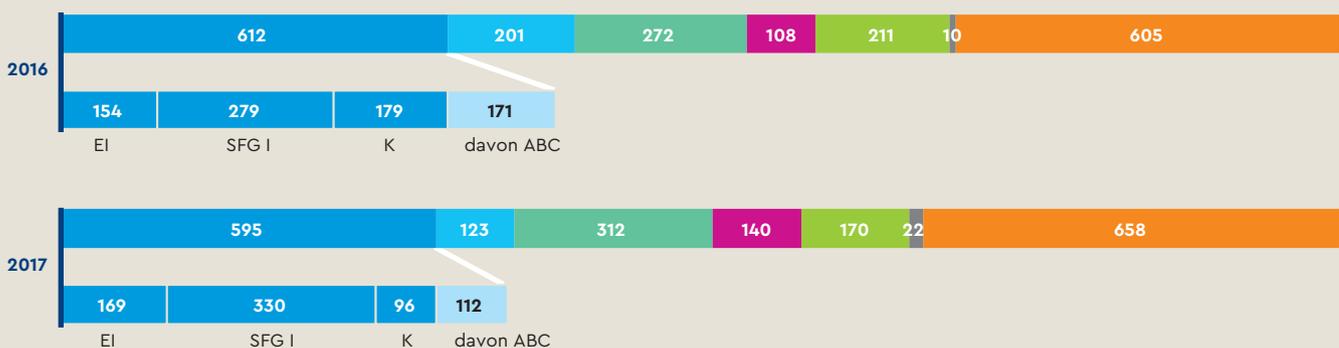
Quelle: Schulamt der Stadt Bielefeld 2017, Regionale Personalentwicklungsgesellschaft 2017, eigene Berechnungen

Beschulung von 2.020 neu zugewanderten Kindern und Jugendlichen in öffentlichen und privaten Schulen

In den Jahren 2016 und 2017 wurden über alle Schulformen hinweg pro Jahr 2.020 neu zugewanderte Kinder und Jugendliche in öffentlichen und privaten Schulen in Bielefeld beschult. Ein erheblicher Anteil von Schülerinnen und Schülern in den Grundschulen durchlief zunächst eine Alphabetisierung. In 2016 waren das 28 Prozent (171) und in 2017 18,8 Prozent oder 112 Kinder und Jugendliche. 275 Kinder und Jugendliche nutzten in den Jahren 2016 und 2017 zunächst das Angebot, über eine Internationale Klasse in das Regelsystem einzusteigen und für 323 Kinder war eine Einzelintegration das adäquate Angebot für die Integration in das schulische Bildungssystem.

Abb. 44

Neu zugewanderte, in das Schulsystem integrierte Schülerinnen und Schüler nach Schulform



■ Grundschule ■ Hauptschule ■ Realschule ■ Gesamtschule ■ Gymnasium ■ Förderschule ■ Berufskolleg
 EI = Einzelintegration SFG = Sprachfördergruppe K = Internationale Klasse ABC = Alphabetisierung

Quelle: Schulamt der Stadt Bielefeld 2018, Regionale Personalentwicklungsgesellschaft 2018, eigene Berechnungen

Die starke Zunahme vor allem von humanitär begründeter Zuwanderung in den Jahren 2014 bis 2016 stellt die Bildungseinrichtungen sowohl organisatorisch als auch personell vor neue Herausforderungen.

B2-6 Schulformempfehlung der Grundschulen für den Übergang in die Sekundarstufe I

Übergänge zwischen den Bildungsinstitutionen sind erste Weichenstellungen für die individuelle Bildungsbiografie und den Bildungserfolg. An den Übergängen können sich zudem soziale Ungleichheiten weiter verfestigen.¹⁶⁶ Der Übergang in die Sekundarstufe I wird durch die Empfehlungen von den Grundschulen beeinflusst. Der Indikator beleuchtet die Übergangsempfehlungen zu den verschiedenen Schulformen im Zeitverlauf und fokussiert darüber hinaus die Übergangsempfehlungen zu den Gymnasien im Verhältnis zu den bildungsrelevanten sozialen Belastungen je Grundschuleinzugsbereich.

Dem Übergang am Ende der 4. Klasse von der Grund- in die weiterführende Schule kommt eine hohe Bedeutung zu, beeinflusst er doch häufig die weitere Bildungsbiografie und unter Umständen auch den späteren Bildungsabschluss eines Kindes. Insofern stellt die Übergangsempfehlung der Grundschule eine zentrale bildungsbiografische Weichenstellung dar. Die begründete Schulformempfehlung für die sich anschließende Schulform im Sekundarbereich I wird in NRW von den Grundschulen erstellt und mit den Eltern des Kindes thematisiert. Für die Schulwahl ist die Empfehlung nicht bindend, da letztlich der Elternwille ausschlaggebend ist, häufig kongruieren die Empfehlungen der Schule aber mit der Entscheidung der Eltern für eine bestimmte Schulform.¹⁶⁷

Die kommunale Schullandschaft befindet sich in einem noch andauernden Transformationsprozess. Das dreigliedrige Schulsystem, das vor kurzem noch den Status Quo darstellte, verliert an Bedeutung. Im Schuljahr 2021/22 verlassen letztmalig Schülerinnen und Schüler eine Bielefelder Hauptschule. Im Schuljahr 2013/14 erweiterte sich das kommunale Schulangebot mit der Gründung einer Sekundarschule in privater Ersatzschulträgerschaft. Zwei weitere Sekundarschulen in öffentlicher Trägerschaft sowie eine zusätzliche Realschule nahmen zum Schuljahr 2018/19 den Betrieb auf.

Diese Entwicklung spiegelt sich auch in den Übergangsempfehlungen der Grundschulen wider. Erhalten im Jahr 2012 noch 16,3 Prozent (439) der Bielefelder Schülerinnen und Schüler für den Übergang in die Sekundarstufe I eine Hauptschuleempfehlung, sind es 2016 nur noch 11,4 Prozent (323) von insgesamt 2.836 Kindern, die in diesem Schuljahr auf eine weiterführende Schule wechseln.¹⁶⁸ Während der Anteil der bedingten Realschulempfehlungen nur leicht zunimmt, steigen im gleichen Zeitraum die Realschulempfehlungen um sechs auf 34,6 Prozent. Der Anteil bedingter Gymnasialempfehlungen liegt 2016 bei 12,1 Prozent und damit um 2,4 Prozentpunkte höher als noch 2012; uneingeschränkte Gymnasialempfehlungen steigen um drei Prozentpunkte auf 37 Prozent. Inklusive der bedingten Empfehlungen erhalten somit 46,6 Prozent der Bielefelder Schülerinnen und Schüler im Schuljahr 2016/17 eine Gymnasialempfehlung. Damit erhält annähernd jedes zweite Kind in Bielefeld am Ende der Grundschulzeit eine (bedingte) Gymnasialempfehlung, aber nur noch jedes neunte eine Hauptschulempfehlung.

2021/22 verlassen zum letzten Mal Schülerinnen und Schüler eine Bielefelder Hauptschule

Inklusive der bedingten Empfehlungen erhalten 46,6 Prozent der Übergänger eine Gymnasialempfehlung

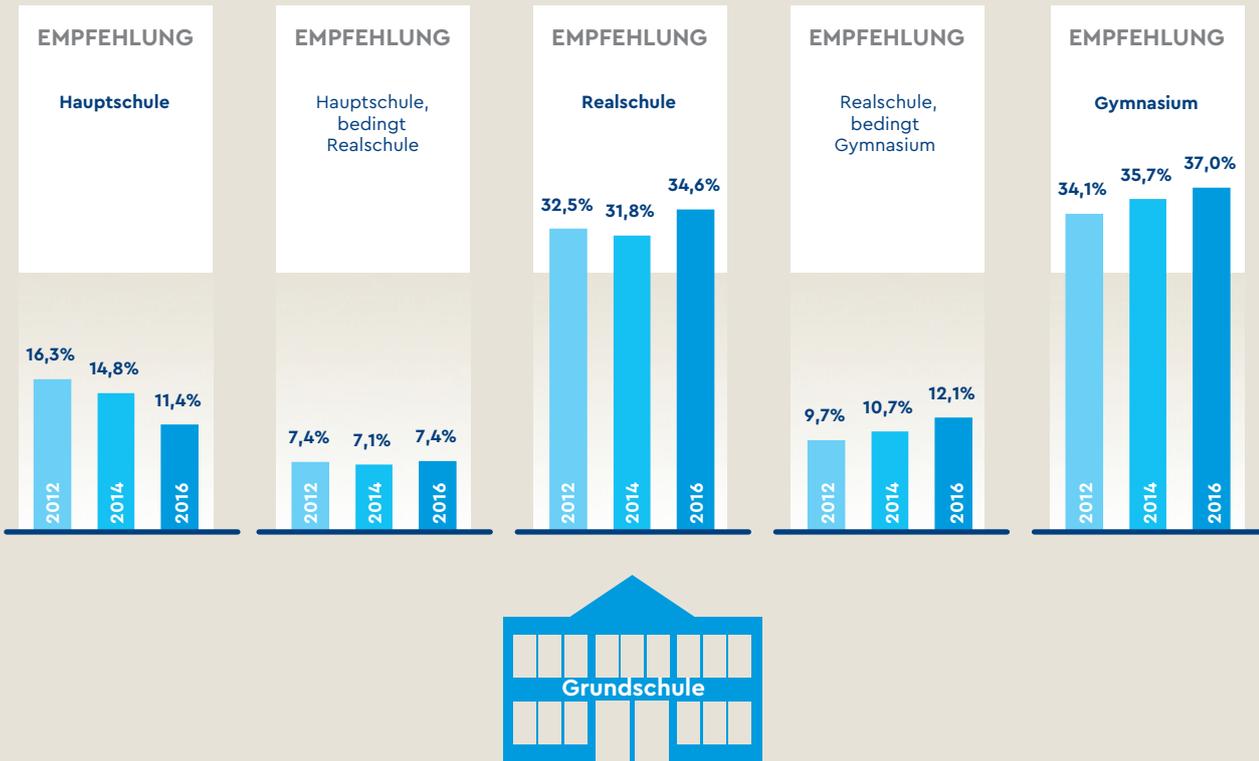
166 Vgl. Bellenberg (2013), Maaz und Nagy (2009).

167 Satory et al. (2013, S. 109).

168 In den Jahren 2008 bis 2012 wurden Schulen der Ersatzträger in den Berechnungen nicht berücksichtigt. Im Jahr 2014 und 2016 wurden sie mit einbezogen, allerdings ohne die Laborschule, da diese Schule durchgängig bis zur 10. Klasse läuft und keine Übergänge hat.

Abb. 45

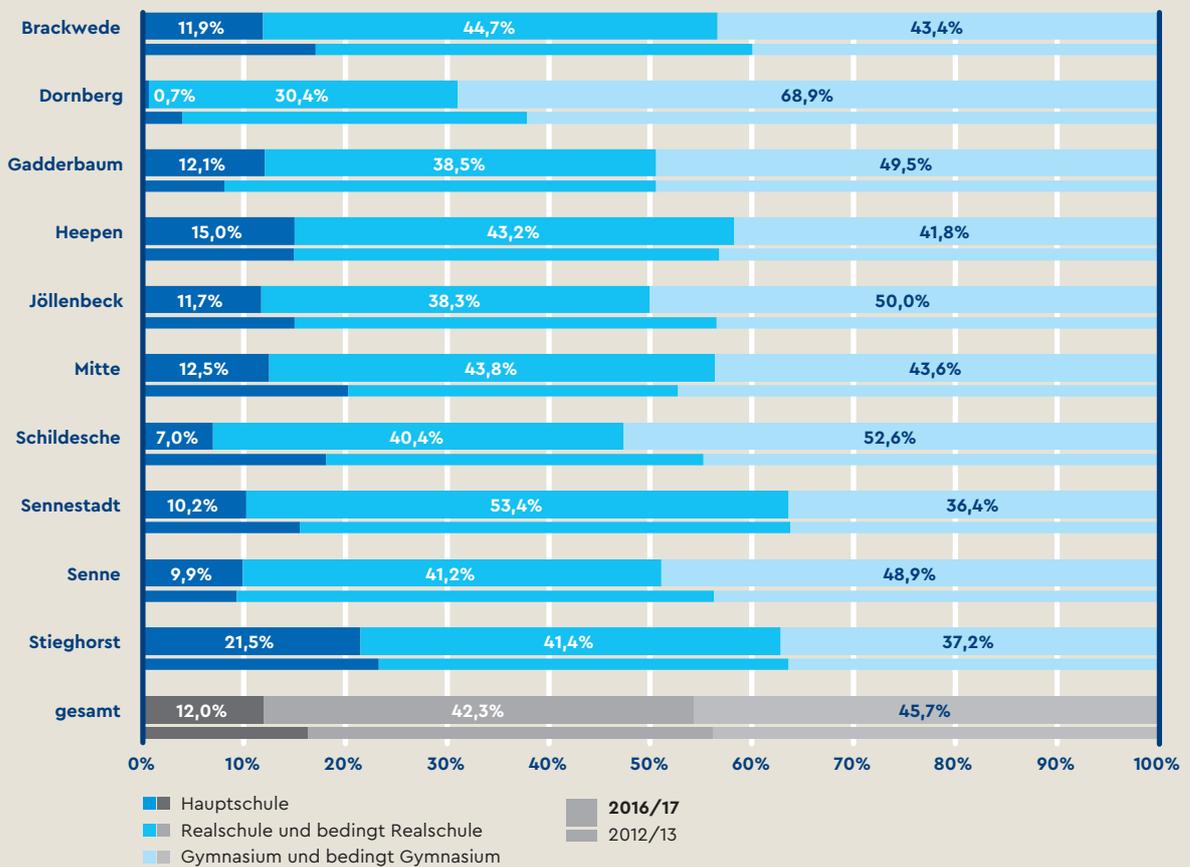
Übergangsempfehlungen der städtischen Grundschulen



Quelle: Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2017

Abb. 46

Übergangsempfehlungen der städtischen Grundschulen (2016/17 nach Stadtbezirken)



Quelle: IT.NRW/Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2017

Mit Blick auf eine räumliche Verteilung der unterschiedlichen Schulformempfehlungen werden auch in diesem Segment Segregationseffekte sichtbar. Bereits auf der relativ groben Ebene der zehn Stadtbezirke zeichnen sich deutliche Gewichtungen ab. So werden im Stadtbezirk Dornberg praktisch keine Hauptschuleempfehlungen (0,7 Prozent), aber annähernd 70 Prozent Gymnasialempfehlungen ausgesprochen. Im Bezirk Stieghorst erhält jedes fünfte Kind eine Empfehlung für den Besuch einer Hauptschule, aber nur 37 Prozent eine Gymnasialempfehlung. Die Korrelation zwischen Sozialraum und Übergangsempfehlung verdeutlicht damit erneut die ungleichen Startbedingungen von Kindern.

Auf der kleinräumigeren Ebene der Grundschuleinzugsbereiche gewinnt das Bild der Übergangsempfehlungen weiter an Konturschärfe. Die Hauptschuleempfehlungen der Grundschulen zeigen eine Streuung zwischen null und 38 Prozent, bei einem städtischen Durchschnitt von zwölf Prozent. An einigen Grundschulen werden keine Hauptschuleempfehlungen ausgesprochen, an anderen erhält mehr als jedes dritte Kind eine solche. Korrespondierend variiert die Spreizung bei den gymnasialen Übergangsempfehlungen zwischen fünf und 76 Prozent. Studienergebnisse¹⁶⁹ legen nahe, dass die bereits bei Schulbeginn bestehenden, sehr häufig sozialschichtabhängigen Kompetenzunterschiede bei Kindern auch bis zum Ende der 4. Klasse nicht kompensiert werden können und somit im Übergang zu den weiterführenden Schulen zu (weiterer) ungleicher Bildungsbeteiligung führen. In Bielefeld finden sich diese Befunde u. a. in den Ergebnissen der Schuleingangsuntersuchungen wieder, die auf der Basis eines breiten Kennzahlensets erstellt werden. Sie weisen mit Blick auf die zum Erhebungszeitpunkt festgestellten Fähigkeiten der Kinder und die sozialen Rahmungen des familiären Umfelds auf deutlich divergierende Startbedingungen der Kinder hin (s. Kap. B1–2).¹⁷⁰

In Kapitel A3–4 dieses Reports werden die bildungsrelevanten sozialen Belastungen auf der Sozialraumebene der Grundschuleinzugsbereiche vorgestellt und diskutiert. Deutlich wird, dass sich die Rahmenbedingungen für soziale, kulturelle und politische Teilhabe sehr unterschiedlich über das Stadtgebiet verteilen und Effekte auf die individuellen Bildungsbiografien und -erfolge nicht auszuschließen bzw. sogar als wahrscheinlich anzunehmen sind. Die Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen deuten ebenfalls Zusammenhänge zwischen Sozialraum und Übergangsempfehlungen an. Wie im Lernreport 2014 wurden darum gymnasiale Übergangsempfehlungen auch für das Schuljahr 2016/17 auf Zusammenhänge¹⁷¹ mit bildungsrelevanten Belastungen geprüft.¹⁷²

Gymnasialempfehlungen und bedingte Gymnasialempfehlungen deutlich angestiegen

169 Baumert et al. 2010, S. 385f.

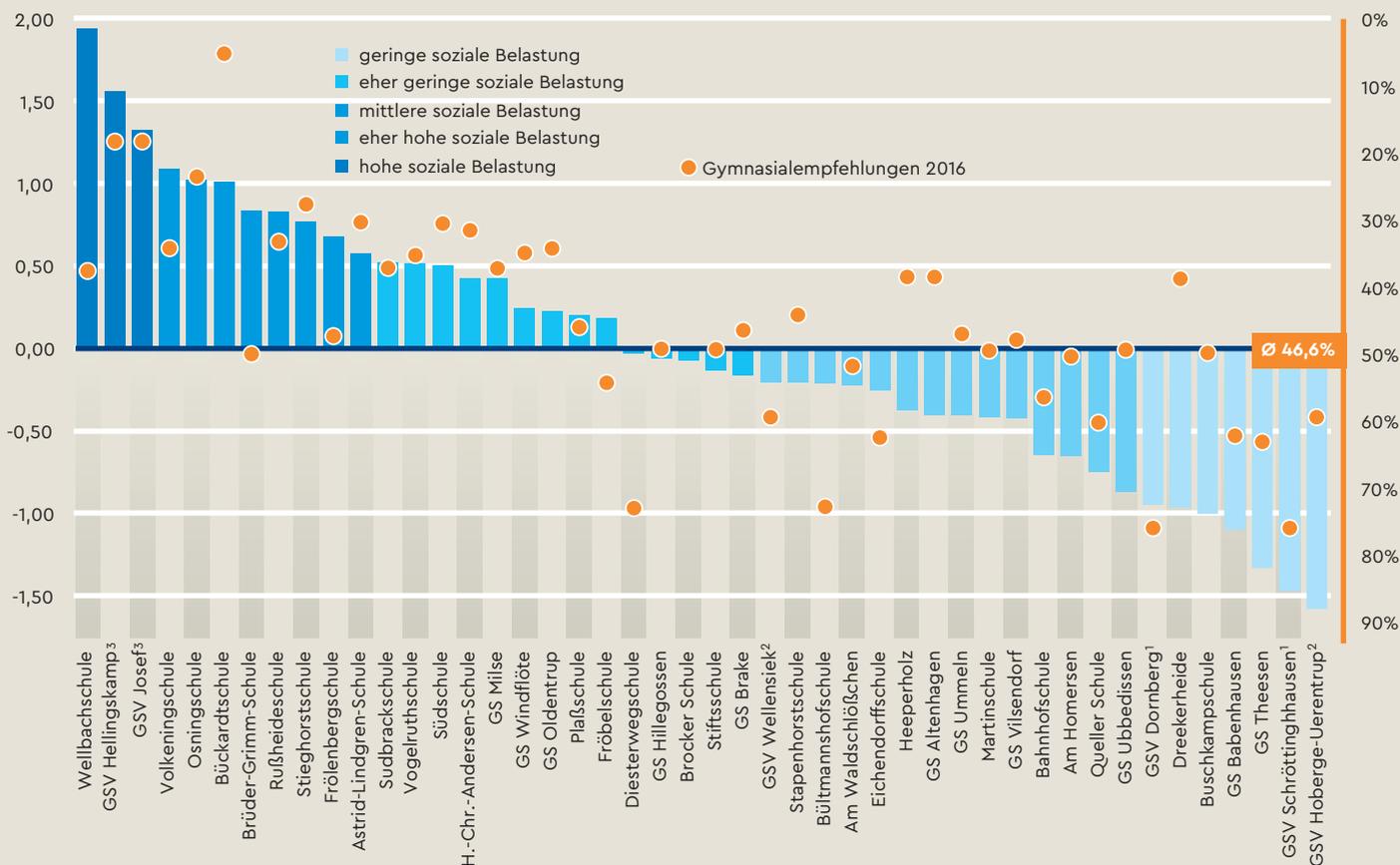
170 Satory et al. 2013, S. 110.

171 Beim Signifikanztest (nach Pearson) wird mathematisch errechnet, wie hoch die Wahrscheinlichkeit ist, dass Zusammenhänge zwischen Werten auf reinem Zufall basieren. Eine Pearson-Korrelation ist bei einem Niveau von 0,05 signifikant (zweiseitig). Bielefeld weist in der eigenen Untersuchung einen Ergebniswert von 0,045 auf. In den Geisteswissenschaften ist eine »Fehlerquote« von 5 Prozent (0,05) akzeptabel, um eine Aussage als »sicher« zu bezeichnen. Die Signifikanz führt aber nicht kausal zu einem Zusammenhangsmaß. Dieses Maß wird in der Berechnung zusätzlich errechnet und gibt an, wie stark die Abhängigkeit der beiden Variablen/Indikatoren ist. Bei einem Wert von 1 herrscht absolute Abhängigkeit. Je schwächer das Maß ist, desto geringer die Abhängigkeit. Je höher also dieses Maß, desto besser lassen sich Entwicklungen voraussagen. In der Regel gibt es aber nicht die »eine Begründung« für eine Entwicklung, und deswegen ist das Zusammenhangsmaß bei realen Messungen/Werten selten höher als 0,2–0,4. Es besteht ein rund 30-prozentiges lineares Zusammenhangsmaß.

172 Das Zusammenhangsmaß der Übergangsempfehlungen und der bildungsrelevanten sozialen Belastungen beträgt rund 30 Prozent. Bei realen Messungen von Zusammenhangsmaßen werden selten Werte erzielt, die höher als 40 Prozent liegen, da in der Regel mehrere Begründungen für eine Entwicklung möglich sind. Damit liegt statistisch ein hohes Zusammenhangsmaß zwischen den bildungsrelevanten sozialen Belastungen und den Gymnasialempfehlungen vor. Welche weiteren Variablen die Übergangsempfehlungen beeinflussen und in welchem Umfang, kann an dieser Stelle nicht abschließend geklärt werden. Dafür sind weitere Erhebungen notwendig.

Abb. 47

Bildungsrelevante soziale Belastungen und Gymnasialempfehlungen 2016



1 Grundschulverbund Dornberg-Schröttinghausen

2 Grundschulverbund Wellensiek-Hoberge-Uerentrup

3 Hellingskampschule, Grundschulverbund nördliche Innenstadt

Quelle: Stadt Bielefeld, Amt für Schule; Statistik der Bundesagentur für Arbeit; Einwohnermelderegister der Stadt Bielefeld (Berechnungen Presseamt/Statistikstelle); Stichtag 31.12.2016

Anhand der Auswertung der aggregierten Daten der Schuleingangsuntersuchungen¹⁷³ (2014–2016) kann gezeigt werden, wie unterschiedlich sich die Startbedingungen für Kinder je nach Wohnortnahe Grundschuleinzugsbereich beim Wechsel von der Kindertageseinrichtung in die Primarstufe darstellen (s. Kap. B1–2). Unterschiede bestehen im Hinblick auf den individuellen sozialen Hintergrund und die frühkindlichen Bildungsressourcen, die u. a. anhand der Kitadauer abgebildet werden – Parameter, die kommunal- und speziell bildungspolitisch nur bedingt steuerbar sind. Ausgeprägte Unterschiede zeigen sich aber auch hinsichtlich des Entwicklungsstands eines Kindes vor Eintritt in die Grundschule. Der betreffende Index erfasst schulrelevante Teilleistungsbereiche und liefert erste Prognosen zu den Vorläuferfähigkeiten, die Kinder mitbringen und die wesentliche Voraussetzung für das Erlernen der Kulturtechniken Lesen, Schreiben und Rechnen sind. Diese Teilleistungsbereiche können mit öffentlichen Interventionen einfacher als die familiären und sozialräumlichen kontextuellen Bedingungen beeinflusst werden, indem die kommunale Organisation und (finanzielle) Ausstattung individueller Förderung von Kindern und (begleitender) Elternarbeit bedarfsorientiert vorgehalten und weiterentwickelt wird.

Bereits 2014 wird ein deutlicher Zusammenhang zwischen den im Index „Bildungsrelevante sozialer Belastungen“ zusammengefassten Kennzahlen und den gymnasialen Übergangsempfehlungen der Grundschulen festgestellt. Je nach Ausprägung der sozioökonomischen Rahmenbedingungen sinkt oder steigt demnach die Quote gymnasialer Empfehlungen. Dieser Zusammenhang ist auch im Schuljahr 2016/17 nachweislich vorhanden und

173 Inklusive der SOPESS Daten.

wird durch die Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen in diesen Jahren untermauert: Kinder aus Sozialräumen mit geringen bildungsrelevanten Belastungen – und damit in aller Regel einem Plus an bildungsrelevanten vorschulischen Kompetenzen – treten ihre formalen Bildungskarrieren mit weitaus besseren Voraussetzungen an als Kinder aus stärker belasteten Sozialräumen. Die ungleichen Startbedingungen der Kinder können nur bedingt im Rahmen der schulischen Bildungsangebote kompensiert werden. Es gelingt den Institutionen im Primarbereich bis zum Wechsel in die Sekundarstufe I nicht umfassend, im Einzelfall vorhandene Defizite über Maßnahmen und Angebote zur individuellen Förderung maßgeblich zu kompensieren.

Die Übergangsempfehlungen auf die verschiedenen Schulformen der Sekundarstufe I weisen, mit Blick auf die Stadtbezirke, deutliche Segregationstendenzen auf. Während in Dornberg faktisch keine Hauptschulempfehlungen ausgesprochen werden, liegt die Quote im Stadtbezirk Stieghorst um annähernd 100 Prozent über dem städtischen Durchschnitt, der bei 12,0 Prozent liegt.

Auf der Ebene der wohnortnahen Schuleinzugsbereiche weisen die bildungsrelevanten sozialen Belastungen weiterhin einen starken Zusammenhang zu den gymnasialen Übergangsempfehlungen auf. Ergänzt um die Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen wird deutlich, dass auch die frühkindlichen Bildungsressourcen, die in der Schuleingangsuntersuchung erhoben werden, mit den bildungsrelevanten Rahmenbedingungen korrespondieren und sich damit ebenfalls in den Übergangsempfehlungen widerspiegeln. Den Schulen gelingt es im Laufe der Grundschulzeit nicht durchgängig, problematische Startbedingungen der Kinder durch individuelle Förderung zu kompensieren. Dies belegen eine Reihe von Studien, die den Einfluss der sozialen Herkunft auf den Kompetenzerwerb¹⁷⁴, die Schullaufbahneempfehlung und die Benotung¹⁷⁵ belegen. Die Angebotserweiterung von U3-Plätzen in Institutionen der frühkindlichen Bildung mit einheitlichen, auf frühe (Sprach-)Förderung ausgerichteten Qualitätsstandards, kann eine Antwort auf die unterschiedlichen und sozial-schichtabhängigen Startbedingungen der Kinder sein, eine systematische Vernetzung zwischen den Bildungsinstitutionen, die eine konsequente Förderung entlang der Bildungskette schafft, eine weitere.

Schulen können schwierige Startbedingungen nicht vollständig mit individueller Förderung kompensieren

B2-7 Schulformwahlverhalten: Übergänge auf weiterführende Schulen

Der Übergang von der Primarstufe in die Schulformen der Sekundarstufe I ist ein entscheidender Schritt für Kinder, der die Bildungsbiografie nachhaltig beeinflussen kann. Dieser Teilindikator gibt zum einen die Entwicklung der Übergangsquote von der Grundschule auf die weiterführenden allgemeinbildenden Schulen wieder. Zum anderen wird die Quote des Übergangs von der Sekundarstufe I in die Sekundarstufe II der allgemeinbildenden und der beruflichen Schulen abgebildet.

Die Jahre 2008 bis 2012 waren bezogen auf die Übergangsempfehlungen der Grundschulen von moderaten Veränderungen geprägt. Seit 2013 lässt sich eine Trendveränderung beobachten: Der Anteil der Übergangsempfehlungen zu den Realschulen oder Gymnasien steigt (vgl. B2-6), während sich die Hauptschulempfehlungen verringern. Im Schuljahr 2016/17 wechselten nur noch 1,3 Prozent der Grundschülerinnen und Grundschüler an eine Hauptschule.

Weniger als 1,5 Prozent der Schülerschaft wechseln im Anschluss an die Grundschule an eine Hauptschule

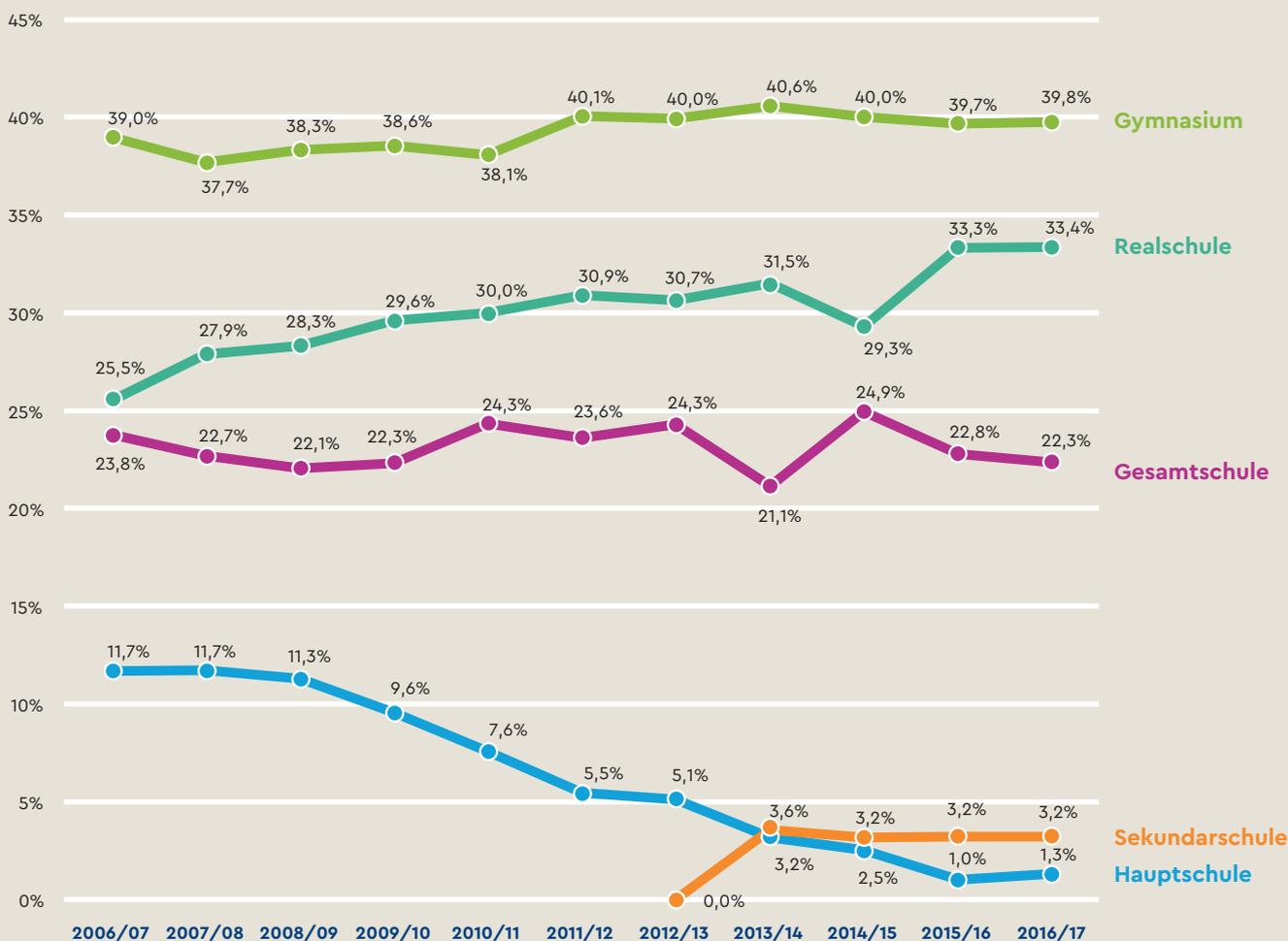
174 Ehmke und Jude (2010, S. 231).

175 Maaz und Nagy (2009, S. 155ff.).

Abb. 48

Übergangsquoten der Bielefelder Grundschülerinnen und -schüler in die Sekundarstufe ¹⁷⁶

(in Prozent von 2006/07 bis 2016/17)



Quelle: Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2017

Rund 40 Prozent der Schülerinnen und Schüler wechseln nach der Grundschule auf ein Gymnasium

Der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die im Anschluss an die Grundschule auf ein Gymnasium wechseln, liegt 2016/17 bei rund 40 Prozent. Dieser Anteil weist in den letzten Jahren eine relativ konstante Entwicklung mit geringen Schwankungen auf. Einen Aufwärtstrend weisen hingegen die Realschulen auf. In den letzten zehn Jahren stieg der Anteil mit wenigen Unterbrechungen auf zuletzt 33,4 Prozent. Die Steigerung um acht Prozentpunkte muss vor dem Hintergrund auslaufender Hauptschulen gesehen werden. Zum Schuljahr 2018/19 wurden zwei Sekundarschulen neu errichtet. Die Anteile der Schülerinnen und Schüler, die sich für eine der vier Gesamtschulen entschieden haben, blieb in den letzten Jahren, auch bedingt durch Platzkapazitäten, in einem engen Korridor um 23 Prozent.

39,6 Prozent der Gesamtschüler bringen eine Realschulempfehlung mit

Das Schulformwahlverhalten liefert einen quantitativen Überblick über die Verteilung der Schülerinnen und Schüler, differenziert nach Schulformen im Zeitverlauf. Mit Blick auf die Zusammensetzung der Schülerschaft nach Schulform und Übergangsempfehlung zeichnen sich in den zurückliegenden Jahren weitere Veränderungen ab. Während sich der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Hauptschulempfehlung an den Gesamtschulen um 5,8 Prozentpunkte verringerte, bleibt der Anteil mit einer Realschulempfehlung weitestgehend konstant. Auf die Gymnasien wechselten mehr Kinder mit uneingeschränkter

¹⁷⁶ Schwankungen in den Übergangsquoten (Abb. 38) entstehen durch die unterschiedlichen Jahrgangsstößen. Die Aufnahmekapazitäten der vier Bielefelder Gesamtschulen wurden in den zurückliegenden Jahren immer voll ausgeschöpft.

Übergangsempfehlungen der Übergängerinnen und Übergänger in die Sekundarstufe I

(in Prozent von 2014 bis 2016)

Abb. 49



Quelle: Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2017

Gymnasialempfehlung. Der Anteil ist von 76,3 auf 77,5 Prozent in 2016 leicht gestiegen. Jedoch ist der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die mit einer Hauptschulempfehlung an eine Realschule wechselten nach 9,2 Prozent in 2014 wieder auf 6,9 Prozent in 2016 gefallen.

Übergänge in die Sekundarstufe II

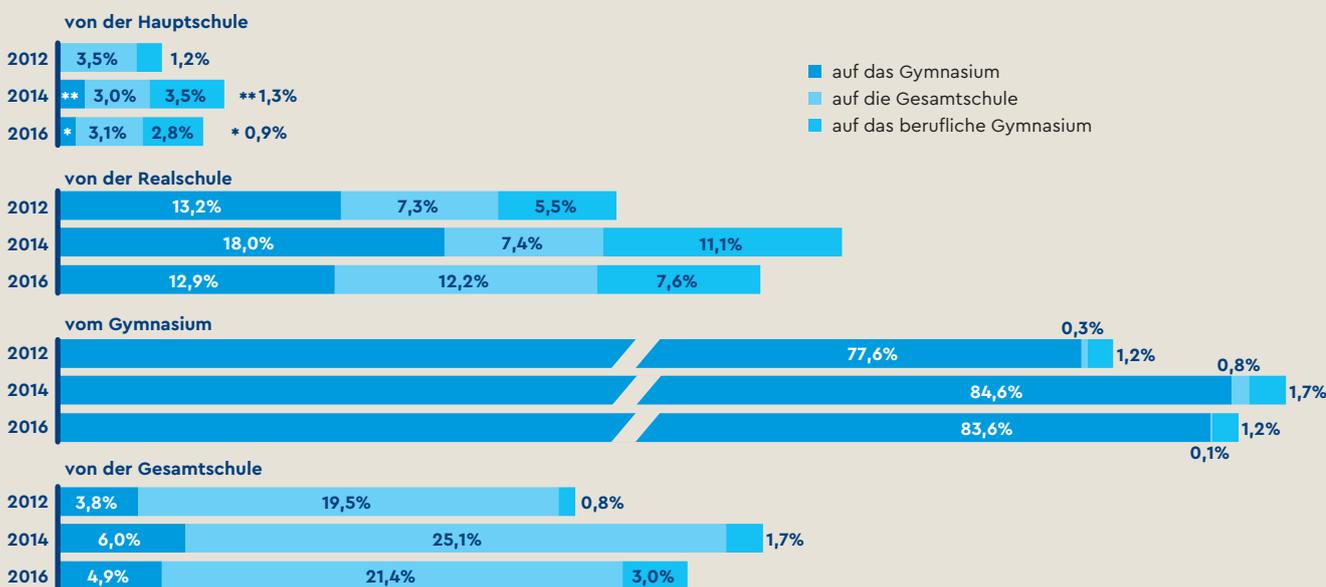
Die Übergänge von den frühkindlichen Bildungsinstitutionen in die Grundschule und im Anschluss in eine der weiterführenden Schulformen können mit Blick auf die weitere Bildungsbiografie richtungsgebende Statuswechsel für ein Kind sein. Für den möglichen Wechsel in die gymnasiale Oberstufe trifft dies nur eingeschränkt zu, gleichwohl lässt sich anhand der Übergänge in die Sekundarstufe II verdeutlichen, wie erfolgreich sich die Übergänge im Zeitverlauf vor dem Hintergrund der vorher besuchten Schulformen gestalten.

Ein Wechsel aus der Klasse 10 der Hauptschule in die Sekundarstufe II gelingt weiterhin nur einem sehr geringen Anteil der Schülerschaft (s. Abb. 50).¹⁷⁷ Dabei werden Gesamtschulen und berufliche Gymnasien deutlich häufiger gewählt als die Schulform Gymnasium. Der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die von einer Realschule in die Sekundarstufe II übergehen, ist in 2016 mit 32,7 Prozent gegenüber 2012 angestiegen. Die Oberstufe der Gesamtschule wurde als Anschluss in 2016 häufiger gewählt als in den Vorjahren. Veränderungen in der Zusammensetzung der Schülerschaft in der Schulform Realschule können hier eine Rolle spielen. 16,4 Prozent der Schülerschaft der Gymnasien wechseln im Anschluss an die Sekundarstufe I nicht in die Eingangsphase der eigenen Schulform. Im Vergleich zu 2014 ist der Anteil gesunken. Übergänge in alternative Formen der Sekundarstufe II bleiben quantitativ ebenfalls nahezu unverändert. An den Gesamtschulen gelingt der Übergang in die Oberstufe in 2016 knapp einem Drittel der Schülerinnen und Schüler. 8 Prozent verlassen die Gesamtschule zugunsten anderer Angebote.

Der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die von der Realschule in eine Oberstufe wechseln, ist insgesamt gestiegen

Abb. 50

Anteil der Übergänge in die gymnasiale Oberstufe nach Schulformen



Quelle: IT.NRW/Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2017

Ein Teil der Schülerinnen und Schüler verlässt die Oberstufe vor Abschluss des Abiturs

Der Übergang in eine zum Abitur führende Oberstufe ist nicht zwangsläufig ein Garant für das Erlangen der Fachhoch- oder Hochschulreife. Ein erheblicher Anteil der Schülerinnen und Schüler wiederholt eine Jahrgangsstufe oder verlässt die zum Abitur führende Oberstufe vorzeitig.

Die Oberstufe des Gymnasiums beginnt aufgrund der Aufnahme externer Schülerinnen und Schüler im Durchschnitt der letzten drei Jahre mit 119 Prozent und verliert beim Übergang zur Qualifikationsphase I 3,5 Prozent der Jugendlichen. In der Qualifikationsphase II verringert sich die Jahrgangsgröße auf 91 Prozent.

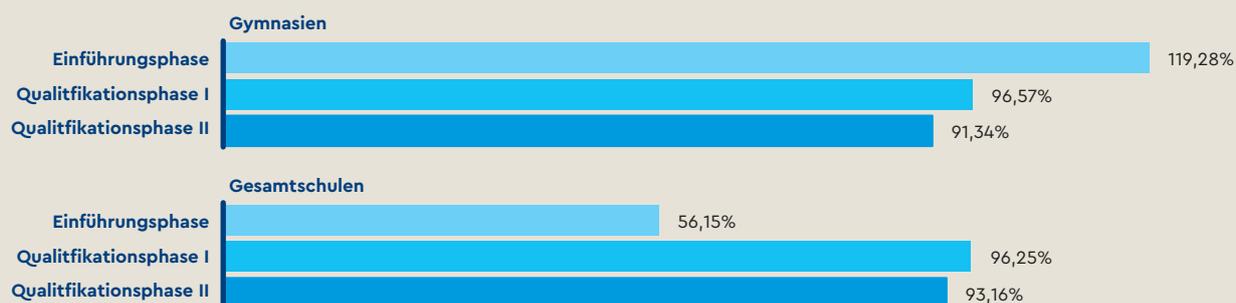
An den Gesamtschulen erreichen, bedingt durch die unterschiedlichen Leistungsniveaus, weniger Schülerinnen und Schüler die Oberstufe. Mit den aus anderen Schulformen einmündenden Schülerinnen und Schülern erreicht die Gesamtschule im Betrachtungszeitraum eine Quote von 56 Prozent. Im Folgejahr verringert sich die Jahrgangsgröße analog zu den Gymnasien auf 96 Prozent. 93 Prozent der Schülerinnen und Schülern gelingt der Eintritt in die Qualifizierungsphase II.

177 Die Schülerinnen und Schüler aus der 10. Klasse der Hauptschule stehen am Beginn der Oberstufe in einigen Fächern auf einem anderen Leistungsniveau, so z. B. in Mathe und in den Fremdsprachen.

Übergangsquoten in die gymnasiale Oberstufe städtischer Schulen

(Durchschnitt der Schuljahre 2013/14 bis 2015/16)

Abb. 51



Quelle: IT.NRW/Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2017

B2-8 Klassenwiederholung und Schulformwechsel

Das deutsche Schulsystem ist primär auf leistungshomogene Lerngruppen ausgerichtet. Besonders markant zeigt sich dies in der Dreigliedrigkeit des Schulsystems, in dessen unterschiedlichen Schulformen die Schülerinnen und Schüler im Anschluss an die Primarstufe wechseln. Dieser Organisationsform liegt die in der Bildungsforschung kontrovers diskutierte Annahme zugrunde, dass Schülerinnen und Schüler in leistungshomogenen Lerngruppen optimaler gefördert werden können als in leistungsheterogenen.¹⁷⁸ Trotz einer frühen Zuweisung der Schülerinnen und Schüler in die unterschiedlichen, auf Leistungshomogenität ausgerichteten Schulformen, wiederholt ein nicht unerheblicher Anteil von ihnen im Verlauf der Bildungsbiografie eine Klasse oder wechselt die Schulform. Damit verlängert sich die individuelle Bildungszeit, obwohl verschiedene Studien¹⁷⁹ Hinweise liefern, dass Klassenwiederholungen keinen nachhaltigen positiven Effekt auf den individuellen Bildungsprozess besitzen.¹⁸⁰ Der Indikator nimmt Klassenwiederholungen nach Jahrgangsstufen und Schulformen sowie die Auf- und Abstiegsmobilität zwischen den Schulformen in den Blick.

Die Aufteilung in leistungshomogene Gruppen beginnt mit der frühen Zuweisung in die verschiedenen Schulformen nach der Grundschule. Sie unterstellt die bestmögliche individuelle Förderung. Verschiedene Studien können allerdings belegen, dass „die [tatsächliche] Zuweisung [...] in unterschiedliche Schulformen [...] nicht allein nach Leistungsmaßstäben erfolgt, sondern erheblich mit Faktoren der sozialen Herkunft konfundiert ist.“¹⁸¹

Klassenwiederholungen stellen neben Schulformwechseln eine Maßnahme zur Aufrechterhaltung von leistungshomogenen Lerngruppen in der Schule dar,¹⁸² obwohl verschiedene empirische Studien keinen positiven Nutzen für die wiederholenden Schülerinnen und Schüler belegen können.¹⁸³ Im aktuellen Diskurs wird zudem die Frage kontrovers diskutiert, ob in einer Lerngruppe schwächere Schülerinnen und Schüler die leistungsstarken in ihrer Entwicklung tendenziell behindern und ob leistungsschwächere Schülerinnen und Schüler

178 Vgl. Klemm (2009).

179 So weist eine aktuelle OECD-Studie darauf hin, dass Klassenwiederholungen kostspielig und im Hinblick auf die Anhebung der Bildungsergebnisse nicht wirkungsvoll sind (vgl. Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung OECD 2012).

180 2008 lag die Klassenwiederholungsquote auf Bundesebene bei 3,1 Prozent, die Quote in NRW bei 2,0 Prozent. Betrachtet man nur die Wiederholungen in der Sekundarstufe I, lag die Quote in NRW im Schuljahr 2008/2009 bei 2,7 Prozent.

181 Gröhlich et al. (2009, S. 88).

182 Maßnahmen zur Sicherung von Leistungshomogenität sind u. a. auch die Zurückstellung vom Schulbesuch, die Zuweisung in Förderschulen oder die Bildung von Jahrgangsklassen.

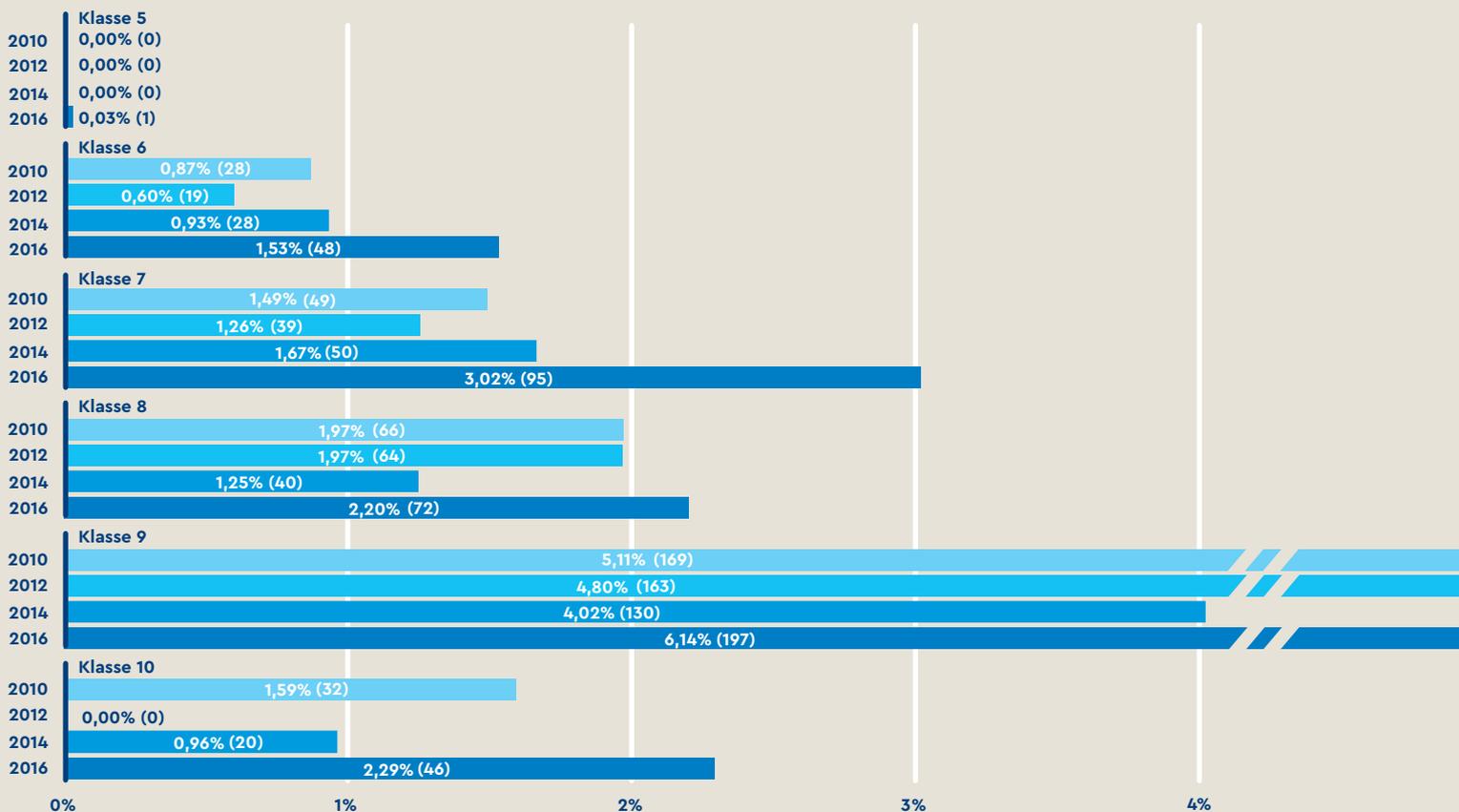
183 Vgl. Klemm (2009).; <http://www.bpb.de/gesellschaft/kultur/zukunft-bildung/162110/klassenwiederholung?p=all>.

überfordert sind und deshalb besser in einer Lerngruppe verortet wären, die in der Lernzeit ein Schuljahr zurück liegt.¹⁸⁴ Dennoch stellen Klassenwiederholungen im deutschen Bildungssystem nach wie vor ein Steuerungsinstrument dar.

Abb. 52

Unfreiwillige Wiederholung (Quote) an Haupt-, Real-, Gesamtschulen und Gymnasien

2010 bis 2016 nach Schuljahrgängen



Quelle: IT.NRW/Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2017

Der Anteil der Klassenwiederholungen steigt wieder

Die Entwicklung der unfreiwilligen Wiederholungen an den Bielefelder Schulen stellt sich in der Zeitperiode 2010 bis 2016 insgesamt, d. h. über alle Schulformen und Schulstufen hinweg, negativ dar. Die Klassen 7 und 9 sind für einen größeren Teil der Schülerinnen und Schüler eine Hürde, die nicht alle Kinder bzw. Jugendlichen ohne Wiederholung durchlaufen.¹⁸⁵

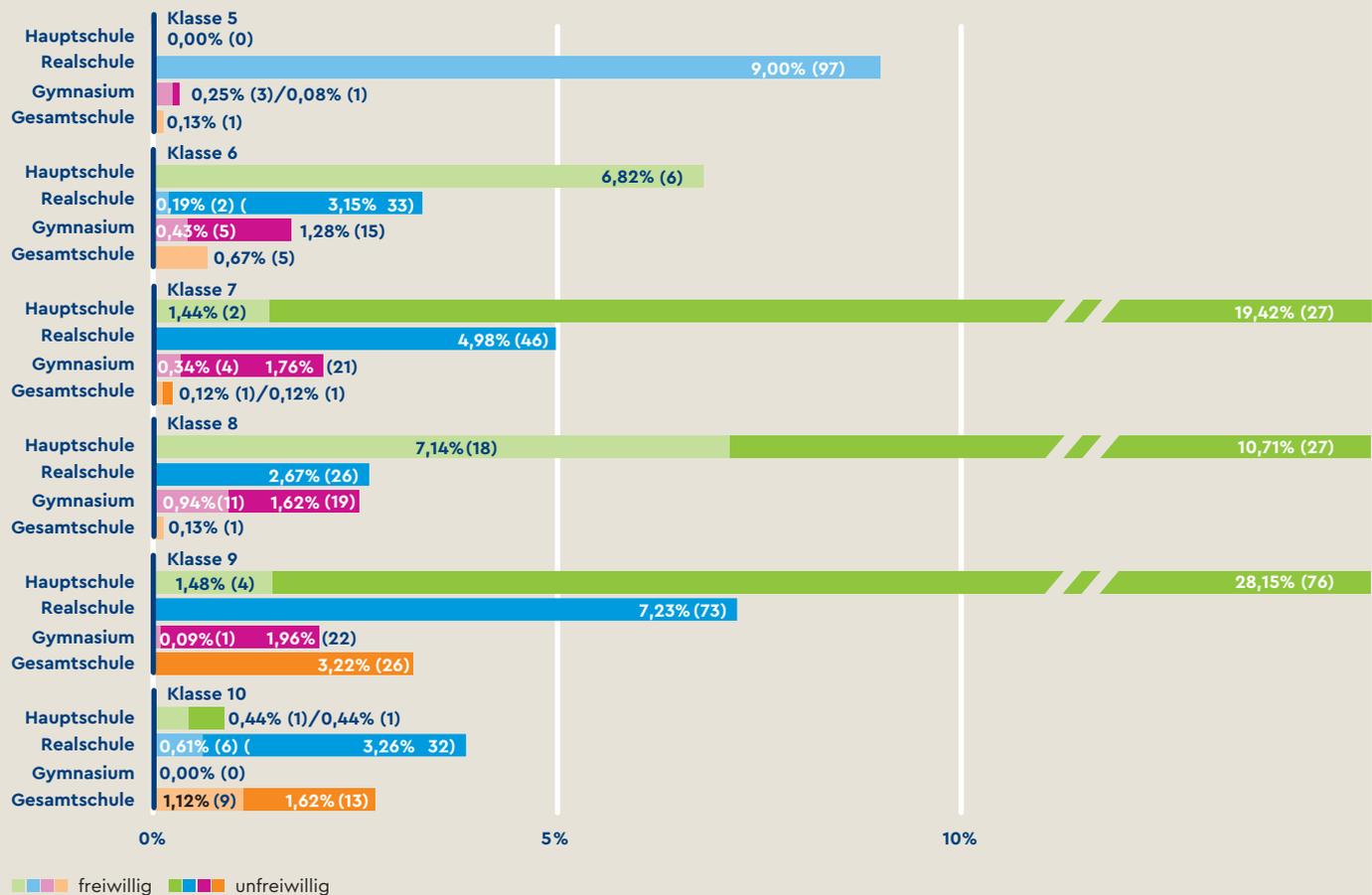
Granularer wird das Bild der Wiederholenden und Wiederholter beim Blick auf das Jahr 2016, differenziert nach Schulform, Jahrgangsstufe und freiwilliger sowie unfreiwilliger Wiederholung (Abb. 53). Schülerinnen und Schüler entscheiden sich insbesondere an den Realschulen am Ende der 5. Klasse in einem erheblichen Umfang für eine freiwillige Wiederholung. In den weiteren Jahrgangstufen sind vor allem Realschülerinnen und -schüler besonders stark mit unfreiwilligen Wiederholungen konfrontiert. Nur in der Jahrgangsstufe 9 liegen Haupt- und Realschulen mit 76 und 73 Schülerinnen und Schülern gleich auf.

¹⁸⁴ Gröhlich et al. (2009) und Wild und Möller (2009) zeigen auf, dass heterogene Lerngruppen einen positiven Effekt haben.

¹⁸⁵ Erfasst wurden auch die Schülerinnen und Schüler, die eine Klasse in Kombination mit einem absteigenden Schulformwechsel wiederholt haben.

Wiederholerquote nach Schulformen und Jahrgängen 2016

Abb. 53



Quelle: IT.NRW/Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2017

In 2016 wiederholten rund 600 Bielefelder Schülerinnen und Schüler freiwillig oder unfreiwillig eine Klasse der Jahrgangstufen 5 bis 10. In erheblichem Umfang waren davon Schülerinnen und Schüler der Realschulen betroffen. Valide Daten zum sozioökonomischen Status oder zur Zuwanderungsgeschichte von Kindern, die eine Klasse wiederholen, liegen lokal nicht vor. Studien zufolge sind von Klassenwiederholungen überdurchschnittlich viele Kinder mit Migrationshintergrund und niedrigem sozioökonomischen Status betroffen.¹⁸⁶

In 2016 wiederholten rund 600 Bielefelder Schülerinnen und Schüler eine Klasse

Schulformwechsel

Die Auf- und Abstiegsmobilität zwischen den Schulformen der Sekundarstufe I gibt Aufschluss darüber, inwieweit die Schülerinnen und Schüler das Leistungsniveau der Schulform erfolgreich bzw. nicht erfolgreich absolvieren. Letztlich lassen sich durch eine Betrachtung der Auf- und Abstiegsmobilität die Diskrepanzen zwischen Schulformempfehlung und tatsächlichem Schulerfolg noch einmal aus einer anderen Perspektive beleuchten.

Die frühzeitige Weichenstellung am Ende der 4. Klasse beeinflusst die zukünftige Schullaufbahn von Schülerinnen und Schülern in erheblichem Umfang. Für einen Teil der Schülerinnen und Schüler führt die frühe Schulformwahl zu Klassenwiederholungen und/oder zu einem Schulformwechsel mit in der Regel niedrigerem Anspruchsniveau¹⁸⁷ und damit zu einem Bruch in der Bildungsbiografie.

¹⁸⁶ Kinder mit Migrationshintergrund weisen im Alter von 15 Jahren einen doppelt so hohen Anteil an verzögerten Schullaufbahnen auf wie Kinder ohne Migrationshintergrund. Datengrundlage ist eine Sonderauswertung von PISA-Daten 2009. Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012), Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2014, S. 39).

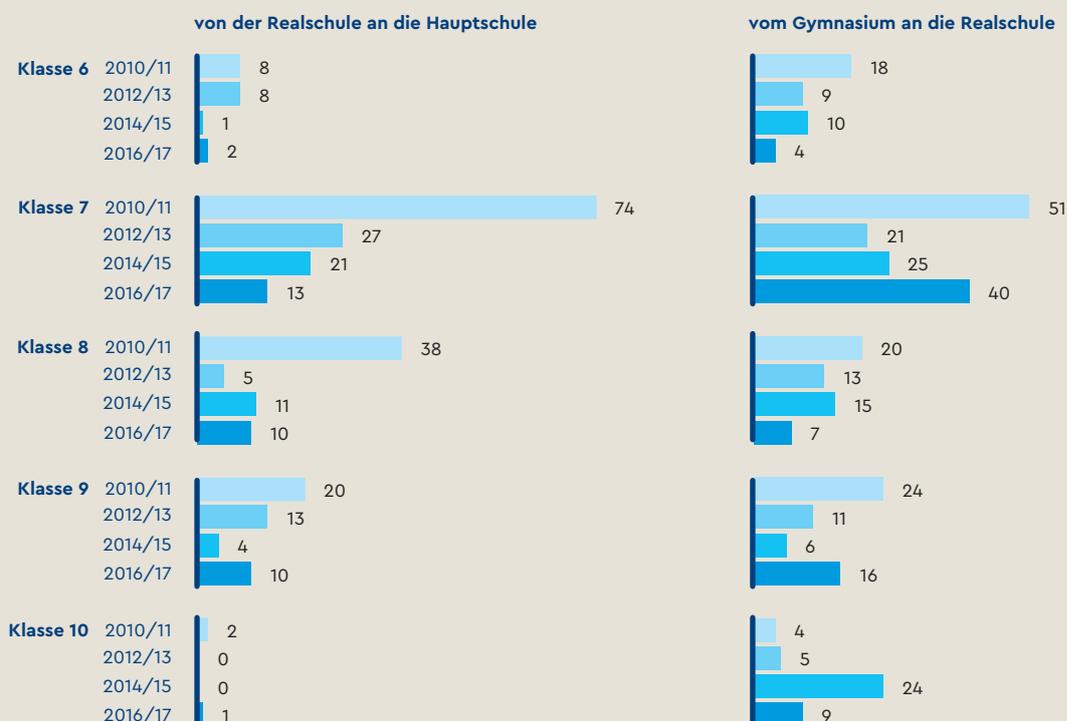
¹⁸⁷ vgl. Bellenberg/Klemm 1998.

In NRW hat sich die Quote der Schulformwechsler (Auf- und Abstiege) seit 2007 nur marginal verändert. Sie ist von 1,77 Prozent in 2007 auf 2,05 Prozent in 2014 gestiegen um dann wieder leicht auf 1,96 Prozent in 2016 abzufallen. Betroffen waren 19.557 Schülerinnen und Schüler im Jahr 2016. Die Wechselquote von der Realschule zur Hauptschule hat sich von 2,25 auf 1,38 Prozent verringert. Die Aufstiege von der Schulform Realschule zum Gymnasium haben sich im gleichen Zeitraum ebenfalls von 0,2 auf 0,15 Prozent verringert.¹⁸⁸

Auf der kommunalen Ebene beeinflusst das Auslaufen der Schulform Hauptschule auch die Wechselquote zwischen den Schulformen. Da die Hauptschulen keine Schülerinnen und Schüler von den Realschulen aufnehmen können, ist eine Abschulung von den Realschulen nur noch eingeschränkt möglich. Seit 2010 lässt sich ein rückläufiger Trend über alle Jahrgangsstufen beobachten. In 2016 wechselten 36 Kinder von einer Realschule auf eine Hauptschule. Vom Gymnasium zur Realschule betraf das im gleichen Zeitraum 76 Kinder.

**Insgesamt rückläufiger
Trend bei Abschulungen
seit 2010**

Abb. 54

Schulformwechsler (Anzahl)

Quelle: IT.NRW/Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2017

Unfreiwillige Klassenwiederholungen haben über alle Schulformen hinweg wieder zugenommen. In 2016 waren in Bielefeld 458 Kinder betroffen. Ergänzt um freiwillige Wiederholungen, die vor allem in der 5. Klasse der Realschulen stattfinden, waren 600 Kinder von einer Klassenwiederholung betroffen. Der Lern- bzw. der Entwicklungseffekt einer Wiederholung werden von verschiedenen Studien als nur sehr gering eingestuft. Für die betroffenen Kinder bedeutet eine Klassenwiederholung aber immer einen (bildungs-) biografischen Einschnitt. Unter den aktuellen bildungspolitischen Bedingungen fehlt es u. a. an einem nachhaltig wirkenden präventiven Instrumentarium, so dass Wiederholungen nicht mehr das zentrale Mittel für Schulen darstellen müssen, um den Unterrichtsalltag zu organisieren, wenn Kinder das Leistungsniveau nicht erreichen. Absteigende Schulformwechsel haben sich in 2016 im Vergleich zum Vorjahr marginal verringert. Von einer Abschulung vom Gymnasium zur Realschule waren 76 Schülerinnen und Schüler betroffen.

188 Ministerium Schule Weiterbildung NRW 2017:48ff – Statistik Übersicht 393 März 2017.

B2-9 Schulabgänger allgemeinbildender und beruflicher Schulen mit und ohne Abschluss

Dieser Teilindikator liefert Hinweise, in welchem Umfang angestrebte Bildungsziele verwirklicht werden können. Anhand der nach Abschlüssen differenzierten Abgangsquoten der Schulabgängerinnen und -abgänger allgemeinbildender und beruflicher Schulen kann gezeigt werden, ob und in welcher Form die Ausschöpfung individueller Potenziale formal erfolgreich war. Da ein erheblicher Teil allgemeinbildender Schulabschlüsse inzwischen auch an beruflichen Schulen erworben wird, werden diese in der Betrachtung ebenfalls berücksichtigt. Die Quote der jungen Menschen ohne Abschluss lässt Aussagen darüber zu, in welchem Umfang Anschlussmaßnahmen für diese spezifische Gruppe zu initiieren sind.

Der allgemeine Trend zu höheren Bildungsabschlüssen ist auch regional über fast alle Schulformen beobachtbar, während Abschlüsse mit geringem Qualifikationsniveau weiter abnehmen. Höhere Bildungsaspirationen führten in den letzten Jahren zu einem kontinuierlich ansteigenden Bildungsstand der Bevölkerung. Diese Entwicklung ist vor dem Hintergrund ansteigender Qualifikationsanforderungen im Berufskontext positiv zu sehen.

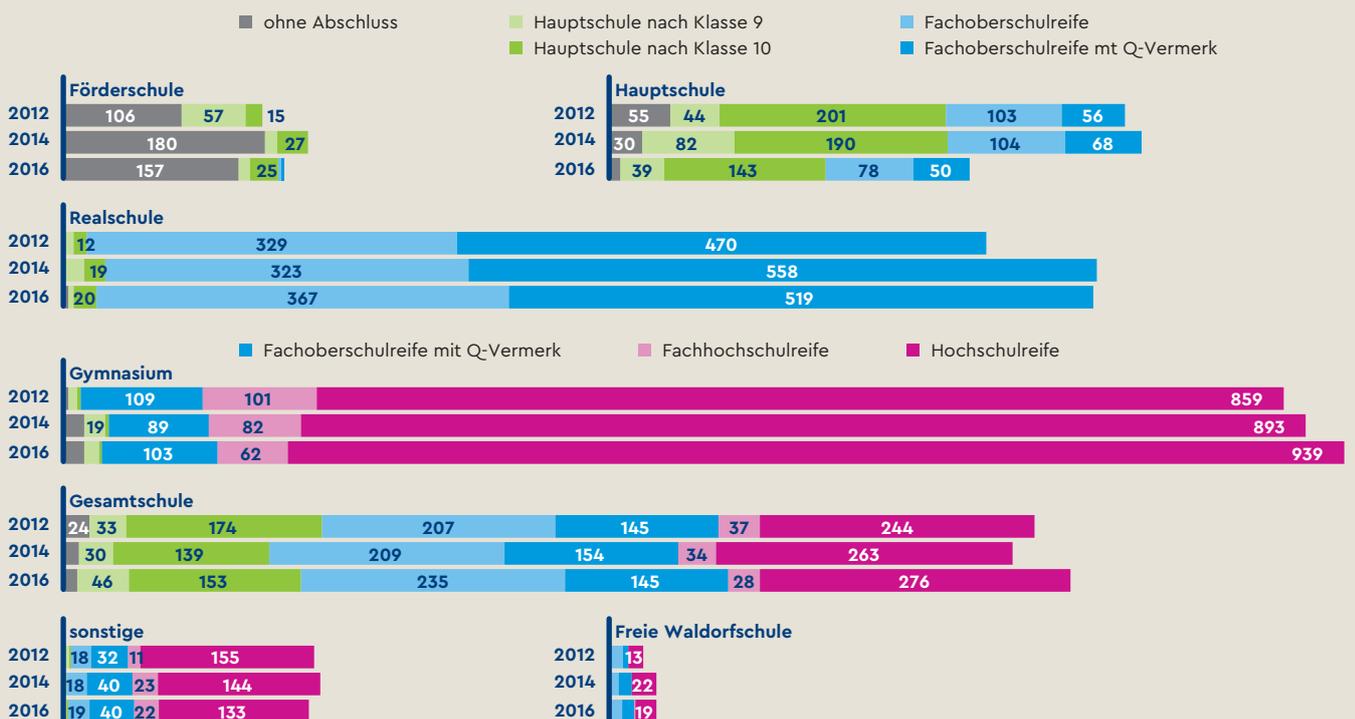
Die Abgangsjahrgänge in Bielefeld verzeichnen zwischen 2012 und 2016 einen Zuwachs um 7,8 Prozentpunkte auf 4.031 Schülerinnen und Schüler. Liegt die Quote der Allgemeinen Hochschulreife (AHR)-2012 bei 37,8 Prozent, beträgt sie 2016 bereits 41,4 Prozent (Abb. 55). Die an den Gesamtschulen erworbenen AHR-Abschlüsse legen im gleichen Zeitraum um 13 Prozentpunkte zu. Die Fachoberschulabschlüsse (plus neun Prozent) und solche mit Qualifikationsvermerk (plus zehn Prozent) entwickelten sich analog, während Hauptschulabschlüsse nach Klasse 9 und 10 weiter deutlich abnahmen. Der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die die Schule ohne einen Schulabschluss verlassen, beläuft sich 2016 auf insgesamt 5,2 Prozent aller Abgangsschüler. Mit Blick auf das Geschlechterverhältnis bei den Abschlüssen wird deutlich: Während der Anteil junger Frauen bei den geringer qualifizierten Abschlüssen unterdurchschnittlich ist, ist er bei den höheren Abschlüssen überdurchschnittlich (Abb. 56).

Weiterhin Trend zu höheren Bildungsaspirationen

Der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die die Sekundarstufe II mit Abitur verlassen, ist weiter gestiegen

Abschlüsse allgemeinbildender Schulen 2012-2016

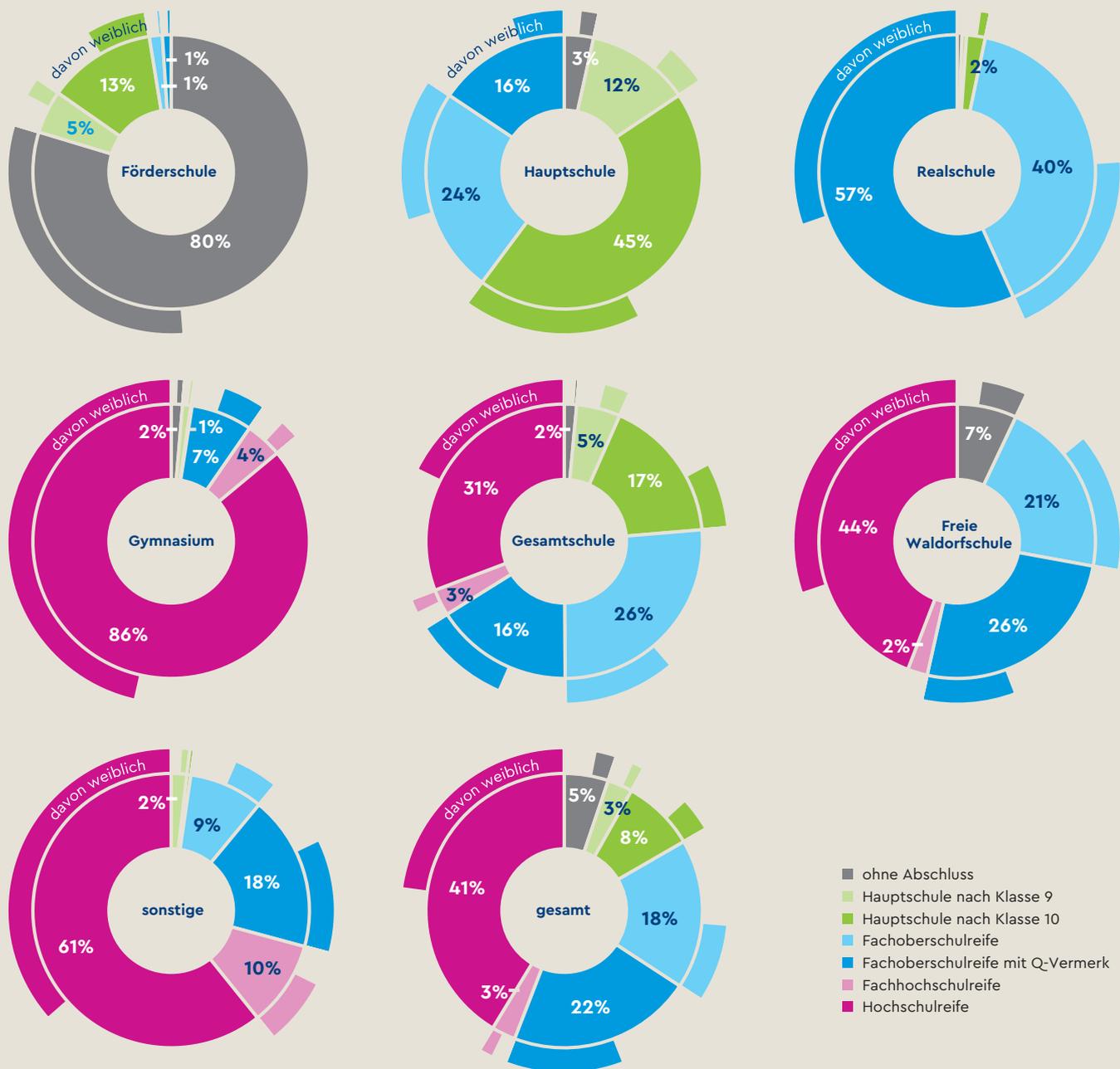
Abb. 55



Quelle: IT.NRW/Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2017

Abb. 56

Abschlüsse allgemeinbildender Schulen 2016



Quelle: IT.NRW/Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2017

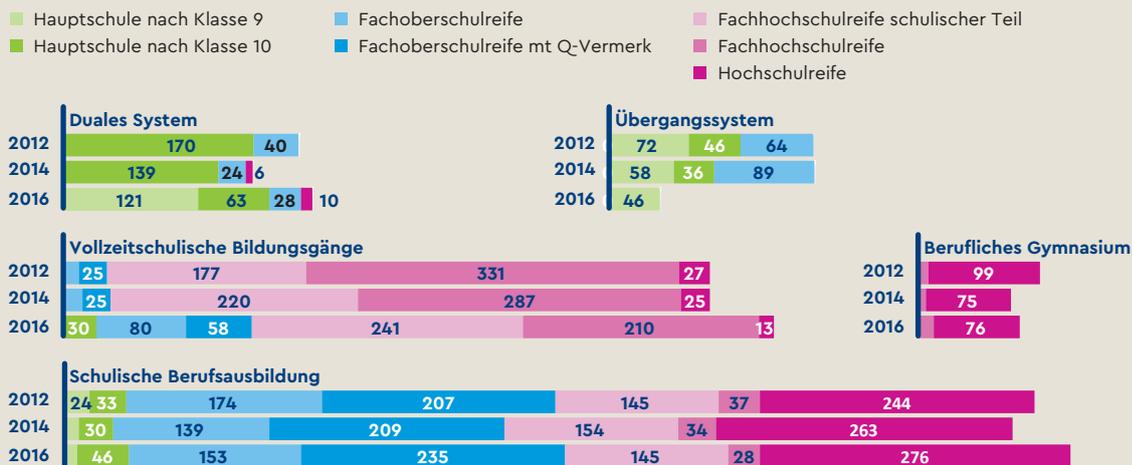
An den Berufskollegs können generell berufliche Kenntnisse, Qualifikationen sowie alle allgemeinbildenden Schulabschlüsse erworben werden.

Im Betrachtungszeitraum (2012–2016) ist der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die im Rahmen einer dualen Ausbildung einen Hauptschulabschluss nach Klasse 9 erworben haben, wieder angestiegen. Im Übergangssystem wurden hingegen keine höherwertigen Abschlüsse mehr erworben. Es ist wahrscheinlich, dass beide Entwicklungen mit der in 2015 und 2016 erfolgten erhöhten Zuwanderung korrespondieren. Auffallend ist der rückläufige Trend beim Erwerb der Fachhochschulreife im Rahmen der vollzeitschulischen Bildungsgänge. Mehr als ein Drittel weniger (36 Prozent) erwarben in 2016 eine Fachhochschulberechtigung in diesem Ausbildungsbereich. Ebenfalls rückläufig sind die AHR-Abschlüsse an den beruflichen Gymnasien (Abb. 57).

Noch verlassen zu viele Schülerinnen und Schüler, die Schule ohne Abschluss

Allgemeine Abschlüsse an Berufskollegs 2012–2016

Abb. 57



Quelle: IT.NRW/Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2017

Der Trend zu höheren Qualifikationen hält insgesamt weiter an. Zuwächse verzeichnen vor allem Gymnasien und Gesamtschulen. Auch stiegen die höherwertigen Abschlüsse in den schulischen Berufsausbildungen.

B3 Nachschulische Lernaktivitäten

Die Ergebnisse des Mikrozensus zum Bildungsstand der Bevölkerung¹⁸⁹ verdeutlichen, dass ein beachtlicher Anteil von Personen keinen allgemeinbildenden Schulabschluss besitzt. Noch deutlich höher fällt dieser Anteil in Bezug auf eine berufliche Ausbildung aus. Besonders betroffen sind die älteren Geburtsjahrgänge und Personen mit Migrationshintergrund. Eine möglichst lang anhaltende gesellschaftliche Teilhabe, aber auch weiter steigende Qualifikationsanforderungen in der Arbeitswelt erfordern eine erhöhte Beteiligung dieser Gruppe an Weiterbildung.

B3-1 Nachträglicher Erwerb von Schulabschlüssen

Vor dem Hintergrund wachsender beruflicher Qualifikationsanforderungen gewinnt die Vorstellung von Lernen als lebenslangem Prozess immer mehr an Bedeutung, da früh im Bildungsverlauf erworbene Fähigkeiten und Kenntnisse in der Regel nicht mehr für das gesamte (Berufs-)Leben ausreichen. Der nachträgliche Erwerb von Bildungsabschlüssen gewinnt deshalb einen immer größeren Stellenwert. Der Indikator bildet das Ausmaß ab, in dem Schulabschlüsse und höher qualifizierende Schulabschlüsse nachträglich an Abendschulen und Weiterbildungskollegs erworben werden.

Der nachträgliche Erwerb höher qualifizierender schulischer Abschlüsse an Abendschulen und Weiterbildungskollegs hat auf der lokalen Ebene nach einem leichten Anstieg im Jahr 2012 sukzessive wieder abgenommen und erreicht 2014 etwa das Niveau von 2010. Auch das Schuljahr 2016/17 ist von einer rückläufigen Nachfragesituation in diesem Ausbildungssegment geprägt. Im Zeitverlauf (2010–2016) verlieren die Ausbildungsgänge an den Abendschulen und Weiterbildungskollegs annähernd 24 Prozent der Schülerschaft. 2016 holen 308 Schülerinnen und Schüler in Bielefeld einen Abschluss nach. Im Jahr 2012 haben noch 486 Personen, die ihren Schulabschluss nachträglich erworben.

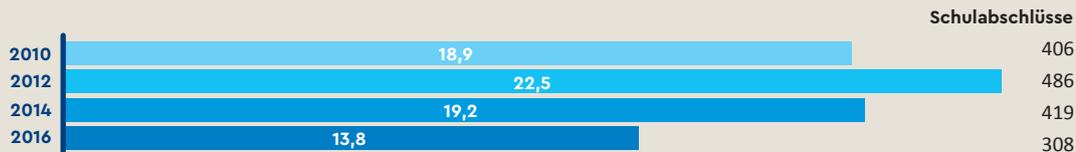
Rückläufige Nachfrage bei den Abendschulen und Weiterbildungskollegs

189 Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) (2014); Statistisches Bundesamt (2013).

Abb. 58

Nachholer von Schulabschlüssen an Weiterbildungskollegs

je 10.000 Einwohner im Alter von 15 bis 65



Quelle: IT.NRW/Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2017

Wie im Jahr 2012 nutzen etwas mehr als die Hälfte (55,8 Prozent) der Schülerinnen und Schüler den 2. Bildungsweg, um eine Fachhochschul- oder Hochschulzugangsberechtigung zu erwerben.¹⁹⁰ Der Hauptschulabschluss wird von 26 und der Realschulabschluss von 107 Schülerinnen und Schülern erworben. Das Geschlechterverhältnis ist paritätisch verteilt.

B4 Hochschulen

Hochschulausbildung gewinnt weiter an Bedeutung. Im Kontext der beruflichen Qualifizierung ist ihr Stellenwert inzwischen ebenso relevant wie die betriebliche Ausbildung. Hält die hohe Studiennachfrage weiter an, und aktuell deuten die positiven Beschäftigungsaussichten im Anschluss an eine Hochschulausbildung darauf hin, könnte das Folgen für die akademische Ausbildung an den Hochschulen besitzen.¹⁹¹ Die Entwicklung von Studierendenzahlen in Bielefeld ist deshalb von besonderer Bedeutung. Darüber hinaus liegt der Fokus auf dem Ort des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung und der Beteiligung internationaler Studierender. Die erworbenen Abschlüsse im Hochschulsystem liefern zudem Hinweise auf die Qualität der Ausbildung.

B4-1 Hochschulen und Studierende

Der Hochschulstandort Bielefeld verzeichnet seit Jahren einen anhaltenden Zuwachs an Studierenden. Diese Entwicklung betrifft alle Hochschulen der Bildungsregion. Das Hochschulangebot umfasst neben der Universität Bielefeld und der Fachhochschule Bielefeld mit ihren verschiedenen Standorten zwei private Fachhochschulen, die Verwaltungsfachhochschule und die kirchliche Fachhochschule. Die hohe Studienplatznachfrage und die damit einhergehenden erhöhten Platzkapazitäten haben, ebenso wie gestiegene Anforderungen in Forschung und Lehre, dazu geführt, den Hochschulstandort Bielefeld umfangreich zu erweitern und zu modernisieren. Auf dem „Neuen Campus Bielefeld“ sind sowohl die Universität als auch die Fachhochschule Bielefeld angesiedelt, er bietet zudem Infrastruktur für zukünftige Forschungsinstitute.

Studierten an den Bielefelder Hochschulen im Wintersemester 2011 noch rund 27.600 Personen, waren es im Wintersemester 2016/17 mit 39.686 rund 44 Prozent mehr Studierende. Die Universität verzeichnet zwischen 2013 und 2016 einen Zuwachs an Studierenden von rund 13,3 Prozent. Die Nachfrage an der Fachhochschule Bielefeld weist im gleichen Zeitraum eine Steigerung der Studierendenzahlen um 6,5 Prozent auf. Parallel lässt sich ein Trend zu stärker praxisorientierten Studiengängen beobachten. Für eine der privaten Fachhochschulen entschieden sich 2015 rund 13 Prozent der in Bielefeld Studierenden, d. h. mehr als im Bundesdurchschnitt, der im WS 2014 rund acht Prozent betrug. Die privaten Anbieter richten sich mit ihren in der Regel berufsbegleitenden Angeboten verstärkt an Berufstätige und stellen damit Weiterbildungsmöglichkeiten und Angebote im Kontext des lebenslangen Lernens zur Verfügung. Die Nachfrage im Hochschulsegment der privaten Anbieter hat sich damit seit 2006 mehr als vervierfacht.

190 129 allgemeine Hochschulreife; 43 Fachhochschulreife.

191 Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2016:123.

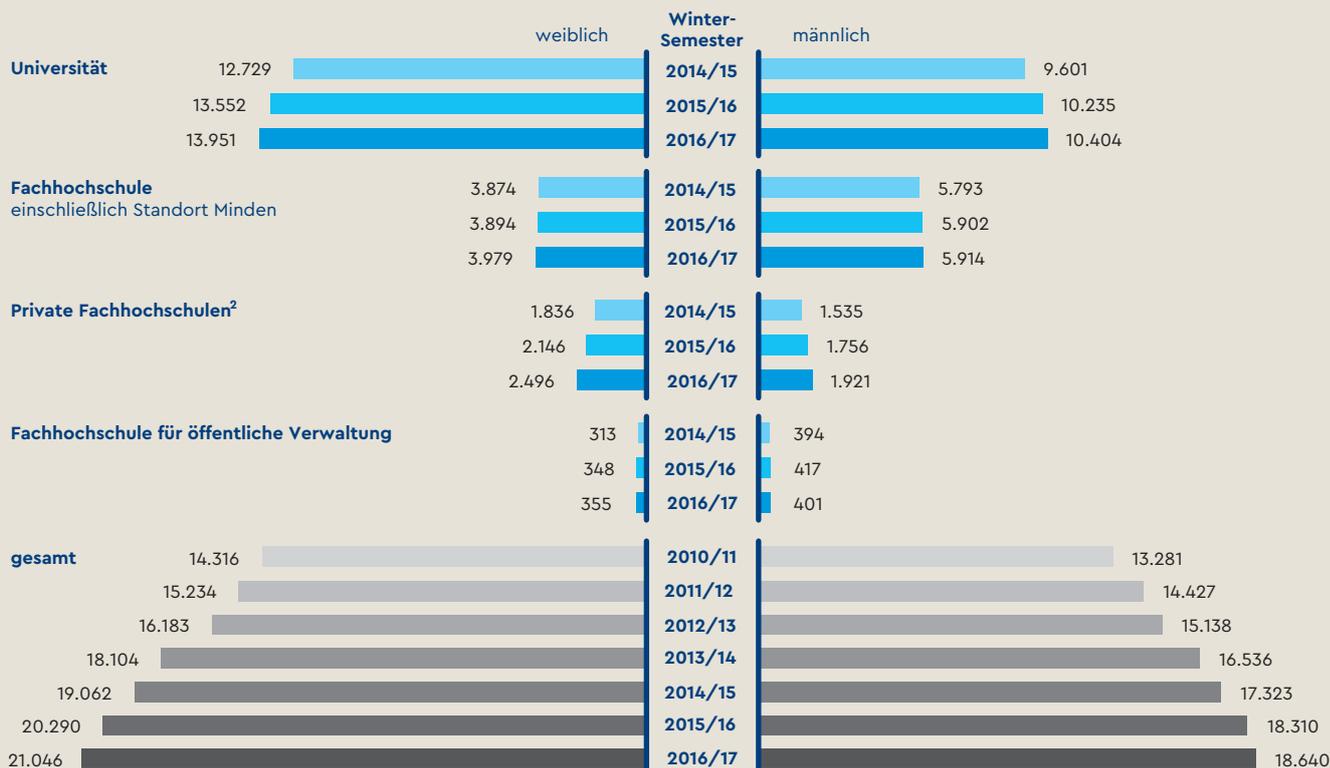
Steigende Studierendenzahlen an den Hochschulen

2016/17 annähernd 40.000 Studierende in Bielefeld

Studierende an Hochschulen in Bielefeld¹

Abb. 59

Im Wintersemester 2014/15 bis 2016/17 nach Geschlecht



1 einschl. Standort Minden der FH Bielefeld – Haupthörer 1. Studienfach

2 FHM FH des Mittelstandes ohne Standorte in Köln und Pulheim, FHDW FH der Wirtschaft Paderborn in Bielefeld und FH der Diakonie Bielefeld-Bethel

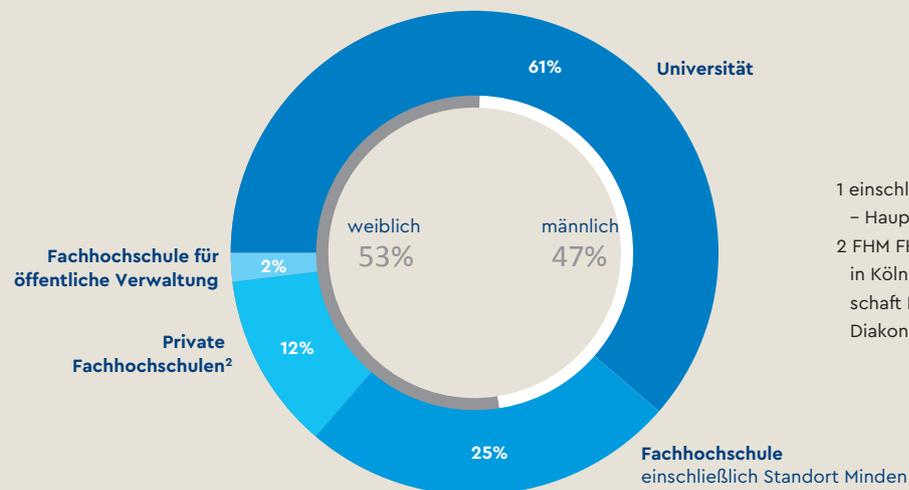
Quelle: IT.NRW, Amtliche Hochschulstatistik, Düsseldorf, 2017

Weiterhin liegt der Anteil an Frauen, die eine Studienberechtigung erlangen, über demjenigen von Männern. 2014 waren es im Bundesdurchschnitt rund 58 Prozent, während Männer auf einen Wert von 48 Prozent kommen. Im Anschluss entscheiden sich Frauen aber seltener für ein Studium.¹⁹² Ihr Anteil im Wintersemester 2016/17 in Bielefeld war mit 53 Prozent im Vergleich zu den Vorjahren nahezu unverändert. An den Fachhochschulen sind Frauen anders als im universitären Kontext weiterhin unterrepräsentiert.

Studierende an Hochschulen in Bielefeld¹

Abb. 60

Im Wintersemester 2016/17 nach Geschlecht



1 einschl. Standort Minden der FH Bielefeld – Haupthörer 1. Studienfach

2 FHM FH des Mittelstandes ohne Standorte in Köln und Pulheim, FHDW FH der Wirtschaft Paderborn in Bielefeld und FH der Diakonie Bielefeld-Bethel

Quelle: IT.NRW, Amtliche Hochschulstatistik, Düsseldorf, 2017

192 Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2016:126.

Die vom Bund und den Ländern angestrebte Studienanfängerquote von 40% wird in Bielefeld überschritten.

2015 entschieden sich bundesweit mehr als eine halbe Million Schulabsolventinnen und -absolventen¹⁹³ für die Aufnahme eines Studiums und damit erneut mehr als für eine betriebliche Ausbildung. Die vom Bund und den Ländern angestrebte Quote der Studienanfängerinnen und -anfänger von 40% wird in Bielefeld seit 2011 überschritten. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels wird die Anzahl der Studienanfängerinnen und -anfänger in den kommenden Jahren voraussichtlich leicht zurückgehen. Dieser marginal rückläufige Trend lässt sich auch an den Bielefelder Hochschulen, mit Ausnahme der privaten Hochschulen, beobachten. An der Universität Bielefeld starteten 2016/17 im Vergleich zum WS 2013/14 ca. 8,8 Prozent und an der Fachhochschule 5,4 Prozent weniger Studierende mit ihrem Studium. Einen Zuwachs verzeichnen hingegen mit 16,6 Prozent die privaten Fachhochschulen.

Annähernd 39.700 Studierende waren im WS 2016/17 an den Bielefelder Hochschulen eingeschrieben. Der Anteil der Schulabsolventinnen und -absolventen der sich für ein praxisnäheres Fachhochschulstudium entschieden hat, ist in den letzten Jahren angestiegen. Rund 25 Prozent der Studienberechtigten nahm in den zurückliegenden Jahren kein Studium auf. Insbesondere betrifft das Asolventinnen und -absolventen mit Fachhochschulreife.¹⁹⁴ Männer sind an den Fachhochschulen weiterhin überrepräsentiert.

B4-2 Studienanfängerinnen und -anfänger im 1. Hochschulsemester an Bielefelder Hochschulen nach Region des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung

Hinweise auf die Attraktivität des Hochschulstandorts liefert u. a. die Betrachtung des Orts, an dem die Hochschulzugangsberechtigung erworben wurde. Darüber hinaus wird daran deutlich, in welchem Umfang die Hochschulen Studierende aus dem Regionalraum aufnehmen.

Der Hochschulstandort Bielefeld bietet mit der vorhandenen Infrastruktur und dem breit aufgestellten Fächerangebot für einen erheblichen Anteil der Studienberechtigten aus OWL eine hohe Attraktivität. Über alle Bielefelder Hochschulen hinweg waren im Studienjahr 2016/17 rund 67 Prozent der Studienanfängerinnen und -anfänger im 1. Hochschulsemester aus der Region. Insgesamt haben rund 89 Prozent der Studienanfängerinnen und -anfänger ihre Hochschulzugangsberechtigung in einer Stadt in NRW erlangt, ihre Zugangsberechtigung in Bielefeld haben 22 Prozent erworben. 2014 lag dieser Anteil bei 23 Prozent (Abb. 61).

Internationale Studierende

Die Deutschen Hochschulen weisen insgesamt eine starke Nachfrage durch internationale Studierende auf. Im Wintersemester 2016/17 lag ihr Anteil an den Bielefelder Hochschulen bei 7 Prozent bzw. 2.628 Studierenden. Annähernd 68 Prozent (1.796) der ausländischen Studierenden sind an der Universität und rund 26 Prozent an der Fachhochschule Bielefeld eingeschrieben. Die privaten Fachhochschulen werden aktuell deutlich weniger nachgefragt.

Duale Studiengänge

In den dualen Studienformen werden betriebliche und Hochschulausbildung kombiniert. Das Lehrangebot kann ausbildungsintegrierend, berufsintegrierend oder praxisintegrierend strukturiert sein und wird insbesondere von den Fachhochschulen vermehrt angeboten. Im Betrachtungszeitraum (Abb. 62) lässt sich für die Bielefelder Hochschulen keine eindeutige Entwicklung beobachten. Während die Anzahl der Studierenden zwischen 2014 und 2015 zulegte, ist für das Folgejahr (2016) eine rückläufige Entwicklung zu konstatieren. Im Wintersemester 2016/17 studierten rund 900 Studentinnen und Studenten an den Bielefelder Hochschulen in einem dualen Studiengang. Betriebswirtschaftslehre und Wirtschaftsinformatik sind die beiden am stärksten nachgefragten Studienrichtungen. Der Frauenanteil liegt 2016/17 bei 55 Prozent (Abb. 62).

Duale Studiengänge weisen einen leicht rückläufigen Trend auf

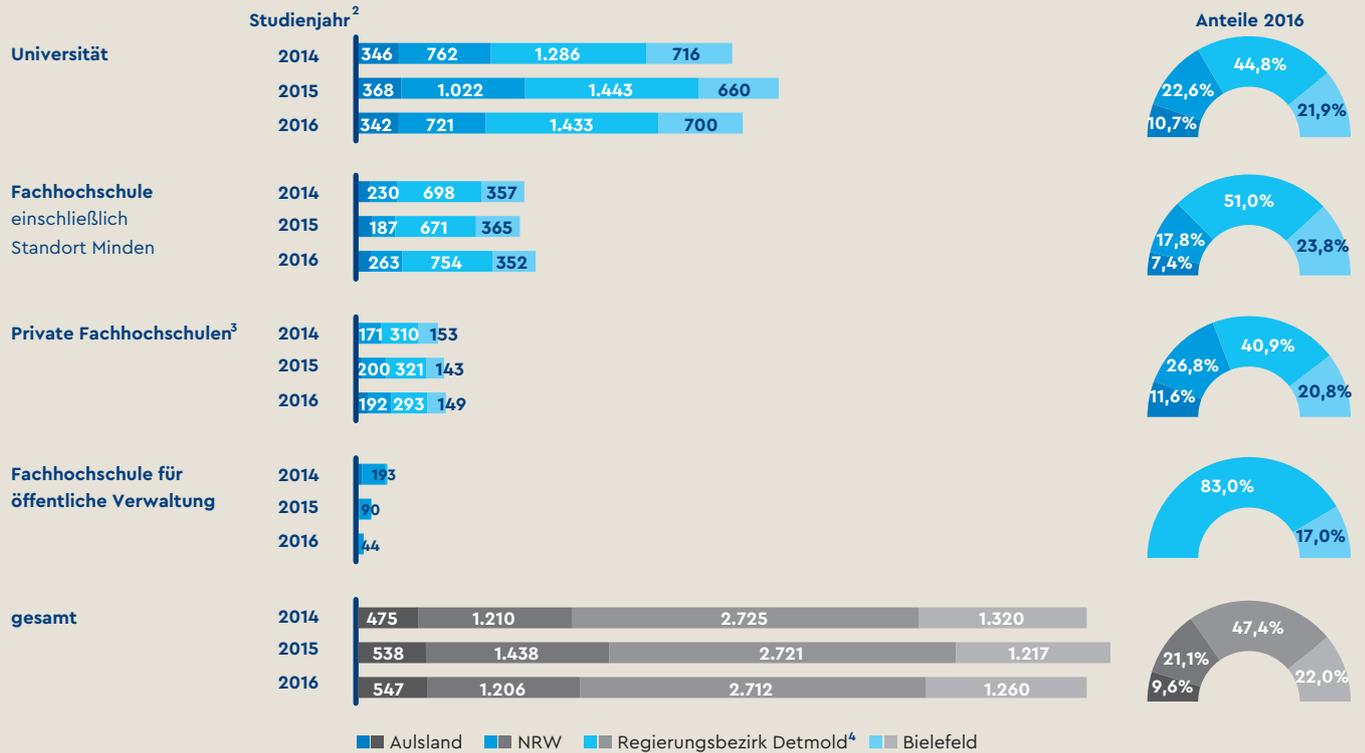
¹⁹³ Darin enthalten sind auch internationale Studierende und der G8-Effekt.

¹⁹⁴ Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2016:126/141.

StudienanfängerInnen im 1. Hochschulsesemester an Hochschulen in Bielefeld¹

Abb. 61

nach dem Ort der Hochschulzugangsberechtigung



1 einschl. Standort Minden der FH Bielefeld – Haupthörer 1. Studienfach

2 Sommersemester und darauffolgendes Wintersemester

3 FHM FH des Mittelstandes ohne Standorte in Köln und Pulheim, FHDW FH der Wirtschaft Paderborn in Bielefeld und FH der Diakonie Bielefeld-Bethel

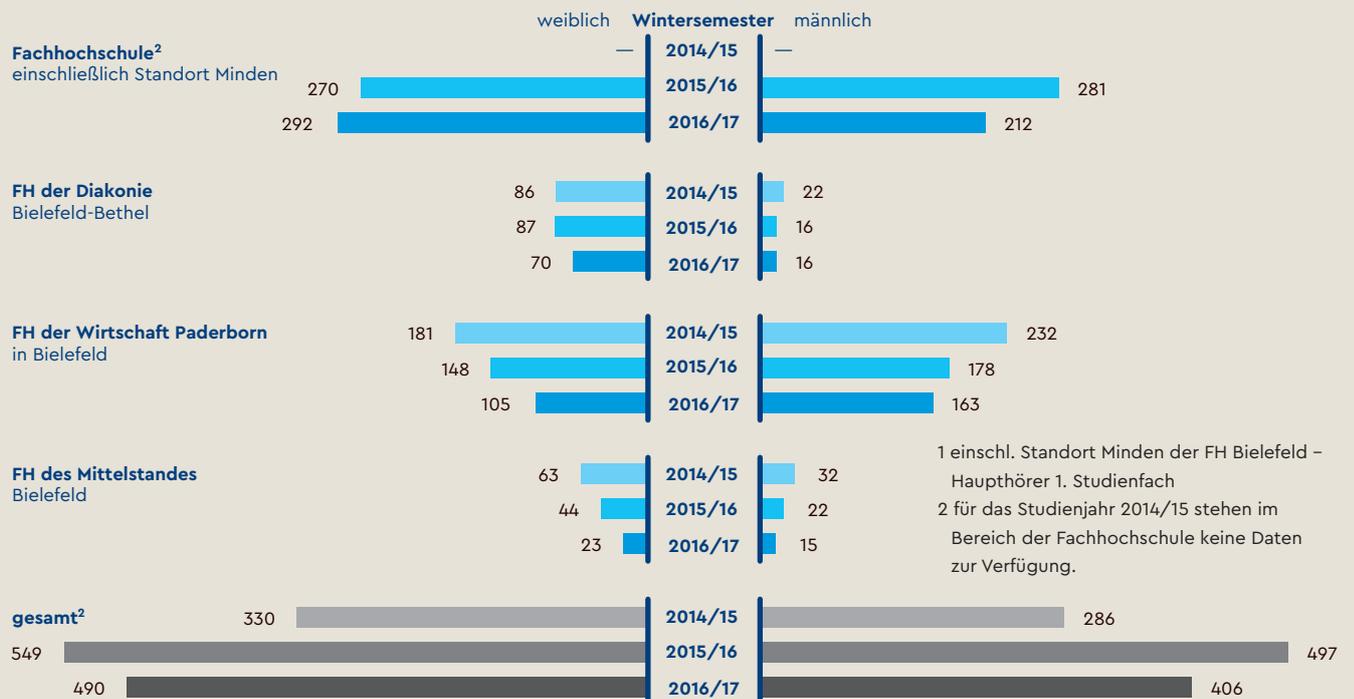
4 ohne Bielefeld

Quelle: IT.NRW, Amtliche Hochschulstatistik, Düsseldorf, 2017

Dual Studierende an Fachhochschulen in Bielefeld¹

Abb. 62

in den Wintersemestern 2014/15 bis 2016/17 nach Geschlecht



1 einschl. Standort Minden der FH Bielefeld – Haupthörer 1. Studienfach
2 für das Studienjahr 2014/15 stehen im Bereich der Fachhochschule keine Daten zur Verfügung.

Quelle: IT.NRW, Amtliche Hochschulstatistik, Düsseldorf, 2017

B4-3 Postgraduierte Abschlüsse an Bielefelder Hochschulen

Die Anzahl an Promotionen ist bundesweit in den letzten Jahren angestiegen. Dieser Trend ist auch an den Bielefelder Hochschulen zu beobachten. Zwischen 2011 und 2015 stieg er um annähernd 33 Prozent auf 238 Promotionen in 27 Fächern. Die MINT-Fächer hatten dabei einen Anteil von 45 Prozent.

Abb. 63

Promotionen an der Universität Bielefeld

Quelle: IT.NRW, Amtliche Hochschulstatistik, Düsseldorf, 2017

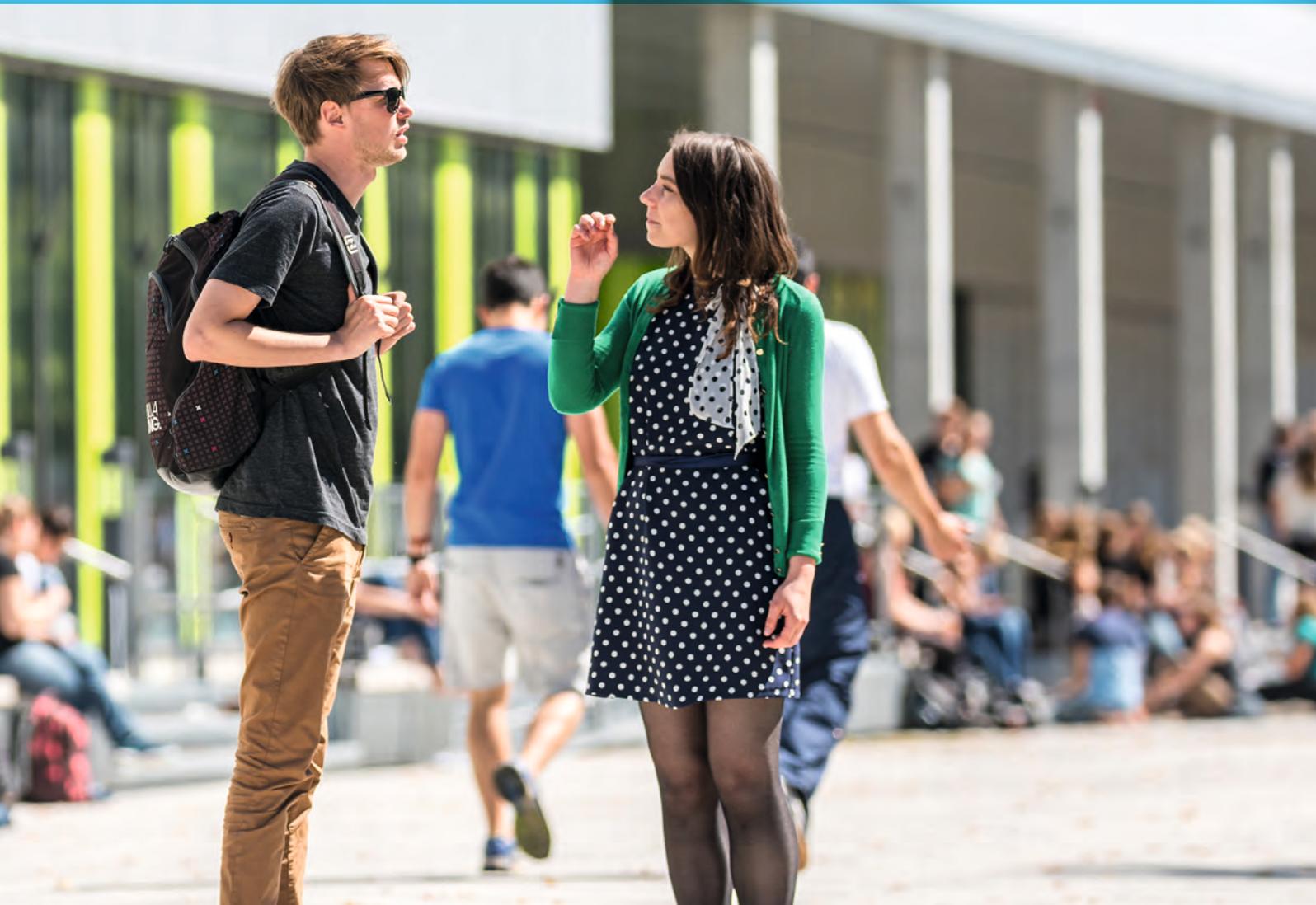
Fazit

Mit annähernd 39.700 Studierenden hat der Hochschulstandort Bielefeld seinen bislang höchsten Stand erreicht. Rund 24.400 Studierende nutzen das Studienangebot der Universität Bielefeld, an der Fachhochschule sind annähernd 10.000 Studierende eingeschrieben. Weiterhin studieren mehr Frauen als Männer an der Universität, während sich das Bild an den Fachhochschulen umgekehrt darstellt. Die Hochschulzugangsberechtigung haben 2016/17 74 Prozent der in Bielefeld im 1. Hochschulsemester Studierenden an einer Schule in NRW erworben.

Lerndimension „Lernen zu handeln“



Die Lerndimension „Lernen zu Handeln“ nimmt die berufliche Bildung in den Blick und umfasst die drei Themenbereiche „Einstieg in die Berufsausbildung“ (C1), „Management der Übergänge zwischen Schule und Beruf“ (C2) und „Qualifikationsanpassung und -erweiterung“ (C3).



C1 Versorgung mit beruflicher Ausbildung

Die nachfolgend unter C1 dargestellten Kennzahlen und Indikatoren liefern einen Überblick über das in Bielefeld bestehende Angebot der berufsbildenden Schulen. Des Weiteren wird die regionale Ausbildungsplatzsituation anhand der Angebots-Nachfrage-Relation (ANR) und der erweiterten ANR näher betrachtet sowie die Entwicklung neu abgeschlossener und vorzeitig aufgelöster Ausbildungsverträge, differenziert nach Kammern, beleuchtet. Die Übergänge neu eingetretener Schülerinnen und Schüler in die Teilbereiche des beruflichen Ausbildungssystems¹⁹⁵ liefern Erkenntnisse über den gelingenden, bzw. zunächst nicht gelingenden Einstieg in eine vollqualifizierende Ausbildung.¹⁹⁶

C1-1 Berufsbildung an Berufskollegs

Das berufliche Schulsystem in NRW bietet ein umfangreiches Spektrum sowohl schulischer als auch beruflicher Qualifizierungen und Abschlüsse an. Berufliche und allgemeine Bildung werden im Rahmen der Bildungsgänge miteinander verzahnt und sind darauf ausgerichtet, eine breit gefächerte Handlungskompetenz zu fördern. Im Mittelpunkt der Betrachtung steht die Entwicklung der Schülerzahlen an den Berufskollegs im Kontext der Bildungsgänge.

12 Berufskollegs in Bielefeld

Die Bildungsgänge der 12 Bielefelder Berufskollegs, von denen sich sechs in städtischer und weitere sechs in nichtstädtischer Trägerschaft befinden, unterteilen sich in berufsspezifische Fachbereiche, Berufsfelder, Fachrichtungen und fachliche Schwerpunkte.

Ein Merkmal der Bildungsangebote der Berufskollegs ist die in der Regel bestehende Möglichkeit, eine berufliche Qualifizierung mit dem Erwerb eines allgemeinbildenden (Schul-)Abschlusses zu verbinden, der über dem bisher erreichten Bildungsabschluss liegt. Die an den Berufskollegs zu erwerbenden beruflichen Qualifikationen reichen von der:

- Ausbildungsvorbereitung auf einen späteren Beruf,
- über die Berufsfachklassen, die schulische und berufliche Abschlüsse ermöglichen,
- die Berufsfachschulen, die auch die Fachhochschulreife beinhalten können,
- bis hin zum beruflichen Gymnasium und den 2- bis 3- jährigen Fachschulen jeweils mit Berufsabschlüssen nach Landesrecht.¹⁹⁷

Damit bieten die Berufskollegs ein aufeinander aufbauendes, hochgradig durchlässiges und an eine breite Adressatengruppe gerichtetes System der beruflichen Bildung an.

In den zurückliegenden Jahren ist die Nachfrage nach Angeboten der Bielefelder Berufskollegs leicht rückläufig. Die Schülerzahlen verringerten sich kontinuierlich. Besuchten im Schuljahr 2010/11 noch 18.107 Schülerinnen und Schüler die Bielefelder Berufskollegs, ging diese Zahl bis zum Schuljahr 2016/17 um 5,9 Prozent auf 17.029 zurück. Auch in der Funktion als Anschlussperspektive an die Sekundarstufe I entschieden sich weniger Schülerinnen und Schüler für ein Angebot an einem Berufskolleg. Im Jahr 2012 wechselten noch 57 Prozent der Bielefelder Schülerinnen und Schüler nach der Sekundarstufe I in einen Bildungsgang an einem Berufskolleg, im Schuljahr 2016/17 verringerte sich der Anteil auf 46 Prozent.¹⁹⁸

Die Bildungsgänge der Berufskollegs sind dabei in unterschiedlichem Ausmaß von dieser Entwicklung betroffen. Während die schulische Berufsausbildung konstante Teilnehmerzahlen aufweist, stiegen sie im Segment der Vollzeitbildungsgänge in 2016 deutlich an.

Rückläufige Schülerzahlen an den Berufskollegs um 7,5 Prozent

Nur noch 46 Prozent eines Abgangsjahrgangs wechseln im Anschluss an die Sekundarstufe I auf ein Berufskolleg

¹⁹⁵ Duale Berufsausbildung, Berufsausbildung nach Landesrecht, (Höhere) Berufsfachschulen, berufliches Gymnasium und die Ausbildungsvorbereitung.

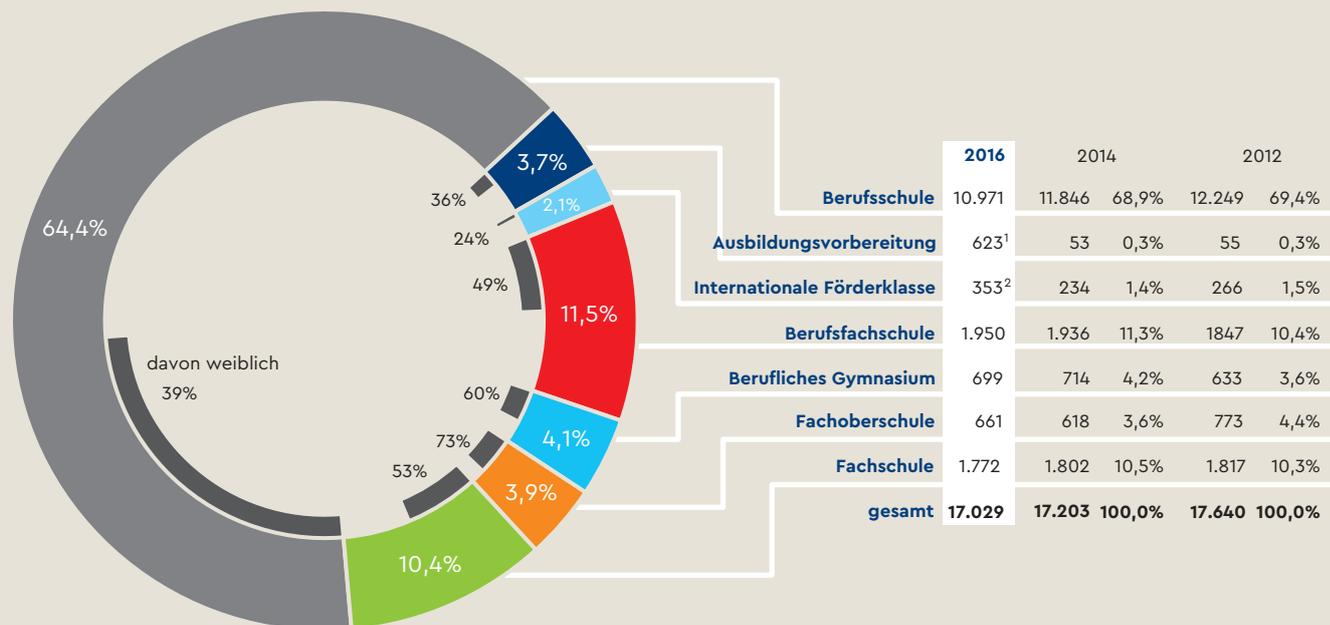
¹⁹⁶ Nach Berufsbildungsgesetz (BBiG), Handwerksordnung (HwO), Qualifizierungen nach Landesrecht.

¹⁹⁷ Vgl. Ausbildungsverordnung der Berufskollegs APO-BK SGV NRW 2016.

¹⁹⁸ Erfasst werden nur Abgänger aus der Sekundarstufe I von Bielefelder Schülerinnen und Schülern. Wechsel innerhalb der Berufskollegs oder Studienabbrecher, die eine Ausbildung im dualen System beginnen, wurden nicht erfasst.

Schülerzahlen an den Bielefelder Berufskollegs¹⁹⁹ nach Schulart und Geschlecht

Abb. 64



1 Bis 2014 als Berufsorientierungsjahr bezeichnet.
 2 Bis 2014 als Berufsgrundschuljahr bezeichnet.

Quelle: Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2017

Die Quote der Einpendler aus anderen Kommunen, die an Bielefelder Berufskollegs beschult werden, lag in 2012 bei 40 Prozent oder 7.200 Schülerinnen und Schülern. Trotz insgesamt rückläufiger Schülerzahlen an den Berufskollegs entschieden sich 8.796 Schülerinnen und Schüler (51,7 Prozent) aus angrenzenden Kommunen im Schuljahr 2016/17 eines der 12 Bielefelder Berufskollegs zu besuchen. Betrachtet man nur die öffentlichen Berufskollegs, pendeln 54,4 Prozent und damit mehr als jede zweite an einem der Bielefelder Berufskollegs beschulte Person ein. Rund 75 Prozent der Einpendler besuchen die Berufsschule im Kontext einer dualen Ausbildung.²⁰⁰ An die privaten Berufskollegs pendeln 34,5 Prozent (715) der insgesamt 2.074 Schülerinnen und Schüler aus anderen Kommunen ein.

54,4 Prozent der Schüler der Berufskollegs pendeln aus angrenzenden Kommunen ein

Nach derzeitigen Prognosen wird die Schülerpopulation in Bielefeld in den kommenden Jahren weiter ansteigen. Inwieweit es zu einer entsprechenden Entwicklung an den Berufskollegs kommen wird, lässt sich vor dem Hintergrund höherer Bildungsaspirationen aktuell nicht beantworten.

Für die Aufnahme einer dualen Ausbildung entschieden sich im Schuljahr 2016 deutlich weniger Jugendliche als in den Vorjahren. Hält dieser Trend an, kann das strukturelle Folgen für die Deckung des Fachkräftebedarfs in der Region nach sich ziehen (C1-2). Ein sukzessives Abschmelzen der Schülerzahlen im Segment der dualen Ausbildung hat auch Auswirkungen auf die inneren Strukturen der Berufskollegs, da die Bildungsgänge der dualen Ausbildung eine prominente Position einnehmen. Sie repräsentieren 2016 über 64 Prozent der Schülerschaft.

199 Alle Daten beziehen sich auf einen Erhebungsstichtag. Veränderungen innerhalb des Schuljahres werden nicht erfasst.
 200 In Bielefeld besteht ein hoher Anteil an Bezirksfachklassen, um berufsschulische Ausbildung im gesamten Regierungsbezirk abdecken zu können und niederfrequente Fachklassen zu vermeiden.

C1-2 Angebots-Nachfrage-Relation in der dualen Berufsausbildung, neu abgeschlossene Ausbildungsverträge und Abbrüche

Die Angebots-Nachfrage-Relation (ANR) in der dualen Berufsausbildung stellt eine ausbildungspolitisch wichtige Steuerungsgröße da. Sie gibt das Verhältnis zwischen Ausbildungsplatzangebot und Ausbildungsplatznachfrage an²⁰¹ und liefert damit sowohl Erkenntnisse über den Grad der Versorgung auf dem Ausbildungsmarkt, als auch Entscheidungshilfen für Betriebe und Absolventen. Für leistungsschwächere Jugendliche gestaltet sich der Übergang in eine duale Ausbildung bei negativer ANR problematisch. Sie müssen zunächst in sogenannte Warteschleifen im Übergangssystem oder vollzeitschulische Alternativen ausweichen.²⁰²

Weiterhin weniger Neuverträge in der dualen Ausbildung

Innerhalb des Berufsausbildungssystems ist der Bereich der dualen Ausbildung seit Jahren von einer kontinuierlich rückläufigen Entwicklung gekennzeichnet.²⁰³ Zwischen 2009 und 2016 wurden bundesweit 7,8 Prozent weniger Ausbildungsverträge abgeschlossen. Gleichzeitig steigt der Anteil unbesetzter Ausbildungsstellen im gleichen Zeitraum kontinuierlich an. Während das Ausbildungsplatzangebot in 2016 nahezu konstant im Vergleich zum Vorjahr war, zeichnet sich bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen erneut eine leichte Verringerung ab.²⁰⁴ Hinter den aggregierten Daten über alle Bundesländer hinweg zeigen sich jedoch regional deutliche Unterschiede. So weisen z. B. Bayern und Bremen für 2016 einen Anstieg neu abgeschlossener Ausbildungsverträge und Nordrhein-Westfalen, Hessen, Hamburg und Schleswig-Holstein rückläufige Zahlen aus.²⁰⁵

Anteil unbesetzter Ausbildungsstellen steigt an

Die Angebots-Nachfrage-Relation hat sich, so der Berufsbildungsbericht (2017), bundesweit für das Jahr 2016 mit einem Wert von 104,2 Prozent positiv, zugunsten der Nachfragenden entwickelt. Dem entgegen kommt der Bundesbildungsbericht zu dem Ergebnis, dass die Nachfrage das Angebot um 7 Prozent übersteigt und somit weiterhin kein auswahlfähiges Angebot vorliegt. Ursächlich dafür ist u. a. das Absinken der Ausbildungs- und Ausbildungsbetriebsquote.²⁰⁶ Letztere hat sich in 2015 auf 20 Prozent verringert. In 2014 waren 57 Prozent der Betriebe in Deutschland ausbildungsberechtigt.²⁰⁷

Immer weniger Betriebe bilden aus

Im Bereich der Angebots-Nachfrage-Relation gehört Nordrhein-Westfalen 2016 mit einer ANR von 100 Prozent zu den Bundesländern, in denen Jugendliche mit ungünstigen Marktbedingungen konfrontiert sind. Gerade für Jugendliche mit niedrigem Bildungsabschluss gestaltet sich der Einstieg in eine duale Ausbildung bei einer ungünstigen ANR besonders schwierig.²⁰⁸

In Bielefeld hat sich die ANR in den letzten Jahren auf zuletzt 97,8 Prozent kontinuierlich verbessert. Gleichwohl lag im Ausbildungsjahr 2016 auch nach der zugrunde liegenden Definition kein auswahlfähiges Angebot für Jugendliche vor.

201 Methodische Erläuterung: Angebots-Nachfrage-Relation (ANR). Die ANR beschreibt die Relation zwischen dem Angebot an dualen Ausbildungsplätzen und der Nachfrage nach Ausbildungsplätzen und spiegelt damit näherungsweise die bestehende Knappheit des entsprechenden Angebots des dualen Ausbildungssystems wider. Das Angebot wird berechnet als Summe aus der bis zum 30.09. eines Jahres abgeschlossenen Auszubildendenverhältnisse (Neuverträge) und den bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) gemeldeten, aber unbesetzt gebliebenen Stellen. Die Nachfrage wird berechnet als Summe von Neuverträgen und den bei der BA gemeldeten unvermittelten bzw. unversorgten Bewerbern. Nachfragende Personen sind diejenigen, die eine entsprechende Meldung bei der Arbeitsagentur aufrechterhalten. Anderweitig versorgte Bewerber, die dennoch eine Ausbildung beginnen wollen, werden also nicht erfasst. Die ANR ist der Quotient von Angebot – geteilt durch Nachfrage.

202 Vgl. dazu auch: <https://www.bibb.de/de/4377.php>.

203 Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2016:101.

204 Berufsausbildungsbericht 2017:8ff.

205 ebda.

206 Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2016:106.

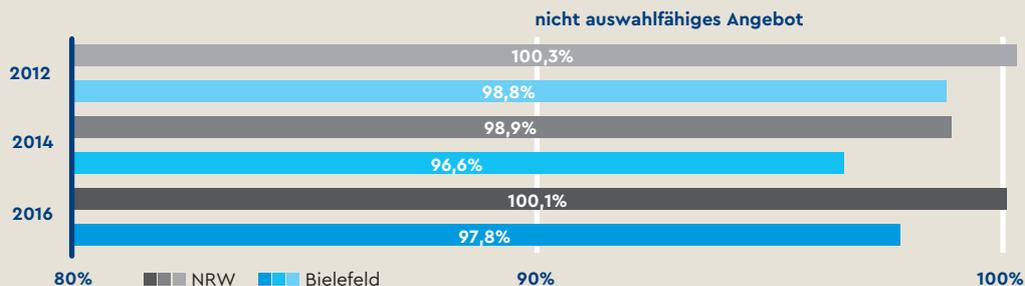
207 Vgl. Berufsausbildungsbericht 2017: 9.

208 Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2016:108.

Angebots-Nachfrage-Relation dualer Ausbildung

Abb. 65

Im Arbeitsagenturbezirk Bielefeld



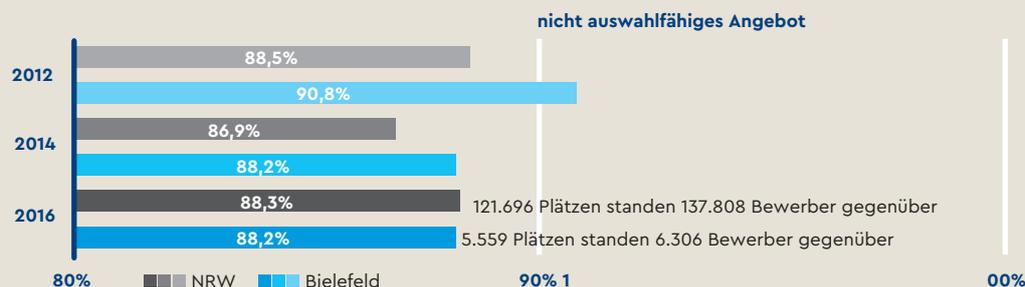
Quelle: Bundesagentur für Arbeit | Arbeitsmarktstatistik | Bundesinstitut für Berufsbildung (BiBB) 2014, und 2016

Eine Verschärfung erfährt die Situation, wenn alternativ zur ANR die erweiterte Angebots-Nachfrage-Relation herangezogen wird, die neben den unversorgten Jugendlichen auch diejenigen erfasst, die sich vorübergehend in Maßnahmen der Bundesagentur befinden. Im Jahr 2016 lag die erweiterte ANR auf Bundesebene bei 93,8 Prozent, das bedeutet eine Verbesserung um 0,3 Prozent zum Vorjahr. Bei ausschließlicher Betrachtung der Angebote von Ausbildungsbetrieben wurde eine Quote von 90,9 Prozent (Vorjahr 90,3 Prozent) erreicht. Eine besonders ungünstige Angebotskonstellation liegt auf der regionalen Ebene einzelner Agenturbezirke vor. Im Jahr 2016 lag die Quote in Bielefeld bei 88,2 Prozent und somit 0,8 Prozentpunkte höher als im Vorjahr.

Erweiterte Angebots-Nachfrage-Relation dualer Ausbildung

Abb. 66

Im Arbeitsagenturbezirk Bielefeld



Quelle: Bundesagentur für Arbeit | Arbeitsmarktstatistik | Bundesinstitut für Berufsbildung (BiBB) 2014 und 2016

Neben regionalen Disparitäten bei der Angebots-Nachfrage-Relation und der erweiterten Definition zeichnet sich darüber hinaus eine weitere Verschärfung zwischen den verschiedenen Ausbildungsbereichen ab. In Ausbildungsberufen, die ein geringes Qualifikationsniveau voraussetzen, übersteigt das Ausbildungsplatzangebot die Nachfrage. Hält diese Entwicklung an, wird es in einigen Berufssegmenten in den kommenden Jahren zu Engpässen kommen. In hochqualifizierten Ausbildungsberufen ist es umgekehrt, hier übersteigt die Nachfrage das Angebot deutlich.²⁰⁹

Die Entwicklung neu abgeschlossener Ausbildungsverträge weist in den letzten Jahren in Bielefeld einen deutlichen Trend auf: In fast allen Ausbildungssegmenten zeichnet sich eine Verringerung der Vertragsabschlüsse ab, seit 2011 um 14 Prozentpunkte. In den Bereichen Industrie und Handel (-17,2) und Handwerk (-15,5) sind die Rückgänge besonders gravierend. Parallel kommt es zu deutlichen Verschiebungen in den schulischen Vorbildungen. Der Anteil der Jugendlichen mit mittlerem Abschluss und Studienberechtigung steigt, insbesondere bei den freien Berufen und im öffentlichen Dienst, aber auch, wenn auch nicht in gleichem Umfang, im Segment des Handwerks sowie der Industrie. Für Jugendliche mit unteren Bildungsabschlüssen bleiben somit nur wenige Berufssegmente, in die sie einmünden können.²¹⁰

Für Berufe mit geringerem Qualifikationsniveau kaum Nachfrage

14 Prozent weniger Ausbildungsvertragsabschlüsse in Bielefeld

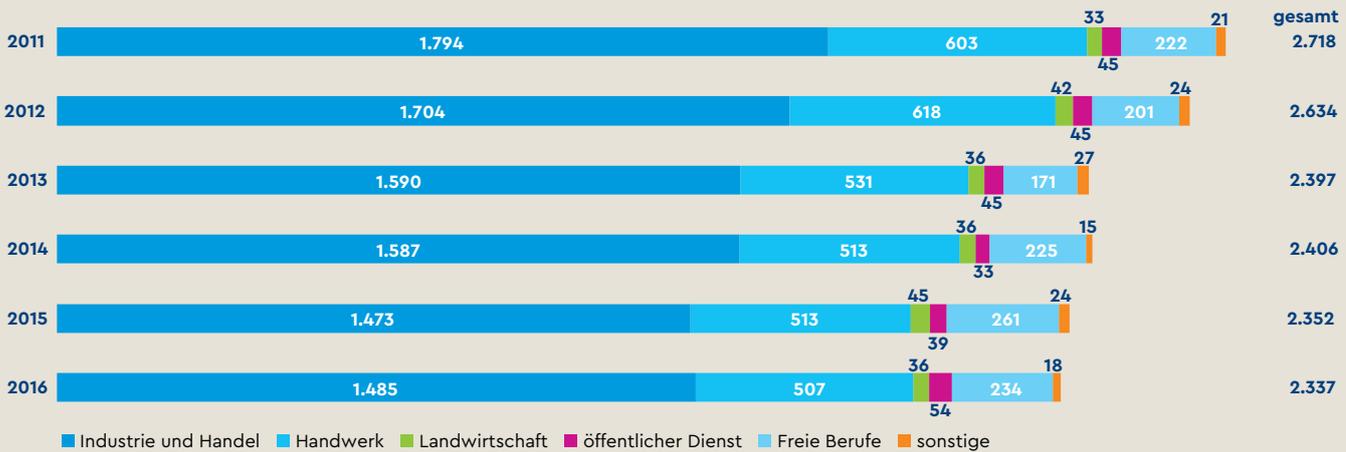
209 Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2016:108.

210 Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2016: 110ff.

Abb. 67

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in Bielefeld von 2011 bis 2016

zum Stichtag 31.12.



Quelle: IT-NRW, 2017

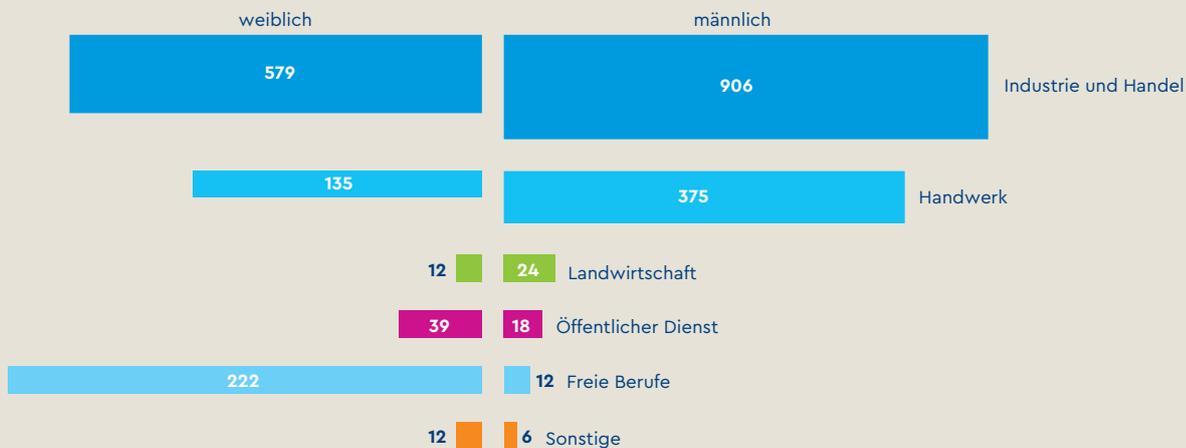
Die duale Ausbildung hat offensichtlich insbesondere für junge Frauen weiter an Attraktivität verloren. Dieser Trend ist bereits über einen längeren Zeitraum zu beobachten. Entschieden sich 2012 noch 1.131 Frauen für die Aufnahme einer dualen Ausbildung, waren es 2016 annähernd 12 Prozent weniger. In vollzeitschulischen Ausbildungen überwiegt hingegen der Anteil junger Frauen. Nach Erhebungen der Autorengruppe Bildungsberichterstattung avanciert der Bereich hochqualifizierter Ausbildungsberufe zu einem Abiturientenberuf, in dem der Frauenanteil bei über 50 Prozent liegt.²¹¹

Junge Frauen entscheiden sich häufiger gegen eine duale Ausbildung

Abb. 68

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 31. Dezember 2016

nach Ausbildungsbereich und Geschlecht in Bielefeld



Quelle: IT.NRW, 2017

Vertragsauflösung in der dualen Berufsausbildung

Vertragsauflösungen von Berufsausbildungen sind von verschiedenen Ursachen beeinflusst. Neben Eigenschaften des Berufs und der Branche sind personale Merkmale, wie z. B. Bildungsstand, Geschlecht und Staatsangehörigkeit wichtige Einflussgrößen,²¹² so lösen Jugendliche mit Hauptschulabschluss ihren Vertrag doppelt so häufig auf, wie Jugendliche mit Abitur.²¹³ (Abb. 69). 2015 lag die Quote der Vertragsauflösungen bundesweit bei 24,9 Prozent, wobei rund die Hälfte der Auflösungen auf einen Wechsel des Berufs oder des Betriebs zurück zu führen sind.

211 Berufsausbildungsbericht 2017:10.

212 Vgl. Autorengruppen Bildungsberichterstattung 2016:113.

213 Für diesen Teilbereich stehen auf kommunaler Ebene keine Daten zur Verfügung. Bezug genommen wird auf eine Erhebung der Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2016:114.

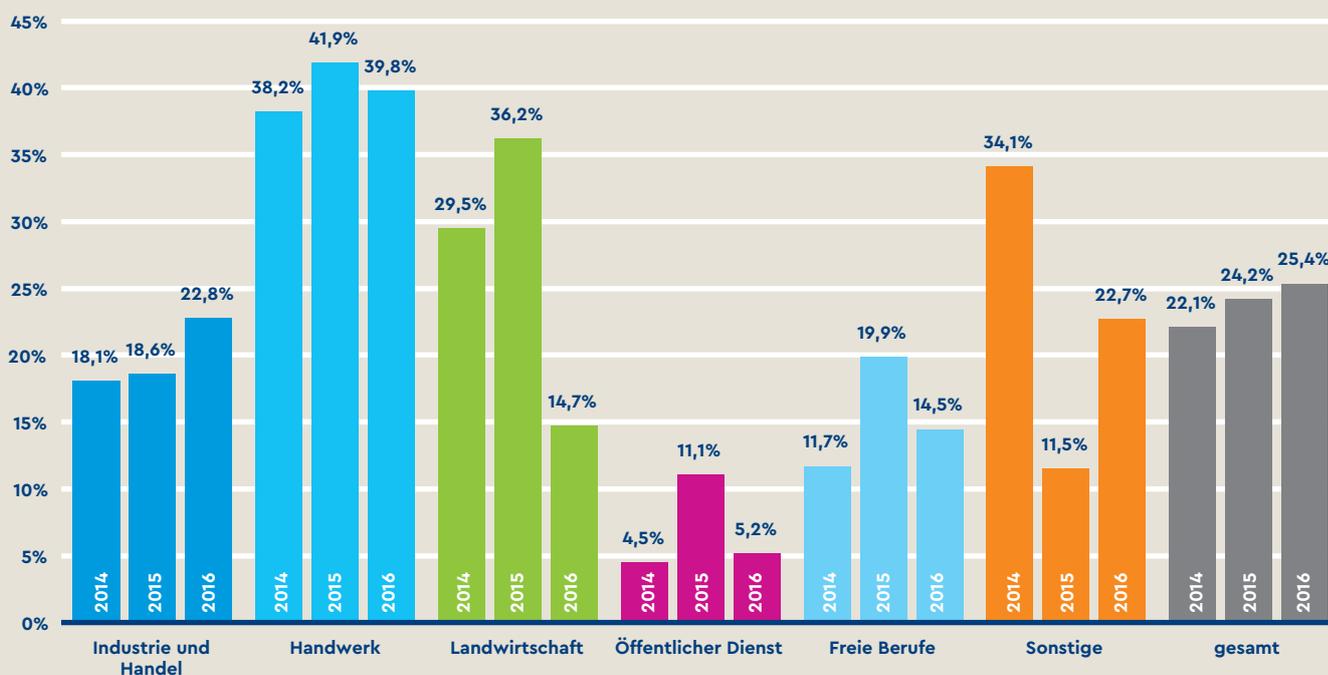
Die Quote der Ausbildungsabbrüche liegt in Bielefeld leicht über dem Durchschnitt

Überdurchschnittlich hohe Auflösungsquoten von Verträgen sind 2016 auf der Bundesebene mit 31 Prozent im Handwerk zu beobachten. Im öffentlichen Dienst rangieren die Quoten mit 6 Prozent am unteren Ende der Skala.

Im Zeitverlauf zeigt sich für Bielefeld ein leichter Anstieg der Auflösungsquoten von 22,1 Prozent (2014) auf 25,4 Prozent (2016), die damit insgesamt über dem Bundesdurchschnitt liegen. Mit annähernd 40 Prozent der Vertragsauflösungen liegen auch hier die Handwerksberufe auf dem Spitzenplatz. Im Gegensatz zu jungen Frauen lösen männliche Jugendliche im Handwerk fast doppelt so häufig ihre Ausbildungsverträge auf.

Auszubildende mit vorzeitig gelöstem Ausbildungsverhältnis in Bielefeld von 2014 bis 2016²¹⁴
zum Stichtag 31.12.

Abb. 69



Quelle: IT.NRW, 2017

Gemessen an der erweiterten Angebots-Nachfrage-Relation liegt für Bielefeld weiterhin kein auswahlfähiges Angebot im Bereich der dualen Ausbildung vor. Dies stellt sich vor allem für Jugendliche mit geringerem Qualifikationsniveau als problematisch dar. Parallel steigt die Quote unbesetzter Stellen, was auf ansteigende Passungsprobleme hinweist. Der rückläufige Trend bei Neuzugängen zum dualen System hält in Bielefeld auch 2016 an. Die Zahl der Ausbildungsabbrüche liegt über dem Bundesdurchschnitt.

214 Die Lösungsquote gibt den Anteil der vorzeitig gelösten Ausbildungsverträge an allen Neuabschlüssen wieder. Da zum aktuellen Berichtsjahr nicht bekannt ist, wie viele der Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Vertrag künftig noch den Vertrag vorzeitig lösen werden, wird bei der Berechnung der Lösungsquote ein Schichtenmodell herangezogen, das die Lösungsquote der aktuellen Ausbildungskohorte näherungsweise ermittelt. Die Lösungsquote wird gemäß Schichtenmodell ab dem Berichtsjahr 2010 als Summe der Teilquoten berechnet. Aus dem jeweils aktuellen Berichtsjahr stammen die Lösungsdaten. Diese werden nicht nach Ausbildungsjahren differenziert (Ausbildungsjahr, in dem derjenige war, dessen Vertrag gelöst wurde), sondern nach dem Jahr, in dem der Beginn des in z. B. 2010 gelösten Vertrags war. Die Daten zu den begonnenen Ausbildungsverträgen stammen aus den verschiedenen Berichtsjahren. (IT NRW April 2018, Referat 513, Düsseldorf).

C1-3 Übergänge in die Teilbereiche des Berufsbildungssystems

Anhand der Übergangsquoten in die drei Teilbereiche des Berufsbildungssystems (duales System, Schulberufs- und Übergangssystem) lässt sich nachzeichnen, welchem Anteil eines Abgangsjahres ein Einstieg in eine vollqualifizierende Berufsausbildung gelingt. Zum anderen wird offenkundig, wer zunächst nur einen Platz im Übergangssystem erhält und dort unter Umständen länger als ein Jahr auf einen Ausbildungsplatz warten muss.²¹⁵

Anhand der Entwicklung der Neuzugänge zur beruflichen Bildung lässt sich einerseits nachzeichnen, welche Anschlussperspektive nach Beendigung der allgemeinbildenden Schule gewählt wird und welche Vorqualifikation jeweils vorlag. Andererseits lassen sich die Verschiebungen zwischen den unterschiedlichen Ausbildungsbereichen hervorheben.²¹⁶

Von den rund 3.800 Schülerinnen und Schülern des Abgangsjahrgangs 2012 entschieden sich 43 Prozent zunächst für ein Studium, ein FSJ/BFD oder eine andere Alternative. 57 Prozent nahmen hingegen ein Angebot in einem der drei Teilbereiche des Berufsbildungssystems und damit einen der Bildungsgänge der Berufskollegs auf.

Im Abgangsjahr 2014 wechselten noch 47 Prozent (2.102 Schülerinnen und Schüler) im Anschluss an die Sekundarstufe I an ein Berufskolleg. Im Vergleich zu 2012 entschieden sich damit 10 Prozent weniger für einen der drei Bereiche des Ausbildungssystems. In 2016 verringerte sich der Anteil auf 46 Prozent bzw. 1.789 Schülerinnen und Schüler.

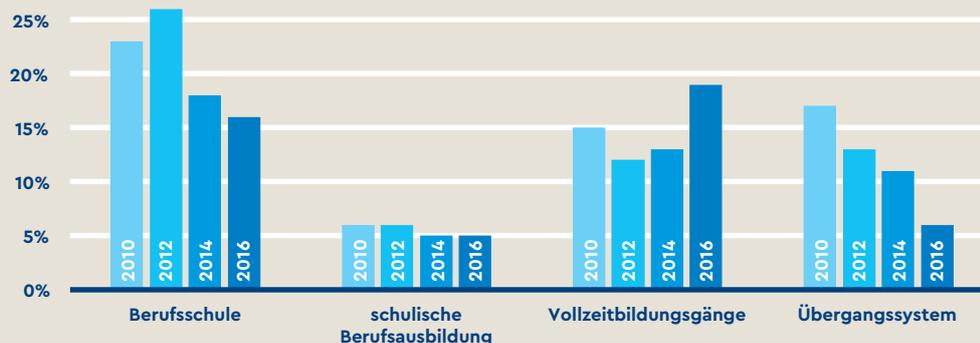
Neben der insgesamt rückläufigen Entwicklung innerhalb des beruflichen Ausbildungssystems lassen sich Verschiebungen zwischen den Ausbildungsbereichen beobachten. (Abb.70) Hier fallen insbesondere die Entwicklungen in den Bereichen der Vollzeitberufsbildung sowie im Übergangssystem auf. Die Neuausrichtung der Schülerpotentiale, vom Übergangssystem zu vollzeitschulischen Bildungsgängen, resultieren vor allem aus der Neustrukturierung der Bildungsgänge an den Berufskollegs. Während das Berufsgrundschuljahr, das vorher ein Angebotssegment im Übergangssystem war, nicht fortgeführt wird, wurden neue Angebote im Bereich der Berufsfachschule entwickelt, die vollzeitschulischen Bildungsgängen zu zurechnen sind.

Nur noch 46 Prozent des Abgangsjahrgangs 2016 entschieden sich für das berufliche Ausbildungssystem

Abb. 70

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 31. Dezember 2016

nach Ausbildungsbereich und Geschlecht in Bielefeld



Quelle: IT.NRW, 2017

215 Bei der Berechnung und Darstellung der Übergangsquoten in die drei Teilbereiche des beruflichen Ausbildungssystems muss berücksichtigt werden, dass in Bielefeld ein hoher Anteil auswärtiger Schülerinnen und Schüler, insbesondere in Fachklassen der dualen Berufsausbildung, beschult werden. Ihr Anteil kann nicht durchgängig trennscharf abgegrenzt werden. Ferner werden Jugendliche, die in einem Bielefelder Betrieb eine Ausbildung absolvieren, statistisch als Bielefelder gerechnet, auch wenn ihre Meldeadresse in anderen Kommunen liegt. Im Übergangssystem werden Einstiegsqualifizierungen (EQ), Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen (BvB inklusiv KSoB), das Berufsgrundschuljahr (BGJ) sowie das Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) erfasst.

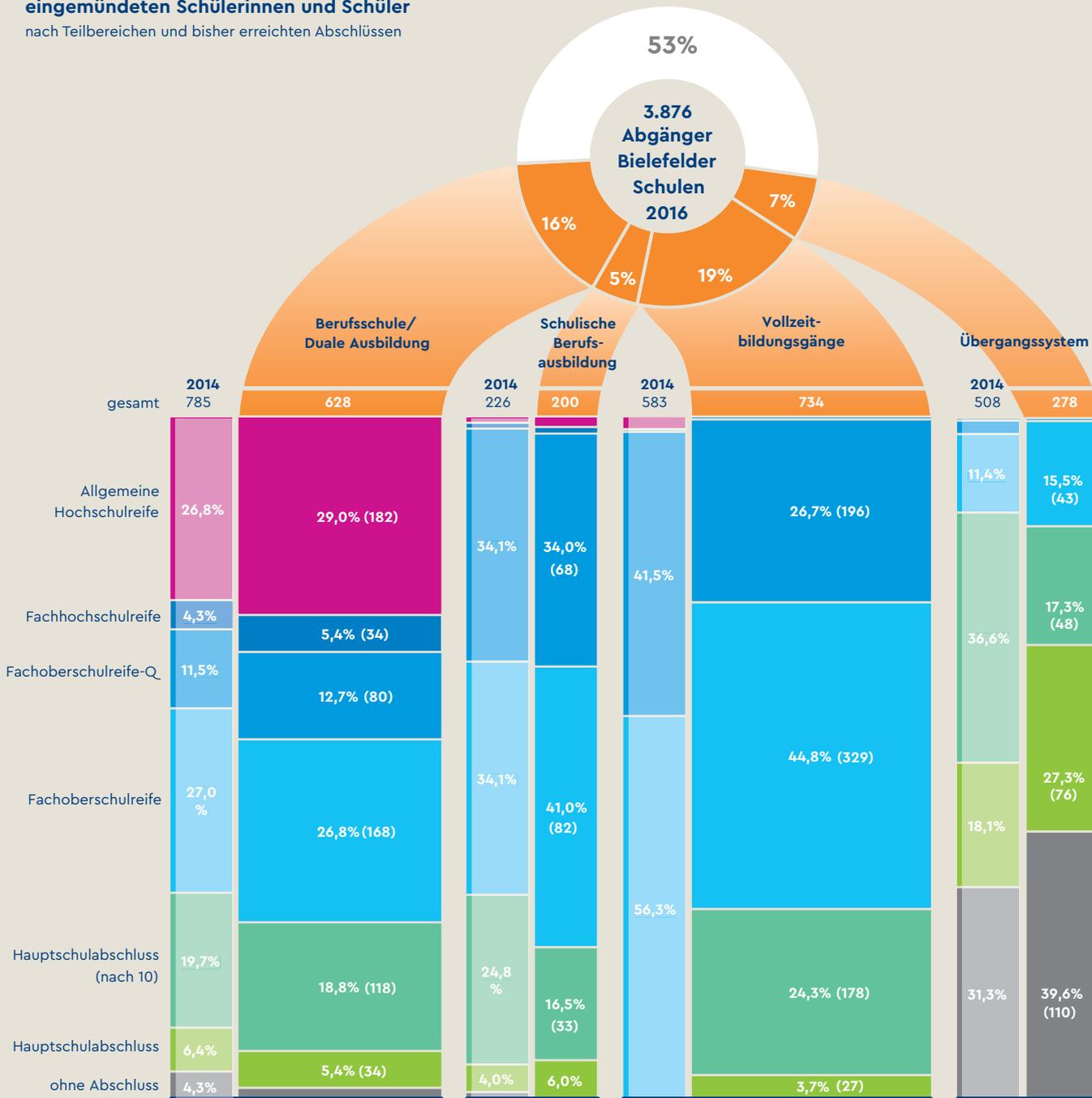
216 Im Rahmen des Dualen Systems steht an den Berufskollegs der theoretische Teil der beruflichen (Aus-)Bildung im Mittelpunkt, während im Schulberufssystem vollzeitschulische und berufsqualifizierende Abschlüsse erworben werden. Das Übergangs- oder Ausbildungsvorbereitungssystem umfasst die Bildungsangebote an den Berufskollegs, die zu keinem Ausbildungsabschluss führen, sondern durch die Erweiterung von Kompetenzen auf die Aufnahme einer Berufsausbildung vorbereiten oder den nachträglichen Erwerb eines Schulabschlusses ermöglichen. In das Übergangssystem münden zunächst berufsschulpflichtige Jugendliche ein, die weder einen Ausbildungsplatz noch einen Platz im Schulberufssystem gefunden haben.

Eine weitere Entwicklung zeichnet sich beim Vorbildungsniveau der Schülerinnen und Schüler ab. Der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Hauptschulabschluss ist im Bereich der dualen Ausbildung weiter zurückgegangen. Im Vergleich zu 2012 hat er sich halbiert. Der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die eine duale Ausbildung mit Fach- bzw. Hochschulzugangsberechtigung beginnen, ist angestiegen. Rund 40 Prozent der Auszubildenden verfügen über einen mittleren Bildungsabschluss.²¹⁷

Anteil der vom Abgangsjahrgang 2016 in die Berufskollegs eingemündeten Schülerinnen und Schüler

Abb. 71

nach Teilbereichen und bisher erreichten Abschlüssen



Quelle: Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2017

Für ein Angebot an einem der Bielefelder Berufskollegs entschieden sich 2016 nur 46 Prozent. 2012 waren es 57 Prozent. Während die Nachfrage nach einer dualen Berufsausbildung weiter abnimmt, steigt das Interesse an Vollzeitschulischen Bildungsgängen deutlich an. Im Segment der dualen Ausbildung verringern sich Hauptschulabschlüsse zunehmend zugunsten höherer Schulabschlüsse.

217 Eine weitere Differenzierung der Schülerinnen und Schüler nach Geschlecht und Migrationshintergrund ist unter C2-2 erfasst.

C2 Management der Übergänge zwischen Schule und Beruf

Der Übergang von der Schule in den Beruf ist in den letzten Jahren komplexer geworden und gestaltet sich für viele Jugendliche schwierig. Auf diese Entwicklung reagierte die Kommune bereits 2003 mit der Einrichtung der „JobServiceStelle“, die Angebote für Jugendliche der Rechtskreise SGB II, SGB III und SGB VIII aus einer Hand anbot. Das Bielefelder Jugendhaus war eine konsequente Weiterentwicklung. Eine Vielzahl von Beratungs- und Geldleistungen für Jugendliche im Übergang von der Schule zum Beruf konnte zentral in einem Gebäude abgerufen werden. Nach verschiedenen weiteren Entwicklungsschritten ging im Januar 2018 die Jugendberufsagentur an den Start. Diese Einrichtung bietet das gesamte Leistungsspektrum im Übergang für die Rechtskreise SGB II, SGB III und SGB VIII an. Darüber hinaus werden auch BAföG- und BuT-Anträge bearbeitet.

Die JobServiceStelle bündelt seit 2018 die Leistungen rund um die Ausbildung

Mit der Zusammenführung der Angebote der vier Institutionen (Agentur für Arbeit, Stadt Bielefeld, Jobcenter und REGE mbH) in einem Gebäude können Reibungsverluste zwischen den Rechtskreisen reduziert, optimaler aufeinander abgestimmt und Netzwerkooperationen vertieft werden. Beratungsprozesse lassen sich damit besser steuern und an die Anforderungen anpassen. Für Jugendliche werden Übergangsprozesse erleichtert, da ein Pendeln zwischen den Institutionen entfällt. Das Gesamtangebot wird von den folgenden vier Institutionen, mit den entsprechenden Leistungsmerkmalen angeboten:

Agentur für Arbeit

- Ausbildungsstellenvermittlung
- Berufsberatung
- Beratungsfachkräfte für Rehabilitation und Teilhabe

Jobcenter Arbeitplus

- Ausbildungsstellenvermittlung
- Fallmanagement
- Vermittlung
- Geldleistungsbereich

REGE mbH

- Kommunale Koordinierung
- KAUSA Servicestelle
- Schulsozialarbeit und Übergangsmanagement
- Jugend stärken im Quartier
- jugendspezifische Projekte

Stadt Bielefeld

- BAföG
- Bildung und Teilhabe

C2-1 Kommunale Koordinierung: Übergangsmanagement Schule und Beruf

Der Übergang von der Schule in eine berufsqualifizierende Ausbildung (Übergangssystem Schule-Beruf) stellt einen zentralen Schritt in der beruflichen Biographie junger Menschen dar. Jugendliche benötigen deshalb häufig eine berufliche Orientierung und Unterstützung bei der Berufswegeplanung. Für einen erfolgreichen Übergang sind flankierende Hilfen für einen Teil der Jugendlichen sinnvoll und notwendig.

Bielefeld ist Referenzkommune für das landesweite Übergangssystem „Kein Abschluss ohne Anschluss“

Nordrhein-Westfalen hat im Jahr 2012 landesweit das Übergangssystem „Kein Abschluss ohne Anschluss“ Übergang Schule – Beruf in NRW (KAoA) eingeführt. Damit wurden Voraussetzungen geschaffen, das Übergangssystem qualitativ weiterzuentwickeln. Bielefeld ist eine von sieben Referenzkommunen, in der die Umsetzung erprobt wurde. Die REGE mbH setzt seit 2012 die kommunale Koordinierung für die Stadt Bielefeld um.

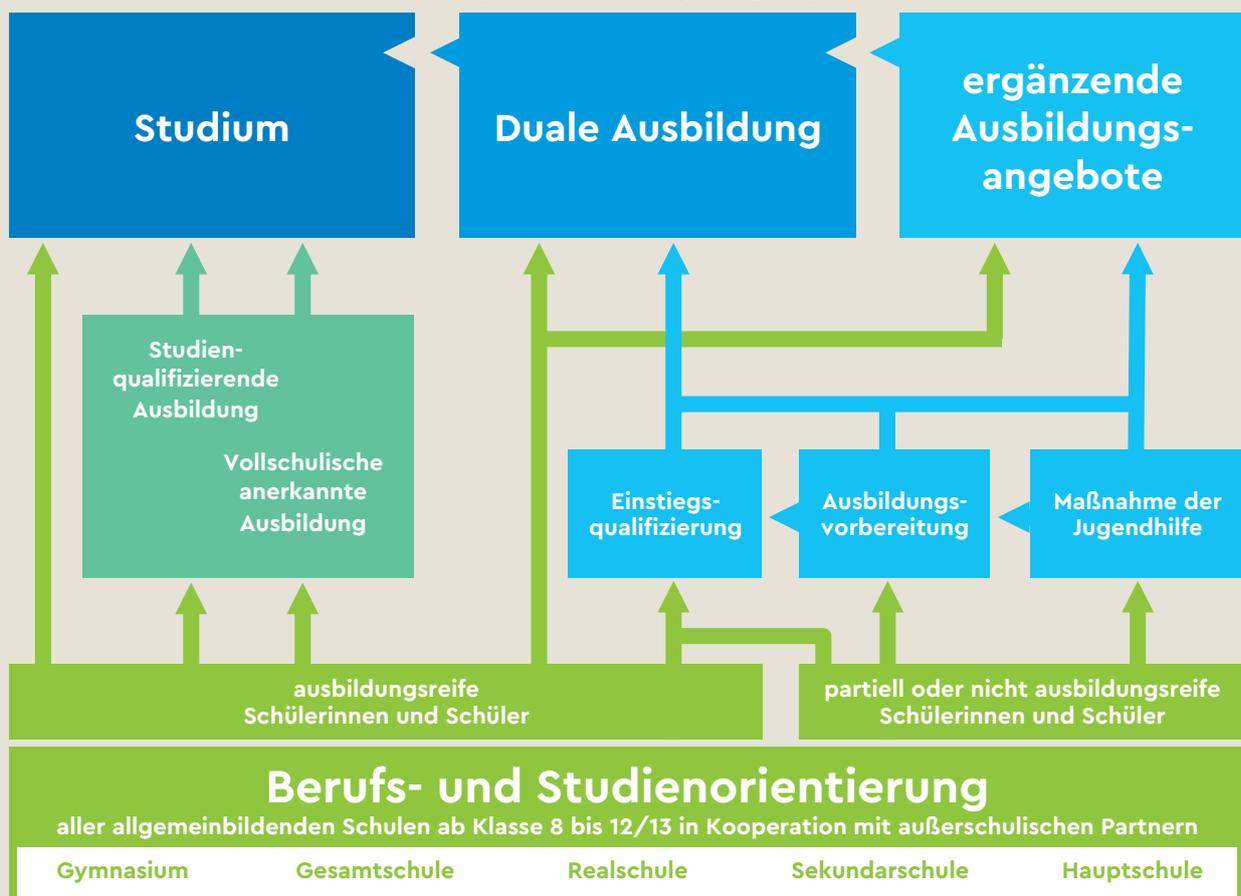
Neben der Angebots-Nachfrage-Relation (duale Ausbildung) beeinflussen individuelle Merkmale wie das erreichte schulische Qualifikationsniveau, der sozioökonomische Kontext, aber auch der Migrationshintergrund und das Geschlecht den erfolgreichen Übergang von der Schule in eine weiterführende Ausbildung oder ein Studium. Prozessorientierte Beratung und Betreuung sowie Hilfe bei der Steuerung der individuellen Übergangsprozesse fördern einerseits die individuelle Profilbildung bei den Schülerinnen und Schülern.

Gleichzeitig wird die Entwicklung von Kompetenzen unterstützt und an der Umsetzung realisierbarer Berufsziele gearbeitet, sodass ein linearer Übergang von der Schule in den Beruf gefördert und das Eintreten biographischer Brüche verringert wird.²¹⁸

Mit der Abbildung 72 wird schematisch der Übergangsprozess von der schulischen in eine weiterführende duale Ausbildung, ein Studium bzw. weitergehende Angebote verdeutlicht. Die Jugendberufshilfe hält mit der kommunalen Koordinierung für den Teil der Jugendlichen, die im Übergangsprozess Unterstützungsbedarf haben, ein breit gefächertes Maßnahmenangebot vor.

Abb. 72

Schematische Darstellung des Übergangssystems Schule-Beruf



In Anlehnung an: Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes NRW (2012): „Kein Abschluss ohne Anschluss – Übergang Schule-Beruf in NRW.“

Die Steuerung des neuen Übergangssystems erfolgt über den Jugendbeirat der Stadt, in dem die relevanten Akteure – Kommune, Agentur für Arbeit, Jobcenter, Vertreter der Schulen sowie die Kammern und der DGB – vertreten sind. Eine der zentralen Aufgaben im KAOA-Konzept ist das langfristige Monitoring über den Bildungsweg von Schülerinnen und Schülern, das mit dem Schuljahr 2016/17 inzwischen fast alle Schulformen erfasst.²¹⁹

218 Bylinski (2013).

219 <http://www.kommunale-koordinierung.com/monitoring/>.

C2-2 Verlaufsbeobachtung des Verbleibs von Schulabgängern

Aus kommunaler Sicht ist nicht nur der direkte Verbleib von Schülerinnen und Schülern im Anschluss an die allgemeinbildenden Schulen von Bedeutung, sondern auch die weitere bildungsbiographische Entwicklung in den Folgejahren. Ein längerer Verbleib im Übergangssystem und die Drop-Out-Problematik²²⁰ liefern in Verbindung mit den Merkmalen „Geschlecht“ und „Migration“ Hinweise auf das Ausmaß von Verzögerungen beim Einstieg in die berufliche Zukunft und den Abbau von sozialer Benachteiligung. Der Indikator stellt heraus, welchem Anteil der direkte Übergang in Schule, Ausbildung oder Arbeit gelingt und wie hoch der Anteil derjenigen ist, die zunächst in das Übergangssystem einmünden.

Im Fokus des Lernreports 2014 standen die Abgangsjahre 2009, 2010 und 2011 der Förder-, Haupt und Gesamtschulen sowie die sich anschließende biographische Verlaufsbeobachtung der Schülerinnen und Schüler. Männliche Jugendliche mit Migrationshintergrund waren, so ein zentrales Ergebnis, demnach besonders häufig mit Übergangsproblematiken im Anschluss an die allgemeinbildende Schule konfrontiert. Während diese Teilgruppe im Segment der betrieblichen Ausbildung unterrepräsentiert war, lag ihr Anteil im Übergangssystem über dem Durchschnitt. Die aktuelle Übergangs- und Verlaufsbeobachtung erfasst jetzt ergänzend auch Schülerinnen und Schüler der Realschulen. Im Mittelpunkt stehen die Abgangsjahre 2014 bis 2017 sowie der sich anschließende Verlauf.

Abgängerinnen und Abgänger 2014

2014 betrug die erfasste Abgangspopulation 2.050 Schülerinnen und Schüler, von denen rund 50 Prozent einen Migrationshintergrund aufwiesen. Wird die Verbleibskategorie „im Beratungsprozess“ unter dem Übergangssystem als zunächst Unversorgte subsumiert, waren in dem Jahrgang rund 24 Prozent aller erfassten Jugendlichen zunächst ohne substantielle Perspektive.

Das Merkmal „Migration“ ist im Übergangssystem mit 61 Prozent stark ausgeprägt. Dagegen besitzen aber nur 42 Prozent der Jugendlichen, die eine betriebliche Ausbildung aufnehmen, einen Migrationshintergrund. Mehr als die Hälfte der Abgängerinnen und Abgänger des Jahrgangs entscheidet sich für einen schulischen Anschluss. Ein Jahr später verringerte sich die Zahl der Schülerinnen und Schüler im Übergangssystem um 80 Prozent. Gleichwohl blieben 230 Jugendliche weiterhin ohne tragfähige Perspektive. 2 Jahre nach dem Abschluss der Sekundarstufe I waren noch 85 Jugendliche unversorgt.

Abgängerinnen und Abgänger 2015

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler im Abgangsjahrgang 2015 war mit 1.989 ähnlich der Anzahl aus 2014. Der Migrationsanteil lag bei 50 Prozent. Die stärkste Teilgruppe bestand mit 52 Prozent (539) aus männlichen Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die im Anschluss an die Sekundarstufe I zunächst in das Übergangssystem einmündeten, lag mit 23 Prozent (455) marginal über dem Vorjahreswert.

In eine Ausbildung mündeten 21 Prozent (426) der im Fokus stehenden Abgängerinnen und Abgänger ein. Der Anteil junger Frauen, die eine duale Ausbildung begonnen, lag bei 38 Prozent. Für 1.015 Schülerinnen und Schüler (51 Prozent) des Abgangsjahres stellte ein schulisches Angebot zunächst eine adäquate Anschlussperspektive dar. Im schulischen Bereich lag der Anteil junger Frauen bei 55 Prozent.

Ein Jahr nach Verlassen der allgemeinbildenden Schule konnten weitere 27 Prozent der Jugendlichen, die im Anschluss an die allgemeinbildende Schule 2015 vorübergehend in das Übergangssystem eingemündet waren, in eine schulische, betriebliche oder überbetriebliche Ausbildung vermittelt werden. 42 Prozent der Jugendlichen blieben ohne konkretes Angebot weiter im Prozess oder lösten sich aus dem Beratungskontext. Im Übergangssystem verblieben weiterhin 25 Prozent.

²²⁰ Unter die „Drop-Out-Problematik“ fallen alle Jugendlichen, die die Beratung bzw. die Zusammenarbeit mit dem Übergangsmanagement aus ungeklärten Gründen abbrechen.

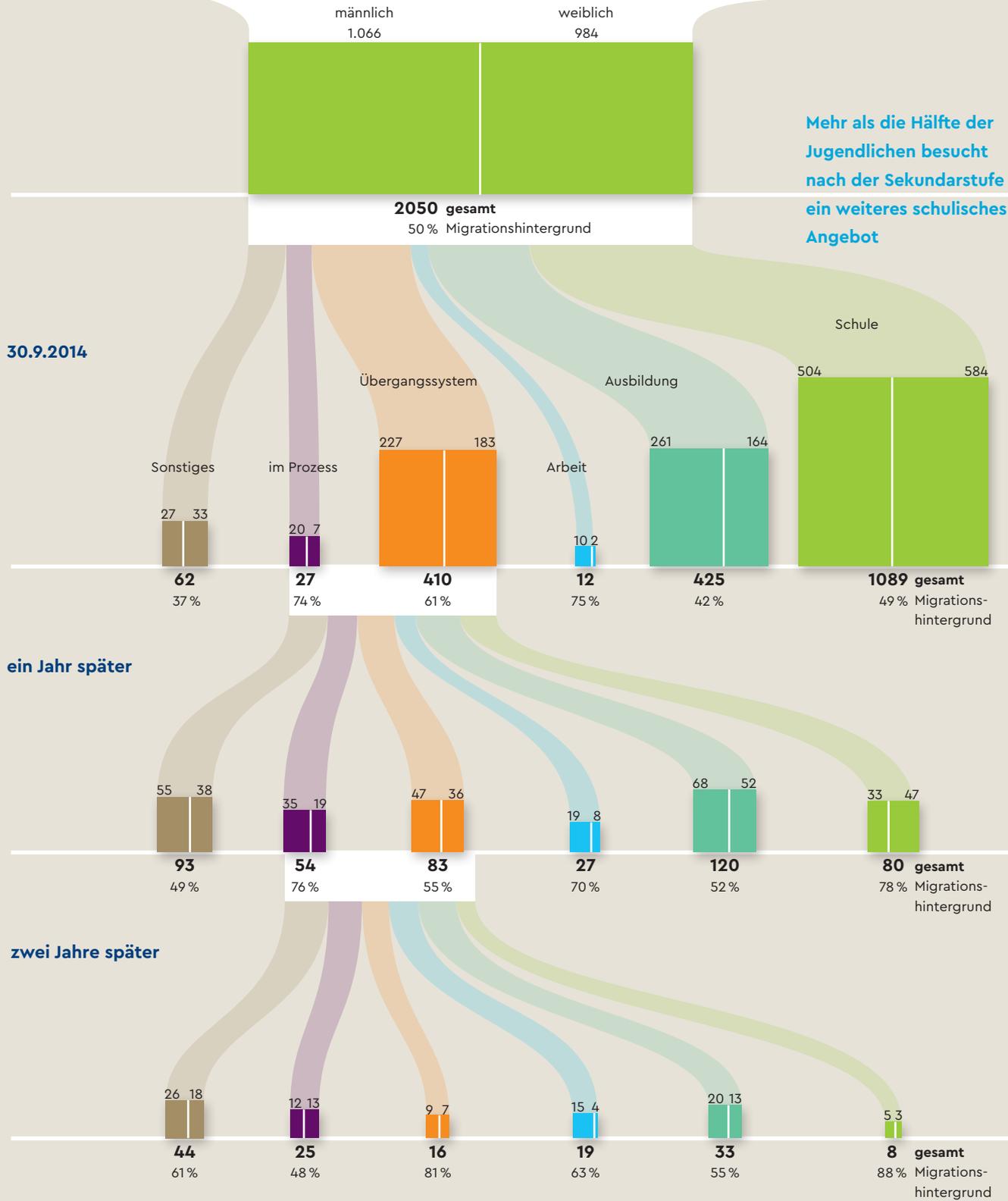
Migration ist mit 61 Prozent im Übergangssystem überrepräsentiert

23 Prozent der Jugendlichen mündet 2015 nach der Sekundarstufe I zunächst in das Übergangssystem ein

Verbleib der Schülerinnen und Schüler von Förder-, Haupt-, Real- und Gesamtschulen im kommunalen Übergangsmanagement des Abgangsjahres 2014 im Zeitverlauf

Abb. 73

Abgangsjahrgang 2014 der Bielefelder Förder-, Haupt-, Real- und Gesamtschulen

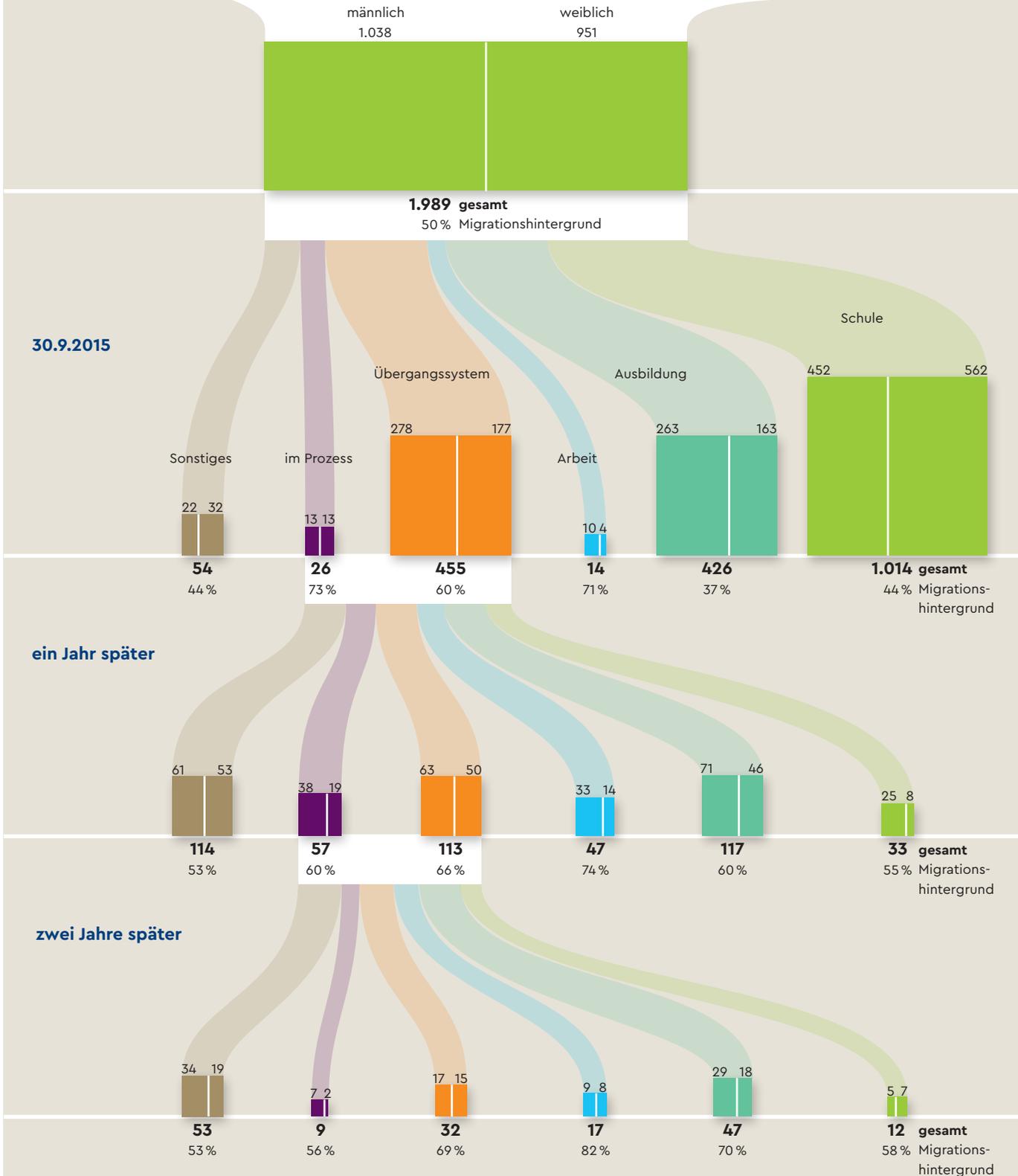


Quelle: Jugendberufshilfe der REGE mbH 2018

Abb. 74

Verbleib der Schülerinnen und Schüler von Förder-, Haupt-, Real- und Gesamtschulen im kommunalen Übergangsmanagement des Abgangsjahres 2015 im Zeitverlauf

Abgangsjahrgang 2015 der Bielefelder Förder-, Haupt-, Real- und Gesamtschulen

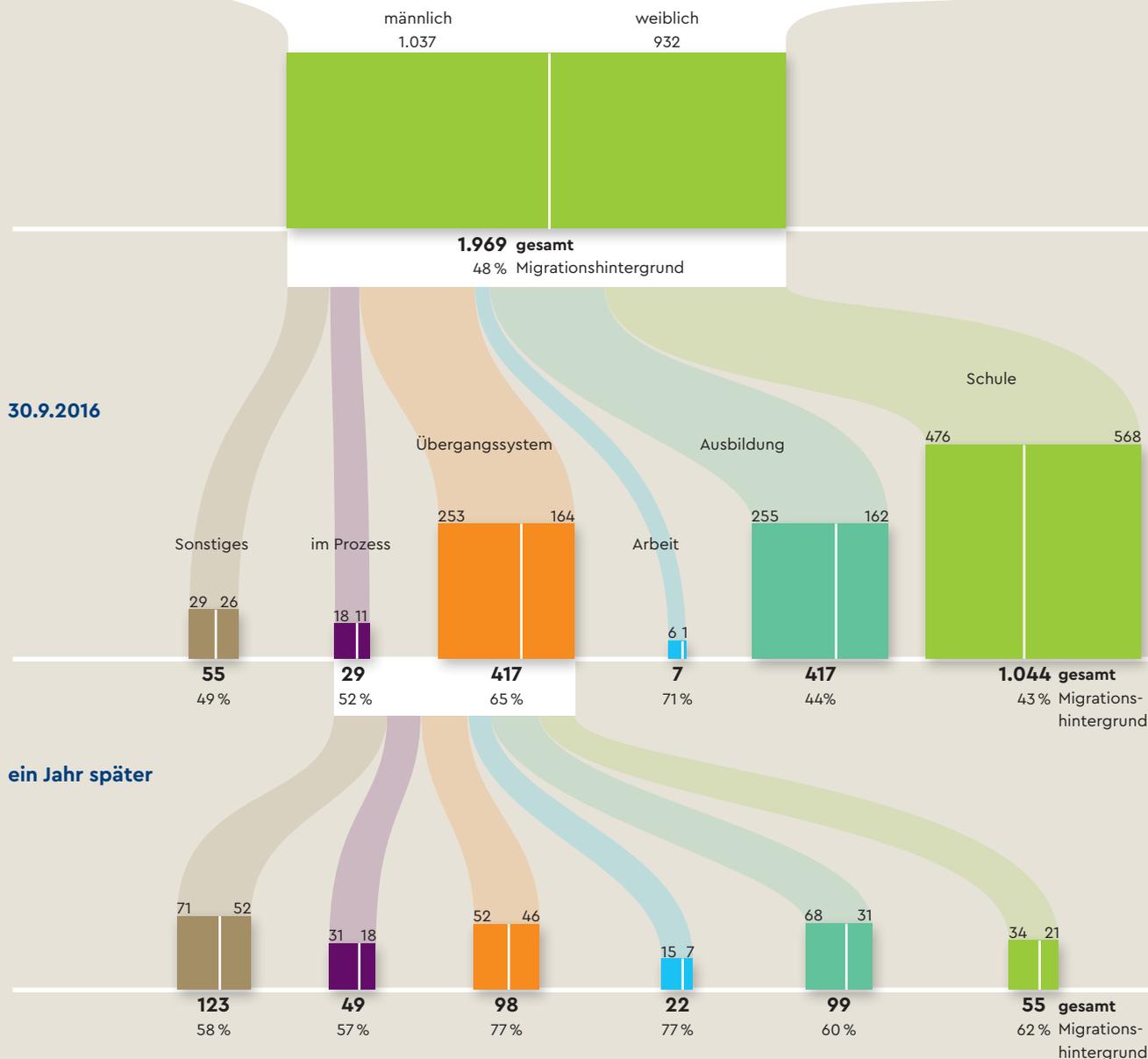


Quelle: Jugendberufshilfe der REGE mbH 2018

Verbleib der Schülerinnen und Schüler von Förder-, Haupt-, Real- und Gesamtschulen im kommunalen Übergangsmanagement des Abgangsjahres 2016 im Zeitverlauf

Abb. 75

Abgangsjahrgang 2016 der Bielefelder Förder-, Haupt-, Real- und Gesamtschulen



Quelle: Jugendberufshilfe der REGE mbH 2018

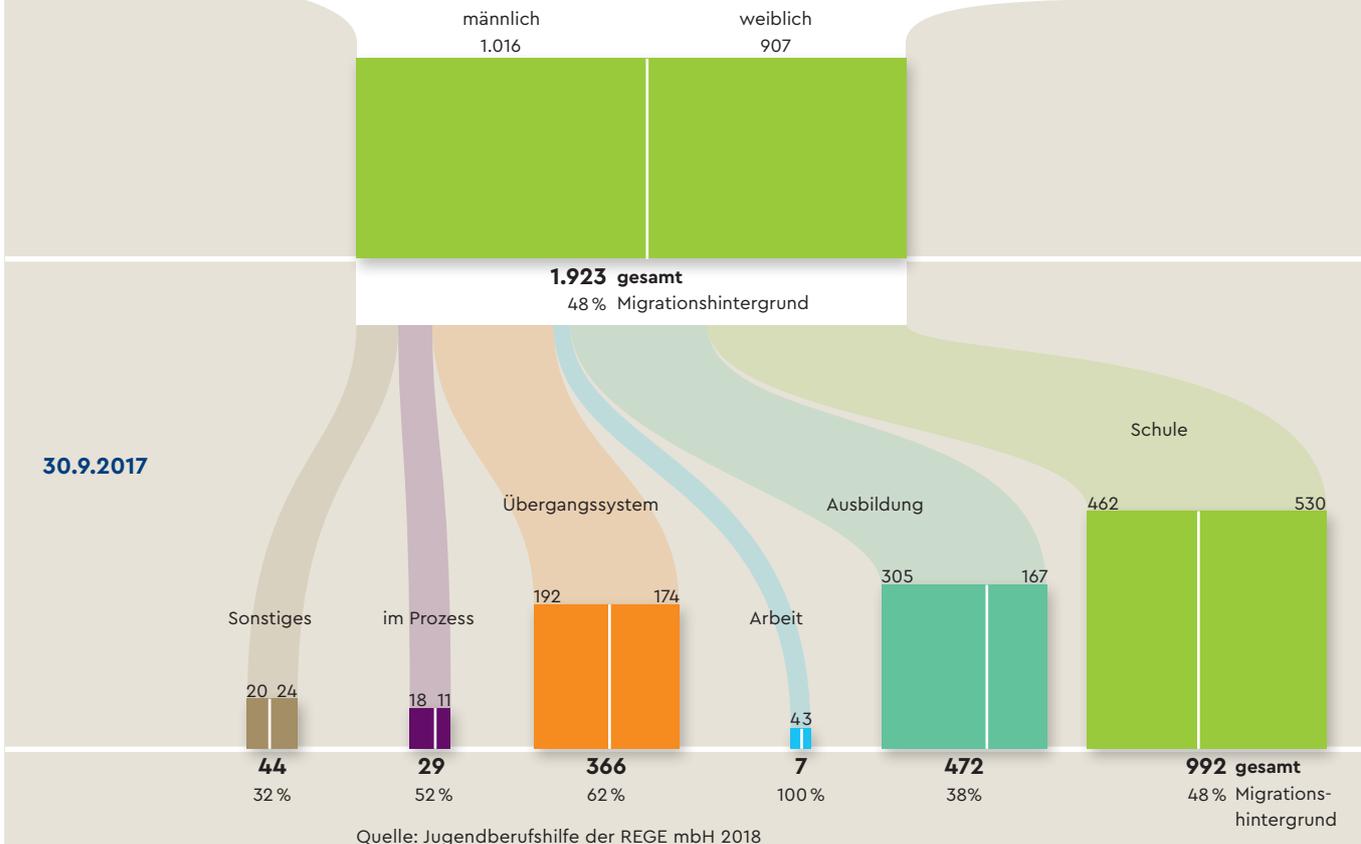
Abgängerinnen und Abgänger 2016

Im Abgangsjahrgang 2016 wurden 1.969 Schülerinnen und Schüler erfasst, von denen 21 Prozent (417) wegen mangelnder Perspektiven temporär ein Angebot im Übergangssystem aufnahmen. 4 Prozent blieben zunächst im Beratungsprozess oder wollten aufgrund anderer Gründe aktuell kein anderes Angebot aufnehmen. Damit verringerte sich der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die im Anschluss an die Sekundarstufe I ein Anschlussangebot aus dem Übergangssystem aufnahmen, erneut auf dann 21 Prozent. Weiterhin lag der Anteil der Jugendlichen im Übergangssystem, die einen Migrationshintergrund besitzen, bei 65 Prozent.

Abb. 76

Verbleib der Schülerinnen und Schüler von Förder-, Haupt-, Real- und Gesamtschulen im kommunalen Übergangsmanagement des Abgangsjahres 2017 im Zeitverlauf

Abgangsjahrgang 2017 der Bielefelder Förder-, Haupt-, Real- und Gesamtschulen



Schulische Angebote werden, vor allem bei jungen Frauen, häufiger als Duale gewählt

Im Vergleich zu den Abgangsjahr 2014 stieg der Anteil von Jugendlichen mit Migrationshintergrund, in diesem Angebotssegment an.²²¹ Eine duale betriebliche Ausbildung nahmen 21 Prozent der Jugendlichen auf. Insgesamt ist der Anteil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die eine duale Ausbildung begonnen haben, in den zurückliegenden Jahren angestiegen. Erneut wählten 53 Prozent (1.044) der Jugendlichen nach der allgemeinbildenden Schule eine schulische Anschlussperspektive.

Vom Abgangsjahrgang 2017 wurden 1.923 Schülerinnen und Schüler erfasst und im Übergang beraten bzw. begleitet. Erneut war der Anteil, der zunächst in Angebote des Übergangssystems einmündete, im Vergleich zu den Vorjahren rückläufig. Stark vertreten waren die Übergänge in schulische Angebote. Nur ca. ein Viertel der erfassten Population begann eine duale Ausbildung.

Innerhalb des Übergangssystems ist der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund erneut überdurchschnittlich ausgeprägt. Auffällig ist die annähernd paritätische Angleichung der Geschlechter innerhalb des Übergangssystems. Hohe Übergangsquoten in Vollzeitbildungsgänge bei stagnierenden bis rückläufigen Ausbildungsquoten im Segment der dualen Ausbildung und rückläufige, aber weiterhin hohe Einmündungsquoten in das Übergangssystem, bleiben zentrale Punkte im Übergang. Der Anteil männlicher Jugendlicher mit Migrationshintergrund ist innerhalb des Übergangssystems überproportional stark.

²²¹ Gerade für junge Männern (mit Migrationshintergrund), für die ein weiterer Schulbesuch nicht in Frage kommt, wird die Situation auf dem Ausbildungsmarkt immer problematischer. Die Chancen, mit einem Hauptschulabschluss den direkten Einstieg in eine Ausbildung zu schaffen, sinken kontinuierlich, während die Anforderungen der fachlichen Ausbildungsinhalte weiter steigen.

Lerndimension „Lernen zusammen zu leben“



Im Zentrum der Lerndimension „Lernen zusammen zu leben“ stehen verschiedene Formen non-formaler und außerschulischer Bildung, die nicht alleine Wissen und Kenntnisse vermitteln, sondern auch dazu beitragen, dass sich sozial-kommunikative Kompetenzen und Einstellungen entwickeln und entfalten können. Damit fasst diese Dimension Gelegenheiten und Aktivitäten im kommunalen Raum zusammen, die der zwischenmenschlichen Verständigung dienen. Die Lerndimension umfasst in der vorliegenden Publikation nicht mehr alle Indikatoren der vorherigen Veröffentlichungen. Änderungen der Datenerfassung und -bereitstellung sind hierfür primär ursächlich.

FOTO: ISTOCKPHOTO.COM/ FATCAMERA



D 1 Integration neuzugewanderter Menschen (Teilnahme und Abschlüsse von Integrationskursen)

Der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund wird seit längerem eine verstärkte Aufmerksamkeit gewidmet, da nur durch eine gelungene Integration auch eine umfassende gesellschaftliche Teilhabe möglich ist.²²² Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) initiiert Integrationskurse²²³, die auf lokaler Ebene realisiert werden. Diese von unterschiedlichen Anbietern umgesetzten Angebote vermitteln den Teilnehmerinnen und Teilnehmern neben dem Spracherwerb Grundlagen der deutschen Kultur, des Rechtssystems, der Werteordnung sowie interkulturelle Kompetenzen.²²⁴

Integration neuzugewanderter Menschen

Sprachkompetenz ist eine zentrale Vorbedingung für gesellschaftliche Teilhabe, Integration und Inklusion von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Die Darstellung der absolvierten Angebote des BAMF auf Landesebene liefert über die Differenzierung der Kurse Hinweise auf das sprachliche Qualifikationsniveau neuzugewanderter Menschen und auf Absolventenzahlen. Für die kommunale Ebene stehen keine in dieser Form differenzierten Daten zur Verfügung. Gleichwohl kann insgesamt im Zeitverlauf gezeigt werden, welcher Anteil der neuzugewanderten Menschen die Integrations- und Orientierungskurse erfolgreich abschließen und damit basale Voraussetzungen für eine Integration schaffen.

Einheitlich geregelte Integrationskurse wurden in Deutschland im Jahr 2005²²⁵ eingeführt. Mit diesem Schritt sind Rahmenbedingungen geschaffen worden, Zuwanderern mit nicht ausreichenden Deutschkenntnissen sowohl Sprachförderung als auch Orientierungskurse anzubieten, um die Voraussetzungen für gesellschaftliche Teilhabe zu fördern. Für Personen mit besonderen Lernbedarfen bestehen spezielle Integrationskurse mit 1.000 Unterrichtseinheiten (und mehr), differenziert nach: Jugendintegrationskursen, Eltern- bzw. Frauenintegrationskursen, Integrationskursen mit Alphabetisierung und Förderkursen für bereits länger in Deutschland lebende Menschen, die die deutsche Sprache nur unvollständig erlernt haben.²²⁶

Die Zuwanderung hat in den Jahren 2015 und 2016 deutlich zugenommen, abschließende Daten für 2017 liegen noch nicht vor. Die Teilnehmerzahlen an Integrationskursen des BAMF in NRW haben von 22.677 in 2014 auf 79.580 in 2016 zugenommen. Der Anteil abgeschlossener Integrationskurse hat sich hingegen deutlich verringert. In 2016 schlossen 39,1 Prozent der Teilnehmer einen begonnenen Kurs ab, während die Abschlussquote 2014 noch bei 86,2 Prozent lag. Neben den allgemeinen Integrationskursen verzeichnen Kurse mit einem Schwerpunkt auf Alphabetisierung starke Zuwächse.

Von Seiten des BAMF stehen für die kommunale Ebene nur quantitative Daten zu Kursberechtigten, Kursanfängern und Absolventen zur Verfügung. Detaillierte inhaltliche Informationen zu spezifischen Kursen oder soziodemografische Informationen zu den Teilnehmerinnen und Teilnehmern, z. B. Alter und Geschlecht, liegen nicht vor. Auch kann nicht auf Hinweise zu Kurswiederholungen, die ggf. Rückschlüsse auf das Qualifikationsniveau beim Einstieg in den Kurs erlauben, zurückgegriffen werden. Schlussfolgerungen hinsichtlich der grundsätzlichen Nachfrage nach Integrationskursen in Bielefeld sind gleichwohl möglich.

222 Vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2011).

223 Die bundesweiten Integrationskurse wurden durch das Zuwanderungsgesetz 2005 eingeführt und werden vom BAMF gesteuert.

224 BAMF Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2013a).

225 Das Zuwanderungsgesetz von 2005 legt die Einrichtung von Integrationskursen als staatliche Integrationsmaßnahme fest (§43,44 und 44a AufenthG).

226 http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Plakate/grafische-uebersicht-integrationskurs.pdf;jsessionid=2E3F426EC46BC95F097BF610A66D05CA.1_cid286?__blob=publicationFile.

**2016 haben annähernd
80.000 Personen in NRW
einen Integrationskurs
begonnen**

BAMF Integrationskurse : Beginner und Absolventen

Tab. 3

2014 bis 2016 (Land NRW)

	2014		2015		2016	
	begonnen	abgeschlossen	begonnen	abgeschlossen	begonnen	abgeschlossen
Allgemeiner Integrationskurs	17.074	14.359	27.758	17.840	55.056	24.100
Alphabetisierungskurs	2.300	1.554	5.965	1.656	14.900	2.289
Eltern/Frauen-integrationskurs	1.754	2.452	2.840	2.122	14.990	2.289
Förderkurs	23	68	63	25	13	30
Intensivkurs	65	72	151	64	298	162
Jugendintegrationskurs	1.361	961	2.697	1.434	5.843	2.439
sonstige Integrationskurse	100	79	110	70	342	45
gesamt	22.677	19.545	39.584	23.211	79.580	31.130

Beginner und Absolventen jeweils ohne Wiederholer

Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2017

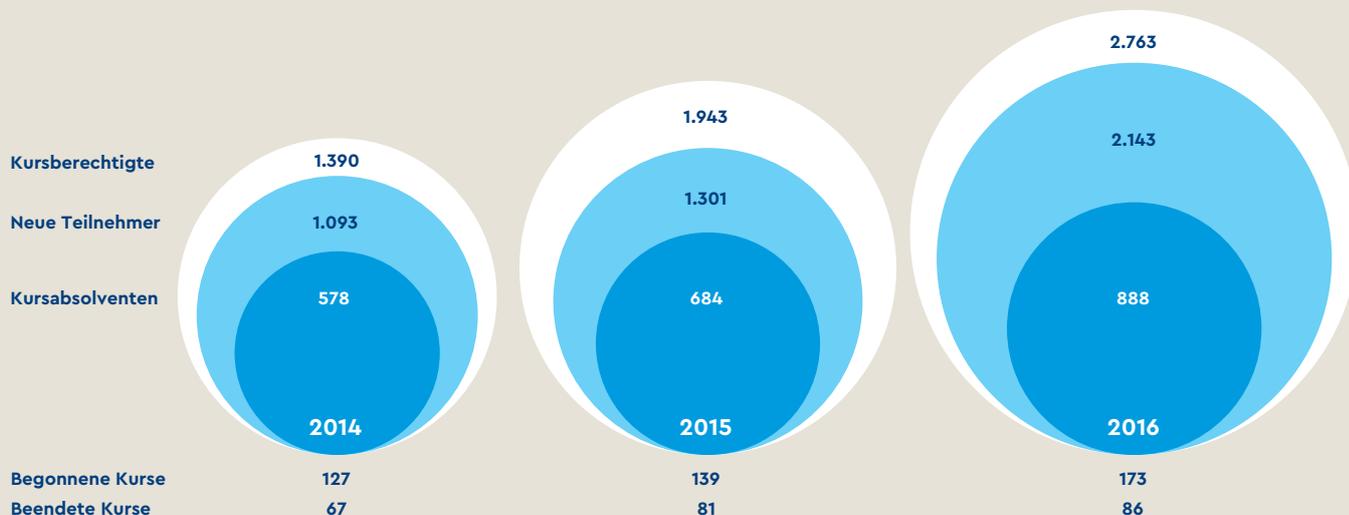
Seit 2014 hat sich die Anzahl der Kursberechtigten in Bielefeld mit 2.763 Personen im Jahr 2016 annähernd verdoppelt (s. Abb. 77). Die kommunale Infrastruktur konnte der gestiegenen Nachfrage insofern angepasst werden, als dass die Quote derer, die einen neuen Kurs beginnen²²⁷, weiterhin bei 77,5 Prozent (2.143 Personen) im Jahr liegt. Die landesweite Zunahme spezieller Kurse (s. Tab. 3) wie z. B. der Alphabetisierung deutet darauf hin, dass sich das Qualifikationsniveau der Teilnehmer und Teilnehmerinnen verändert hat, diese Entwicklung ist auch für Bielefeld anzunehmen.

Zwischen 2014 und 2016 hat sich die Anzahl der Kursberechtigten in Bielefeld verdoppelt

BAMF Integrationskurse auf lokaler Ebene: Stadt Bielefeld

Abb. 77

Berechtigte | Teilnehmer | Absolventen



Teilnehmer und Absolventen jeweils ohne Wiederholer

Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2017

Die Integration neuzugewanderter Menschen stellt die Kommunen vor große Herausforderungen. Ein differenziertes, auf die individuellen Bedürfnisse und das jeweilige Qualifikationsniveau abgestimmtes Sprach- und Orientierungskursangebot ist eine zentrale erste Voraussetzung, um Grundlagen für gesellschaftliche Integration und Teilhabe zu schaffen. Absolventinnen und Absolventen spezieller Kurssegmente, wie z. B. der Alphabetisierung, bedürfen darüber hinaus weiterer flankierender Unterstützung, da ohne die Beherrschung schriftsprachlicher Techniken wie Lesen und Schreiben und der Fähigkeit, in der Bildungssprache zu kommunizieren, gesellschaftliche Teilhabe nur sehr eingeschränkt möglich ist.

227 Ohne Kurswiederholungen. In NRW haben zu den ausgewiesenen Integrationskursbeginnern 7057 Teilnehmer einen Kurs erneut absolviert.

D2 Politische Partizipation – Beteiligung an Bundestagswahlen

Politische Partizipation ist eine Form gesellschaftlicher Teilhabe. Sie ermöglicht dem Einzelnen die aktive Mitwirkung an der Gestaltung der Gesellschaft. Ebenso korrespondieren der Zusammenhalt der Gesellschaft und die Qualität der Demokratie eng mit der politischen Partizipation der Bürgerinnen und Bürger.²²⁸

Eine Kenngröße der politischen Partizipation ist die Wahlbeteiligung bzw. der Anteil der Wahlberechtigten, die von ihrer Möglichkeit der Teilnahme am politischen Prozess Gebrauch machen. Die Bereitschaft, sich an Wahlen zu beteiligen, wies seit Jahren rückläufige Tendenzen auf. Nach den jüngsten Bundestags- und Landtagswahlen in 2017 zeichnet sich allerdings ein leichter Aufwärtstrend ab.²²⁹ Verschiedene Studien belegen, dass Partizipation in diesem demokratischen Feld mit dem individuellen Bildungsgrad und dem sozioökonomischen Status korrespondiert.²³⁰

Die Wahlbeteiligung dient als Indikator für die Beteiligung der Bevölkerung am Gemeinwesen²³¹ und gleichzeitig für das Demokratiebewusstsein bzw. das demokratische Engagement der Bevölkerung.²³² Darüber hinaus ist die Wahlbeteiligung ein Indikator für das Ausmaß der sozialen Integration, einer möglichen sozialen Isolation, für die Stabilität oder Instabilität sozialer Milieus und für Gestaltungspessimismus oder Gestaltungsoptimismus der Quartiersbevölkerung.²³³

Aus der Sozial- und Wahlforschung ist bekannt, dass die Wahlbeteiligung in einem engen Zusammenhang zum Bildungsniveau, zum sozioökonomischen Status und Gesundheitszustand steht. Politisch interessierte Menschen haben in der Regel eine höhere formale Bildung und ein höheres Einkommen.²³⁴ Benachteiligte Bevölkerungsgruppen mit geringerem Einkommen und niedrigem Bildungsstand werden in den Wahlergebnissen kaum noch repräsentiert.^{235 236}

Darüber hinaus korreliert die Wahlbeteiligung mit der Fluktuationsrate und dem Gesundheitszustand der Bevölkerung.²³⁷ Mit zunehmendem Alter steigt das Interesse an politischer Partizipation an.²³⁸ Allerdings legen Studien nahe, dass sich eine Trendwende abzeichnet, da sich die jüngere Generation anderen Formen politischer Partizipation zuwendet.²³⁹

Im September 2017 waren in Bielefeld 237.576 Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, den Deutschen Bundestag zu wählen.²⁴⁰ Die Wahlbeteiligung lag bei 75,5 Prozent und somit um 3 Prozentpunkte höher als bei der Bundestagswahl 2013. Dieser positive Trend war schon bei der im Mai 2017 erfolgten Landtagswahl zu erkennen. Hier stieg die Wahlbeteiligung um 4 Prozentpunkte gegenüber der letzten Landtagswahl 2012 von 61,2 auf 65,2%.

228 Vgl. Petersen et al. (2013, S. 10ff.).

229 Bei der Bundestagswahl 2017 gaben bundesweit 76,2 Prozent der Berechtigten ihre Stimme ab, 2013 waren es nur 71,5 Prozent. Bei den Landtagswahlen in NRW stieg die Wahlbeteiligung von 59,6 Prozent im Jahr 2012 auf 65,2 Prozent im 2017 (vgl. www.bundeswahlleiter.de; www.mik.nrw.de)

230 Vgl. Petersen et al. (2013, S. 10ff.).

231 OECD (2007, S. 108).

232 Vgl. Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2014b).

233 Vgl. Strohmeier (2009, S. 161).

234 Vgl. Petersen et al. (2013, S. 25ff.).

235 Kleinhüchelkotten (2007, S. 18ff.).

236 www.zeit.de/politik/deutschland/2015-05/bremen-wahl-wahlbeteiligung-demokratie/.

237 Vgl. Bogumil et al. (2012, S. 74ff.).

238 Auf eine detaillierte Auswertung der Wahlstrukturdaten (Nach Alter, Geschlecht etc.) musste aufgrund einer Änderung im Wahlstatistikgesetz, die eine Abgabe der Daten unterhalb der Landesebene nicht erlaubt, verzichtet werden. Auf Bundesebene können Informationen zur Wahlbeteiligung nach Alter und Geschlecht unter https://www.bundeswahlleiter.de/dam/jcr/e0d2b01f-32ff-40f0-ba9f-50b5f761bb22/btw17_heft4.pdf, S.169f (Zugriff 01.03.2018) abgerufen werden.

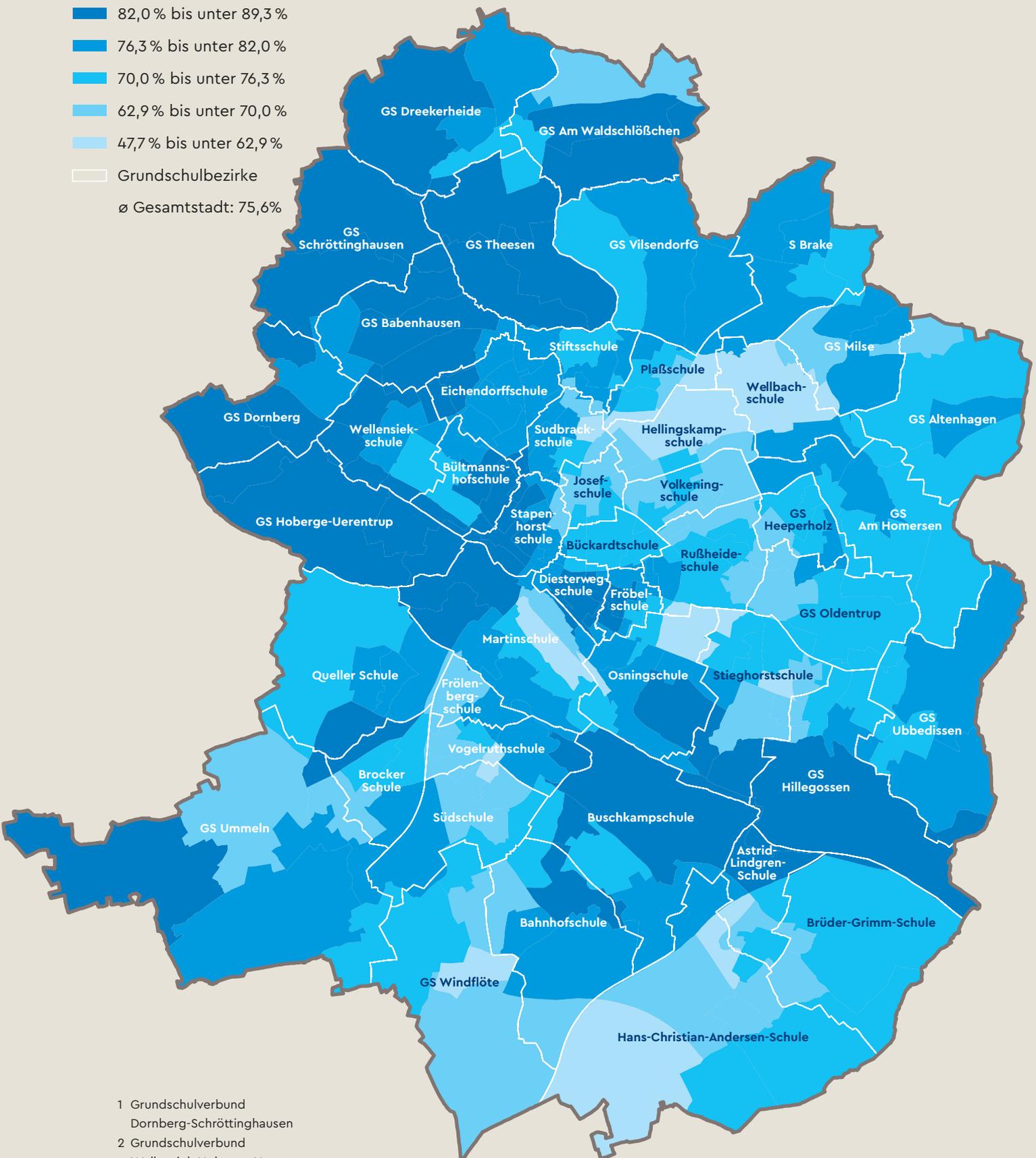
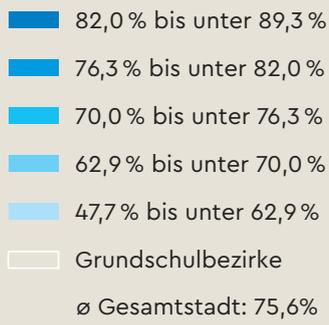
239 Petersen et al. (2013, S. 25) Hier sind exemplarisch Vereine oder Organisationen wie Attac – Ein globalisierungskritisches Netzwerk und Campact, eine in Deutschland ansässige NGO (nicht Regierungsorganisation) zu nennen.

240 Vgl. Stadt Bielefeld – Bürgeramt (2014). Wahlberechtigt ist, wer am Wahltag Deutscher im Sinne des Grundgesetzes ist oder die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedsstaates der EU besitzt, das 16. Lebensjahr vollendet hat und mindestens seit dem 16. Tag vor der Wahl (14. August) im betreffenden Wahlgebiet mit Hauptwohnsitz gemeldet ist.

Interesse an Wahl leicht gestiegen

Bundestagswahl 2017 Wahlbeteiligung in Bielefeld nach Stimmbezirken

Abb. 78



- 1 Grundschulverbund
Dornberg-Schrottinghausen
- 2 Grundschulverbund
Wellensiek-Hoberge-Uerentrup
- 3 Hellingskampschule, Grundschulverbund
nördliche Innenstadt

Quelle: Stadt Bielefeld, Bürgeramt/wahlen.regioit.de, Berechnungen und Kartographie: Bildungsbüro der Stadt Bielefeld

Große Unterschiede bei der Wahlbeteiligung je nach Wohnquartier

Wahlbeteiligung schwankt zwischen 47,3 und 89,3 Prozent

Ein Blick in die Sozialräume zeigt, wie unterschiedlich die politische Partizipation, gemessen an der Wahlbeteiligung, in Bielefeld ausgeprägt ist. Gegenüber dem letzten Lernreport wurde die räumliche Betrachtungsebene des Indikators vom Grundschuleinzugsbereich zum Stimmbezirk verändert und gleichzeitig das Berechnungsverfahren optimiert. Auf diese Weise entsteht ein differenziertes Bild der Wahlbeteiligung und somit der politischen Partizipation in Bielefeld.

Betrachtet man die Wahlbeteiligung 2017 kleinräumig in Bielefeld (siehe Abb. 78), streuen die Werte zwischen 47,3 und rund 90% sehr stark. In diesem Zusammenhang kristallisiert sich tendenziell ein West-Ost-Gefälle auf Ebene der Stimmbezirke heraus. Sehr hohe Beteiligungsquoten konzentrieren sich besonders stark in den Gebieten des Bielefelder Westens (u. a. GSV Wellensiek-Hoberge-Uerentrup, GSV Dornberg-Schröttinghausen, Stapenhorstschule, Martinschule) und setzen sich – punktuell etwas abgeschwächt – nördlich weiter fort (über die Grundschuleinzugsbereiche Babenhausen, Theesen).

Unterdurchschnittlich bis niedrig fällt die Wahlbeteiligung in einem Korridor östlich der Innenstadt bis zur östlichen Stadtgrenze und im Süden im Bezirk Sennestadt aus. Vergleicht man die Karte der Wahlbeteiligung mit der Karte für bildungsrelevante soziale Belastungen (A3–4) wird deutlich, dass diese beiden Indikatoren zusammenhängen.²⁴¹ Die Gebiete mit den niedrigsten Beteiligungsquoten, die z. B. in den Grundschuleinzugsbereichen Hellingskampschule, Wellbachschule und Hans-Christian-Andersen-Schule deutlich werden, weisen in der Regel auch die höchsten bildungsrelevanten sozialen Belastungen auf.²⁴²

²⁴¹ Vgl. Müssig und Worbs (2012).

²⁴² Eine Berechnung der Korrelation zwischen dem Index „bildungsrelevante soziale Belastungen“ und der Wahlbeteiligung konnte aufgrund der unterschiedlichen Bezugsgrößen bzw. Raumeinheiten der vorliegenden Daten nicht durchgeführt werden. Mit Hilfe von Geoinformationssystemen konnte der Zusammenhang beider Indikatoren in der Tendenz räumlich nachgewiesen werden.

Lerndimension „Lernen das Leben zu gestalten“

E

Die Lerndimension „Lernen das Leben zu gestalten“ bildet ein breites Spektrum von Lerngelegenheiten und -orten ab, für die die Kommune Rahmenbedingungen zur individuellen Kompetenzentwicklung zur Verfügung stellt. Neben der kulturellen Bildung sind das Angebote der Gesundheitsprävention und der Persönlichkeitsentwicklung in Sport, Spiel und Natur. Diese Lerndimension ist unterteilt in die Indikatoren „Nutzung kultureller Institutionen und Veranstaltungen (E1)“, „Mediale Angebote kultureller Bildung (E2)“ sowie „Gesundheitsprävention, Selbsterfahrung in Sport und Spiel (E3)“.

FOTO: SARAH JONEK



E1 Nutzung kultureller Institutionen und Veranstaltungen

Kulturelle Institutionen und Veranstaltungen bilden den Rahmen für das aktive kulturelle Erleben. Zeitgenössische und klassische Themen aus Musik, Kunst, Theater, Natur, Geschichte, Technik und Gesellschaft werden dadurch zu einer individuellen Erfahrung. Sie bieten darüber hinaus Gelegenheiten, die individuelle Kreativität kennenzulernen und die Selbstwirksamkeit weiter zu entwickeln. Damit leisten kulturelle Institutionen und Veranstaltungen einen wesentlichen Beitrag im Bereich des informellen lebenslangen Lernens. Über den Indikator „Nutzung kultureller Institutionen und Veranstaltungen“ werden kulturelle Angebote und deren Inanspruchnahme durch die Bevölkerung abgebildet.

E1-1 Partizipation an kommunalen Kultureinrichtungen

Anhand der Besucherzahlen kommunaler Kultureinrichtungen lässt sich nachzeichnen, in welchem Umfang kulturelle Angebote von der Bevölkerung wahrgenommen werden. Der Zeitverlauf liefert darüber hinaus Hinweise auf Veränderungen in der Entwicklung der Nachfrage nach kulturellen Angeboten.

Partizipation an kultureller Bildung ist eine wichtige Voraussetzung für autonome und kritische Teilhabe an Gesellschaft und Politik.²⁴³ Im Rahmen der kulturellen Bildung werden Möglichkeiten für neue Lernerfahrungen geschaffen. Kulturelle Bildung ist durch die Einbeziehung aller Sinne ein ganzheitlicher Bildungsansatz, der mittels künstlerischer, kultureller und wissenschaftlicher Prozesse zur umfassenden Persönlichkeitsentwicklung beiträgt.

Die Stadt Bielefeld hat daher im Rahmen der Umsetzung ihres Kulturentwicklungskonzeptes eine Gesamtkonzeption Kulturelle Bildung erstellt, die die systematische Planung und Bereitstellung von kultureller Bildung umfasst.²⁴⁴

Mit dem vielschichtigen kommunalen Kulturangebot ist eine zentrale Voraussetzung für umfassende Teilhabe an kultureller Bildung und Partizipation am künstlerischen und kulturellen Geschehen geschaffen. Das Angebot verdeutlicht darüber hinaus den Stellenwert, den die kulturelle Bildung im kommunalen Kontext besitzt.²⁴⁵ ²⁴⁶ Die große freie Theater- und Musikszene leistet mit ihren vielfältigen Angeboten in allen Sparten neben den städtischen Kulturorten einen weiteren wesentlichen Beitrag zum kulturellen Geschehen in Bielefeld.

In der Spielzeit 2015/16 besuchten über 200.000 Besucherinnen und Besucher die städtischen Theaterbühnen. Zielgruppenspezifische Informationen, wie z. B. Alter, Geschlecht etc., sind im Kontext von Kulturveranstaltungen schwierig zu erfassen. Vertiefende Aussagen über die mit dem Theaterangebot erreichten Zielgruppen, lassen sich über die Erfassung ermäßigter Karten für Schülerinnen und Schüler bzw. Studierende oder über gezielte Erhebungen ermitteln. In den drei Spielzeiten 2013/14 bis 2015/16 lag die Quote reduzierter Karten für Schüler*innen und Student*innen relativ konstant bei 6,5 Prozent oder rund 13.000 Karten pro Spielzeit.²⁴⁷

Weitere hier im Fokus stehende Orte des informellen Lernens sind die Museen und die Kunsthalle. Anhand der Entwicklung der Besucherzahlen der letzten Jahre lässt sich das wachsende Interesse der Bevölkerung an den Angeboten dieser Bildungsorte ablesen.

Während die Kunsthalle mit 56.000 verkauften Karten in 2016 konstante Besucherzahlen aufwies, stieg der Anteil der Bevölkerung, die die Museumsangebote²⁴⁸ nutzten, deutlich an.

²⁴³ Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012, S. 157).

²⁴⁴ Kulturentwicklungskonzept Stadt Bielefeld 2014.

²⁴⁵ Prominente Beispiele im kommunalen Kontext ist das Theater Bielefeld mit seinen beiden großen Spielstätten Stadttheater und Theater am Alten Markt, die Rudolf-Oetker-Halle, das Naturkunde-Museum, das Historische Museum, das Museum Huelsmann, das Museum Wäschefabrik, der Bielefelder Kunstverein und das Bauernhausmuseum sowie die Kunsthalle Bielefeld.

²⁴⁶ Das Naturkunde-Museum und das Historische Museum sind kommunale Einrichtungen. Die übrigen Häuser sind nicht rein kommunal, sondern werden in unterschiedlicher Form von der Stadt gefördert.

²⁴⁷ Im Lernreport 2014 wurden noch alle reduzierten Karten erfasst.

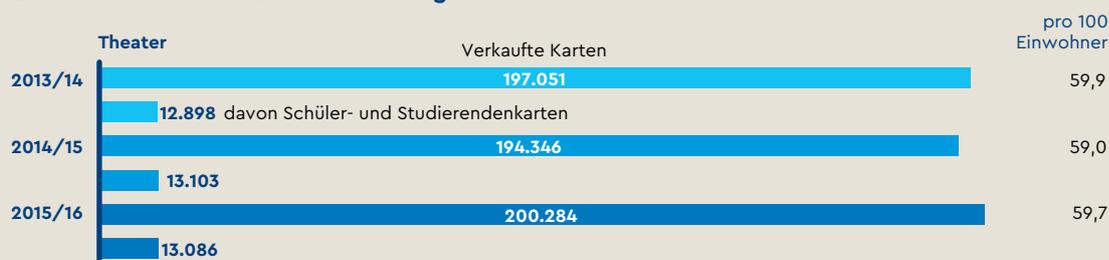
²⁴⁸ Historisches Museum, Naturkunde-Museum, Museum Wäschefabrik, Museum Huelsmann, Bielefelder Kunstverein.

Kulturelle Bildung als ganzheitlicher Bildungsansatz

Hohe Nachfrage nach Angeboten der Städtischen Bühnen

Besuche städtischer Kultureinrichtungen

Abb. 79



Quelle: Einzelinstitutionen/Bildungsbüro – eigene Berechnungen

Besuche städtischer Kultureinrichtungen

Abb. 80



Quelle: Einzelinstitutionen/Bildungsbüro – eigene Berechnungen

Gemessen an den verkauften Karten wächst das Interesse der Bevölkerung an dieser Form kultureller Bildung und Teilhabe. Valide Aussagen zu erreichten Bevölkerungsgruppen lassen sich weiterhin nicht generieren. Auch nicht, in welchem Umfang es gelingt, Kinder und Jugendliche an institutionellen Angeboten kultureller Bildung teilhaben zu lassen. Die Entwicklung und strukturelle Verankerung eines Erhebungsinstrumentariums für alle kommunalen Kulturanbieter, wäre für die Steuerung kultureller Teilhabe nützlich.

Eine stärkere strukturell verankerte Kooperation zwischen Kindertagesstätten und Schulen einerseits und kommunalen Kulturinstitutionen andererseits könnte insbesondere mit Blick auf Bevölkerungsgruppen, deren Teilhabechancen an kultureller Bildung noch Entwicklungspotential haben, positive Effekte hervorrufen.

E1-1.1 Kulturelle Bildung: Theater und Schule

Bildungsprozesse erfolgen in formalen und non-formalen aber auch wesentlich in informellen Kontexten. Die Bühne als „Lernort kultureller Bildung“ ist ein solcher informeller Lernort, der einen spezifischen Zugang zu ganzheitlichem Lernen sowie für Kompetenz- und Persönlichkeitsentwicklung zur Verfügung stellt. Parallel wird die Chancengleichheit über die Teilhabe an solchen Angeboten kultureller Bildung gefördert, da es gleichermaßen an alle Schülerinnen und Schüler adressiert ist. Kulturell bildende Formate werden in allen Sparten angeboten. Neben der Rezeption, werden mit Theaterführungen, produktionsbegleitenden Workshops, Fortbildungen und Produktionen/Projekte mit Amateuren, Schülerinnen und Schülern unterschiedlicher Schulformen und Bildungshintergründen erreicht.

Bei der Ansprache von Schülerinnen und Schülern der Primarstufe ist der langjährig etablierte Musikalische Führerschein das Format mit der größten Reichweite, im Tanz sind es die Community-Tanz-Projekte, die Schülergruppen einen nachhaltigen Zugang zu kultureller Bildung eröffnen. Im Fokus der Berichterstattung steht die quantitative Entwicklung der Schülerzahlen differenziert nach Schulform, die an dem Projektangebot Kooperationsformat Schulpartnerschaften des Theaters, teilgenommen haben.

Schulpartnerschaften sind seit 10 Jahren fester Bestandteil des kulturell bildenden Vermittlungsangebots des Theaters Bielefeld. Die vernetzte Zusammenarbeit von Einrichtungen der Kulturellen Bildung mit Schulen eröffnet einem breiten jungen Publikum einen neuen Zugang zu Formen kultureller Bildung, wie ihn formale Bildungsinstitutionen nicht in diesem Umfang

Schulpatenschaften schaffen einen neuen Zugang zu Formen kultureller Bildung

und dieser Tiefe vermitteln können. In den vergangenen Jahren haben bis zu 30 weiterführende Schulen aus Bielefeld und der Region mit dem Theater kooperiert und den Schülerinnen und Schülern so einen Rahmen für neue Lernerfahrungen eröffnet.

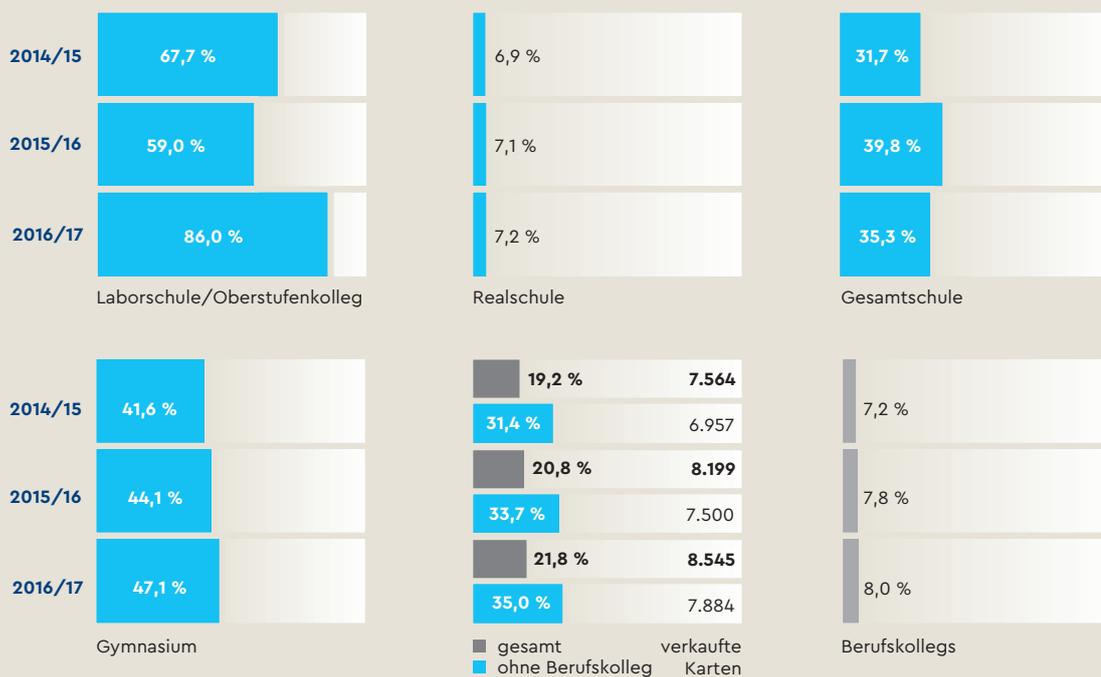
Je Spielzeit sind bis zu 80 Lehrerinnen und Lehrer sowie 110 Schülerinnen und Schüler in die Entwicklung neuer Perspektiven und Projekte im Rahmen von Workshops involviert und entdecken unterschiedliche Möglichkeiten künstlerischer Arbeit, wozu auch Gewerke wie Theatermalerei und Maske sowie Dramaturgie, Regie und die Öffentlichkeitsarbeit zählen. Schulen haben das Potential, das in der Partizipation an kultureller Bildung liegt, erkannt und nutzen die Kooperationsangebote des Theaters auf der lokalen Ebene mit kontinuierlich wachsendem Interesse. In den letzten Spielzeiten stiegen die Teilnehmerzahlen in diesem Segment kontinuierlich an und erreichten 2016/17 mit über 8.500 verkauften Karten einen Höchststand.

Rund 8500 verkaufte Karten im Rahmen von Schulpatenschaften

Abb. 81

Teilnehmer am Projekt Schulpatenschaften des Theater Bielefeld

Sekundarstufe I und II 2014/15–2016/17



Quelle: Theater Bielefeld, Amt für Schule, eigene Berechnungen 2018

Zugänge zu kultureller Bildung und insbesondere zu Theater und klassischer Musik korrespondieren weiterhin häufig mit Merkmalen wie z. B. der Bildungsschicht.

E1-2 Teilnehmer an der öffentlichen Musik- und Kunstschule

Im Rahmen von Musik- und Kunstunterricht werden neben den eigentlichen Inhalten auch wichtige Schlüsselkompetenzen wie Kreativität, Improvisationsvermögen, soziale Kompetenz und Selbstorganisation vermittelt. Die Bereitstellung von öffentlichen Musik- und Kunstschulen gehört zu den typischen Bildungsaufgaben einer Kommune. Der Teilindikator²⁴⁹ bildet die Entwicklung des Nutzungsgrads ab.

5300 Schülerinnen und Schüler nutzen die Angebote der Musik- und Kunstschule in 2016

Im Bereich der kulturellen Bildung ermöglicht die Musik- und Kunstschule Bielefeld mit ihren Angeboten in den drei Sparten Musik, Kunst und Tanz & Theater eine breite gesellschaftliche Teilhabe. In 2016 partizipierten annähernd 5300²⁵⁰ Schülerinnen und Schüler an den unterschiedlichen Lernangeboten der Musik- und Kunstschule. Der Instrumentalbereich bildet mit

²⁴⁹ Teilnehmer/innen im Alter bis 18 Jahre bezogen auf die Wohnbevölkerung (bis 18 Jahre).

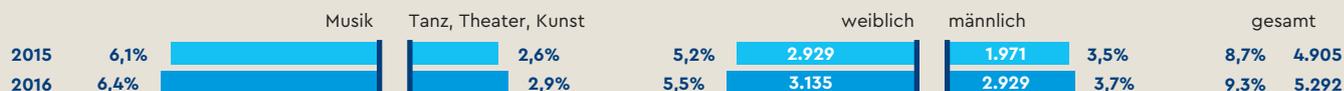
²⁵⁰ Das statistische Erhebungsverfahren über die Nutzung der Angebote wurde in 2015 auf ein bundeseinheitliches umgestellt. Insofern sind die Daten aus den Jahren 2008 bis 2014 mit den beiden Folgejahren nur eingeschränkt vergleichbar.

rund 68 Prozent der Teilnehmer den Angebotsschwerpunkt. Parallel zu den kontinuierlich wiederkehrenden Kursangeboten, die in der Regel auf ein Jahr vereinbart werden, bietet die Schule auch Angebote mit kürzeren Laufzeiten. Damit wurden in 2016 zusätzlich 2862 Schülerinnen und Schüler erreicht. Auch in diesem Segment überwiegt die Sparte Musik.

Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der öffentlichen Musik- und Kunstschule

Bezogen auf die Bevölkerung unter 18 Jahre

Abb. 82

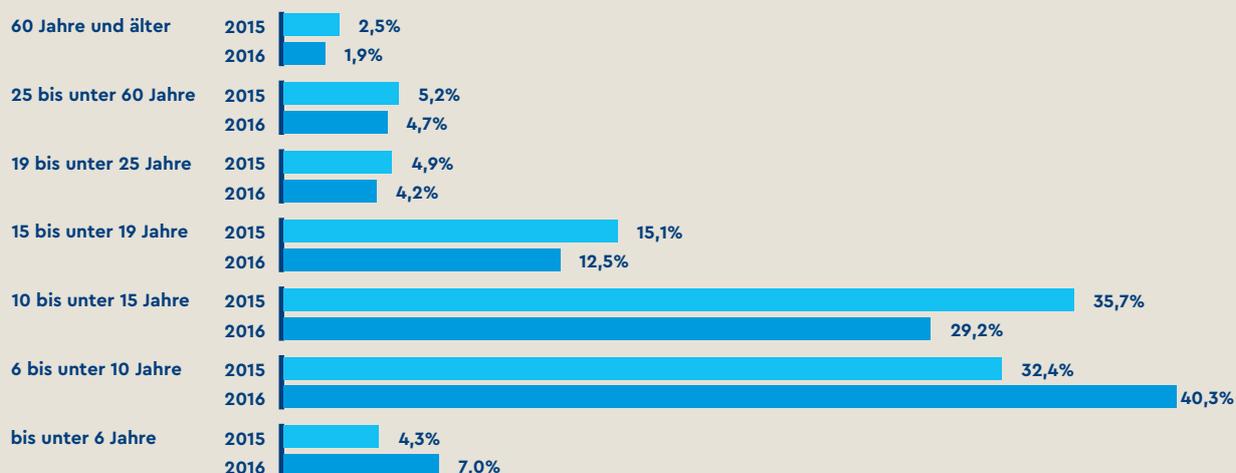


Quelle: Stadt Bielefeld, Musik- und Kunstschule 2017

Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der öffentlichen Musik- und Kunstschule

nach Altersgruppen

Abb. 83



Quelle: Stadt Bielefeld, Musik- und Kunstschule 2017

In den musisch- künstlerischen Fächern überwiegt der Anteil weiblicher Schülerinnen im Jahr 2016 (rund 59 Prozent).

Weiterhin frequentieren die Altersgruppen bis 14 Jahre die Musik- und Kunstschule am stärksten. 18 Prozent der Schülerinnen und Schüler erhielten in 2016 eine Sozialermäßigung oder nutzten die Angebote im Rahmen von BUT.

Die Schaffung umfassender Teilhabemöglichkeiten an kultureller Bildung steht seit einigen Jahren auch auf der Agenda der unterschiedlichen Bildungsinstitutionen, vor allem von Kindertagesstätten und Grundschulen. Vor diesem Hintergrund kommt der Entwicklung von Kooperationen zwischen Anbietern kultureller Bildung einerseits und Institutionen frühkindlicher und formaler Bildung andererseits, eine immer höhere Bedeutung zu. 2016 bestanden zwischen der Musik- und Kunstschule und 13 Grund- sowie 5 weiterführenden Schulen und der VHS Kooperationen in den unterschiedlichen Sparten. Einige der Angebote finden im Rahmen der Ganztagsbetreuung (OGS) in Grundschulen statt. Darüber hinaus bietet die Musik- und Kunstschule Angebote in 5 Bielefelder Kindertagesstätten an.²⁵¹

Die dargestellten Daten der Musik- und Kunstschule repräsentieren nur einen Ausschnitt aus dem deutlich breiteren Gesamtangebot bzw. der Nachfrage in diesem Kultursegment. Der Ausbau von Kooperationen mit Institutionen der frühen Bildung und der Primarschulen könnte mehr kulturellen Teilhabechancen insbesondere von Kindern und Jugendlichen, die sozioökonomisch benachteiligt sind, fördern.

Musische Angebote werden stärker nachgefragt als Tanz und Theater

251 Die Musik- und Kunstschule differenziert zwischen Kooperationen und Angeboten. In Kooperationen erarbeiten beide Partner gemeinsam ein Produkt. Angebote sind reine Leistungen der Musik- und Kunstschule, die über Verträge mit Schülerinnen und Schülern geregelt sind und in den Bildungsinstitutionen stattfinden.

Kulturwandertage bieten für die 10 bis 14-Jährige seit 2012 vielschichtige kulturelle Angebote

Vielzahl städtischer und freier Kulturakteure beteiligt

Es besteht ein breit gefächertes Kulturangebot der Kulturwandertage

24 Schulen und 3711 Schülerinnen und Schüler machten 2017 mit

E1-3 Kulturwandertage

Der „Kulturrucksack NRW“²⁵² fördert die kulturelle Bildung von Kindern und Jugendlichen im Alter zwischen 10 und 14 Jahren an außerschulischen Lernorten. Das seit dem Jahr 2012 laufende Landesprogramm unterstützt die Entwicklung eines altersgemäßen Bildungs- und Kulturangebots auf der lokalen Ebene und zielt insbesondere auf die Verbesserung von Teilhabemöglichkeiten für Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Milieus ab.

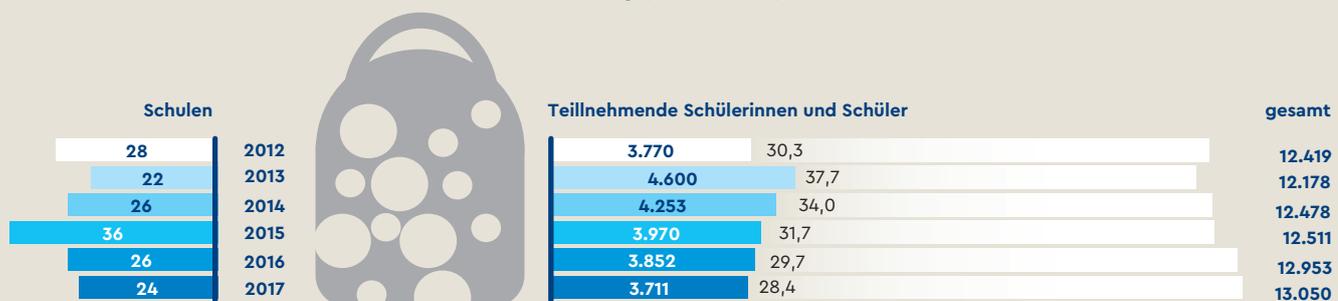
Unter dem Projektnamen „Kulturwandertage“ wird der „Kulturrucksack NRW“ in Bielefeld seit 2012 für die weiterführenden Schulen angeboten und durchgeführt.

Ein Musikinstrument kennen lernen, sich im Tanz erfahren, ein Musikvideo erstellen, kreative Erfahrungen in unterschiedlichen Kontexten zusammen mit anderen machen, Zugang zu unterschiedlichen Medien erhalten, Museen oder Theater besuchen: Kulturelle Bildung ist facettenreich. Ein erheblicher Anteil von Kindern wächst in prekären Lebenssituationen auf und hat über das Elternhaus nur eine sehr eingeschränkte Möglichkeit, an kultureller Bildung zu partizipieren. Kulturelle Bildung fördert die Neugier und die Kreativität, schafft für Kinder und Jugendliche Räume sich auszuprobieren.²⁵³

An der konzeptionellen Entwicklung und Realisierung des Projekts Kulturwandertage sind eine Vielzahl städtischer und freier Kulturakteure beteiligt. Angestrebt wurde der Aufbau eines breitgefächerten Kulturangebots, das die Kinder und Jugendlichen der entsprechenden Altersgruppen anspricht sich zu erproben und zur Partizipation und aktiven Teilnahme einlädt. Zur Auswahl stehen in einem 14-tägigen Zeitkorridor unter anderem Tanz-, Theater-, Kunst-, Musik-, Lese- und Kreativworkshops. Die Bielefelder Museen, die Stadtbibliothek sowie die Universität Bielefeld sind in das Projekt mit Veranstaltungen ebenfalls eingebunden. Mit der Teilnahme werden den Kindern und Jugendlichen neue Handlungsspielräume in der Wahrnehmung und der individuellen Kreativität eröffnet. Darüber hinaus leisten die Angebote der kulturellen Bildung einen Beitrag zur Integration und sind auch Mittel der Prävention, indem die Offenheit für andere Kulturen und Lebensweisen gefördert wird.²⁵⁴ In 2017 nahmen erneut 3711 Kinder und Jugendliche aus 24 Schulen teil. Das sind rund 28 Prozent aller Kinder dieser Altersgruppe.²⁵⁵

Abb. 84

Bielefelder Kulturwandertage je 100 der Zielgruppe der 10- bis 14-Jährigen



Quelle: Stadt Bielefeld – Bildungsbüro 2017

Die leicht rückläufige Entwicklung der Teilnehmerzahlen resultiert aus der Umstrukturierung einiger Angebotssegmente. Konzeptionell waren die Angebote anfänglich primär auf Angebote im Umfang von ein bis zwei Tagen ausgerichtet, um ein möglichst breites Schülerspektrum erreichen zu können. Ab 2015 wurden zunehmend auch mehrtägige Angebote vorgehalten, um Lernerfahrungen auch in komplexeren Kontexten zu ermöglichen. Diese Entwicklung ging zu Lasten der Tagesangebote, mit denen quantitativ mehr Schülerinnen und Schüler erreicht werden können.

252 Der „Kulturrucksack NRW“ wurde vom Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes NRW 2012 initiiert.

253 Vgl.: <https://www.bmbf.de/de/kultur-macht-stark-buendnisse-fuer-bildung-958.html>.

254 Kulturentwicklungskonzept der Stadt Bielefeld 2014:58f.

255 In den Jahren 2013 und 2014 standen dem Projekt mehr finanzielle Mittel zur Verfügung und der Zeitrahmen, in dem die Angebote durchgeführt wurden, waren länger.

E1-4 Kursbelegungen in allgemeiner Weiterbildung der Volkshochschule²⁵⁶

Die Kursbelegungen im Bereich der allgemeinen Weiterbildung der Volkshochschule (VHS) verdeutlicht die Reichweite des Angebots innerhalb des Stadtgebiets. Über die Differenzierung nach Alter und Geschlecht lässt sich annäherungsweise die erreichte Adressatengruppe verdeutlichen.²⁵⁷

Unter Weiterbildung wird „die Fortsetzung oder Wiederaufnahme organisierten Lernens nach Abschluss einer unterschiedlich ausgedehnten ersten Bildungsphase verstanden“.²⁵⁸

Weiterbildung hat im Kontext eines dynamischen Wandels der Arbeitswelt und der Gesellschaft, wachsender Anforderungen im Alltag ebenso wie in den persönlichen Lebensbereichen aber auch mit Blick auf soziale und politische Teilhabechancen eine hohe Bedeutung. Sie bietet den Rahmen und das Angebot, Wissen und individuelle Kompetenzen, an sich stetig wandelnde Anforderungen anzupassen. Dabei werden selbstorganisierte Lernprozesse immer wichtiger, um sich individuell Kompetenzen im Rahmen des lebenslangen und lebensbegleitenden Lernens anzueignen.²⁵⁹

Die Bereitschaft zur Weiterbildung liegt in Deutschland auf einem hohen Niveau. 50 Prozent der 18 bis 64-Jährigen haben in 2016 in Deutschland an einer Weiterbildung teilgenommen. 71 Prozent aller wahrgenommenen Angebote gehört zum Segment der betrieblichen Weiterbildung. 20 Prozent werden dem nicht berufsbezogenen und 10 Prozent dem individuell berufsbezogenen Bereich zugeordnet.²⁶⁰ Die Träger- und Angebotsstruktur im Weiterbildungsbereich zeichnet sich durch eine ausgeprägte Heterogenität aus, was die Erfassung von Angeboten und Teilnahme, als auch der erreichten Zielgruppen erschwert.²⁶¹

Im Kontext des Lernreports stehen die Angebote der allgemeinen Weiterbildung der Volkshochschule im Fokus. Erfasst werden die Kursangebote der nicht berufsbezogenen Fachbereiche Politik, Kultur und Sprachen, die sich gleichermaßen an unterschiedliche Altersgruppen und Lebensphasen richten. Die Entwicklung der Teilnehmerzahlen in den 3 Fachbereichen ist zwischen 2014 und 2016 leicht, um 3,9 Prozent, rückläufig. Besuchten 2014 noch rund 12.500 Personen Kurse aus den diesen drei Angebotssegmenten, waren es 2016 ca. 12.000 Personen.²⁶² Der Fachbereich 6 „Integration – Deutsch als Fremdsprache“, der statistisch nicht mit in die Berechnungen eingeflossen ist, aber mit dem allgemeinen Sprachbereich im weiteren Sinn assoziiert ist, weist hingegen eine Steigerung um 9,6 Prozent auf.

Frauen besuchen die Kursangebote der allgemeinen Weiterbildung in wesentlich stärkerem Umfang, als Männer dies tun. Über alle Altersgruppen hinweg, liegt der Anteil der Frauen in den Kursen zum Teil mehr als doppelt so hoch wie der der Männer. Die nach Geschlecht unterschiedliche Frequentierung der Kurse wird auch von der Einbindung in die Erwerbs- und Familienarbeit beeinflusst. Männer nutzen in stärkerem Umfang berufsbezogene, im betrieblichen Kontext angesiedelte Weiterbildungsangebote.

Mit Blick auf die Altersgruppen zeigt sich, dass die Kurse insbesondere für die 50 bis 65-Jährigen eine besonders hohe Attraktivität aufweisen, also den Gruppen, die beruflich etabliert und mehr zeitlichen Gestaltungsspielraum besitzen. Der Rückgang der Nachfrage der darunter liegenden Alterskohorten korrespondiert vermutlich mit der hohen Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt.

256 FB 1, 2 und 4. Politik, Kultur und Sprachen.

257 Ohne Fachbereiche Gesundheit und berufsbezogene Weiterbildung.

258 Deutscher Bildungsrat 1970:197 In: Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) AES Trendbericht Juli 2017: 6 https://www.bmbf.de/pub/Weiterbildungsverhalten_in_Deutschland_2016.pdf.

259 Tippelt (2000, S. 69).

260 Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) AES Trendbericht Juli 2017: 4.

261 Der Bundesbildungsbericht 2016:143 spricht in diesem Zusammenhang von einer „mehrfachen Heterogenität“ und unterscheidet zwischen den Merkmalen: Institutionalisierungsformen, öffentlich und privat, einer Vielfalt von Angebotstypen, Zielen und Qualität.

262 In den Erhebungen der Vorjahre wurden die Daten noch um den Personenkreis hochgerechnet, die keine Angaben zur Person gemacht haben. Diese erfolgte in 2014 und 2016 nicht mehr.

Weiterbildung gewinnt zunehmend an Bedeutung

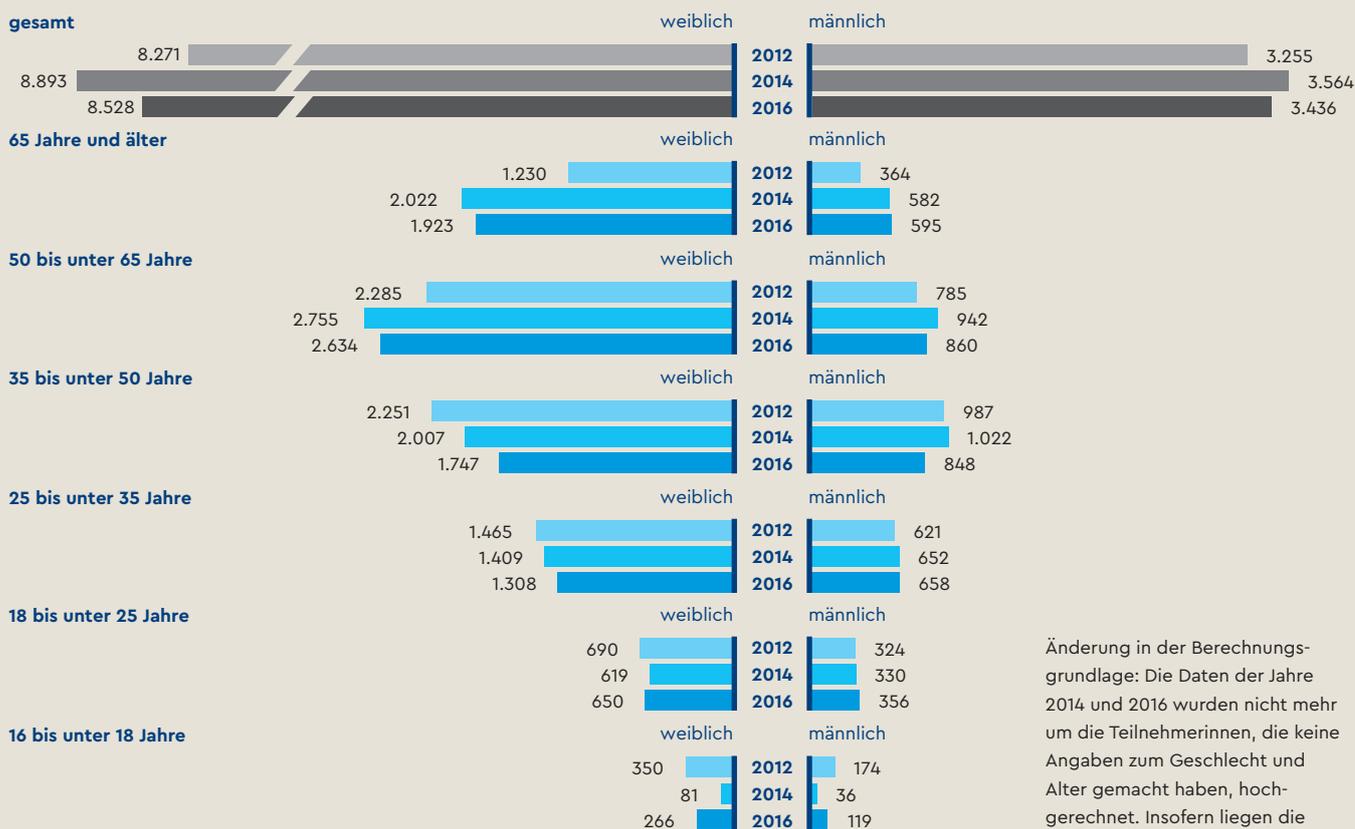
Die Hälfte der 18 bis 64-Jährigen hat 2016 an einer Weiterbildung teilgenommen

Die Teilnahme an Angeboten der allgemeinen Weiterbildung der VHS sind leicht rückläufig

Frauen nutzen Angebote der allgemeinen Weiterbildung stärker als Männer

Abb. 85

Kursbelegung allgemeine Weiterbildung VHS nach Geschlecht und Alter



Quelle: Stadt Bielefeld, VHS 2017

Änderung in der Berechnungsgrundlage: Die Daten der Jahre 2014 und 2016 wurden nicht mehr um die Teilnehmerinnen, die keine Angaben zum Geschlecht und Alter gemacht haben, hochgerechnet. Insofern liegen die tatsächlichen Teilnehmezahlen um ca. 7 Prozent höher.

E1-5 Alphabetisierung und Grundbildung für Deutschsprachige

Eine umfassende ökonomische, soziale und kulturelle Teilhabe korrespondiert eng mit der Lese- und Schreibkompetenz, die auch als Literalität bezeichnet wird. Studien²⁶³ belegen, dass ein erheblicher Anteil auch der in Deutschland geborenen und aufgewachsenen Bevölkerung gravierende Defizite im Bereich der Lese- und Schreibkompetenz aufweist. Dieses auch als funktionaler Analphabetismus bezeichnete Phänomen ist bereits seit den 1970er Jahren bekannt. Der Indikator beleuchtet die Freqüentierung der Alphabetisierungskurse der Volkshochschule und verdeutlicht den auf der kommunalen Ebene bestehenden Bedarf an niedrigschwelligen Bildungsangeboten für Erwachsene dieser Zielgruppe.

Funktionaler Analphabetismus ist weiterhin ein gesellschaftliches Problem

Als funktionale Analphabeten gelten deutschsprachige Erwachsene, die aufgrund fehlender, unzureichender oder unsicherer Schriftsprachkompetenzen nicht in der Lage sind, Schriftsprache für sich und andere in Alltag und Beruf zu nutzen (Döbert/Hubertus 2000).

Die Universität Hamburg legte mit ihrer Studie zur Größenordnung des funktionalen Analphabetismus in Deutschland, der Level-One-Studie (leo), präzise Zahlen vor (Grotlüschen/Riekmann 2012). Dabei wird unterschieden zwischen:

- Menschen, die nur einzelne Wörter lesend verstehen oder schreiben können, nicht jedoch ganze Sätze: 2,3 Millionen Analphabeten (4,5 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung),
- Menschen, die nur einzelne Sätze lesen oder schreiben können, nicht aber kürzere Texte wie z. B. eine Arbeitsanweisung: 7,5 Millionen funktionale Analphabeten (14,5 Prozent der erwerbsfähigen Deutschen, hierin sind die vorgenannten 4,5 Prozent enthalten, die die Satzebene unterschreiten) und
- Menschen, die auch bei gebräuchlichen Wörtern fehlerhaft schreiben: 13,3 Millionen (25,9 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung).

263 Nickel (2014); Döbert und Hubertus (2000); Grotlüschen und Riekmann (2010).

Funktionale Analphabeten im engeren Sinne sind gemäß der leo-Studie diejenigen, die Schriftsprache nicht auf der Textebene nutzen können. Damit sind 7,5 Millionen der erwachsenen deutschsprachigen Bevölkerung zwischen 18 und 64 Jahren in fast allen gesellschaftlichen Handlungsfeldern benachteiligt: in Partnerschaft und Familie, auf dem Arbeitsmarkt, beim Zugang zu gesundheitlichen Ressourcen und bei der Teilhabe am öffentlichen Leben.²⁶⁴

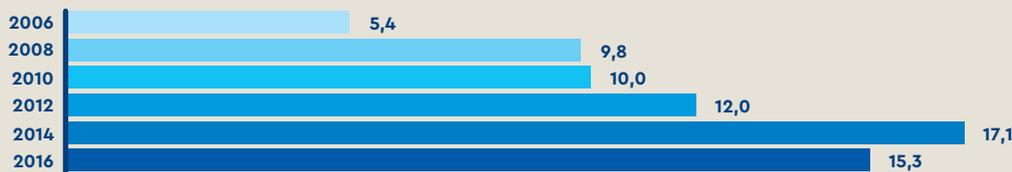
Ziel der Alphabetisierungskurse für Deutschsprachige an der VHS Bielefeld ist es, Menschen in prekären Lebenssituationen nicht nur Lese- und Schreibkompetenzen zu vermitteln, sondern grundlegend die Orientierungs- und Handlungskompetenz im gesellschaftlichen, familiären und beruflichen Alltag zu verbessern. Der Unterricht an der VHS ist daher sozial-integrativ ausgerichtet.

2012 wurden die Alphabetisierungskurse der VHS von 250 Personen frequentiert. In 2014 stieg die Teilnehmeranzahl auf 356 Personen, ein Anstieg zum Vorjahr um 42 Prozent und 2016 nahmen 327 Erwachsene zwischen 18 und 64 Jahren das Angebot wahr. Gemessen an den durchschnittlichen Daten der Level-One-Studie kann von einem deutlich höheren Bedarf ausgegangen werden. Laut der Studie sind allein von der Altersgruppe der 18- bis 29-Jährigen rund 20 Prozent mit den Auswirkungen des funktionalen Analphabetismus konfrontiert.

Funktionaler Analphabetismus ist weiterhin ein gesellschaftliches Problem

Teilnehmer an der Alphabetisierung für Deutschsprachige

je 10.000 Einwohner im Alter von 18 bis 64 Jahren



Quelle: VHS Bielefeld 2017

Abb. 86

Die Kombination verschiedener Faktoren beeinflusst und verstärkt funktionalen Analphabetismus. Neben einem Mangel basaler Fähigkeiten in Lese- und Schreibkompetenzen, nehmen die Literalität des Elternhauses, aber auch die soziale und die ökonomische Situation der Familie einen Einfluss auf die Entwicklung des funktionalen Analphabetismus.²⁶⁵

Der weitere Ausbau niedrigschwelliger Angebote steht in diesem Bildungssegment perspektivisch ebenso im Fokus wie eine stärkere Ansprache der Zielgruppe, denn immer mehr Arbeitsplätze für gering qualifizierte Personen entfallen, in denen funktionale Analphabeten in der Regel beschäftigt sind.²⁶⁶ Gerade auf lokaler Ebene ist eine stärker präventive Ausrichtung der Angebote mit Blick auf die Erwerbslosigkeit und damit verbundene Folgekosten wichtig, insbesondere vor dem Hintergrund, dass Kinder, die in Elternhäusern aufwachsen, in denen funktionaler Analphabetismus vorliegt, mit einem erhöhten Risiko konfrontiert sind, das eigene Bildungspotential nicht voll entfalten zu können.²⁶⁷

Flächendeckende, niedrigschwellige und nachfragegerechte Lernangebote sollten etabliert werden. Voraussetzung dafür sind breite und stabile Kooperationen, die die VHS Bielefeld gemeinsam mit verschiedenen Partnern aus den Bereichen Seelsorge/Kirche/Wohlfahrtsverbände, Kinder-/Jugend- und Familienpflege, Kitas/Family Literacy sowie Strafvollzug/VA anstrebt.

²⁶⁴ Weitere 13,3 Millionen Menschen (25,9 Prozent) haben größere Probleme beim Lesen und Rechtschreiben. Vgl. Nickel (2014).

²⁶⁵ Vgl. Döbert und Hubertus (2000); Bulut (2008, S. 15ff.).

²⁶⁶ Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012, S. 204).

²⁶⁷ Bulut (2008).

E2 Nutzung medialer Angebote kultureller Bildung

Erfasst wird die Nutzung der kommunal angebotenen Medien zur kulturellen Bildung anhand der Stadtbibliothek. In der Bereitstellung der entsprechenden Infrastruktur und Angebote wird auch in der Zukunft eine wichtige und wachsende Aufgabe der Kommune liegen. Öffentliche Bibliotheken sind nicht nur darauf ausgerichtet, non-formales und informelles Lernen medienbasiert zu unterstützen und zu fördern. Die Kooperationen und Netzwerke mit Bildungsinstitutionen der frühen Bildung und der Schulen fördert zudem das eigenverantwortlich gesteuerte Lernen.

E2-1 Aktive und passive Nutzung der Stadtbibliothek

Bibliotheken bieten die Infrastruktur für die Nutzung und Aneignung kultureller Bildung. Sie sind darüber hinaus wichtiger Informationsdienstleister auf der kommunalen Ebene. Über die Erfassung der aktiven Nutzung des Leistungsspektrums der Stadtbibliothek lässt sich zeigen, in welchem Umfang die Bevölkerung an den Angeboten partizipiert und wie sich die aktiven Nutzer auf das Stadtgebiet verteilen. Die Entleihungen liefern Hinweise wie sich die Nachfrage im Kontext der fortschreitenden Digitalisierung entwickelt. Die Betrachtung der quantitativen Entwicklung der Besucher (passive Nutzung) der Bibliothek zeigt darüber hinaus die Attraktivität des Angebots, das über Entleihvorgänge hinaus besteht.

Über 10 Millionen aktive Nutzer von Bibliotheken in 2015 bundesweit

Die Folgen der Digitalisierung spiegeln sich auch in den Besucher- und Nutzerdaten der öffentlichen Bibliotheken wider. Gleichwohl ist die Anzahl der Bibliotheksstandorte in den letzten Jahren nur marginal um 3,3 Prozent auf bundesweit 9858 in 2015 zurückgegangen. 10,23 Millionen aktive Nutzerinnen und Nutzer liehen bundesweit im Jahr 2015 rund 450 Millionen Medien aus. Rund ein Drittel der Aktiven (2,94 Mil.) entlieh 87 Millionen Medien in wissenschaftlichen Bibliotheken.²⁶⁸ Jährlich finden 374.000 Veranstaltungen in Bibliotheken statt und 119 Millionen Menschen besuchen die öffentlichen Bibliotheken in Deutschland.²⁶⁹

Öffentliche Bibliotheken stellen einen Grundbaustein der kommunalen Bildungs- und Kulturinfrastruktur dar. Sie ermöglichen mit ihren Angeboten, unabhängig vom sozialen oder materiellen Status einer Person, einen wohnortnahen Zugang zu aktuellem Wissen in allen medialen Formaten sowie niedrigschwellige Teilhabemöglichkeiten. In Kooperation mit non-formalen und formalen Bildungsinstitutionen sind sie ein zentraler außerschulischer Lernort, der einen breiten Rahmen für unterschiedliche Formen des Lernens bietet. Bibliotheken leisten somit einen Beitrag zur Verbesserung der Bildungs- und Chancengleichheit in der Gesellschaft und haben einen zentralen Platz im lebenslangen Lernen.²⁷⁰

Bibliotheken befinden sich in einer Transformationsphase

Gleichwohl ist das Informationsmonopol der Bibliotheken, das sie über Jahrhunderte innehatten, gekippt.²⁷¹ Das Internet beeinflusst das Nutzerverhalten radikal mit weitreichenden Veränderungen, die von den Bibliotheken nur in sehr geringem Umfang beeinflusst werden können. Bibliotheken befinden sich somit in einer Transformationsphase, in der die Messung ihrer Reichweite einen komplexen Prozess darstellt, der sich nicht oder nur schwierig rein indiktorisiert darstellen lässt.²⁷² So wurde z. B. in 2016 das webbasierte Angebot „Press Reader“²⁷³ in der Bibliothek Bielefeld eingeführt. Das Angebot erreichte im gleichen Jahr 9.978 Nutzer, die 13.230 Ausgaben aufgerufen und 100.950 Artikel gelesen haben. Trotz dieser positiven Entwicklung, lassen sich die Vielzahl der neu entwickelten unterschiedlichen Einzelangebote nicht in Form eines Indikators darstellen.

268 <http://www.bibliotheksportal.de/bibliotheken/bibliotheken-in-deutschland/daten-und-fakten/daten-2015.html>.

269 <http://www.bibliotheksverband.de/>.

270 Deutscher Bibliotheksverband (12.08.2014a), Deutscher Bibliotheksverband (12.08.2014b).

271 www.deutschlandfunk.de/inforamtionsgewinnung-wozu-noch-bibliotheken.118 (zugriff: 18.12.2017).

272 Indikatoren über „Besuche“ und „Entleihungen“ bilden das tatsächliche Geschehen, wie in anderen Bildungsbereichen auch, nur unzureichend ab. Für die kommenden Jahren könnte es sinnvoll sein, parallel zu den aktuell verwendeten, primär quantitativ orientierten Indikatoren, auch andere Verfahren einzusetzen.

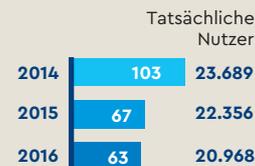
273 ca. 5.000 internationale Zeitungen und Zeitschriften online.

Neben der Zentralbibliothek in der Innenstadt von Bielefeld, hält die Stadtbibliothek acht weitere Stadtteilbibliotheken vor. Während die Bibliothek für das Jahr 2006 noch Besucherzahlen in Höhe von 614.000 Personen auswies, sank die Zahl bis 2013 auf 548.000 Personen, ein Minus von 10,8 Prozent, ab. Die Besucherzahlen liefern, im Gegensatz zu den aktiven Nutzern, einen Überblick über die Gesamtzahl der Personen, die die Bibliotheksgebäude aufsuchen und unabhängig von der Ausleihe auch andere Dienstleistungen in Anspruch nehmen, wie zum Beispiel Internetrecherche, Zeitungsservice oder Veranstaltungen besuchen. Seit 2014 steigen die Besucherzahlen wieder, auf zuletzt ca. 557.000 in 2016 an. Die Entwicklung der Besucherzahlen in den Jahren 2014 bis 2016 kommt ausschließlich dem Hauptstandort zugute. Seit 2013 haben die Stadtteilbibliotheken 18,7 Prozent der Besucherschaft verloren. 2016 nutzen noch 225.000 Personen (40 Prozent) die acht Stadtteilstandorte.

Abb. 87

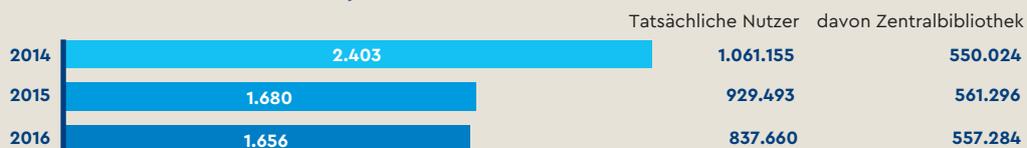
Aktive monatliche Nutzer der Stadtbibliothek

je 1000 Einwohner



Quelle: Stadtbibliothek 2017, eigene Berechnungen

Besucher der Stadtbibliothek je 1000 Einwohner



Quelle: Stadtbibliothek 2017, eigene Berechnungen

Abb. 88

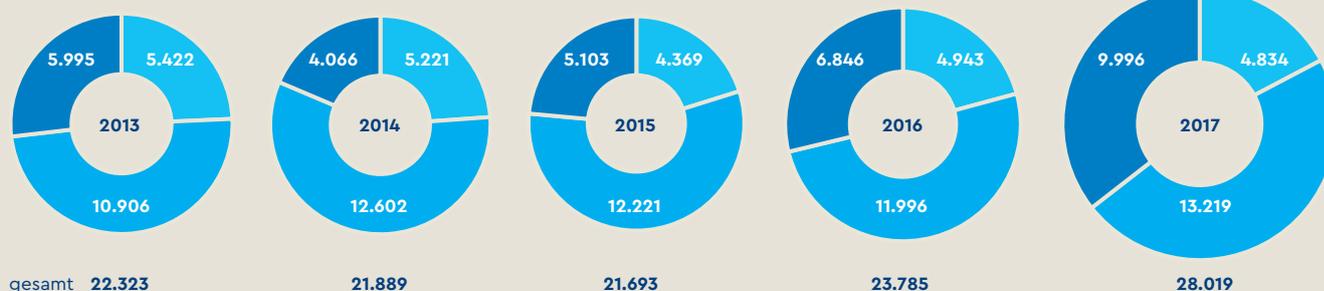
Seit 2014 steigen die Besucherzahlen der Stadtbibliothek wieder auf zuletzt ca. 557.000 an.

Im gleichen Zeitraum, also seit 2014 sind die Onlinenutzungen um rund 20 Prozent auf 900.000 angestiegen. Veranstaltungsreihen und thematische Kooperationen mit Bildungsinstitutionen, wie zum Beispiel die Leseförderung im Primarbereich, stellen ein wachsendes Teilsegment des Angebotsspektrums der Bibliothek dar. Seit 2014 ist der Anteil um annähernd 23 Prozent auf 26.891 Teilnehmerinnen und Teilnehmer gestiegen.

900.000 Onlinenutzungen der Stadtbibliothek in 2016

Teilnehmer im Bereich Leseförderungen und Führungen der Stadtbibliothek 2013 bis 2017

■ Leseförderung für Kinder inkl. Schulprogrammarbeit ■ Lesungen ■ Führungen



Quelle: Stadt Bielefeld, Stadtbibliothek 2018

Abb. 89

Kooperationen mit Bildungsinstitutionen werden ausgebaut

In 2016 wurde das statistische Verfahren der Erfassung der aktiven Nutzer der Bibliothek modifiziert. Zeitreihenfähige Daten stehen für diesen Bereich deshalb aktuell nicht zur Verfügung. In 2016 besaßen 44.338 Personen einen Bibliotheksausweis, von denen 85 Prozent in Bielefeld leben. Vor dem Hintergrund der z.T. stark ausgeprägten sozialräumlichen Segregation bestimmter Gruppen in Bielefeld wurden die Inhaberinnen und Inhaber aktiver Nutzerausweise bezogen auf die Grundschuleinzugsbereiche ausgewertet. Die Vermutung eines weitestgehend kongruenten Bildes, wie im Ergebnis des Index sozialer Belastungen, bestätigte sich nicht. Segregation und bildungsrelevante soziale Belastung stehen in einigen Sozialräumen in einer wechselseitigen Beziehung zu niedrigen aktiven Nutzerausweisen, in anderen, wo diese hätte antizipiert werden können, jedoch nicht.

Abb. 90

Anteil aktiver Nutzer der Stadtbibliothek an der Gesamtbevölkerung 2016

in Prozent differenziert nach Alter und nach Wohnort (Grundschuleinzugsbereiche)

Anteil aktiver Nutzer

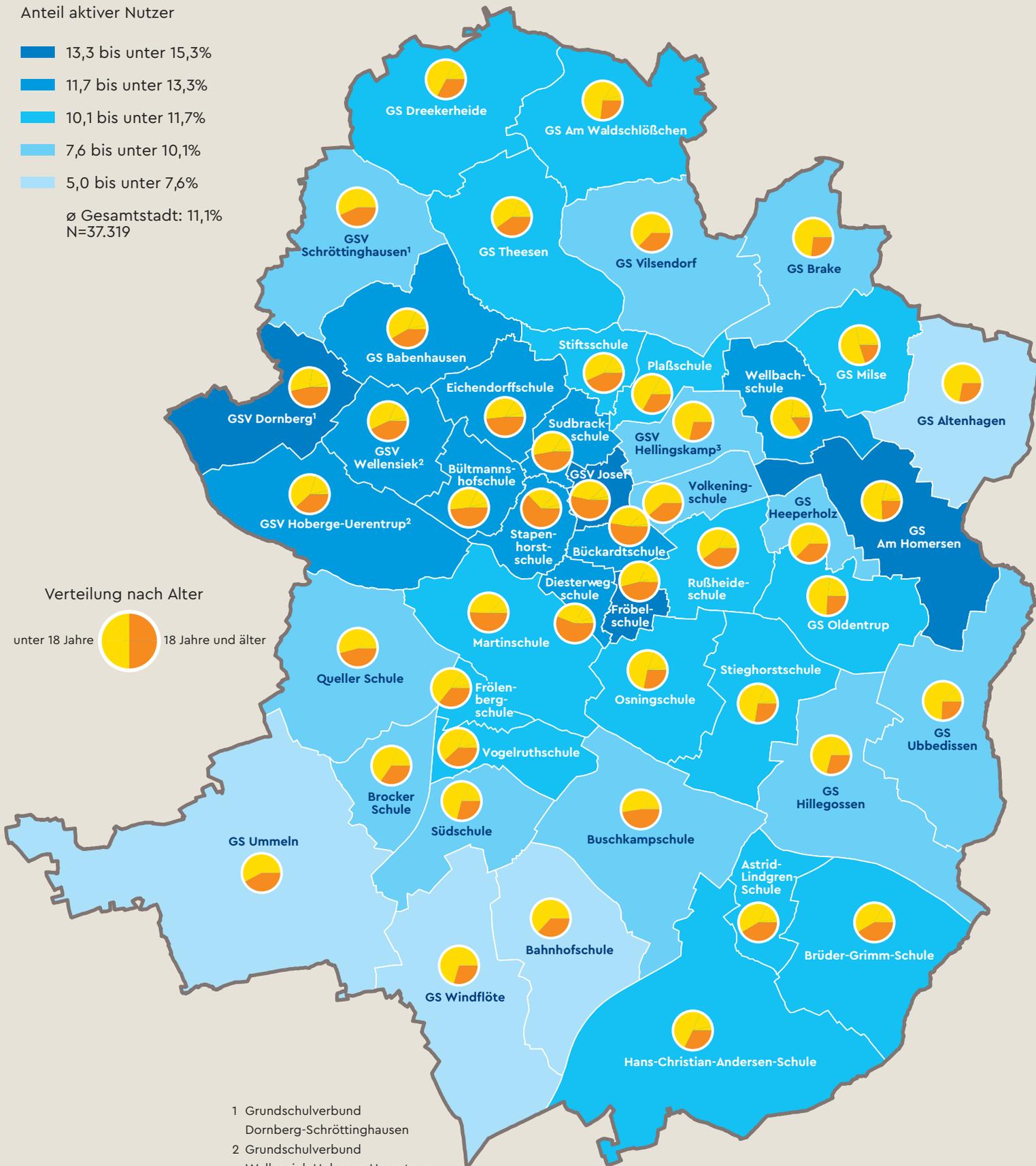
13,3 bis unter 15,3%

11,7 bis unter 13,3%

10,1 bis unter 11,7%

7,6 bis unter 10,1%

5,0 bis unter 7,6%

Ø Gesamtstadt: 11,1%
N=37.3191 Grundschulverbund
Dornberg-Schröttinghausen2 Grundschulverbund
Wellensiek-Hoberge-Uerentrup3 Hellingskampschule, Grundschulverbund
nördliche InnenstadtQuelle: Stadt Bielefeld, Stadtbibliothek und Einwohnermelderegister (Berechnungen Presseamt/Statistikstelle), Stichtag 31.12.16;
Berechnungen und Kartographie: Bildungsbüro der Stadt Bielefeld

E2-2 Entlehene Medien der Stadtbibliothek

Der Teilindikator liefert ein Bild der Nutzungsintensität von digitalen- und Printmedien, indem die tatsächlich genutzte Anzahl der ausgeliehen Medien abgebildet wird.

Analog der Entwicklung der aktiven Kunden der Stadtbibliothek weisen auch die Medienentleihungen einen rückläufigen Trend auf. Diese Entwicklung läuft bereits seit 2010. Nur im Jahr 2014 gab es einen Anstieg der Entleihungen, was aber zunächst singulär bleibt. Rechnerisch wurden von jedem Bielefelder vier Medien in 2016 entliehen. 2008 waren es noch 4,8 Medienentleihungen.

Einzelne Standorte der Stadtbibliothek sind von diesem Trend unterschiedlich betroffen. Während in den acht Stadtteilstandorten zwischen 2014 und 2016 insgesamt rund 50.000 entlehene Medien weniger (11,3 Prozent) verbucht wurden, waren es am Zentralstandort 223.000 oder 21 Prozent weniger.

Das Ausleih- und Nutzungsverhalten gerade der jüngeren Bevölkerung verändert sich mit der zunehmenden Digitalisierung. Gerade bei den aktuell in der Nutzung noch starken Altersgruppen bis 18 Jahre könnte der Wandel in der Affinität zu weiter abnehmendem Interesse an diesem Format führen. Die Stadtbibliothek reagiert auf diese Veränderungen in vielschichtiger Weise. Neben den neuen Räumlichkeiten, die ein angenehmes Aufenthalts- und Lernumfeld schaffen, gibt es umfangreiche Angebotserweiterungen, Internet-Arbeitsplätze und niedrigschwellige Zugänge wie der elektronischen Ausleihe. Die Bibliothek als Ort des informellen Lernens systemisch stärker verzahnt in die Bildungsinstitutionen des non-formalen und formalen Lernens einzubinden, könnte perspektivisch als flankierende Maßnahmen positive Effekte haben, denn Kinder und Jugendliche verbinden mit diesem Ort neue Lernformen.

E3 Prävention und Gesundheitsförderung – Selbsterfahrung in Sport, Spiel und Bewegung

Insbesondere im Rahmen der Primärprävention und Gesundheitsförderung bei Kindern und Jugendlichen haben der Bund²⁷⁴ und das Land NRW²⁷⁵ in den letzten Jahren die Themen Sport, Spiel und Bewegung als politische Handlungsfelder mehr in den Blick genommen.

Auch die Stadt Bielefeld setzt auf eine gesundheitsfördernde und primärpräventive Gesamtpolitik. Mit der Neuausrichtung der Bielefelder Gesundheitsziele hat sich die Stadt u. a. das Ziel gesetzt, Gesundheit in verschiedenen Politikbereichen stärker zu berücksichtigen. Mit der Verzahnung der Bereiche Bildung und Gesundheit sollen die gesundheitsbezogenen Lebenskompetenzen sowohl in den Kindertagesstätten und Schulen als auch in den non-formalen und informellen Lernwelten vermittelt und gefördert werden. Denn „die Förderung der Gesundheitskompetenz schon im Kindes- und Jugendalter kann für ein psychisch gesundes Aufwachsen und ein psychisch stabiles Erwachsenenleben sorgen, also z. B. die Ausbildung von Stressbewältigungsfähigkeiten oder der Resilienz.“²⁷⁶ Ein weiteres wichtiges Gesundheitsziel ist in diesem Kontext die Förderung der körperlichen Aktivität.²⁷⁷

274 Vgl. Bundesministerium für Gesundheit (2010): Nationales Gesundheitsziel – Gesund aufwachsen: Lebenskompetenz, Bewegung, Ernährung, Berlin, https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/3_Downloads/G/Gesundheitsziele/Broschuere_Nationales_Gesundheitsziel_-_Gesund_aufwachsen_Lebenskompetenz_Bewegung__Ernaehrung.pdf.

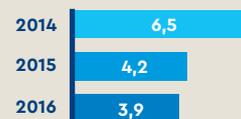
275 Im Jahr 2016 hat das Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes NRW ein neues Handlungsprogramm zur „Bewegungs- und Gesundheitsförderung in Schulen in NRW“ (BeweG-NRW) zu 01.08.2016 mit einer Laufzeit von vier Jahren gestartet, um die ausreichende Bewegung von Kindern und Jugendlichen auch außerhalb des Sportunterrichts zu unterstützen. Ziel des Programms ist es, die Rahmenbedingungen für gesundheitsfördernde und bewegungsförderliche Schul- und Unterrichtsentwicklung nachhaltig zu fördern. Ein Handlungsschwerpunkt des Programms ist „Lernen und Bewegung“ (vgl. https://www.schulsport-nrw.de/fileadmin/user_upload/news/pdf/SchuleNRW.pdf).

276 Stadt Bielefeld, Dezernat Umwelt/Klimaschutz, Gesundheitsziele für Bielefeld 2017–2022 (2017, S.26f).

277 Ebda. S.33.

Abb. 91

Anzahl der in der Stadtbibliothek entlehnen Medien je 1000 Einwohner



Quelle: Stadtbibliothek 2017, eigene Berechnungen

Die Digitalisierung verändert das Nutzerverhalten

Stadtbibliothek als Ort des informellen Lernens

E3-1 Versorgung mit Spiel- und Naturflächen je Kind unter 10 Jahren

Der Indikator wurde gegenüber dem letzten Lernreport weiterentwickelt und zeigt für jeden Grundschuleinzugsbereich, wieviel Spiel- und Naturflächen Kindern (unter 10 Jahren) u. a. für Sport, Spiel und Bewegung zur Verfügung stehen. In der Konstruktion des Indikators wurden neben den Spielflächen weitere Räume, die für informelle Lern- und Entwicklungsprozesse von Kindern relevant sein können, einbezogen. Dazu zählen Park- und Grünanlagen und Waldflächen.²⁷⁸

Erträge informeller Lern- und Entwicklungsprozesse sind, anders als im Bereich formaler oder in Teilen non-formaler Bildung, nicht oder kaum messbar.²⁷⁹ Denn informelles Lernen findet im „täglichen Leben“ statt und ist im Hinblick auf Lernziele nicht organisiert und strukturiert. Schätzungen gehen davon aus, dass 60–70 Prozent aller menschlichen Lernprozesse im Alltag, am Arbeitsplatz, in der Familie und in der Freizeit geschehen.²⁸⁰

Um informelles Lernen zu fördern, ist es notwendig, sowohl die Rahmenbedingungen des Lernens so zu gestalten, dass informelles Lernen angeregt und ermöglicht wird, als auch auf die Kinder einzugehen und zu motivieren, damit sie eine lernförderliche Umgebung auch nutzen wollen und können.²⁸¹

Lern- und entwicklungsfördernde Umgebungen können z. B. Orte für sportliche und spielerische Aktivitäten, aber auch Natur- und Erlebnisräume sein. Wie Untersuchungen²⁸² zeigen, werden Kinder durch positive Erfahrungen des explorativen Lernens und Spielens in Naturräumen ermutigt, diese Räume vermehrt in ihrer selbstbestimmten Freizeit zum Zwecke des Freispiels aufzusuchen. Ein exploratives, erlebnispädagogisches Lernen durch unmittelbare Naturerfahrungen ermöglicht Kindern und Jugendlichen ein Lernen mit allen Sinnen, mit nachgewiesenen positiven Effekten für die Informationsaufnahme und deren Verarbeitung.

Mit Hilfe der Abbildung 92 soll verdeutlicht werden, in welchem Umfang Kinder unter 10 Jahren mit Spiel- und Naturflächen in ihren Lebensräumen versorgt sind. Mit Blick auf die Ausstattung je Grundschuleinzugsbereich zeigen sich deutliche Unterschiede in der Versorgungslage, von rund 39 m² (Josefschule) bis 13.942 m² pro Kind (Brüder-Grimm-Schule). Im Vergleich der Grundschuleinzugsbereiche untereinander fällt auf, dass insgesamt 2 Bezirke deutlich über dem Durchschnitt von 2.222 m² Spiel-/Freiflächenanteil pro Kind liegen und 17 deutlich darunter.

Aufgrund der waldreichen Naturparke TERRA.vita und Nördlicher Teutoburger Wald/Eggegebirge sind in den Randlagen, insbesondere in den Einzugsbereichen Hoberge-Uerentrup und Brüder-Grimm-Schule, die Anteile an Spiel- und Naturflächen für Kinder besonders hoch, in den dicht bebauten innerstädtischen Bezirke besonders niedrig.

Es ist somit davon auszugehen, dass für einen Großteil der Grundschuleinzugsbereiche, die deutlich unter dem städtischen Durchschnitt liegen (bis 851 m² Spiel- und Naturflächen pro Kind), Handlungsbedarf zur Sicherung des Flächenangebotes besteht.

Niedrigschwellige Zugänge zu Natur- und Erlebnisräumen sind gerade für Kinder von zentraler Bedeutung

Natur- und Erlebnisräume sind ungleich im Stadtgebiet verteilt

Handlungsbedarf zur Sicherung von Spiel und Naturflächen

278 Die geographischen Flächendaten stammen aus ATKIS (Amtliches Topographisch-Kartographische Informationssystem).

279 Der Rat der Europäischen Union arbeitet aber an einen Instrumentarium zur Validierung von Lernergebnissen aus dem non-formalen und informellen Bereich 2012.

280 Vgl. Internetportal der Deutschen UNESCO-Kommission zum UNESCO-Weltaktionsprogramm „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ <http://www.bne-portal.de> (Zugriff, 31. 3. 2018).

281 vgl. Rohs (2016).

282 vgl. Brämer (2010); Schelp (2016).

Spiel- und Naturflächen für Kinder

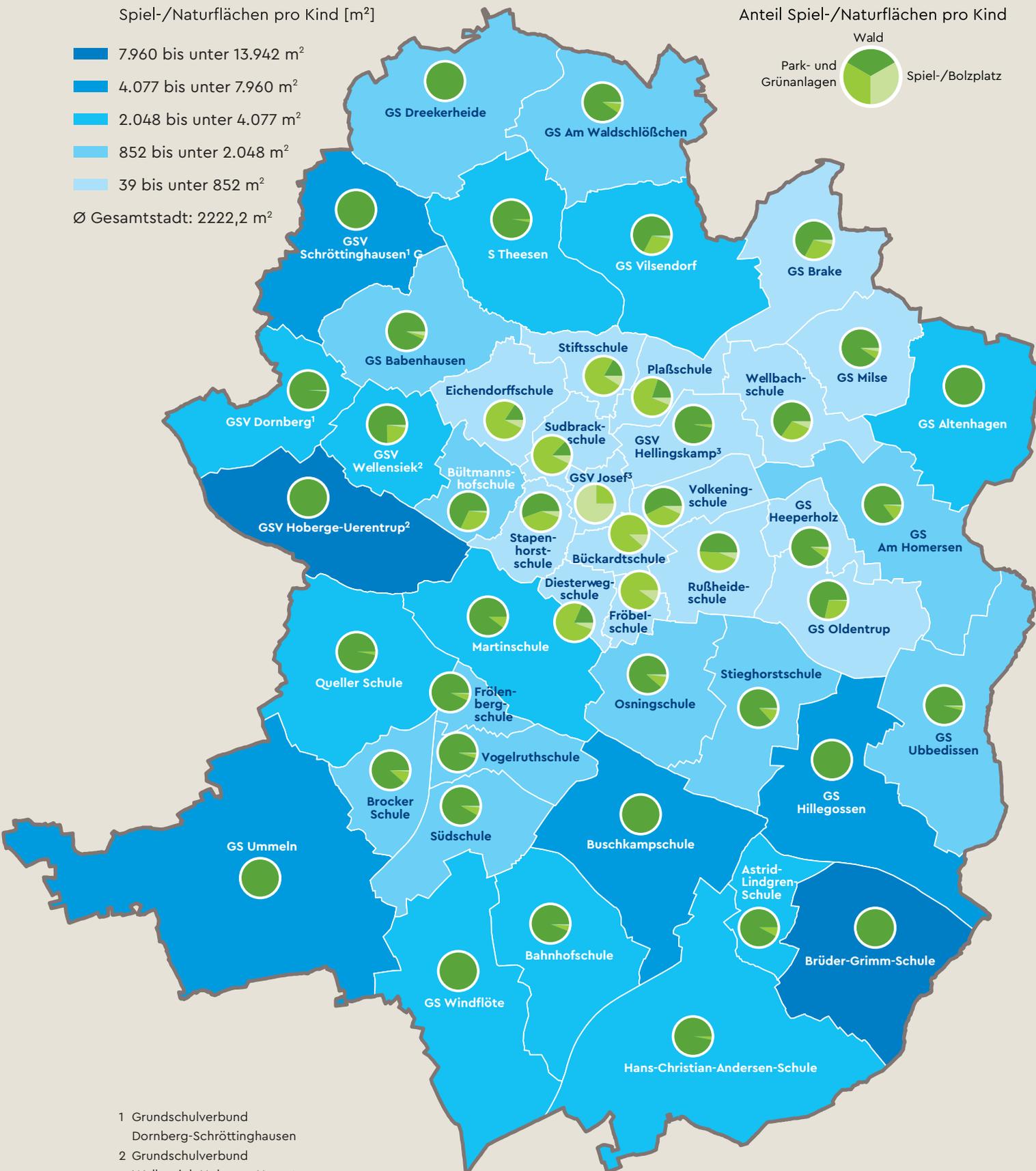
Abb. 92

Anteil an Spiel-, Bolz-, Park-, Grün- und Waldflächen pro Kind unter 10 Jahren, auf Ebene der Grundschuleinzugsbereiche

Spiel-/Naturflächen pro Kind [m²]

- 7.960 bis unter 13.942 m²
 - 4.077 bis unter 7.960 m²
 - 2.048 bis unter 4.077 m²
 - 852 bis unter 2.048 m²
 - 39 bis unter 852 m²
- Ø Gesamtstadt: 2222,2 m²

Anteil Spiel-/Naturflächen pro Kind



- 1 Grundschulverbund Dornberg-Schröttinghausen
- 2 Grundschulverbund Wellensiek-Hoberge-Uerentrup
- 3 Hellingskampschule, Grundschulverbund nördliche Innenstadt

Quelle: Stadt Bielefeld, Umweltamt und Einwohnermelderegister (Berechnungen Presseamt/Statistikstelle, Stichtag 31.12.16; Berechnungen und Kartographie: Bildungsbüro der Stadt Bielefeld)

Um einen Zusammenhang zwischen dem Versorgungsgrad an Spiel- und Naturflächen im Stadtgebiet und der gesundheitlichen und soziale Lage von Kindern aufzeigen, wurden in einer weiteren Berechnung Daten aus der Schuleingangsuntersuchung und die Ergebnisse der bildungsrelevanten sozialen Belastungen ausgewertet und folgende Tendenz beobachtet: je weniger Spiel-/Freiraumflächenanteile pro Kind in einem Grundschuleinzugsbereich zur Verfügung stehen, desto mehr Kinder mit sozialen Belastungen und Auffälligkeiten in der Körperkoordination sind dort zu finden.²⁸³

Der Anteil an Spiel- und Naturflächen und der Index „bildungsrelevante soziale Belastungen“ stehen also in einem Zusammenhang mit Auffälligkeiten in der Körperkoordination.²⁸⁴

Das Bewegungsverhalten von Kindern wird zum einen von der bebauten Umwelt, wie z. B. Erscheinungsbild, Größe und Durchmischung von Gebäuden und deren Nutzung oder der Zugang zu Spiel-/Bolzplätzen, Grün- und Freiflächen²⁸⁵, und zum anderen durch die soziale Herkunft beeinflusst.²⁸⁶ Aufgrund des gesellschaftlichen Wandels, der sich vor allem in der Abnahme von Alltagsaktivitäten sowie einer stärkeren Nutzung audiovisueller Medien zeigt, hat sich die Lebens- und Bewegungswelt von Kindern zunehmend verändert.²⁸⁷

Auch wenn die Bedeutung der körperlichen Aktivität für Bildungs- und Entwicklungsprozesse in der Kindheit längst wissenschaftlich bewiesen ist²⁸⁸, sind insbesondere bei Kindern aus prekären Lebenssituationen häufiger psychische Störungen, Verhaltensauffälligkeiten und Gewichtsprobleme festzustellen.²⁸⁹

Aus der Gesundheitsberichterstattung der Stadt Bielefeld ist u. a. bekannt, dass z. B. Kinder der niedrigen Bildungsschicht eine höhere Adipositas-Rate aufweisen.²⁹⁰ Schulen berichten von stetig steigenden motorischen Defiziten, die u. a. daraus resultieren, dass Grundschulkinder nur noch wenige Zeit im Freispiel in der Natur verbringen und sich auch auf dem Weg zur Schule nur wenig bewegen (ca. 35% der Kinder werden von ihren Eltern mit dem PKW zur Schule gebracht).²⁹¹

Eine ausgewogene Verteilung von (Spiel- und Bewegungs-) Flächen für informelle Lern- und Entwicklungsprozesse über das gesamte Stadtgebiet stellt aus bildungspolitischer Sicht eine Voraussetzung dar, damit alle Kinder und Jugendlichen gleichermaßen in diesen – eher unstrukturierten – Lernfeldern Erfahrungen sammeln können und gesund aufwachsen können. Die Förderung körperlicher Aktivität beugt Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Übergewicht vor und geht mit einem höheren Wohlbefinden der späteren Erwachsenen

283 Die Korrelationsanalyse auf Ebene der Grundschulbezirke zeigt, dass der Anteil an Spiel-/Freiraumflächen pro untersuchte Einschulkinder (Einschuljahrgänge 2015–2017) mäßig (signifikant negativ) mit Auffälligkeiten bei der Körperkoordination der Einschulkinder korreliert. D. h., je höher die Exposition mit Freiraumflächen ist, desto niedriger ist der Outcome „auffällige Körperkoordination“ (Korrelation $R = -0,464$, Signifikanzniveau 0,01). In Grundschulbezirken mit einer „eher bis sehr hohen bildungsrelevanten sozialen Belastung“ ist der Anteil an Spiel- und Naturflächen pro Kind vergleichsweise gering (Korrelation $-0,34$), gleichzeitig besteht hier ein starker Zusammenhang zu dem Merkmal „auffällige Körperkoordination“ (Korrelation $= 0,83$).

284 Um konkrete Handlungsempfehlungen abzuleiten, müssen allerdings die Zusammenhänge zwischen Bildung und den einzelnen Kennzahlen aus Gesundheit und Umwelt (Spiel-/Naturflächenausstattung) näher untersucht werden. Mit Hilfe einer multivariaten Analyse auf einer Raumbene, die sich unterhalb der Grundschuleinzugsbereiche befindet, können beispielsweise Daten der Schuleingangsuntersuchung und die Spiel-/Naturflächenausstattung verknüpft werden. Um die „bildungsrelevanten sozialen Belastungen“ in diese mehrdimensionale Betrachtung einzubeziehen, müsste dieser Index entsprechend des kleineren Raumbezuges neu berechnet werden. Auf diese Weise könnte ein neuer Index „Lern- und Bewegungsressourcen“ als Steuerungsinstrument gebildet werden. Im Bereich Umwelt könnte die Berechnung eines Umweltindex, der mit Kennzahlen zur bioklimatischen Belastung, Lärm- u. Feinstaubbelastung etc. ergänzt wird, eine gezielte Weiterentwicklung für eine mehrdimensionale Analyse darstellen.

285 Landeszentrum Gesundheit Nordrhein-Westfalen, Leitfaden Gesunde Stadt (2016, S.38).

286 vgl. Robert Koch-Institut (2013); in der KiGGS-Studie des Robert-Koch-Institutes zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland konnte belegt werden, dass Kinder aus Familien mit einem niedrigen Sozialstatus sich besonders wenig sportlich betätigen und häufiger adipös sind.

287 Kettner et al. (2012, S.1f).

288 vgl. Bahr et al. (2012), Zimmer et al. (2016).

289 MFKJKS NRW (2016, S.22).

290 Stadt Bielefeld, Dezernat Umwelt und Klimaschutz, Gesundheitsbericht Kinder (2015, S.13).

291 Stadt Bielefeld, Amt für Verkehr (2017, S.1f.).

einher. Projekte wie „Mehr Freiraum für Kinder“²⁹² in Bielefeld zeigen, dass mit der Errichtung von attraktiven außerschulischen Naturlernorten, das bewegte Lernen und das Spielen in Naturräumen gefördert werden kann.

Auf Ebene der Grundschuleinzugsbereiche lassen sich erste Zusammenhänge zwischen geringer Spiel- und Naturflächenausstattung und über dem Durchschnitt liegender bildungsrelevanter sozialer Belastung auf der einen, und der „auffälligen Körperkoordination“ bei Kindern auf der anderen Seite beobachten. Eine passgenauere Steuerung könnte in diesem Zusammenhang mit vertieften Analysen auf Basis kleinräumiger Fachdaten (mind. auf Ebene der statistischen Bezirke) unterstützt werden. Ein Fokus könnte dabei z. B. auf die Gruppe der Kinder aus einer prekären Lebenslage gelegt werden, die unterdurchschnittlich mit Spiel- und Naturflächen in ihrem Wohnumfeld versorgt und Auffälligkeiten in der gesundheitlichen Entwicklung (Feinmotorik, Körperkoordination) und andere gesundheitliche Defizite, wie z. B. einen erhöhten Body-Mass Index aufweisen. Auf diese Weise können zielgruppenspezifische Interventionsmöglichkeiten abgeleitet werden.

E3-2 Anteil der in Sportvereinen organisierten Personen

Sport erfüllt in der Gesellschaft vielschichtige Funktionen. Neben der positiven gesundheitlichen Wirkung leistet Sport einen Beitrag zur Identifikation, zur Integration aber auch zum sozialen Lernen, zur Selbstfindung und zur Selbstverwirklichung.²⁹³ Sportvereine können somit als Bildungs- und Lernorte charakterisiert werden, die Gelegenheitsstrukturen für die Ausbildung und Förderung vielschichtiger Kompetenzen darstellen. Der Indikator bildet die Beteiligung der Bevölkerung an den Angeboten der Bielefelder Sportvereine im Zeitverlauf, differenziert nach Geschlecht und Altersgruppen ab.²⁹⁴

In den vergangenen Jahren haben Themen rund um den Sport insgesamt an Bedeutung gewonnen.²⁹⁵ Gesundheit, Fitness, Stressabbau und soziale Aspekte sind ebenso Gründe für sportliche Aktivitäten, wie eine möglichst lange gesellschaftliche Teilhabe im Alter. Sport hat sich als eine gesellschaftliche Querschnittsaufgabe positioniert²⁹⁶ und besitzt, da Menschen über die gesamte Lebensspanne von der Teilnahme an Sport auf sehr unterschiedliche Art und Weise profitieren, im Kontext des lebenslangen Lernens eine wichtige Bedeutung. Die Teilnahme an Sport ist somit ein wichtiger Indikator für informelles Lernen.

In erheblichen Umfang findet Sport in selbstorganisierten, empirisch nur schwer zu erfassenden Zusammenhängen statt. Hinweise auf den Organisationsgrad in diesem Feld des informellen Lernens lassen sich jedoch über die Entwicklung der in Sportvereinen organisierten Menschen ermitteln. So waren 2017 bundesweit 23,8 Millionen Mitglieder in 90.500 Sportvereinen organisiert (Abb. 93). Eine leicht rückläufige Entwicklung.²⁹⁷ In Bielefeld waren 2016 in 217 Sportvereinen rund 82.000 Menschen organisiert. Auch auf der lokalen Ebene ist ein leicht rückläufiger Trend beobachtbar.

Zwischen 2008 und 2016 hat sich die Anzahl der in Sportvereinen organisierten Mitglieder in Bielefeld um 1,9 Prozent auf 24,4 Prozent der Bielefelder Bevölkerung verringert. Der Rückgang stellt sich mit Blick auf die Altersgruppen sehr unterschiedlich dar. In der Gruppe der über 61-Jährigen ist das Interesse an Vereinssport gestiegen. 17,7 Prozent dieser Altersgruppe engagieren sich in diesem Feld. Diese Entwicklung trifft auch auf die Kinder

2016 waren rund 82.000 Personen in 217 Sportvereinen in Bielefeld organisiert

Anteil der in Sportvereinen organisierten Personen ist insgesamt rückläufig

292 Die Stadt Bielefeld hat im Rahmen des Mobilitätsförderungsprojektes STARS (Laufzeit August 2013 bis März 2016) viele Erfahrungen auf den Gebieten der Bewegungsförderung und Schulwegsicherheit gemacht. Ziel der Teilnahme an der Kampagne „Mehr Freiraum für Kinder. Ein Gewinn für alle!“ war es, diese Erfahrungen so aufzuarbeiten, dass sie künftig fester Bestandteil einer bewegungs- und kinderfreundlichen Unterrichts-, Ausstattungs- und Verkehrsplanung sind. Mehr unter www.mehr-freiraum-fuer-kinder.de.

293 Sport erfüllt noch weitere wichtige gesellschaftliche Funktionen. Siehe dazu auch beim Landessportbund unter LSB NRW (2014).

294 Stadtsportbund Bielefeld (2011, S. 7ff.).

295 <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/171911/umfrage/haeufigkeit-sport-treiben-in-der-freizeit/>

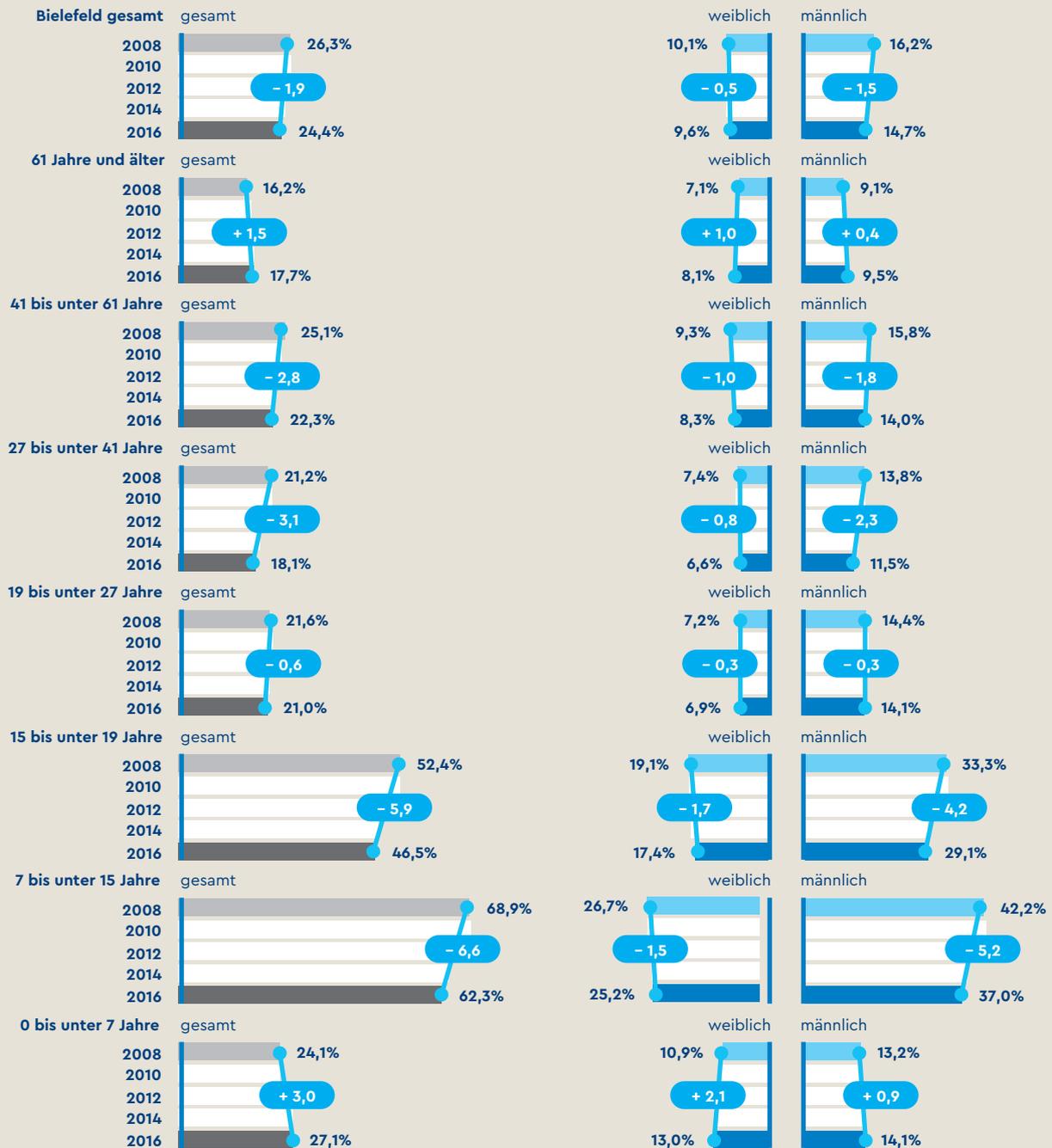
296 <https://www.goethe.de/de/kul/mol/20575864.html>.

297 Bezogen auf die Mitgliederzahlen ist der DFB mit 7 Millionen Mitgliedern der größte Sportverein.

vor dem Eintritt in die Schule zu. Von den bis 7-Jährigen ist mehr als jedes 4. Kind in einem Sportverein aktiv. Eine Steigerung von 3 Prozent. Unterstützend wirkt hier auch das seit 2011 laufende Angebot „Sports4Kinds“, dass jedem Kind in Bielefeld zu seinem 4. Geburtstag einen Jahresgutschein für eine Mitgliedschaft in einem Sportverein schenkt. Insgesamt haben seit Beginn des Projekts bereits 2909 Kinder (20 Prozent Einlösequote) von dem Angebot Gebrauch gemacht.²⁹⁸ Die positive Wirkung für die körperliche Entwicklung aber auch das Wissen um den Einfluss auf motorische Fähigkeiten, Sprachentwicklung und das mathematische Grundverständnis²⁹⁹ könnten einen Einfluss auf die Entscheidung für einen Sportverein besitzen.

Abb. 93

Anteil der in Sportvereinen organisierten Personen nach Geschlecht und Alter



Quelle: Stadt Bielefeld, Sportamt 2016

298 Kooperationspartner des Projekts: „Sports4Kids“ sind der Sportbund Bielefeld, Universität Bielefeld, Stadt Bielefeld und die Stockmeier Stiftung, die die Finanzierung des Angebots übernommen hat. Das Projekt lief von 2011 bis 2017.

299 Vgl. Bildungsgrundsätze von 0 bis 10 Jahren 2016:78.

Dementgegen zeichnet sich für die Altersgruppen der 7- bis 19-Jährigen eine gegensätzliche Entwicklung ab. Der Vereinssport verliert bei den bis 15-Jährigen 6,6 Prozent und in der Altersgruppe der bis 19 -Jährigen 5,9 Prozent. Ein Hintergrund ist auch die sich immer noch im Prozess befindliche Transformation in den Bildungslandschaften. Mit der Einführung der OGS und dem Ganzttag in der Sekundarstufe I hat sich für große Teile der Jugendlichen das zur Disposition für andere Aktivitäten stehende Zeitbudget verringert. Organisierter Sport in Vereinsstrukturen konkurriert zudem mit einer Vielzahl anderer Gestaltungsmöglichkeiten, für die Jugendliche in diesen Alterskohorten auch offen sind. Der Aufbau von systemisch verankerten Kooperationen zwischen den Bildungsinstitutionen und den Sportvereinen könnte positive Folgewirkungen entfalten.

Gemessen an organisierten Formen der Sportbeteiligung hat das Gesundheitsbewusstsein in den Alterskohorten der über 60-Jährigen in den letzten Jahren eine positive Entwicklung vollzogen. Gleichwohl ist der Anteil der Menschen, die Vereinssport betreiben, in dieser Gruppe relativ gering. Die Entwicklung neuer, auch niedrigrschwelliger Angebotsmodelle für diese Zielgruppe kann mit Blick auf lange autonome gesellschaftliche Teilhabe zielführend sein.

Sport in organisierter Form verliert für Jugendliche gemessen an den Teilnehmerzahlen kontinuierlich an Attraktivität. Trotz dieser Entwicklung ist der Organisationsgrad mit 62,3 Prozent immer noch hoch. Da sich das Zeitbudget der Zielgruppe nicht beeinflussen lässt, gilt es neue Ideen für Zugangswege zu entwickeln und die Angebote flexibel anzubieten. Kooperation mit Bildungsinstitutionen und der Aufbau von Netzwerkstrukturen könnten diesen Weg flankieren.

Die Quoten von Jugendlichen in Sportvereinen sind rückläufig.

Schlussfolgerungen und Ausblick

Mit diesem Report fokussieren wir auf zentrale Rahmenbedingungen und Bildungsbereiche der vier UNESCO-Lerndimensionen, deren Entwicklung im Zeitverlauf abgebildet wird. Auf Basis der Ergebnisse der ersten beiden Lernreporte hatten wir bereits Handlungsempfehlungen formuliert, die Ansatzpunkte und Impulse zur Weiterentwicklung der Bielefelder Bildungslandschaft liefern. In politischen Gremien, Verwaltungsausschüssen sowie im Kontext der Bildungsinstitutionen haben wir Ergebnisse und Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Bildungslandschaft zur Diskussion gestellt. In vielen Bereichen gab es erfolgreiche kommunale Interventionen. Zugleich zeigt sich, dass Veränderungsprozesse Geduld und Zeit benötigen. Viele Herausforderungen bestehen fort und neue sind hinzugekommen.

Soziale Disparitäten sind in den letzten Jahren trotz guter Konjunktur gewachsen und haben sich in der Stadtgesellschaft verfestigt. Dies lässt sich u. a. an der ausgeprägten Segregation in einigen Stadtquartieren ablesen. Weil herkunftsbedingte Disparitäten der Bildungsbeteiligung häufig lebenslang fortwirken, muss die Stadt als zentraler Akteur vermehrt Verantwortung in der Gestaltung einer auf Chancengerechtigkeit und verbesserte Teilhabe ausgerichteten Bildungslandschaft übernehmen. Die Entwicklung und Umsetzung von Ideen und Konzepten darf nicht entlang von Zuständigkeiten verlaufen sondern soll kooperativ und lösungsorientiert ausgerichtet sein. Die institutionellen Akteure müssen sich noch stärker systemisch vernetzen und ihre Angebote optimaler aufeinander abstimmen. Dafür gilt es auch, neben Weiterentwicklungen in der formalen Bildung die non-formalen und informellen Lernbereiche stärker in den Blick zu nehmen, erfüllen doch z. B. Kultur und Sport im Kontext von gesellschaftlicher Teilhabe und lebenslangem Lernen wichtige gesellschaftliche Funktionen.

In der Vergangenheit haben wir zentrale Stellschrauben innerhalb der Bildungslandschaft aufgezeigt, über die sich Veränderungsprozesse initiieren und Teilhabemöglichkeiten verbessern lassen. Diese sind über Projekte, aber auch strukturelle Veränderungen im Hinblick auf die Ausweitung von Partizipationsmöglichkeiten sowie die Ermöglichung von mehr Chancengerechtigkeit neu zu justieren und auszuweiten. Bereits am Beginn der Bildungskette sind flankierende Unterstützungen anzubieten, die sich nicht auf non-formale und formale Bildungsangebote beschränken, sondern Lernen als ganzheitlichen Prozess mit den dazugehörigen Rahmenbedingungen und Systemen (wie z. B. der Familie) verstehen.

Kommunale Rahmenbedingungen des Bildungswesens

Sozialen Disparitäten im Bildungskontext mit adäquaten Angeboten begegnen

Startbedingungen und Teilhabemöglichkeiten im Bildungswesen sind in Bielefeld noch sehr unterschiedlich ausgeprägt. Dies zeigt sich u. a. an der auffälligen Segregation von Kindern mit Migrationshintergrund, die in 5 wohnortnahen Grundschuleinzugsgebieten eine Quote von über 75 Prozent aufweist. Kinderarmut und bildungsrelevante Belastungen werden als gravierende Problemlagen nicht nur im Quartier sichtbar, sondern häufig auch in den dortigen Bildungsinstitutionen. Zur Verbesserung der Bildungschancen müssen sich die Akteure der Bildungslandschaft mit ihren Angeboten noch stärker systemisch vernetzen. Handlungsleitend sollte stets der Blick auf das Kind sein und nicht primär das Denken in Zuständigkeiten. Die Entwicklung weiterer vernetzter und begleitender Angebote von Gesundheitsamt, Jugendhilfe, Bildungsplanung und Stadtentwicklung ist deshalb notwendig, um bessere Voraussetzungen für Chancengerechtigkeit zu schaffen. Weil sich die sozialen Rahmenbedingungen des Quartiers auch in den Institutionen abbilden, bedarf es einer entsprechend gesteuerten Ressourcenverteilung im Hinblick auf Personalausstattung sowie adäquate Räumlichkeiten für eine durchgängig gute Lernatmosphäre.

Niedrigschwellige Angebote vorhalten zum Nachholen von Bildungs- und Ausbildungsabschlüssen

Ende 2016 verfügten 4 Prozent der Erwerbstätigen und 7 Prozent der Bielefelder Bevölkerung über keinen Schulabschluss. Die Aufnahme einer Ausbildung oder einer qualifizierten Tätigkeit ist für diese Menschen erheblich erschwert. Sie sind stärker als andere von Arbeitslosigkeit betroffen oder bedroht und damit hinsichtlich gesellschaftlicher Teilhabe oft eingeschränkt. Bildungsakteure und Beratungsinstitutionen wie die Jugendberufsagentur oder das Jobcenter sollten die Personengruppen ohne Schul- bzw. Ausbildungsabschluss verstärkt ansprechen und über niedrigschwellige Angebote zum Nachholen von Abschlüssen motivieren.

Konzepte kommunaler Institutionen stärker verzahnen

Bildungsbiographien hängen in einem erheblichen Umfang vom familiären Umfeld ab, in das ein Kind hineingeboren wird. Der Bildungshintergrund und die sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen der Familie sind wichtige Parameter, die einen Einfluss auf das Gelingen von Bildungsverläufen besitzen. Die innerstädtische Segregation bestimmter Bevölkerungsgruppen korreliert in der Regel stark mit sozio-ökonomischen Bedingungen. Dies zeigt sich häufig schon in der frühen Bildung im Quartier in Kindertageseinrichtungen und Grundschulen mit der Gefahr einer auch institutionellen Segregation. Ansätze, die auf eine Entkopplung von Rahmenbedingungen und Bildungserfolg abzielen, sollten deshalb verstärkt diese Institutionen sowie die Übergänge zwischen den Bildungseinrichtungen im Quartier in den Blick nehmen. Konzepte, die auf eine früh einsetzende und enge institutionelle Anbindung und Begleitung von benachteiligten Familien setzen, können passende flankierende Leistungen bereits in den ersten Lebensjahren vermitteln. Eine stärkere konzeptionelle Verzahnung der Bildungsinstitutionen und Leistungen ist für solchermaßen ausgerichtete Ansätze eine zentrale Voraussetzung.

Armut mit und in den Bildungsinstitutionen entgegen wirken

Armut wirkt sich, insbesondere wenn Kinder über eine längere Phase mit deren Auswirkungen konfrontiert sind, negativ auf die individuelle Entwicklung aus, da in unterschiedlichen Lebensbereichen die Teilhabechancen stark eingeschränkt sind. Zudem gibt es in von Armut betroffenen Familien oft weniger Unterstützungsleistungen für die Kinder. Auswirkungen von Armut kann durch eine noch stärkere Förderung der Institutionen der frühen Bildung entgegen gewirkt werden. Dazu gehören neben einer für die Zielgruppe passenden Personalausstattung, die adäquate individuelle Förderung ermöglicht, auch Räumlichkeiten und Ausstattungen, die Defizite in anderen Lebensbereichen kompensieren können.

Lerndimension „Lernen Wissen zu erwerben“

Frühe Förderung für Kinder aus benachteiligten Familien ausbauen

42,8 Prozent der unter 3-Jährigen nutzen 2017/18 in Bielefeld Angebote der frühkindlichen Bildung – davon 33,2 Prozent in Kindertagesstätten und 9,6 Prozent bei Tagespflegepersonen. Das Angebot an frühkindlicher Betreuung und Bildung wird durch die Schaffung neuer Kitas aktuell deutlich erhöht. Gerade durch den weiteren Ausbau institutionalisierter Angebote für diese Altersgruppe in Wohnquartieren mit hohen bildungsrelevanten Belastungen können die Bildungschancen verbessert werden. Insbesondere sozial und materiell benachteiligte Familien nutzen Angebote der frühkindlichen Bildung, Erziehung und Betreuung häufig erst später als materiell besser situierte Familien. Die Abschaffung der Kitagebühren für Eltern mit geringen Einkommen, wie sie die Ratsgremien kürzlich beschlossen hat, geht deshalb in die richtige Richtung. Auch mit quartiersorientierten Beratungsangeboten kann ein Beitrag geleistet werden, die Hürden zu einem frühzeitigen Kitabesuch zu senken. Übergänge zwischen Bildungsinstitutionen sind für Kinder aus diesen Familien häufig sehr schwierige Statuspassagen. Der weitere systematische und verbindliche Ausbau von Kooperationen zwischen Kindertageseinrichtungen und Schulen kann helfen, diese Übergänge noch stärker an den jeweiligen Bedarfen des Kindes auszurichten.

Schuleingangsuntersuchung ausweiten

Ein erheblicher Anteil von Kindern weist beim Wechsel von der Kindertagesstätte in die Grundschule in unterschiedlichen Entwicklungsbereichen Defizite auf. Die Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchung zeigen besonders auffällige Ergebnisse in einigen Quartieren mit hohen bildungsrelevanten Belastungen. Eine der Schuleingangsuntersuchung vorgelegte Untersuchung der Kinder mit 3 oder 4 Jahren, wie sie in einigen Quartieren bereits durchgeführt wird, könnte Entwicklungsverzögerungen frühzeitiger als beim Wechsel in die Grundschule diagnostizieren, so dass entsprechend eine längere und stärker individuell geprägte Förderung möglich würde.

Einheitliche Erhebungsverfahren zur Sprachstandfeststellung verwenden

In den Kindertagesstätten kommen verschiedene Sprachstandfeststellungsverfahren zum Einsatz, die daher in ihren Ergebnissen nicht mehr vergleichbar sind. Weil aufgrund von Rechtsänderungen auf kommunaler Ebene keine aggregierten, zeitreihenfähigen Daten zum Sprachstand von 4-jährigen Kindern mehr vorliegen, ist nicht mehr verlässlich nachvollziehbar, wie sich der Sprachstand dieser Zielgruppe entwickelt. In den letzten Erhebungsjahren wurden bei rund 25 Prozent der Kinder Sprachdefizite, mit steigender Tendenz, diagnostiziert. Diese Datenlage wurde von vielen Grundschulen bestätigt. Kinder mit Sprachschwierigkeiten verteilen sich zudem nicht gleichmäßig auf das Stadtgebiet verteilen, sondern auch hier gibt es Häufungen in einigen Schulen. Der sichere Umgang mit der deutschen Sprache ist eine zentrale Voraussetzung für den individuellen Bildungserfolg und gelingende Integration. Gezielte, frühzeitige Sprachförderung ist daher eine zentrale Aufgabe. Diese kann flächendeckend nur greifen, wenn auf valide Daten zum Sprachstand und zur Sprachentwicklung zurückgegriffen werden kann. Die Sprachstandserhebungen sollten in Kindertageseinrichtungen daher auf einheitlichen verbindlichen Standards und Qualitätskriterien basieren.

Ursachen innerstädtischer Bildungswanderung abbauen

Mehr als ein Viertel der Bielefelder Grundschülerinnen und Grundschüler besucht nicht die wohnortnächste Schule. Abwanderungen finden besonders ausgeprägt in Quartieren mit hohen sozialen Belastungen statt. Die betroffenen Bildungsinstitutionen sollten stärker gefördert und problematische Rahmenbedingungen gezielt abgebaut werden, damit solche Wanderungen obsolet werden.

Ganztagsangebot im Primar- und Sekundarbereich weiter ausbauen

Um quantitativ mehr und qualitativ noch bessere Betreuung und Förderung anbieten zu können, ist das Bielefelder Ganztagsangebot weiter auszubauen und weiterzuentwickeln. Dies gilt gleichermaßen für den Primar- und den Sekundarbereich. Eine Veränderung der Rahmenbedingungen für den Ganzttag im Primarbereich könnte den Ausbau gebundener Ganztagsangebote fördern und damit die Flexibilität im schulischen Tagesablauf erhöhen. Der Ausbau des rhythmisierten Ganztags im Primarbereich kann die Flexibilität im schulischen Tagesablauf erhöhen. Ein stadtweit gültiges Qualitätskonzept mit Mindestanforderungen kann mehr Raum für individuelle Förderung schaffen und so zur Chancengerechtigkeit beitragen. Eine systemische Vernetzung von Schule und OGS schafft für beide Institutionen neue Möglichkeiten und mehr Gestaltungsspielraum.

Schulische Integration neu Zugewanderter nachhaltig gestalten

Die aus wirtschaftlichen oder humanitären Gründen neu zugewanderten Kinder und Jugendlichen stellen die Bildungsinstitutionen mit Blick auf Sprache, Vorwissen und kulturelle Integration vor große Herausforderungen. Eine auf Nachhaltigkeit ausgerichtete und am einzelnen Kind orientierte Förderung bedarf Rahmenbedingungen (Personalausstattung, konzeptionelle Spielräume, Zugang zu Schularbeitshilfen oder OGS) innerhalb der Bildungsinstitutionen, die sich an diesen Anforderungen orientieren. Um die Qualität von Integration prüfen zu können, müssen Integrationsprozesse stärker langfristig evaluiert werden.

Strukturelle Veränderungen der Schullandschaft gezielt einleiten

Hauptschulen bieten in Bielefeld seit dem Schuljahr 2018/19 keine neuen Eingangsklassen an. Dieser bereits länger laufende Prozess hat Folgen für die Heterogenität der anderen Schulformen. Es gilt diese Teilbereiche in ihren Veränderungsprozessen zu stützen, um mit der wachsenden Leistungsheterogenität professionell umzugehen.

Lerndimension „Lernen zu handeln“**Angebot und Nachfrage der dualen Ausbildung besser abstimmen**

Mit der Eröffnung der Jugendberufsagentur sind weitere Voraussetzungen geschaffen worden, große Teile der im Kontext dualer Ausbildung relevanten Informationen aus einer Hand anzubieten. Gleichwohl bleiben zentrale Herausforderungen: Immer weniger Jugendliche entscheiden sich für eine duale Ausbildung, die Abbruchquoten sind teilweise weiter hoch und das Spannungsverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage bleibt bestehen. Trotz einer insgesamt positiven Entwicklung gelingt es vielen Jugendlichen im Anschluss an die allgemeinbildende Schule nicht, einen passenden Ausbildungsplatz zu finden, so dass sie zunächst in das Übergangssystem wechseln. Deshalb muss die „Ausbildungsoffensive“ fortgeführt und weiterentwickelt werden. Dabei müssen die Beratungsinstitutionen, Schulen, Kammern und Verbände weiterhin ihre Beiträge leisten.

Lerndimension „Lernen zusammen zu leben“**Für mehr politische Partizipation werben**

Die Beteiligung an Landtags- und Bundestagswahlen hat in den letzten Jahren wieder zugenommen. Innerstädtisch zeigt sich aber eine starke Spreizung in der politischen Partizipation, die signifikant mit dem Ausmaß an sozialen Belastungen in den Wohnquartieren korreliert. Merkmale wie Bildungsniveau, ökonomischer Status und Migrationshintergrund spiegeln sich in der Wahlbeteiligung. Es ist eine kommunale Aufgabe, breite Bevölkerungsschichten für politische Partizipation zu motivieren, damit alle gesellschaftlichen Gruppen ihre politischen Themen und spezifischen Anliegen angemessen platzieren können.

Lerndimension „Lernen das Leben zu gestalten“

Angebote kultureller Bildung ausbauen

Die vielschichtigen Kulturangebote der Stadt werden von der Bevölkerung sehr gut frequentiert. Aussagen, welche Bevölkerungsgruppen in welchem Umfang erreicht werden, lassen sich weiterhin aber nicht generieren. Entsprechende Erhebungsinstrumente könnten hier mehr Transparenz schaffen. Kooperationen mit Bildungseinrichtungen und Angebote für Kinder und Jugendliche wurden in letzten Jahren systematisch ausgebaut. Gerade für Kinder und Jugendliche, die in Sozialräumen mit bildungsrelevanten Risikolagen leben, sollten noch mehr kulturelle Teilhabechancen geschaffen werden.

Alphabetisierung und Grundbildung für Deutsche ausbauen

Weil die beruflichen Anforderungen steigen, kommt dem weiteren Ausbau von niedrigschwelligen Alphabetisierungsangeboten eine hohe gesellschaftliche Bedeutung zu. In Bielefeld sollten flächendeckende, niedrigschwellige und nachfragegerechte Lernangebote etabliert werden.

Sportförderung der gesellschaftlichen Entwicklung anpassen

Sport und Sportvereine erfüllen in der Gesellschaft vielfältige Funktionen. Den rückläufigen Mitgliederzahlen, insbesondere bei jüngeren Zielgruppen, sollte auch mit einem verstärkten Ausbau von Kooperationen mit Bildungsinstitutionen begegnet werden. Angebote für Ältere und die Zugänge zu diesen Angeboten müssen noch stärker in den Fokus genommen werden, da die demographische Entwicklung zu einer deutlichen Vergrößerung dieser Zielgruppe führen wird. Sports4Kids, die Open-Sunday-Angebote und die Kooperationen zwischen Schulen und Vereinen im Rahmen von KommSports sind nur zwei vorbildhafte Beispiele, wie niedrigschwellige Angebote erfolgreich etabliert werden können.

Literaturverzeichnis

- ALTERMANN, A.; BÖRNER, N; U. A. (2016):** *Bildungsbericht Ganztagschule NRW 2016*. Münster http://www.forschungsverbund.tu-dortmund.de/fileadmin/user_upload/BiGa_2016_Webversion.pdf
- AMBOS, I.; HORN, H. (2013):** *Angebotsstrukturen in der Alphabetisierung und Grundbildung für Erwachsene 2012. Ergebnisse der alphamonitor-Anbieterbefragung des DIE*. Bonn
- AUTORENGRUPPE BILDUNGSBERICHTERSTATTUNG (2006):** *Bildung in Deutschland 2006. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration*. Bielefeld
- AUTORENGRUPPE BILDUNGSBERICHTERSTATTUNG (2010):** *Bildung in Deutschland 2010. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Perspektiven des Bildungswesens im demografischen Wandel*. Bielefeld
- AUTORENGRUPPE BILDUNGSBERICHTERSTATTUNG (2012):** *Bildung in Deutschland 2012. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zur kulturellen Bildung im Lebenslauf*. Bielefeld
- AUTORENGRUPPE BILDUNGSBERICHTERSTATTUNG (2014):** *Bildung in Deutschland 2014. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zur Bildung von Menschen mit Behinderungen*. Bielefeld
- AUTORENGRUPPE BILDUNGSBERICHTERSTATTUNG (2016):** *Bildung in Deutschland 2016. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration*. Bielefeld
- BAETHGE-KINSKY, V. (2012):** *Lernen ganzheitlich erfassen. Wie lebenslanges und lebensweites Lernen in einem kommunalen Lernreport dargestellt werden kann*. Bielefeld
- BAHR, S.; KALLINICH, K.; BEUDELS, W.; FISCHER, K.; HÖLTER, G.; JASMUND, C.; KRUS, A.; KUHLENKAMP, S. (2012):** *Bedeutungsfelder der Bewegung für Bildungs- und Entwicklungsprozesse im Kindesalter*. In: *Motorik*, Jg. 35, Heft 3. Schorndorf
- BASS 2017/2018 (2017/18):** *Bereinigte amtliche Sammlung der Schulvorschriften des Landes Nordrhein-Westfalen*. Erfstadt
- BAUMERT, J.;MAAZ, K.;JONKMANN, K. (2010):** *Der Übergang von der Grundschule in die weiterführende Schule als Forschungsgegenstand. Robuste Befunde, die Bewährung von Wert-Erwartungs-Modellen und offenen Fragen*. Berlin
- BELLENBERG, G., KLEMM, K. (1998):** *Von der Einschulung bis zum Abitur. Zur Rekonstruktion von Schullaufbahnen in Nordrhein-Westfalen*. *Zeitschrift zur Erziehungswissenschaft* 1 (1998) 4, S. 577–596. Essen https://www.pedocs.de/volltexte/2011/4513/pdf/ZfE_1998_04_Bellenberg_Klemm_Einschulung_Abitur_D_A.pdf
- BELLENBERG, G. (HRSG.) (2013):** *Bildungsübergänge gestalten. Ein Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis*. Münster, Westf.
- BEHRENSEN, BIRGIT; WESTPHAL, MANUELA (2009):** *Junge Flüchtlinge – ein blinder Fleck in der Migrations- und Bildungsforschung. Bildung junger Flüchtlinge als Randthema in der migrationspolitischen Diskussion*. In: Krappmann, Lothar; Lob-Hüdepohl, Andreas; Bohmeyer, Axel; Kurzke-Maasmeier, Stefan (Hrsg.) *Bildung für junge Flüchtlinge – ein Menschenrecht. Erfahrungen, Grundlagen und Perspektiven*. Bielefeld: Bertelsmann, S. 45–58 (Forum Bildungsethik; 7)
- BERTELSMANN STIFTUNG (2014):** *Update Inklusion. Datenreport zu den aktuellen Entwicklungen*. Gütersloh

- BERG-LUPPER, U. (2006):** *Kinder mit Migrationshintergrund. Bildung und Betreuung von Anfang an?* In: Bien, W.; Rauschenbach, Th.; Riedel, B. (Hrsg.): *Wer betreut Deutschlands Kinder? DJI-Kinderbetreuungsstudie*. S.84–104. Weinheim und Basel
- BOCK-FAMULLA, K./LANGE, J. (2013):** *Länderreport Frühkindliche Bildungssysteme 2013*
- BOCK-FAMULLA, K.; STRUNZ, E.; LÖHLE, A. UND BERTELSMANN STIFTUNG (2017):** *Länderreport Frühkindliche Bildungssysteme 2017*. Gütersloh
- BOS, W.; STUBBE, T.; BUDEBERG, M. (2010):** *Gibt es eine armutsbedingte Bildungsbenachteiligung? Die Operationalisierung verschiedener Indikatoren der sozialen Herkunft von Schülerinnen und Schülern in der empirischen Bildungsforschung*. In: Rost, Detlef H. (Hrsg.): *Intelligenz, Hochbegabung, Vorschulerziehung, Bildungsbenachteiligung*. Münster: Waxmann (2010) S. 165–208
- BÖHM-KASPER, O.; DEMMER, C.; GAUSLING, P. (2017):** *Multiprofessionelle Kooperation im offenen versus gebundenen Ganzttag*. In: Lütje-Klose, B.; Miller, S.; Schwab, S.; Streese, B. (Hrsg.) *Inklusion: Profile für die Schul- und Unterrichtsentwicklung in Deutschland, Österreich und der Schweiz*; Seite 117ff
- BÖRNER; GERKEN; STÖTZEL; TABEL (2013):** *Bildungsbericht Ganztagschule NRW 2013*. Münster http://www.forschungsverbund.tu-dortmund.de/fileadmin/Files/Jugendhilfe_und_Schule/BiGa_NRW_2013.pdf
- BRÄMER, R. (2010). NATUR:** *Vergessen. Erste Befunde des Jugendreport Natur*. In *Natur subjektiv, Natursoziologie 6/2010*. Verfügbar unter: <http://www.wanderforschung.de/files/jrn10start1299055072.pdf>; Zugriff: 29.03.2018
- BREUING, K. (2014):** *Schulwahl und Schulwettbewerb im dualen System. Zur Aufhebung der Berufsschulbezirke in NRW*. in Wiesbaden DOI 10.1007/978-3-658-05624-7_1
- BUDEBERG, K.; RIEKMANN, W.; GROTLÜSCHEN, A. (2012):** *BWP*. In: *BWP*, H. 2, S. 28–31
- BOGUMIL, J.; HEINZE, ROLF. G.; LEHNER, F.; STROHMEIER, K.P. (2012):** *Viel erreicht – wenig gewonnen. Ein realistischer Blick auf das Ruhrgebiet*. Essen
- BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (2017):** *Arbeitsmarktmonitor August 15.08.2017*. Berlin <https://arbeitsmarktmonitor.arbeitsagentur.de>
- BUNDESAMT FÜR FAMILIE UND ZIVILGESELLSCHAFTLICHE AUFGABEN (05/2014):** *Statistik Bundesfreiwilligendienstleistende im Dienst, Mai 2014*. Berlin
- BUNDESAMT FÜR MIGRATION UND FLÜCHTLINGE (2008):** *Wohnen und innerstädtische Segregation von Migranten in Deutschland*. Nürnberg
- BUNDESAMT FÜR MIGRATION UND FLÜCHTLINGE (2009):** *Konzept für einen bundesweiten Alphabetisierungskurs*. Nürnberg
- BUNDESAMT FÜR MIGRATION UND FLÜCHTLINGE (2011):** *Zweiter Integrationsindikatorenbericht*. Berlin
- BUNDESAMT FÜR MIGRATION UND FLÜCHTLINGE (2012):** *Politische Einstellungen und politische Partizipation von Migranten in Deutschland*. Nürnberg
- BUNDESAMT FÜR MIGRATION UND FLÜCHTLINGE (2017):** *Integrationskursgeschäftsstatistik*. <http://www.bamf.de/DE/Infothek/Statistiken/InGe/inge-node.html>
- BUNDESMINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALES (2013):** *Der Vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung*. Berlin
- BUNDESMINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALES (2016):** *Der Fünfte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung*. Berlin
- BUNDESMINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALES (2017):** *Sozioökonomisches Panel 2015 und Mikrozensus 2015 in: Lebenslagen in Deutschland: 5 Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung Kurzfassung 2017*. Berlin

- BUNDESMINISTERIUM FÜR BILDUNG UND FORSCHUNG (BMBF) (2017):** *Berufsbildungsbericht 2017*. Bonn
- BUNDESMINISTERIUM FÜR BILDUNG UND FORSCHUNG (BMBF)(2007):** *AES Trendbericht 2017*
- BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND (2010):** *Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009 1999–2004–2009. Zivilgesellschaft, soziales Kapital und freiwilliges Engagement in Deutschland*. München
- BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND (2012):** *Erster Engagementbericht 2012*
- BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND (2014):** *Zeit das Richtige zu tun. Freiwillig engagiert in Deutschland – Bundesfreiwilligendienst*. Berlin
- BYLINSKI, U. (2013):** *Der Übergang in das berufliche Bildungssystem*. In: Bellenberg, G./ Forell, M. (Hrsg.): *Bildungsübergänge gestalten. Ein Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis*. s.l, S. 217–220
- CHARLES A NELSON, CHARLES H ZEANAH, NATHAN A FOX, PETER J MARSHALL, ANNA T SMYKE, DONALD GUTHRIE (2007):** *Cognitive recovery in socially deprived young children: The Bucharest Early Intervention Project*.
- DELORS, J. (HRSG.) (1996):** *Learning: the treasure within*. Paris
- DENCH, S./REGAN, J./BRITAIN, G. (2000):** *Learning in later life: Motivation and impact*
- DEUTSCHE UNESCO-KOMMISSION (DUK) (08.07.2014):** BNE-Portal: Interview: Informelles Lernen besser erforschen und fördern. Deutscher Bibliotheksverband (12.08.2014a): Bibliotheksportal.de. <http://www.bibliotheksportal.de/>
- DEUTSCHES JUGENDINSTITUT (DJI) (2016):** *Viel Tempo, wenig Plan – eine Zwischenbilanz zum Ausbau der Ganztagschule*. https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bulletin/d_bull_d/bull113_d/DJI_2_16_Web.pdf
- DIPF INFORMIERT (2016):** *Bildung in Deutschland – Befunde und Perspektiven aus dem Bildungsbericht 2016*. Ausgabe Nr. 24 | Oktober 2016 https://www.dipf.de/mwg-internal/de5fs23hu73ds/progress?id=NyL-GMsznJN5sbqPwwPvfyxC2CkQN6Q3HCwEKFRKyQ_&dl
- DITTON, HARTMUT (2013):** *Bildungsverläufe in der Sekundarstufe. Ergebnisse einer Längsschnittstudie zu Wechseln der Schulform*. In: *Zeitschrift für Pädagogik* 59 (6) S.887:911
- DÖBERT, M./HUBERTUS, P. (2000):** *Ihr Kreuz ist die Schrift. Analphabetismus und Alphabetisierung in Deutschland*. Münster
- EHMKE, T./JUDE, N. (2010):** *Soziale Herkunft und Kompetenzerwerb*. In: Klieme, E./ Artelt, C./Hartig, J./Jude, N./Köller, O./Prenzel, M./Schneider, W./Stanat, P. (Hrsg.): *Pisa 2009. Bilanz nach einem Jahrzehnt*. Münster
- FISCHER, MERTEN (2012):** *Bildungsbericht Ruhr*. Waxmann 2012. Münster
- FLÜCK, FREVEL, GOURMELON, KOHL, KROTT, MIESNER, MILDENBERGER (2014):** *Formalia wissenschaftlichen Arbeitens – Eine Arbeitshilfe*. Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Gelsenkirchen
- FUCHS-RECHLIN, K./BERGMANN, C. (2014):** *Der Abbau von Bildungsbenachteiligung durch Kindertagesbetreuung für unter 3-Jährige – zwischen Wunsch und Wirklichkeit*. In: *Zeitschrift für Erziehungswissenschaft*, S2, S. 95–118. doi:10.1007/s11618–013–0464–3
- GEISSLER, R./WEBER-MENGES, S. (2008):** *Migrantenkinder im Bildungssystem: doppelt benachteiligt*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, H. 49, S. 14–22

- GROOS, T. (2016):** *Gleich und gleich gesellt sich gern – Zu den sozialen Folgen freier Grundschulwahl. Arbeitspapiere wissenschaftliche Begleitforschung „Kein Kind zurücklassen!“*. Werkstattbericht. Band 5. Gütersloh
- GROOS, T. (2016):** *Schulsegregation messen – Sozialindex für Grundschulen. Arbeitspapiere wissenschaftliche Begleitforschung „Kein Kind zurücklassen!“*. Werkstattbericht. Band 6. Gütersloh
- GROOS, T.; JEHLER, N. (2015):** *Der Einfluss von Armut auf die Entwicklung von Kindern – Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchung. Arbeitspapiere wissenschaftliche Begleitforschung „Kein Kind zurücklassen!“*. Werkstattbericht. Band 3. Gütersloh
- GROOS, T.; TRAPPMANN, C.; JEHLER, N. (2018):** *Keine Kita für alle. Zum Ausmaß und den Ursachen von Kitasegregation. Arbeitspapiere wissenschaftliche Begleitforschung „Kein Kind zurücklassen!“*. Werkstattbericht. Band 12. Gütersloh
- GRÖHLICH, C.;SCHARENBERG, K./BOS, W. (2009):** *Wirkt sich Leistungsheterogenität in Schulklassen auf den individuellen Lernerfolg in der Sekundarstufe aus?* In: Journal for educational research online, H. 1, S. 86–105
- GROTLÜSCHEN, A.;RIEKMANN, W. (2010):** *Leo.-Level-One Studie. Literalität von Erwachsenen auf den unteren Kompetenzniveaus*. In: Magazin Erwachsenenbildung. at, H. 10
- HAMBURG/INSTITUT FÜR BILDUNGSMONITORING (HAMBURG) (2011):** *Bildungsbericht Hamburg 2011*. Hamburg
- BEHÖRDE FÜR SCHULE UND BERUFSBILDUNG (HRSG.):** *Bildungsbericht Hamburg 2017*
- HAUG, A. (2011):** *Kinder und Sport. Welche Bedeutung haben Bewegung, Spiel und Sport für Kinder? Wo und welchen Sport betreiben Kinder?*
- HÜSKEN, K.; SEITZ, K.; TAUTORAT, P.;WALTER, M.;WOLF, K.:** *Kinderbetreuung in der Familie*. Landesbericht: Nordrhein-Westfalen, München und Dortmund 2008. Online unter http://www.forschungsverbund.tu-dortmund.de/fileadmin/Files/KiBeFa/NRW_KiBeFa_Bericht.pdf, Zugriff 01.03.2018)
- INSTITUT FÜR SOZIALARBEIT UND SOZIALPÄDAGOGIK UND BERTELSMANN STIFTUNG (2016):** *Armutsfolgen für Kinder und Jugendliche – Erkenntnisse aus empirischen Studien in Deutschland*. Gütersloh
- HUININK, J. UND SCHRÖDER, T. (2014):** *Sozialstruktur Deutschlands*. UTB Stuttgart
- KIZIAK, T.; KREUTER, V.; KLINGHOLZ, R. (2012):** *Dem Nachwuchs eine Sprache geben. Was frühkindliche Sprachförderung leisten kann*. Berlin
- KLEINHÜCKELKOTTEN, S. (2007):** *Neue Wege in der Öffentlichkeitsarbeit. Das Modell der „Sozialen Milieus“ als Arbeitshilfe für zielgruppengerechte Bürgerbeteiligung und Engagementförderung*
- KLEMM, K. (2009):** *Klassenwiederholungen – teuer und unwirksam. Eine Studie zu den Ausgaben für Klassenwiederholungen in Deutschland*. Bielefeld
- KLEMM, K. (2013):** *Inklusion in Deutschland. Eine bildungsstatistische Analyse*. Gütersloh
- KLEMM UND BERTELSMANN STIFTUNG (2015):** *Inklusion in Deutschland. Daten und Fakten*. Gütersloh https://www.bertelsmannstiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/Studie_IB_Klemm-Studie_Inklusion_2015.pdf
- KONSORTIUM DER STUDIE ZUR ENTWICKLUNG VON GANZTAGSSCHULEN (STEG) (2011):** *Ganztagsschule: Entwicklung und Wirkungen*. Frankfurt a.M.
- KONSORTIUM DER STUDIE ZUR ENTWICKLUNG VON GANZTAGSSCHULEN (STEG) (2015):** *Bildungsqualität und Wirkungen außerunterrichtlicher Angebote*. Frankfurt a.M.

- KONSORTIUM VORSTUDIE BILDUNGSBERICHT RUHR (2009):** *Bericht über das Bildungswesen in der Metropole Ruhr*. Vorstudie 2009. Dortmund
- KORNMANN, R. (2004):** *Der Schulerfolg von Migrantenkindern im Lichte der Statistischen Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz und der PISA-Studie*. In: K.-D. Große (Hg.), *Hörbehinderte Schülerinnen und Schüler unterschiedlicher nationaler Herkunft*. Heidelberg: Winter, S. 27–53
- KRATZMANN, J.; SCHNEIDER, T. (2009):** *Soziale Ungleichheiten beim Schulstart*. In: *KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, H. 2, S. 211–234. doi:10.1007/s11577-009-0051-z
- LANDESBETRIEB INFORMATION UND TECHNIK NORDRHEIN-WESTFALEN (IT.NRW) (2012):** *BIP je Einwohner in den kreisfreien Städten in NRW*. IT.NRW
- LANDESBETRIEB INFORMATION UND TECHNIK NORDRHEIN-WESTFALEN (IT.NRW) (2014):** *Mikrozensus 2014*. IT.NRW
- LANDESBETRIEB INFORMATION UND TECHNIK NORDRHEIN-WESTFALEN (IT.NRW) (2015):** *IT.NRW*
- LANDESBETRIEB INFORMATION UND TECHNIK NORDRHEIN-WESTFALEN (IT.NRW) (2017):** *IT.NRW*
- LANDESZENTRUM GESUNDHEIT NORDRHEIN-WESTFALEN (LZG.NRW) (2016):** *Leitfaden Gesunde Stadt. Hinweise für Stellungnahmen zur Stadtentwicklung aus dem Öffentlichen Gesundheitsdienst*. Bielefeld
- LEHR, U. (1996):** *Psychologie des Alterns*. In: OECD (Hrsg.): *Lifelong Learning for All*. Paris
- LSB NRW (2014):** *Landessportbund Nordrhein-Westfalen*. <https://www.lsb-nrw.de/lsb-nrw/>
- LSB NRW (2015):** *Landessportbund Nordrhein-Westfalen. NRW bewegt seine Kinder*. Broschüre zum Arbeitszeitraum 2015–2020
- MAAZ, K.; NAGY, G. (2009):** *Der Übergang von der Grundschule in die weiterführenden Schulen des Sekundarschulsystems: Definition, Spezifikation und Quantifizierung primärer und sekundärer Herkunftseffekte*. In: *Zeitschrift für Erziehungswissenschaft*, H. 12
- MINISTERIUM FÜR ARBEIT, INTEGRATION UND SOZIALES DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN – MAIS (2012):** *Sozialbericht NRW 2012. Armuts- und Reichtumsbericht*. Düsseldorf
- MINISTERIUM FÜR ARBEIT, INTEGRATION UND SOZIALES DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN – MAIS (2013):** *Kein Abschluss ohne Anschluss – Instrumente und Angebote*. Düsseldorf
- MINISTERIUM FÜR FAMILIE, KINDER, JUGEND, KULTUR UND SPORT DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN – MFKJKS (2016):** *Der 10. Kinder- und Jugendbericht*. Düsseldorf
- MINISTERIUM FÜR SCHULE UND WEITERBILDUNG NRW (2016) UND MINISTERIUM FÜR FAMILIE, KINDER, JUGEND, KULTUR UND SPORT DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN – MFKJKS (2016):** *Bildungsgrundsätze. Mehr Chancen durch Bildung von Anfang an*. Freiburg
- MINISTERIUM FÜR SCHULE UND WEITERBILDUNG (2017):** *Statistik-Telegramm 2016/2017 – statistische Übersicht Nr. 393*, 1. Auflage. Düsseldorf
<https://www.schulministerium.nrw.de/docs/bp/Ministerium/Service/Schulstatistik/Amtliche-Schuldaten/StatTelegramm2016.pdf>
- MISSLING, ÜCKERT UND DEUTSCHES INSTITUT FÜR MENSCHENRECHTE (2014):** *Inklusive Bildung: Schulgesetze auf dem Prüfstand*. Berlin
http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/_migrated/tx_commerce/Studie_Inklusive_Bildung_Schulgesetze_auf_dem_Pruefstand.pdf

- MÜLLER, CAROLIN (2011):** *Kommunale Bildungslandschaften als Entwicklungsraum früher Bildung, Betreuung und Erziehung. Eine empirische Studie.* Münster
- MÜSSIG, S.; WORBS, S. (2012):** *Politische Einstellungen und politische Partizipation von Migranten in Deutschland.* http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/WorkingPapers/wp46-politische-einstellungen-und-partizipation-migranten.pdf?__blob=publicationFile
- NEUGEBAUER, U.; BECKER-MROTZEK, M. (2013):** *Die Qualität von Sprachstandsverfahren im Elementarbereich.* Köln
- NICKEL, S. (2014):** *Funktionaler Analphabetismus – Hintergründe eines aktuellen gesellschaftlichen Phänomens.* In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 9–11, S. 26–32
- OECD (2004):** *Lernen für die Welt von morgen. Erste Ergebnisse von PISA 2003*
- OECD (2007):** *Gesellschaft auf einen Blick. OECD-Sozialindikatoren.* Paris
- OECD (2012):** *Was 15-Jährige wissen und wie sie dieses Wissen einsetzen können. PISA 2012 – Ergebnisse im Fokus.*
- OECD (2016):** *Bildung auf einen Blick. OECD Indikatoren.* Paris
- PETERSEN, T./HIERLEMANN, D./WRATIL, C./VEHRKAMP, R. B. (2013):** *Gespaltene Demokratie. Politische Partizipation und Demokratiezufriedenheit vor der Bundestagswahl 2013.* Gütersloh
- PURDIE, N./BOULTON-LEWIS, G. (2003):** *The learning needs of older adults.* In: *Educational Gerontology*, H. 2, S. 129–149
- RAUSCHENBACH, T. (2012):** *Ganztagsschule als Hoffnungsträger für die Zukunft? Ein Reformprojekt auf dem Prüfstand; Expertise des Deutschen Jugendinstituts (DJI) im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.* Gütersloh
- REGIONALVERBAND RUHR (HRSG.) (2012):** *Bildungsbericht Ruhr.* Münster, New York, NY, München, Berlin
- ROBERT KOCH-INSTITUT (2014):** *Die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland 2013 (KIGGS-Studie).* Berlin
- SATORY, K./JÄRVINEN, H./BOS, W. (2013):** *Der Übergang von der Grundschule zum gegliederten Schulwesen – Chancen wahren und stärken.* In: Bellenberg, G./Forell, M. (Hrsg.): *Bildungsübergänge gestalten. Ein Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis.* s.l., S. 107–128
- SHELPE, F. (2016):** *Abschlussbericht STARS-Europe.* Interner Bericht Stadt Bielefeld – Amt für Verkehr. Verfügbar unter: http://starseurope.org/assets/STARS%20Final_Report_DE.pdf; Zugriff: 29.03.2018
- SPORTBUND BIELEFELD (2011):** *Projektbericht Kinder in Bewegung – Bewegungsförderung in Familienzentren 2007–2010.* Bielefeld
- STADT BIELEFELD – AMT FÜR DEMOGRAPHIE UND STATISTIK (2016):** *Demographiebericht 2016.* Bielefeld
- STADT BIELEFELD – AMT FÜR DEMOGRAPHIE UND STATISTIK (2017):** *Auszug aus dem Einwohnermelderegister.* Bielefeld
- STADT BIELEFELD – AMT FÜR FINANZEN (2016):** *Ordentliche Aufwendungen für Bildungssegmente 2015.* Bielefeld
- STADT BIELEFELD – AMT FÜR SCHULE (2016):** *Ordentliche Aufwendungen für Bildungssegmente 2015.* Bielefeld
- STADT BIELEFELD – AMT FÜR VERKEHR (2017):** *Mehr Freiraum für Kinder. Ein Gewinn für alle! Ein Konzept der Stadt Bielefeld (in Kooperation mit dem Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen).* Bielefeld

STADT BIELEFELD - DEZERNAT UMWELT UND KLIMASCHUTZ, GESCHÄFTS-STELLE KOMMUNALE GESUNDHEITSKONFERENZ & GESUNDHEITSBERICHT-ERSTATTUNG (2017): *Gesundheitsbericht Kinder – die Entwicklung der Adipositas in den Einschuljahrgängen 1992–2016.* Bielefeld

STADT BIELEFELD - DEZERNAT UMWELT UND KLIMASCHUTZ, KOMMUNALE GESUNDHEITSKONFERENZ (2017): *Gesundheitsziele 2017–2022.* Bielefeld

STADT BIELEFELD – KOMMUNALES INTEGRATIONSZENTRUM (2018): *Statistik des Schulamtes.* Bielefeld

STADT BIELEFELD – KULTURAMT (2014): *Kulturentwicklungskonzept – Weiterentwicklung der Kulturstadt Bielefeld bis 2022.* Bielefeld

STADT BIELEFELD – PRESSEAMT/STATISTIKSTELLE (2017): *Berechnungen zum Migrationshintergrund.* Bielefeld

STADT OFFENBACH (2011): *Bericht Erziehung und Bildung in Offenbach.* Offenbach
https://www.pedocs.de/volltexte/2013/7044/pdf/Offenbach_2011_Bildungsbericht.pdf

STATISTISCHES BUNDESAMT: *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder.*
http://www.vgrdl.de/Arbeitskreis_VGR/

STATISTISCHES BUNDESAMT (2013): *Statistisches Jahrbuch 2013.* Wiesbaden
https://www.destatis.de/DE/Publikationen/StatistischesJahrbuch/StatistischesJahrbuch2013.pdf?__blob=publicationFile

STATISTISCHES BUNDESAMT (2014): *ZENSUS 2011.* https://www.zensus2011.de/DE/Home/home_node.html

STATISTISCHES BUNDESAMT (2016): *Bildungsfinanzbericht 2016.* Wiesbaden
https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/BildungForschungKultur/BildungKulturFinanzen/Bildungsfinanzbericht1023206167004.pdf?__blob=publicationFile

STATISTISCHES LANDESAMT BADEN-WÜRTTEMBERG (2014): *Bruttoinlandsprodukt je Einwohner.*

STATISTISCHES LANDESAMT BADEN-WÜRTTEMBERG (2017): *Bruttoinlandsprodukt je Einwohner, volkswirtschaftliche Gesamtrechnung.*
https://www.statistik-bw.de/GesamtwBranchen/VGR/VW_wirtschaftskraft.jsp

STROHMEIER, K. P. (2009): *Die Stadt im Wandel – Wiedergewinnung von Solidarpotential.* In: Biedenkopf, K./Bertram, H./Niejahr, E. (im Auftrag der Robert-Bosch-Stiftung): *Starke Familie – Solidarität, Subsidiarität und kleine Lebenskreise.* Bericht der Kommission Familie und demographischer Wandel, Stuttgart, S. 156–172.

TIPPELT, R. (2000): *Bildungsprozesse und Lernen im Erwachsenenalter. Soziale Integration und Partizipation durch lebenslanges Lernen.* In: *Zeitschrift für Pädagogik*, H. 42, S. 69–91

WEINERT, S.; EBERT, S.; DUBOWY, M. (2010): *Kompetenz und soziale Disparitäten im Vorschulalter.* In: *Zeitschrift für Grundschulforschung*, H. 1, S. 32–45

WILD, E.; MÖLLER, J. (2009): *Pädagogische Psychologie.* Berlin, Heidelberg

WITHNALL, A. (2005): *Exploring Influences on Later Life Learning.* In: *International Journal of Lifelong Education*, 25/1, S. 29–49

ZIMMER, R.; HUNGER, I. (HRSG.) (2016): *Bewegung in der frühkindlichen Bildung.* Hamburg

Impressum

Herausgeber	Stadt Bielefeld, der Oberbürgermeister Dezernat Schule / Bürger / Kultur Amt für Schule – Bildungsbüro Bielefeld Niederwall 23–25, 33602 Bielefeld
Für den Inhalt verantwortlich	Dr. Udo Witthaus, Beigeordneter Schule / Bürger / Kultur
Redaktion	Niels Jösting Bildungsbüro (Gesamtredaktion) Lutz C. Popp Bildungsbüro – Bildung integriert Georgia Schönemann Amt für Schule Christian Poetting Stab Dezernat Schule / Bürger / Kultur Susanne Beckmann Bildungsbüro
Datenbearbeitung/-analyse	Lutz C. Popp Bildungsbüro – Bildung integriert Andreas Kunert Amt für Schule – Schulentwicklungsplanung Manja Schallock Presseamt / Statistikstelle Jakob Guzy Presseamt / Statistikstelle Nadeschda Otterpohl Presseamt / Statistikstelle Dirk Cremer Gesundheits-, Veterinär- u. Lebensmittelüberwachungsamt
Gestaltung	werkzwei Lutz Dudek, <i>Bielefeld</i>
Bildnachweis	Die im Lernreport verwendeten Fotos sind – sofern nicht anders gekennzeichnet – Eigentum der Bielefeld Marketing GmbH. Es handelt sich um Aufnahmen der Veranstaltung Geniale 2017.
Druck	Onlineprinters GmbH, <i>Neustadt a. d. Aisch</i>

Für die vertrauensvolle Zusammenarbeit und die Unterstützung aller Beteiligten und Institutionen, die an der Weiterentwicklung und Entstehung des Dritten kommunalen Lernreports mitgewirkt haben, möchten wir uns bedanken.

Beteiligte Ämter und Institutionen der Stadt Bielefeld

Amt für Finanzen und Beteiligungen

Amt für Geoinformation und Kataster

Amt für Jugend und Familie – Jugendamt –

Bürgeramt

Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention

Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Bühnen und Orchester
der Stadt Bielefeld

Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt

Historisches Museum

Kommunales Integrationszentrum

Kulturamt

Musik- und Kunstschule

Naturkunde-Museum

Presseamt/ Statistikstelle

Sportamt

Stadtbibliothek, Stadtarchiv und Landesgeschichtliche Bibliothek

Umweltamt

Volkshochschule

Externe Institutionen

AG Qualität im Offenen Ganzttag

Bielefelder Kunstverein

Bundesagentur für Arbeit

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

GAB Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung Bielefeld

Kompetenzteam |Schulamt für die Stadt Bielefeld

Kunsthalle Bielefeld

Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW)

Regionale Personalentwicklungsgesellschaft mbH Bielefeld (REGE)

Universität Bielefeld



Stadt Bielefeld

Der Oberbürgermeister

Dezernat für Schule, Bürger und Kultur